



Beteiligungsbericht 2010



Kreis Offenbach

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Kreises Offenbach
Fachdienst Finanzen
20.3 Bereich Beteiligungsmanagement
Werner-Hilpert-Strasse 1
63128 Dietzenbach

Ansprechpartner:

Herr Horst Kreher	Telefon	06074/8180-5240
Leitung	Fax	06074/8180-5920
	E-Mail	h.kreher@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Herr Rainer Bauer	Telefon	06074/8180-5408
	Fax	06074/8180-5920
	E-Mail	r.bauer@kreis-offenbach.de beteiligungsmanagement@kreis-offenbach.de

Stand: 31.12.2010

Redaktionsschluss: 30.09.2011

Vorwort

Mit dem vorliegenden Bericht wird die kontinuierliche Information über alle Beteiligungen des Kreises Offenbach fortgeführt. Der Bericht ermöglicht eine detaillierte Übersicht auf die Vielfalt und die wirtschaftliche Entwicklung der Eigengesellschaften, auf die Beteiligungen an Unternehmen, auf die Mitgliedschaften in Zweckverbänden sowie auf den Eigenbetriebs des Kreises Offenbach und seine Anstalt öffentlichen Rechts.



Der Beteiligungsbericht 2010 ist eine inhaltliche Fortschreibung des Vorjahresberichtes und dient dem Zweck einer einheitlichen und aktuellen Darstellung aller Beteiligungen. Bei seiner Erstellung wurde auf eine möglichst aktuelle Information Wert gelegt. Grundsätzlich wurden daher alle Veränderungen berücksichtigt, soweit die Daten bis Redaktionsschluss vorlagen.

Den politischen Gremien des Kreises Offenbach ist es ein besonderes Anliegen, regionale Wirtschaftsförderung zu betreiben. Zudem möchte der Kreis seine Leistungen bürgernäher, besser und flexibler machen; aber auch seine hervorragende Infrastruktur wenn möglich ausbauen oder zumindest erhalten. Ziel unserer Politik wird es zudem auch weiterhin sein, als Partner der Wirtschaft Impulse für Wachstum und Wohlstand zu setzen.

Der Kreis erfüllt daher einen nicht unwesentlichen Teil seiner Aufgaben außerhalb der „Kernverwaltung“ in wirtschaftlich geführten Unternehmen (AöR, Beteiligungen und Eigenbetrieben). Dieser Prozess wird durch veränderte Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die Verringerung des kommunalen Handlungsspielraumes im Bereich der Investitionstätigkeit und die Belastung der kommunalen Haushalte aufgrund zusätzlich übertragener Aufgaben, noch verstärkt. Insbesondere in Zeiten knapper Finanzressourcen gewinnt die Frage an Bedeutung, durch wen und in welcher Form die vielfältigen kommunalen Aufgaben optimal erfüllt werden können. Der Betätigung in privatwirtschaftlich organisierten Beteiligungen kommt so weiterhin eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu, wobei jedoch der Einfluss der politischen Gremien des Kreises immer gewahrt sein muss.

Der vorliegende Beteiligungsbericht veranschaulicht das wirtschaftliche Handeln des Kreises, schafft Transparenz und ist so eine solide Grundlage für den Diskurs von Öffentlichkeit und Politik und hat sich als Informationsgrundlage für die politischen Gremien sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger etabliert.

Vorwort

Der Beteiligungsbericht 2010 steht Ihnen deshalb auch in elektronischer Form auf der Homepage des Kreises Offenbach unter www.Kreis-Offenbach.de/Beteiligungen zur Verfügung.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich auf diesem Wege interessante und aufschlussreiche Einblicke in das „Unternehmen Kreis Offenbach“. Abschließend möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die an der Erstellung des Beteiligungsberichtes mitgearbeitet haben.



Carsten Müller

Kreisbeigeordneter

Redaktionelle Hinweise zum Beteiligungsbericht

Gemäß § 123a Abs. 1 HGO „hat die Gemeinde zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt.

Das Gesetz verlangt die Aufnahme von Unternehmen, die in einer Rechtsform des Privatrechts geführt werden, und an denen die Gemeinde mit mindestens 20 % beteiligt ist. Es ist an keiner Stelle des Gesetzestextes angegeben, ob im Bericht nur unmittelbare oder auch mittelbare Beteiligungen dargestellt werden sollen.

Im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes werden daher alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Kreises an Unternehmen des privaten Rechts über die gesetzliche Mindestanforderung hinaus, aufgeführt, auch solche unterhalb von 20%.

Wie bereits auch in den Berichten der zurückliegenden Jahre, sind auch wiederum die Mitgliedschaften in Zweckverbänden und der einzige Eigenbetrieb des Kreises sowie die Kommunale Anstalt öffentlichen Rechts „Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR)“ bzw. deren wirtschaftliche Daten im Beteiligungsbericht wiedergegeben.

Der Begriff „Redaktionsschluss“ ist im Beteiligungsbericht so zu verstehen, dass alle in den Beteiligungsbericht eingehenden Angaben zu einer Beteiligung, einem Zweckverband bzw. Eigenbetrieb, die per Stand 31.12.2010 bis zum 30.09.2011 dem Bereich Beteiligungsmanagement vorliegen, in den Bericht eingearbeitet sind.

Im Beteiligungsbericht findet sich zu Beginn der Darstellung jeder „Beteiligung“ ein Hinweis auf das entsprechende Berichtsjahr.

Grundsätzlich ergibt sich so die Systematik, dass im diesjährigen Bericht - 2010 - im Wesentlichen die jeweiligen „Unternehmensdaten“ des Jahres 2009 wiedergegeben werden. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die entsprechenden Daten in aller Regel den testierten Berichten über den Jahresabschluss entnommen und diese zunächst von den Organen der Gesellschaft – Aufsichtsrat, Verwaltungsrat, Gesellschafterversammlung – zu beschließen sind, ehe sie rechtsverbindlich werden.

Bei den nachfolgend aufgeführten Beteiligungen bzw. des Zweckverbandes sind die von den jeweiligen Gremien der Gesellschaften bzw. des Zweckverbandes festgestellten Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2010 und somit Angaben zum Geschäftsjahr 2010 in den vorliegenden Beteiligungsbericht aufgenommen:

- Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark
- FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main
- Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
- Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

Kreis Offenbach
Beteiligungsbericht 2010

- ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main
- Kommserve gGmbH, Dietzenbach
- Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Frankfurt am Main
- KVBG - Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach
- KVG - Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach
- Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main
- Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main
- Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main
- RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen
- Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main

Im Falle der KVBG mbH, Dietzenbach, beziehen sich die Angaben zur Gesellschaft auf das Geschäftsjahr 2010; hinsichtlich des Jahresabschlusses auf ein vorläufiges Ergebnis zum 31.12.2010. Die Angaben zum vorläufigen Ergebnis für das Geschäftsjahr 2010 wurden dem Aufsichtsrat der Gesellschaft in Form eines Berichtes anlässlich seiner Sitzung am 21.09.2011 und der Gesellschafterversammlung am 26.09.2011 zur Kenntnis gegeben. Der testierte Jahresabschluss zum 31.12.2010 lag bis zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Im Falle der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach, hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16.06.11 den Jahresabschluss 2010 festgestellt und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen. Der entsprechende Beschluss der Gesellschafterversammlung hierzu steht zum Redaktionsschluss noch aus.

Im Falle des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim, haben die Gremien des Verbandes den Haushaltsplan für 2011 sowie die Jahresrechnung 2009 beschlossen. Die entsprechenden Angaben sind in den Beteiligungsbericht eingearbeitet.

Generell ist zum Aufbau des Beteiligungsberichtes zu sagen, dass die Unternehmensdaten der jeweils letzten drei Jahre dargestellt werden. Darüber hinaus sind die Abweichungen des laufenden Jahres zum Vorjahr in den Zahlen der Bilanz in der Spalte Veränderung aufgezeigt.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes	3
Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht	4
➤ Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung	4
➤ Der Begriff der Beteiligung	5
➤ Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach	6
Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach	
➤ KVVG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	19
➤ Kreis-Verkehrs-Gesellschaft mbH, Dietzenbach (KVG)	39
➤ Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark	61
➤ Hochtief PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	75
➤ Hochtief PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	91
➤ SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	103
➤ Sonnengarten Glienicke, GbR´s, Berlin Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30	115
➤ Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin	137
➤ Wirtschaft und Wirtschaftsförderung	
➤ Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	157
➤ Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main	173

Inhaltsverzeichnis

Seite

Übersicht der Beteiligungen des Kreises Offenbach (Fortsetzung)

➤	Verkehr und Infrastruktur	
➤	RTW Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	191
➤	Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main	201
➤	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus (RMV)	215
➤	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main	241
➤	Ver- und Entsorgung	
➤	Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach am Main (ZWO)	275
➤	Rhein-Main-Abfall GmbH, Offenbach am Main (RMA)	287
➤	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd, Heppenheim	307
➤	Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit	
➤	Kommserve gGmbH, Dietzenbach	319
➤	Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach	335
➤	Pro Arbeit - Kreis Offenbach – (AöR), Dietzenbach	349
➤	Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	381
➤	Mitgliedschaften	397

Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Zielsetzung

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes ist es, den Gremien des Kreises sowie allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über das Beteiligungsvermögen des Kreises Offenbach zu ermöglichen.

Der Beteiligungsbericht soll ein Nachschlagewerk sein, dem die wirtschaftliche Situation der Unternehmensbeteiligungen des Kreises Offenbach zu entnehmen ist.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht setzt sich im Wesentlichen aus zwei Teilen zusammen.

Neben einem Teil mit allgemeinen Informationen zum Bericht wie

- Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung
- Definition des Begriffes „Beteiligung“
- Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Kreises Offenbach

besteht der Beteiligungsbericht aus einer Gesamtübersicht aller Beteiligungen, die wiederum in insgesamt fünf Einzelübersichten gegliedert ist.

Innerhalb des Beteiligungsberichtes nimmt die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH - eine Sonderstellung ein. Als unmittelbare Beteiligung des Kreises Offenbach hält die KVBG ihrerseits Anteile an Unternehmen unterschiedlicher Sparten entsprechend der Gliederung des Beteiligungsberichtes.

Im Anschluss an die graphische Übersicht der einzelnen Aufgabenbereiche sind die Beteiligungen in der Einzeldarstellung grundsätzlich wie folgt gegliedert:

- Rechtliche und wirtschaftliche Daten
- Gesellschaftszweck, Verbandszweck bzw. Gegenstand des Eigenbetriebes
- Organe der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- Angaben zu Gesellschaftern, Verbandsmitgliedern
- Beteiligungen
- Erfüllung des öffentlichen Zwecks
- Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises
- Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis
- Verbindlichkeiten der Gesellschaft, der AöR, des Verbandes bzw. Eigenbetriebes
- vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)
- Lagebericht bzw. Auszüge aus dem Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Angaben zum Haushalt / Wirtschaftsplan

Allgemeine Informationen zum Beteiligungsbericht

1. Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden in Artikel 28 Abs. 2 das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln. Diese verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personal-, Finanz- und Vermögenshoheit auch die Organisationshoheit ein. Kommunen haben das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung ihrer Aufgaben erfolgen soll.

Mit In-Kraft-treten des Gesetzes zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze (GVBl I, Seite 54ff, vom 09. Februar 2005) wurde der Dritte Abschnitt des sechsten Teiles der HGO „Wirtschaftliche Betätigungen der Gemeinde“ maßgeblich geändert.

Gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 Hessische Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis sich wirtschaftlich betätigen, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Darüber hinaus bestimmt § 122 HGO, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit ein Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Nach § 122 muss

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsgremium, erhalten
- gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Diese Voraussetzungen für eine Beteiligung gelten auch dann, wenn eine Gesellschaft, an der die Gemeinde oder der Gemeindeverband mit insgesamt mehr als 50% beteiligt ist, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

2. Der Begriff der Beteiligung

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über die Handelsbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob der Anteil in Wertpapieren verbrieft ist oder nicht“. Als Beteiligung gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten.

Im Gegensatz dazu liegt den Vorschriften des Gemeindefirtschaftsrechts ein umfassenderer Beteiligungsbegriff zugrunde. § 122 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) befasst sich mit „Beteiligungen an Gesellschaften“. Die Formulierungen des § 122 Abs. 6 lassen den Schluss zu, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft als Beteiligung ansieht. Zudem formuliert § 126 HGO „Beteiligungen an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“. Dies kann beispielsweise ein eingetragener Verein sein.

Insofern setzt die Verwendung des Begriffes der Beteiligung nicht zwingend voraus, dass es sich bei der Beteiligung um ein Unternehmen im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB bzw. des § 121 HGO handelt.

Im vorliegenden Beteiligungsbericht ist der Begriff der Beteiligung deshalb auch weit gefasst. In den Beteiligungsbericht sind alle

- privatrechtliche Gesellschaften

sowie

- (Kommunale) Anstalten öffentlichen Rechts
- Eigenbetriebe
- öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Vereine und Genossenschaften

aufgenommen, an denen der Landkreis Offenbach beteiligt ist.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die jeweiligen Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile aufgeteilte Stammkapital beteiligt. Eine persönliche Haftung der Gesellschafter für Verbindlichkeiten der Gesellschaft erfolgt nicht.

Gesetzlich zwingend vorgeschriebene Organe der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bildung eines Aufsichtsrates für Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist fakultativ. Die Kommune muss jedoch mit der Bildung eines entsprechenden Überwachungsorgans einen angemessenen Einfluss sicherstellen (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO).

Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Die gesetzliche Definition der GbR beschreibt § 705 BGB. Durch den Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter gegenseitig, die Erreichung eines gemeinsamen Zweckes in der durch den Vertrag bestimmten Weise zu fördern, insbesondere die vereinbarten Beiträge zu leisten (wobei der Beitrag auch in der Leistung von Diensten bestehen kann - § 706 Abs. 3 BGB -).

Grundsätzlich erfolgt eine gemeinsame Vertretung/Geschäftsführung durch alle Gesellschafter. Hiervon abweichend kann aber die Geschäftsführung im Gesellschaftsvertrag auf einen oder mehrere Gesellschafter übertragen werden.

Für die Gesellschaft bürgerlichen Rechts gelten keine Formvorschriften bzw. Eintragungserfordernisse. Der Gründungsaufwand einer GbR ist gegenüber anderen Gesellschaftsformen gering.

Grundsätzlich haften alle Gesellschafter unbegrenzt und persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten, im Innenverhältnis der Gesellschafter besteht jedoch ein Ausgleichsanspruch gegen Mitgesellschafter, so dass der einzelne Gesellschafter nur entsprechend seiner Beteiligung (quotal) haftet.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Kommanditgesellschaft

Das Recht dieser Gesellschaftsform ist den §§ 161 – 177 des Handelsgesetzbuches (HGB) geregelt.

Namens gebend für die Gesellschaft sind die "Kommanditisten": Sie sind von der laufenden Geschäftsführung ebenso freigestellt wie von der Haftung mit ihrem Privatvermögen. Als "Teilhafter" müssen sie nur mit ihrer Einlage für die Gesellschaft gerade stehen.

Wichtiger für die Gläubiger ist der "Komplementär": Dieser persönlich haftende Gesellschafter muss mit seinem kompletten Vermögen gegenüber den Gläubigern des Unternehmens eintreten.

Eine KG besteht aus jeweils mindestens einem Voll- und einem Teilhafter, es kann aber auch mehrere Kommanditisten und / oder Komplementäre geben.

Eine besondere Form der Personengesellschaft KG stellt die GmbH & Co. KG dar. Hier übernimmt die Rechtspersönlichkeit einer Kapitalgesellschaft den Part des Komplementärs, als dessen "Privatvermögen" das Gesellschaftsvermögen der GmbH betrachtet wird. Diese Konstruktion kombiniert also Merkmale der Personengesellschaft mit denen einer Kapitalgesellschaft.

Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft verfügt über eine eigene Rechtspersönlichkeit. Das Grundkapital ist in Aktien aufgeteilt. Die Aktionäre sind mit einem Teil des Grundkapitales der AG beteiligt, ohne persönlich für Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Formvorschriften und Direktionen vor.

Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand, die Hauptversammlung und der Aufsichtsrat.

Eigenbetrieb

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die über organisatorische Selbstständigkeit, eigene Wirtschaftsführung und eigene Personalwirtschaft verfügen. Finanzwirtschaftlich gelten Eigenbetriebe als Sondervermögen. Im Falle der Landkreise entscheidet der Kreistag über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geführt werden soll.

Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

3. Rechts- und Organisationsformen der Beteiligungen des Landkreises Offenbach (Fortsetzung)

Zweckverband

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung. Einzelheiten ergeben sich aus dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

Organe des Zweckverbandes sind der Vorstand und die Versammlung.

Anstalt öffentlichen Rechts

Anstalten des öffentlichen Rechts werden durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes errichtet, verändert und aufgelöst. Grundsätzlich wird unterschieden zwischen rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts. Eine Anstalt des öffentlichen Rechts hat keine Mitglieder, sondern Benutzer. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zur Körperschaft des öffentlichen Rechts dar.

Anstalten öffentlichen Rechts sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften in eigener Verantwortung.

Gemäß § 1 des Hessischen Offensiv-Gesetzes (HessOffensivG) vom 20. Dezember 2004, GVBl. I S. 491 sind die kreisfreien Städte und Landkreise kommunale Träger nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch; sie führen die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende als Selbstverwaltungsangelegenheit durch.

Gemäß § 2b HessOffensivG können die kommunalen Träger nach § 1 sowie nach § 2a Abs. zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts errichten.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Eingetragener Verein

Der eingetragene Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, dabei ist der Zweck unabhängig vom jeweiligen Mitgliederbestand. Die Rechtsfähigkeit erlangt ein Verein durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht.

Organe des Vereines sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

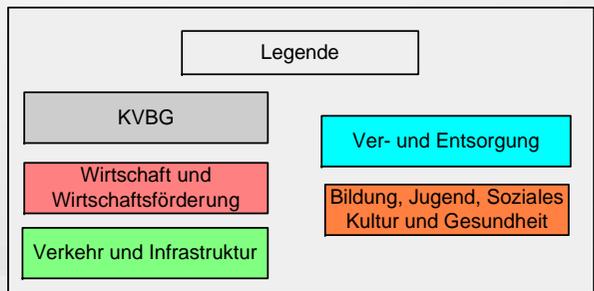
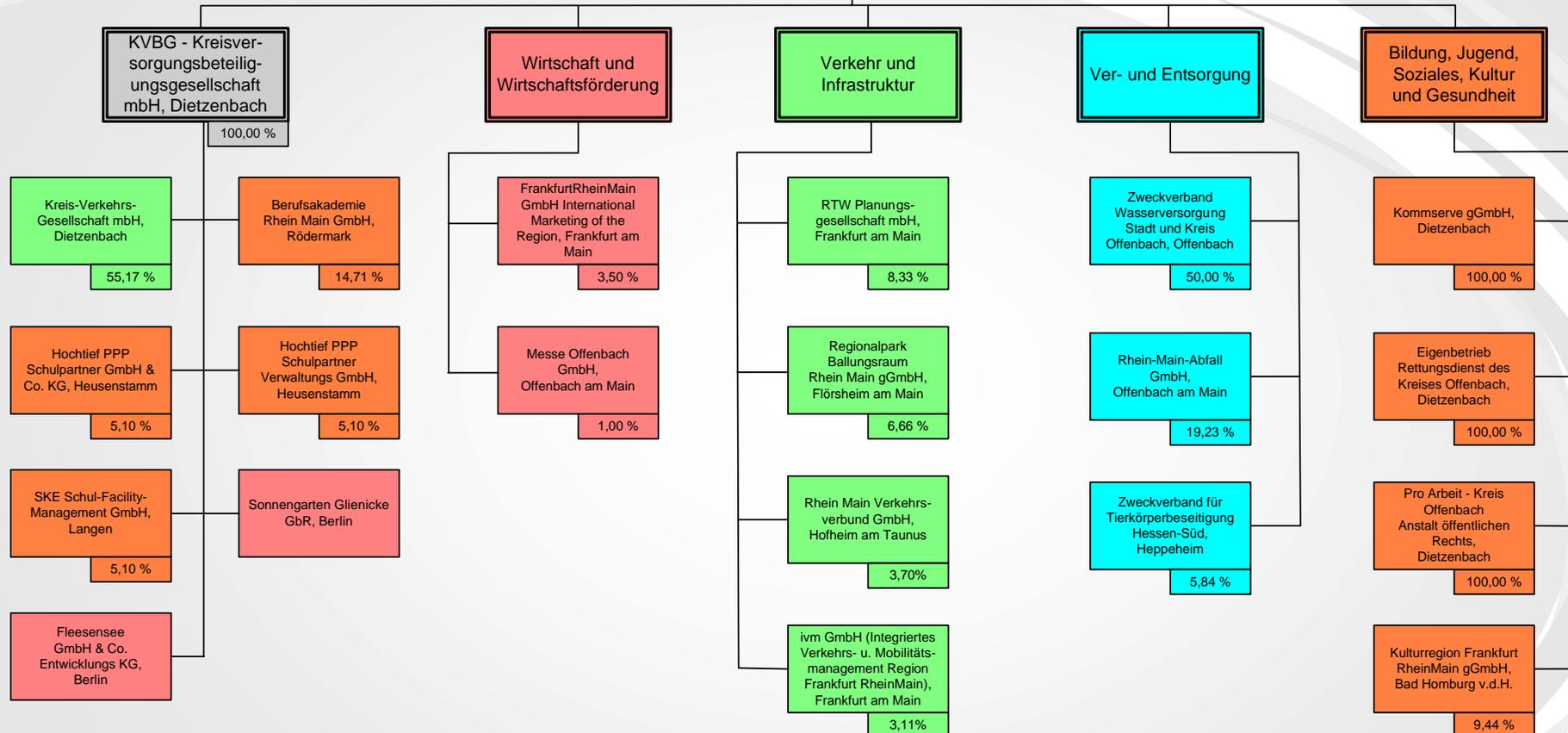
Gesamtübersicht

**Stand:
31.12.2010**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

**Beteiligungen
- Gesamtübersicht -**

Kreis Offenbach



KVBG

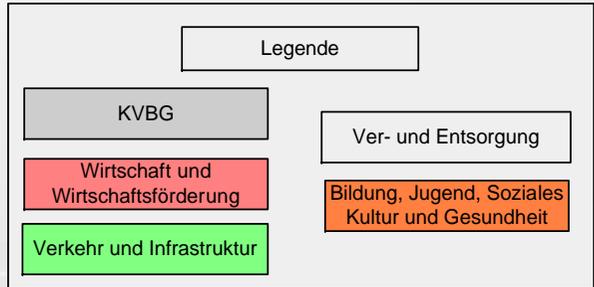
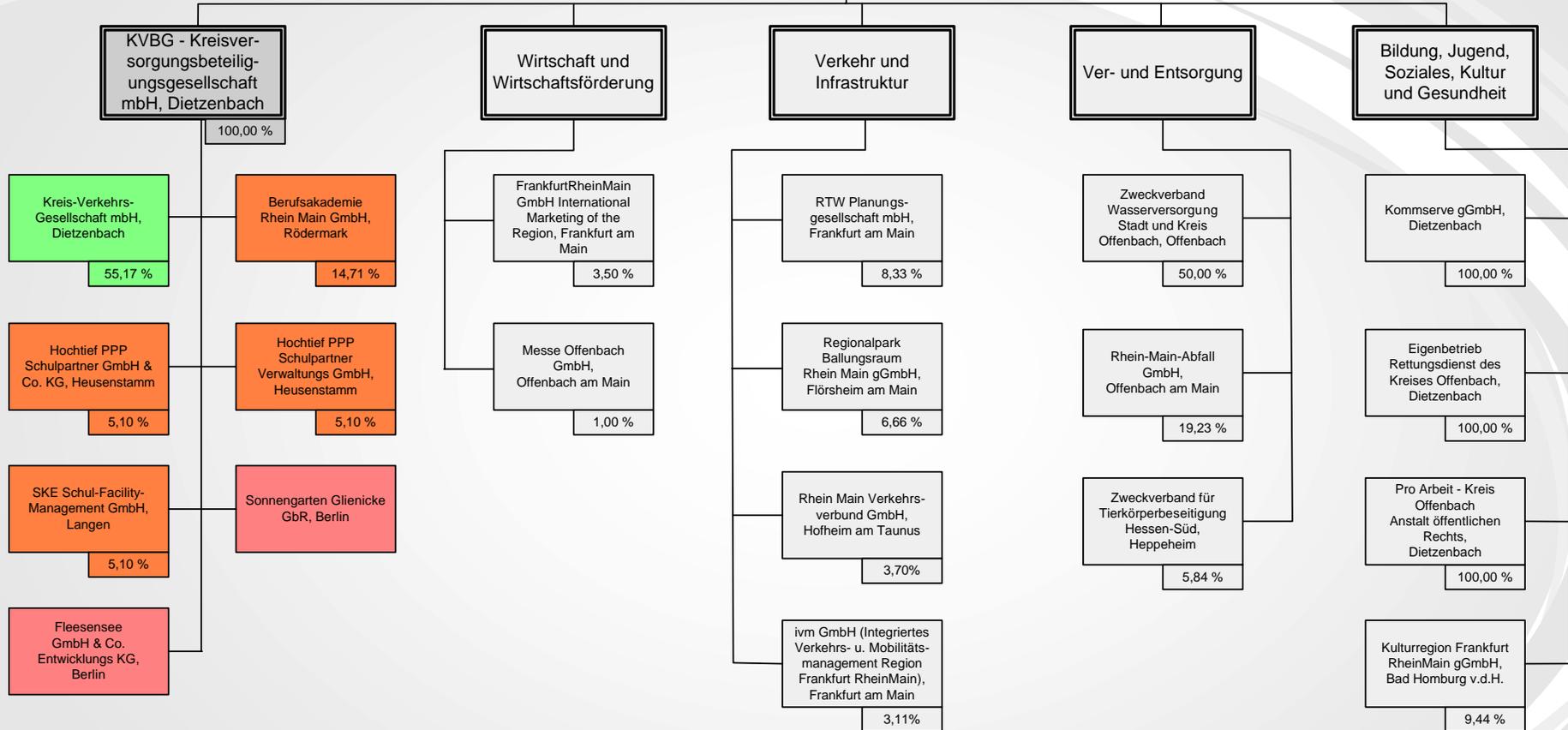
Kreisversorgungs- beteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach

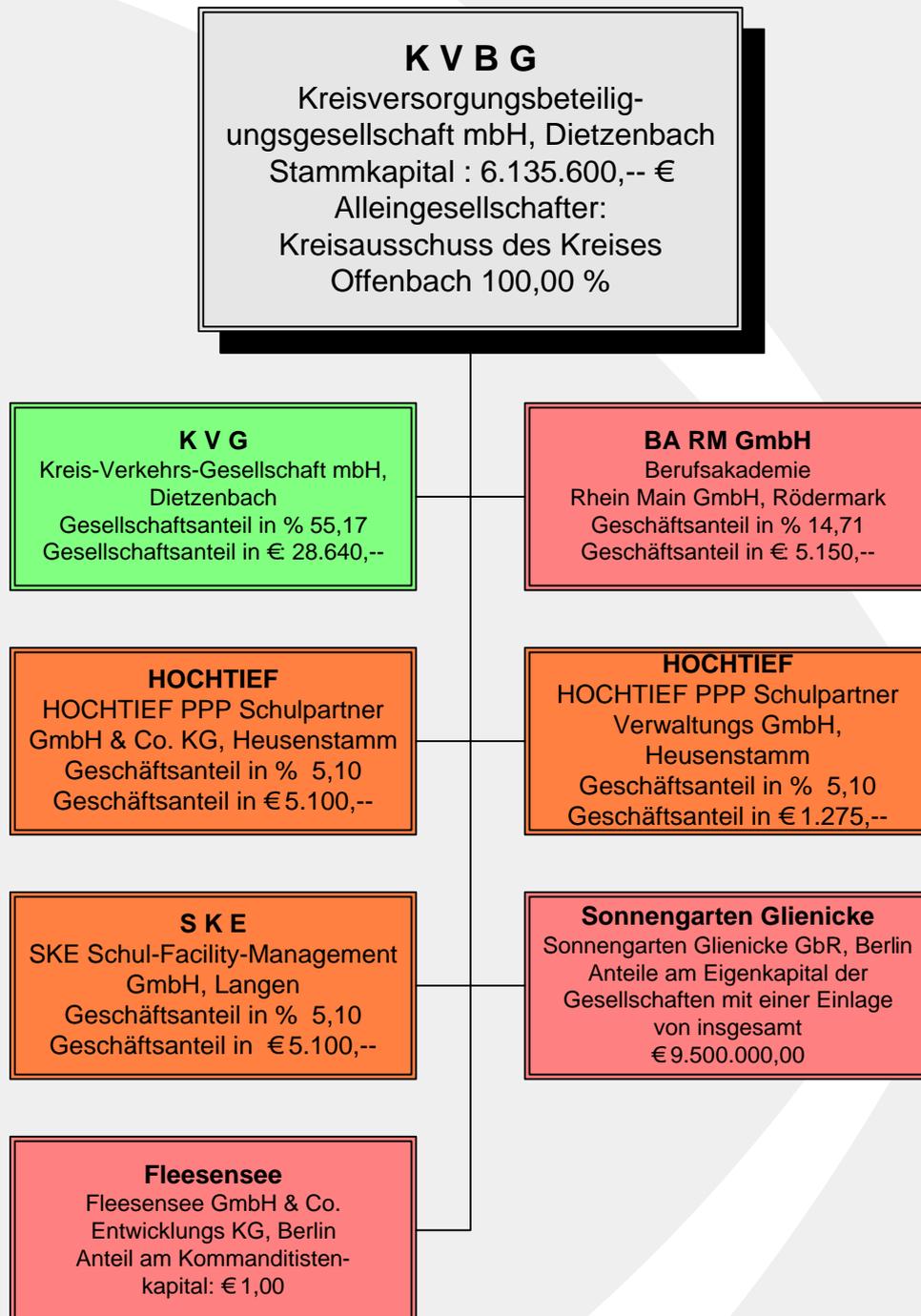
**Stand:
31.12.2010**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

**Beteiligungen
- KVBG mbH -**

Kreis Offenbach





KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

Am 23. September 1980 wurde die Energieversorgung Offenbach Kreis-Beteiligungsgesellschaft mbH mit Firmensitz in Offenbach und einer Stammeinlage in Höhe von DM 12.000.000,-- vom Kreis Offenbach (Stammeinlage DM 11.900.000,--) und der Stadtwerke Offenbach GmbH (Stammeinlage DM 100.000,--) als Gesellschafter gegründet. Ursprünglicher Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung an der Energieversorgung Offenbach Aktiengesellschaft (EVO AG). Am 15. Dezember 1980 hat dann der Gesellschafter Stadtwerke Offenbach GmbH seine Geschäftsanteile an den Kreis Offenbach abgetreten, seither war der Kreis Offenbach alleiniger Gesellschafter.

Am 12. November 1990 wurde dann die Firma der Gesellschaft in KVVG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH und der Unternehmensgegenstand dahingehend geändert bzw. erweitert, dass Gegenstand des Unternehmens „der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen“ ist.

Innerhalb des Beteiligungsportfolios des Kreises Offenbach nimmt die KVVG eine herausgehobene Position ein.

Nach dem im Jahre 2000 vollzogenen Verkauf des an der Energieversorgung Offenbach AG gehaltenen Aktienpaketes an die MVV Energie AG, Mannheim, standen insgesamt drei Anlagealternativen der Wiederanlage des Veräußerungserlöses zur Disposition

1. Gesamte Ausschüttung des Veräußerungserlöses an den Kreis mit entsprechenden steuerlichen Verpflichtungen
2. Verbleib des Erlöses bei der KVVG und Wiederanlage ausschließlich in Festgeld
3. Verbleib des Erlöses bei der KVVG und Investition in Beteiligungen in Form von Immobilien- und Geldfonds und in die Errichtung einer Stiftung.

Aufgrund von Gremienentscheidungen der Gesellschafterversammlung wurde der Anlagealternative 3 der Vorzug eingeräumt und so auch die Errichtung der Stiftung „Miteinander Leben“ beschlossen und diese gegründet.

Bei der Wiederanlage des Veräußerungserlöses war unter anderem von Bedeutung, dass diese noch im Jahre 2000, dem Jahr des Ertrages, erfolgen musste, um entsprechende Steuervorteile hieraus ziehen zu können. Die Steuerersparnis betrug insgesamt ca. 7,5 Mio. €, die sich zusammensetzen aus steuerlichen Verlustzuweisungen für

- | | |
|--|------------|
| - Sonnengarten Glienicke Fonds in Höhe von | 4,9 Mio. € |
| - Fleesensee | 1,2 Mio. € |
| - durch Gründung der Stiftung | 1,4 Mio. € |

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

Zum Zeitpunkt der Re-Investition gab es für Geldanlagen keinen ministeriellen Erlass, der Richtlinien für kommunale Anlagegeschäfte vorgab. Die Anlagen erfolgten nach den Grundsätzen des Gemeindefinanzierungsrechts und somit in analoger Anwendung der Grundsätze für die Versicherungswirtschaft.

Gegen die Investition in die Immobilienfonds Glienicke und Fleesensee gab und gibt es Vorbehalte hinsichtlich des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde. An dieser Stelle sei auf die Ausführungen bei den angesprochenen Beteiligungen unter der Rubrik „F. Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ hingewiesen.

Gegenüber dem Zeitpunkt der Anlage im Jahre 2000 und der heutigen Situation hat sich die Rechtslage geändert. Mit dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Inneren und für Sport vom 18.02.2009 „Richtlinien zu kommunalen Anlagegeschäften und derivativen Finanzierungsinstrumenten“ sowie des im Zuge der Erlassbereinigung mit Ablauf des 31.12.2008 außer Kraft getretenen Erlass des HMdIS vom 21.03.2003 sind u.a. der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen zur Geldanlage nicht zulässig. Gemäß den Bestimmungen des Erlasses liegt eine Geldanlage vor, wenn die Gemeinde (der Kreis) über die Rendite hinaus keine eigenen kommunalpolitischen Ziele verfolgt.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind. Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

Ein aktueller Sachstand zur Gesellschaft ergibt sich auf den nachfolgenden Seiten.

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010; hinsichtlich des Jahresabschlusses auf ein vorläufiges Ergebnis zum 31.12.2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	23. September 1980
Stammkapital	6.135.600,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 06. April 2010
Handelsregistereintrag	HRB 4930 beim Amtsgericht Offenbach am Main

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, das Verwalten und Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere an Unternehmen, die Versorgungsaufgaben im Kreis Offenbach wahrnehmen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder diesem unmittelbar oder mittelbar nützlich erscheinen, insbesondere auch zum Abschluss von Unternehmensverträgen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Verträgen.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten und andere Unternehmen erwerben oder sich an solchen beteiligen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Stiftungen zu gründen und sich an solchen zu beteiligen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss ist die Gesellschafterversammlung.

Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.2010)

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
Mitglied	Frau Claudia Jäger	
-----,,----	Herr Carsten Müller	
-----,,----	Frau Sonja Arnold	
-----,,----	Herr Heinz Eyßen	
-----,,----	Frau Heide Heß	

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

**Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung im Berichtsjahr 2010
(Stand: 31.12.2010) (Fortsetzung)**

Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----,,----	Herr Frank Lortz
-----,,----	Frau Margot Süß
-----,,----	Herr Frank Taulien
-----,,----	Herr Axel Vogt
-----,,----	Herr Walter Winter
-----,,----	Frau Heide Wolf

Aufsichtsrat

**Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010
Stand (31.12.2010)**

Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
Mitglied	Herr Bernd Abeln	
-----,,----	Frau Maria Becht	
-----,,----	Frau Ingeborg Fischer	
-----,,----	Frau Maria Sator-Marx	
-----,,----	Herr Rolf Wenzel	

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung (im Geschäftsjahr 2010)

Geschäftsführer

Herr Horst Kreher

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

Die Vergütungen für den Aufsichtsrat betragen für das Geschäftsjahr 2010 € 4.280,10.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	6.135.600,00

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen (Stand: 31.12.2010)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach	55,17	28.640,00
Berufsakademie Rhein-Main GmbH, Rödermark	14,71	5.150,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm	5,10	5.100,00
HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm	5,10	1.275,00
SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen	5,10	5.100,00
Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin *		1,00
Sonnengarten Glienicke Fonds, Glienicke **		9.500.000,00

* = Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im vorläufigen Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 auf € 1,00 vorgenommen.

** = Beim Kauf der Gesellschaftsanteile Sonnengarten Glienicke Fonds wurden Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert. Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im vorläufigen Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds und der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Beteiligungsmanagement

Buchungsstelle 20.30.01.71250030

	2011	2010	2009
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	6.520.000	6.550.000	6.400.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	26.282.115	26.843.872	28.865.162

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	26.843.872
Zunahmen	0
Abnahmen	561.757
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	26.282.115

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2010	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.351.942,65
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 03.07.1996 in Höhe von	2.556.459,41
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 22.05.1997 in Höhe von	1.687.263,21

KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010

Vorbemerkung

Der Aufsichtsrat trat im vergangenen Jahr zu sechs Sitzungen zusammen. Die Gesellschafterversammlung führte vier Sitzungen durch. Die Sitzungen wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz des Aufsichtsratsvorsitzenden Landrat Walter (bis 28.02.2010) und Landrat Quilling (ab 01.03.2010) durchgeführt.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Es wurden Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderung von insgesamt 14,748 Mio. € vorgenommen. Die Abschreibungen betreffen die Beteiligung Sonnengarten Glienicke GbR mit 6,852 Mio. €, die Beteiligung Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG mit 6,573 Mio. EUR und Anteile an einem Spezialfonds mit 1,323 Mio. EUR. Eine Abschreibung auf Investmentfondsanteile wegen einer nur vorübergehenden Wertminderung von 911 T€ wurde ebenfalls berücksichtigt. Die Abschreibungen belaufen sich auf gesamt rund 15,660 Mio. €.

2. Rückzahlung von Liquiditätsausschüttungen

Die Gesellschaft hat in den Jahren 2001-2008 aus der Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG Ausschüttungen in Höhe von insgesamt 965 T€ erhalten. Diese Ausschüttungen wurden als Beteiligungserträge vereinnahmt. Nach Ansicht der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG handelt es sich hierbei nicht um Beteiligungserträge, sondern um Kapitalrückzahlungen. Für das Rückforderungsrisiko wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

3. Verlustübernahme

Die Höhe des gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der KVG zu übernehmenden Verlustes ist im Vergleich zum Vorjahr von 4,073 Mio. € um 568 T€ auf 4,641 Mio. € gestiegen.

4. Neufassung des Gesellschaftsvertrages

Die Gesellschafterversammlung hat am 06.04.2010 eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages der KVVG beschlossen. Hier wurde der § 2 (Gegenstand des Unternehmens) neu gefasst.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufs (Fortsetzung)

Ein Risikofrüherkennungssystem in instrumentalisierter Form liegt aufgrund der Unternehmensgröße nicht vor. Die Risiken, d.h. insbesondere Liquidität und Entwicklung der Finanzanlagen, werden von der Geschäftsführung überwacht.

Vermögens- und Finanzlage

Vermögens- und Finanzlage	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Aktivseite						
Sachanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finanzanlagen	36.061	91,7%	51.736	93,4%	-15.675	-1,7%
Langfristiges gebundenes Vermögen	36.061	91,7%	51.736	93,4%	-15.675	-1,7%
Kurzfristige Forderungen gegen						
- verbundene Unternehmen	0	0,0%	555	1,0%	-555	-1,0%
- den Gesellschafter	567	1,4%	567	1,0%	0	0,4%
- Sonstige Vermögensgegenstände	2.448	6,2%	2.470	4,5%	-22	-1,8%
Flüssige Mittel	247	0,6%	81	0,1%	166	0,5%
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>3.262</u>	<u>8,3%</u>	<u>3.673</u>	<u>6,6%</u>	<u>-411</u>	<u>1,7%</u>
	<u>39.323</u>	<u>100,0%</u>	<u>55.409</u>	<u>100,0%</u>	<u>-16.086</u>	<u>0,0%</u>

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung	
	in T€	in %	in T€	in %	in T€	in %
Passivseite						
Eigenkapital	11.496	29,2%	28.532	51,5%	-17.036	-22,3%
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.039	10,3%	6.596	11,9%	-2.557	-1,6%
Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	14.450	36,7%	0	0,0%	14.450	36,7%
Langfristige Mittel	29.985	76,3%	35.128	63,4%	-5.143	12,9%
Rückstellungen	1.014	2,6%	33	0,1%	981	2,5%
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber						
- Kreditinstituten	3.561	9,1%	2.685	4,8%	876	4,2%
- verbundene Unternehmen	712	1,8%	0	0,0%	712	1,8%
- dem Gesellschafter	3.513	8,9%	17.441	31,5%	-13.928	-22,5%
- Sonstige Verbindlichkeiten	7	0,0%	122	0,2%	-115	-0,2%
- Passive latente Steuern	531	1,4%	0	0,0%	531	1,4%
Kurzfristige Mittel	<u>9.338</u>	<u>23,7%</u>	<u>20.281</u>	<u>36,6%</u>	<u>-10.943</u>	<u>-12,9%</u>
	<u>39.323</u>	<u>100,0%</u>	<u>55.409</u>	<u>100,0%</u>	<u>-16.086</u>	<u>0,0%</u>

KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die Veränderung der Finanzanlagen resultiert – wie bereits ausgeführt – im Wesentlichen auf Abschreibungen wegen dauerhafter Wertminderung. Die Abschreibungen betreffen die Beteiligung Sonnengarten Glienicke GbR mit 6,852 Mio. €, die Beteiligung Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG mit 6,573 Mio. € und Anteile an einem Spezialfonds mit 1,323 Mio. €. Eine Abschreibung auf Investmentfondsanteile wegen einer nur vorübergehenden Wertminderung von 911 T€ wurde ebenfalls berücksichtigt.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten den Körperschaftsteuer-Erstattungsanspruch gemäß § 37 KStG (1.989 T€, Vorjahr 2.217 T€), der sich durch Aufzinsung um 104 T€ erhöht und um die Erstattung der jährlichen Rate (332 T€) vermindert hat.

Die Veränderung des Eigenkapitals beruht im Wesentlichen auf dem Jahresfehlbetrag 2010 sowie der erstmaligen Einbuchung von passiven latenten Steuern (2.725 T€) nach den Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG). Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist dementsprechend auf 29,2 % gesunken (Vorjahr: 51,5 %).

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich insbesondere durch die Tilgung des Postbankdarlehens von 1.023 T€ sowie Umgliederungen in den kurzfristigen Bereich vermindert.

Abweichend vom Vorjahr wurden Kassenkredite des Kreises Offenbach (Gesellschafter) als langfristige Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Zunahme resultiert aus Umgliederungen aus dem kurzfristigen Bereich.

Die Zunahme der Rückstellungen ist im Wesentlichen – wie bereits ausgeführt – auf das Risiko für von der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG zurückgeforderten Kapitalrückzahlungen bzw. der wiederauflebenden Kommanditistenhaftung von 965 T€ zurück zu führen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die Kreis-Verkehrsgesellschaft mbH, Dietzenbach.

Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Beteiligungsansätzen bei den Finanzanlagen.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war insbesondere durch die vom Gesellschafter gewährten Kassenkredite als auch durch den Kreditrahmen bei der Commerzbank AG jederzeit gewährleistet.

**KVVG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Vermögens- und Finanzlage (Fortsetzung)

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelfonds:

	2010	2009	Verände- rung
	in T€	in T€	in T€
Periodenergebnis	-14.312	1.588	-15.900
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Finanzanlagevermögens	15.660	0	15.660
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	981	0	981
+/- sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	37	0	37
+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	26	-26
+/- Abnahme/Zunahme der Forderungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	577	-197	774
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.119	-1.222	2.341
- erstmalige Einbuchung von passiven latenten Steuern	-2.725	0	-2.725
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.337	195	1.142
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	16	1.471	-1.455
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	-787	787
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	16	684	-668
- Auszahlungen aus Darlehenstilgungen	-2.557	-1.022	-1.535
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.557	-1.022	-1.535
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.204	-143	-1.061
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-2.604	-2.461	-143
Finanzmittelfonds am Ende der Periode (flüssige Mittel und kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	-3.808	-2.604	-1.204

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Ertragslage

	2010	2009	Verände- rung
	in T€	in T€	in T€
Finanzerträge	108	702	-594
Finanzaufwendungen	982	1.070	-88
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.641	4.073	568
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-5.515	-4.441	-1.074
Betriebserträge	70	93	-23
Betriebsaufwendungen			
- Personalaufwand	70	163	-93
- sonstige betriebliche Aufwendungen	92	236	-144
- sonstige Steuern	0	40	-40
Betriebsergebnis	<u>-92</u>	<u>-346</u>	<u>254</u>
Vergleichbares Ergebnis	<u>-5.607</u>	<u>-4.787</u>	<u>-820</u>
Neutrale Erträge			
- nicht rückzahlbarer Zuschuss des Kreises	6.550	6.400	150
Neutrale Aufwendungen			
- Wertberichtigung Finanzanlage- vermögen	15.660	0	15.660
Zuführung zu den Rückstellungen für Fleesensee	965	0	965
Rückzahlung Zuschuss KVG	555	0	555
Nachschüsse Glienicke	353	0	353
- Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	0	26	-26
Neutrales Ergebnis	-10.983	6.374	-17.357
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.278	-1	-2.277
Jahresüberschuss (+)/ Jahresfehlbetrag (./.)	-14.312	1.588	-15.900

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Ertragslage (Fortsetzung)

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.074 T€ verschlechtert. Hierzu beigetragen haben insbesondere die gesunkenen Finanzerträge und die gestiegenen Aufwendungen aus der Verlustübernahme. Gegenläufig haben sich die gesunkenen Finanzaufwendungen durch Darlehenstilgungen ausgewirkt. Ursächlich für die gesunkenen Finanzerträge sind insbesondere Ertragsthesaurierungen (371 T€) bei den Spezial- und Investmentfonds, die abweichend zu Vorjahren nicht als Beteiligungserträge vereinnahmt wurden.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 254 T€ verbessert. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus dem gesunkenen Personalaufwand und die gesunkenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere durch den Rückgang der Rechts- und Beratungskosten um 142 T€.

Die Betriebserträge enthalten hauptsächlich Erträge aus den abgerechneten Beratungs- und Managementleistungen im Rahmen des Organschaftsverhältnisses mit der Kreisverkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH (20 T€; Vorjahr: 20 T€) und aus der Personalgestellung (50 T€; Vorjahr: 71 T€).

Das neutrale Ergebnis hat sich um 17.357 T€ verschlechtert. Ursächlich hierfür waren die bereits erläuterten Wertberichtigungen auf das Finanzanlagevermögen und die ebenfalls bereits erläuterten Zuführungen für das Risiko der Rückforderung von Kapitalrückzahlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG. Die Rückzahlung Zuschuss KVG betrifft Zuschüsse, welche der Kreis Offenbach an die KVBG geleistet hat zur Weiterleitung an die KVG. Im Geschäftsjahr 2009 hat die KVG Zuschüsse in Höhe von 555 T€ an die KVBG zurückgezahlt, die noch von der KVBG an den Kreis Offenbach zurückzuzahlen sind. Die Nachschüsse für die Beteiligung Sonnengarten Glienicke GbR von 353 T€ wurden abweichend zu Vorjahren als Aufwand gebucht, d.h. nicht mehr als zu aktivierende Investitionen in Finanzanlagen.

Der Ertrag bei den Steuern vom Einkommen und Ertrag ist hauptsächlich auf die erstmalige Anwendung der Vorschriften zu passiven latenten Steuern aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zurückzuführen.

Die Gesellschaft ist unverändert auf den nicht rückzahlbaren Zuschuss des Kreises Offenbach (6.550 T€; Vorjahr 6.400 T€), der im neutralen Ergebnis (Ertragssaldo) Berücksichtigung findet, angewiesen.

KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs- gesellschaft mbH, Dietzenbach

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Chancen und Risiken bestehen im Wesentlichen in der künftigen Entwicklung der Finanzanlagen. Hierbei sind im Hinblick auf die Risiken hauptsächlich die Beteiligungen an der Sonnengarten Glienicke GbR und Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG zu nennen. Weiterhin bestehen Anlagen in einem Spezialfonds sowie in einem Investmentfonds. Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der Kreis-Verkehrsgesellschaft Offenbach mbH ist die Gesellschaft ferner von der Ertragsituation der Tochtergesellschaft abhängig.

Bei der Sonnengarten Glienicke GbR handelt es sich um mehrere geschlossene Fonds für Wohnimmobilien. Durch eine Umfinanzierung der Fonds soll der Kapitaldienst so strukturiert werden, dass künftig Nachschüsse vermieden werden. Derzeit reichen die Mieterträge nicht aus, um den Kapitaldienst zu decken. Die Umfinanzierung sieht im Jahr 2011 Darlehensablösungen durch die KVBG in Höhe von rund 6,9 Mio. € vor. Diese wurden auch bereits durchgeführt. Für das Jahr 2012 sind weitere Umfinanzierungen geplant, die in der Höhe noch endgültig beschlossen werden müssen. Das Nachschusssrisiko der KVBG wird sich bei einem relativ stabilen Vermietungsstand und durch die begonnene Umfinanzierung auf etwa 250 T€ pro Jahr verringern.

Die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG ist auch nach der vollständigen Abwertung mit hohen Risiken behaftet. Es ist unsicher, ob bei der Beteiligung von einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen werden kann. Es handelt sich hierbei um eine Spezial-Hotelimmobilie (sog. „Freizeit- und Erlebnishotel“), die hauptsächlich vom Urlaubs- und Konsumverhalten von Privatpersonen abhängig ist. Weitere innewohnende Risiken bestehen in der Provinzlage sowie der Wetterabhängigkeit. Zwar wurden ausreichende Rückstellungen für die mögliche Rückforderung von Liquiditätsausschüttungen bzw. das Wiederaufleben der Kommanditistenhaftung gebildet. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer möglichen Insolvenz weitere, bislang unbekannte Ansprüche gegenüber den Kommanditisten geltend gemacht werden.

Bei dem Spezial- bzw. Investmentfonds sind die derzeit anhaltenden starken Schwankungen auf den Aktien- und Anleihemärkten als wichtiger Risikofaktor für die zukünftige Entwicklung zu nennen.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

K. (Vorläufiger) Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Zum 01.01.2011 ist die Verschmelzung der KOMMSERVE gGmbH, eine ebenfalls 100 %-ige Tochter des Kreises Offenbach, auf die KVBG erfolgt, da bisherige Aufgaben der KOMMSERVE entfallen sind und ein alternatives Geschäft nicht betrieben werden soll. Durch die Übernahme des negativen Eigenkapitals der KOMMSERVE in Höhe von 1,7 Mio. € wird das handelsrechtliche Eigenkapital der KVBG vermindert. Einschließlich des Jahresfehlbetrages aus 2010 in Höhe von rund 794 T€ beläuft sich der Verschmelzungsverlust damit auf rund 2,52 Mio. €. Weiterhin übernimmt die KVBG den anfallenden Kapitaldienst der Verbindlichkeiten der KOMMSERVE, wobei der Kapitaldienst durch einen Zuschuss des Kreises Offenbach kostenneutral refinanziert wird. Mittlerweile wurde die Verschmelzung von allen Gremien im Jahr 2011 beschlossen und die Handelsregistereintragung ist erfolgt.

Die Ertragslage der Gesellschaft wird auch in Zukunft so sein, dass sie auf einen nicht rückzahlbaren Zuschuss des Kreises Offenbach (Zuschuss zum Ausgleich des Erfolgsplans als Teil des Wirtschaftsplans) angewiesen sein wird. Für einen Prognosezeitraum bis einschließlich 2011 sind keine, den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken erkennbar.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

L. Bilanz

	2010 *	2009	Veränderung-	2008
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2	0	2
Sachanlagen	2	2	0	2
- Anteile an verbundenen Unternehmen	9.528.640	16.381.139	-6.852.499	16.038.203
- Beteiligungen	206.488	6.779.334	-6.572.846	8.084.882
- Wertpapiere des Anlagevermögens	26.325.453	28.575.324	-2.249.870	28.322.960
Finanzanlagen	36.060.581	51.735.797	-15.675.216	52.446.046
Anlagevermögen	36.050.581	51.735.799	-15.675.216	52.446.048
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	555.345	-555.345	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	3.015.122	3.036.603	-21.481	3.394.828
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.015.122	3.591.948	-576.826	3.394.828
- Guthaben bei Kreditinstituten	247.183	80.937	166.246	720
Umlaufvermögen	3.262.305	3.672.885	-410.580	3.395.548
Rechnungsabgrenzungsposten	345	360	-15	360
	39.323.233	55.409.044	-16.085.811	55.841.956
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	6.135.600	6.135.600	0	6.135.600
- Gewinnvortrag	19.671.952	20.808.194	-1.136.242	27.307.314
- Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-14.311.899	1.588.378	-15.900.277	-6.499.120
Eigenkapital	11.495.653	28.532.172	-17.036.519	26.943.794
- Sonstige Rückstellungen	1.014.000	33.000	981.000	33.000
Rückstellungen	1.014.000	33.000	981.000	33.000
- Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	7.600.099	9.280.789	-1.680.690	10.080.342
- Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen	712.268	0	712.268	329.456
- Sonstige Verbindlichkeiten	17.969.748	17.563.083	406.666	18.455.364
Verbindlichkeiten	26.282.115	26.843.872	-561.757	28.865.162
Passive latente Steuern	531.465	0	531.465	0
	39.323.233	55.409.044	-16.085.811	55.841.956

* = auf Basis des vorläufigen Jahresabschlusses zum 31.12.2010

**KVBG Kreisversorgungsbeteiligungs-
gesellschaft mbH, Dietzenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 *	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	6.619.902	6.493.564	4.205.960
Personalaufwand	70.446	162.471	123.402
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.660.176	0	186
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.963.492	261.538	378.762
Erträge aus Beteiligungen	0	258.132	32.850
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	449	324.574	482.389
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	107.291	119.574	142.625
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	5.456.850
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	981.663	1.070.416	1.263.580
Aufwendungen aus Verlustübernahme	4.641.438	4.073.251	4.119.175
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-16.589.574	1.628.169	-6.478.131
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.278.103	-589	-4.550
Sonstige Steuern	428	40.379	16.439
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag(-)	-14.311.899	1.588.378	-6.499.120

* = auf Basis des vorläufigen Jahresabschlusses zum 31.12.2010

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Am 30. September im Jahre 1992 wurde die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH als lokale Nahverkehrsgesellschaft vom Kreis Offenbach und den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Umlandverband Frankfurt zu einem Zeitpunkt gegründet, als der Rhein-Main-Verkehrsverbund (seit 1995 bestehend) noch nicht existierte.

Schon zu Beginn der 90er Jahre wurde seitens der Gesellschafter es als wichtig und notwendig angesehen, öffentlichen Personennahverkehr und Verkehrsplanung generell einheitlich zu fördern, örtliche Planung von Verkehrslinien etc. über die eigene Gebietskörperschaft hinausgehend, abzustimmen und auch zu betreiben.

Es setzte sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eigene Verkehrsmaßnahmen nur dann erfolgreich umgesetzt werden können, wenn entsprechende Abstimmungen mit benachbarten Kommunen getroffen werden konnten. Letztlich konnten so durch Maßnahmenbündelungen Ergebnisse auch wirtschaftlich effizienter umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit des Kreises Offenbach mit den Kreiskommunen und dem Umlandverband Frankfurt (Rechtsnachfolger Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main bzw. jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) trug so dann schon früh Früchte. Zu nennen sind das Projekt Anruf-Sammel-Taxi sowie die Inbetriebnahme der Buslinie 969 Kreisquerverbindung Langen – Seligenstadt.

Traditionell war im Kreis Offenbach der Schienenverkehr gegenüber dem Regionalbusverkehr bzw. der Bedeutung für den gesamten Sektor des Öffentlichen Personennahverkehrs stark unterrepräsentiert, dies insbesondere im Vergleich zum gesamten Geschäftsgebiet des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV). Diese Situation hat sich jedoch mit Inbetriebnahme der beiden S-Bahn-Strecken Dietzenbach und Rodgau am Jahresende 2003 grundlegend geändert; es kam so zu weitreichenden strukturellen Veränderungen im ÖPNV innerhalb des Kreisgebietes und der Schienenverkehr hat an Bedeutung gewonnen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

Anschrift	Masayaplatz 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/6966900
Telefax	06074/6966909
E-Mail	internetexpress@kvg-offenbach.de
Internet	www.kvg-offenbach.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform:	GmbH
Gründungsdatum:	30. September 1992
Stammkapital:	51.910,-- €
Gesellschaftsvertrag:	Der zurzeit gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 30.09.1992, zuletzt geändert am 25. November 2010
Handelsregistereintrag:	HRB 8669 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind:

- die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach sowie in angrenzenden Verkehrsräumen und die Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs und ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach nach einheitlichen Gesichtspunkten und Planungen;
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beteiligten Gesellschafter bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs;
- die sofortige oder spätere Übertragung einzelner oder aller Verkehrsleistungen von den Gesellschaftern unter Weitergabe der damit im Zusammenhang stehenden öffentlichen Zuwendungen auf die Gesellschaft;
- die gegenseitige Unterrichtung der Gesellschafter über alle wesentlichen Verkehrsmaßnahmen und –vorhaben innerhalb ihrer Gebietskörperschaft und die zugrunde liegenden Überlegungen und Planungen;

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- die Einrichtung und den Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren;
- die Einrichtung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen;
- die Beteiligung an Unternehmen, die die oben genannten Zwecke fördern

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellvertretender Vorsitzender, für die Gemeinde Hainburg	Herr Bernhard Bessel
Stellvertretende Vorsitzende, für die Gemeinde Mainhausen	Frau Ruth Disser
Mitglied für die KVBG	Herr Frank Berg
-----,,-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----,,-----	Herr Wolfgang Crynen
-----,,-----	Herr Arne Göhler
-----,,-----	Frau Heide Heß
-----,,-----	Herr Clemens Jäger
-----,,-----	Frau Margrit Jansen
-----,,-----	Herr Jürgen Kaiser
-----,,-----	Herr Michael Rickert
-----,,-----	Herr René Rock

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2010) (Fortsetzung)	
Mitglied für die KVBG	Frau Gisela Schmalenbach
-----,-----	Herr Norbert Schultheis
-----,-----	Herr Karl-Heinz Stier
-----,-----	Herr Walter Winter
für die Stadt Dietzenbach	Herr Jürgen Rogg
für die Stadt Dreieich	Herr Martin Burlon
für die Gemeinde Egelsbach	Herr Rudi Moritz
für die Stadt Heusenstamm	Herr Uwe Michael Hajdu
für die Stadt Langen	Herr Frieder Gebhardt
für die Stadt Mühlheim	Herr Wilfried Bodensohn
für die Stadt Neu-Isenburg	Herr Herbert Hunkel
für die Stadt Obertshausen	Herr Hubert Gerhards
für die Stadt Rodgau	Herr Michael Schüßler
für die Stadt Rödermark	Herr Roland Kern
für die Stadt Seligenstadt	Herr Dieter Burkard

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Jürgen Hoffmann	bis 08.06.10
-----,-----	Herr Andreas Maatz	ab 09.06.10

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Jahre 2010 nicht an.

Die GesamtbruttoBezüge des Geschäftsführers Herr Jürgen Hoffmann betragen im Geschäftsjahr 2010 € 34.871,64; die GesamtbruttoBezüge des Geschäftsführers Herr Andreas Maatz betragen im Geschäftsjahr 2010 € 50.500,--

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH	55,176	28.640,00
Stadt Dreieich	3,448	1,790,00
Stadt Dietzenbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Egelsbach	3,448	1,790,00
Gemeinde Hainburg	3,448	1,790,00
Stadt Heusenstamm	3,448	1,790,00
Stadt Langen	3,448	1,790,00
Gemeinde Mainhausen	3,448	1,790,00
Stadt Mühlheim	3,448	1,790,00
Stadt Neu-Isenburg	3,448	1,790,00
Stadt Obertshausen	3,448	1,790,00
Stadt Rodgau	3,448	1,790,00
Stadt Rödermark	3,448	1,790,00
Stadt Seligenstadt	3,448	1,790,00
	100,00	51.910,00

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

	Anteil in %	Anteil in €
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	2,5 %	6.250,00

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Gemäß § 5 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPVNG) sind die Landkreise auf ihrem Gebiet zuständige Aufgabenträger für die Planung, die Organisation und die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie sind Aufgabenträger im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes und zuständige Stelle im Sinne des § 4 des Regionalisierungsgesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395), Die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs obliegt den Verkehrsunternehmen nach dem Personenbeförderungsgesetz und dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Rahmenbedingung

Im Geschäftsjahr 2010 fand ein vorgesehener Wechsel der Geschäftsführung statt. Nach dem Ausscheiden des bisherigen alleinigen Geschäftsführers, Herrn Jürgen Hoffmann, zum 8. Juni 2010 übernahm Herr Andreas Maatz zum 9. Juni 2010 die alleinige Geschäftsführung der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH (kurz: KVG OF).

Sowohl die im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen vier Sitzungen des Aufsichtsrats als auch die jährliche Gesellschafterversammlung wurden planmäßig und ordnungsgemäß unter dem Vorsitz der Aufsichtsratsvorsitzenden, Frau Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, durchgeführt.

Der zeitlich vorgeschaltete Beirat mit Vertretern von sechs Stadtwerken/Verkehrsbetrieben im Kreis Offenbach traf sich ebenfalls turnusgemäß, um Themen des Aufsichtsrats vorzubereiten und Belange der Kooperationsunternehmen zu behandeln.

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Gesellschafterversammlung am 25. November 2010 wurden drei Änderungen im Gesellschaftsvertrag beschlossen.

1. Der Hessische Rechnungshof (Darmstadt) hatte beanstandet, dass die Unterrichtsrechte für das zuständige überörtliche Prüfungsorgan nicht im Gesellschaftsvertrag der KVG OF eingeräumt sind. Mit der Änderung zu § 11 des Gesellschaftsvertrags wurden die entsprechenden Prüfungsrechte nunmehr eingeräumt.
2. Der Gegenstand des Unternehmens im Gesellschaftsvertrag wie folgt ergänzt: [...] die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ergänzender Mobilitätsformen im Kreis Offenbach [...].
3. Die Geschäftsführung bedarf für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb des Unternehmens der Gesellschaft hinausgehen, der ausdrücklichen vorhergehenden Einwilligung des Aufsichtsrates. Zu diesen Geschäften zählen insbesondere [...] Anschaffungen und Investitionen, wenn die Anschaffungs- oder Herstellungskosten 25.000,00 EUR im Einzelfall oder 100.000,00 EUR im Geschäftsjahr übersteigen [...]. In Anpassung an die allgemeine Entwicklung sind die o.g. Summen verdoppelt worden.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Allgemein

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH kann weiterhin als grundsätzlich positiv bezeichnet werden. Im Verbundgebiet stiegen die Fahrgastzahlen im Jahr 2009 wiederum an, von 655 auf 667 Millionen Fahrten. Der durchschnittliche Reiseweg der Kunden im RMV lag bei 11 km.

Einnahmenaufteilung und Umlagen

Die Ergebnisse der Verbunderhebung 2004 wurden auch der Einnahmenaufteilung 2009 zugrunde gelegt. Damit wurden die mit dem Betriebsstart der Rodgau-S-Bahn einhergehenden Verlagerungen der Verkehre wiederholt deutlich. Es standen für die KVG einschließlich der Kooperationsunternehmen nach der EAV 2008 unter Berücksichtigung von Kassentechnischen Einnahmen von T€ 7.152 und einem Fremdnutzerausgleich von T€ 3.326 noch T€ 3.826 für die Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung.

Die Kassentechnischen Einnahmen 2009 stiegen auf T€ 7.598 (+6,2%) und der abzuführende Fremdnutzerausgleich auf T€ 3.591 (+8,0%). Das daraus resultierende zur Verteilung innerhalb der Gesellschaft zur Verfügung stehende Delta erhöhte sich auf T€ 4.007 (+4,7%).

Der im Jahr 1998 unterzeichnete Einnahmenaufteilungsvertrag ist auch für die Abrechnung des Jahres 2009 EAV/ABR 2009 angewandt worden. Die Integration der Anruf-Sammel-Taxi-Systeme in das Einnahmenaufteilungsverfahren ist weiterhin nicht vollständig befriedigend gelungen. Die Einnahmen werden unverändert im Rahmen einer Vorabzuscheidung auf die EAV zugeschieden. Die Kooperationsunternehmen und die KVG erarbeiteten jedoch im Beirat gemeinsam ein akzeptables Modell zur Einnahmenaufteilung, das auch bei der EAV 2009 Anwendung gefunden hat. In Zusammenarbeit mit dem RMV wird eine Harmonisierung der AST-Tarife angestrebt, die jedoch auch im Jahr 2010 nicht erreicht werden konnte. Im März 2011 hat der RMV eine verbundweite Abfrage der aktuellen AST-Tarife in jeder LNO durchgeführt, die o.g. Harmonisierung zum Ziel haben sollen.

Das Ergebnis der Einnahmenezuscheidung 2009 ohne Kooperationsfördermittel für die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH veränderte sich gegenüber dem Vorjahr wie dargestellt um +4,7 %. Die Strukturhilfe sowie die Zuschuss aus Durchtarifizierungsverlusten beträgt T€ 334 und liegt damit 0,9 % unter der des Jahres 2008 (T€ 337).

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Einnahmenaufteilung und Umlagen (Fortsetzung)

Abermals positiv entwickelte sich das Regionalbusdefizit, und zwar von T€ 627 in 2008 auf T€ 604 (./T€ 23) in 2009 bei einem Umlagensatz von 11,10 % gegenüber 11,16% in 2008.

Die SPNV-Umlage (Schiene) verbleibt weiterhin auf dem Wert € 0.

Die Regionalbusumlage wurde zu 59% von den Gesellschaftern und zu 41% von der KVG getragen. Grundlage ist das im lokalen Nahverkehrsplan 2003-2007 festgelegte Defizit-Aufteilungsmodell. Die Gültigkeit des Nahverkehrsplans wurde bis 2010 verlängert. Der im Februar 2011 vom Kreistag beschlossene Lokale Nahverkehrsplan 2011-2015 entfaltet seine Wirksamkeit erst ab dem Jahre 2011.

Die Aufwendungen für die Partnerschaftsfinanzierung ‚Schiene‘ betragen im Jahr 2010 T€ 2.954 gegenüber einem Ergebnis von T€ 2.912 in 2009. Sie resultieren aus der jährlich mit 1,5% fortgeschriebenen Basis des Jahres 2009 von T€ 2.705 zuzüglich der Zusatzbestellung für den Betrieb der Odenwaldbahn von T€ 212,3.

Die Höhe der Verlustübernahme der KVBG steigt gegenüber dem Vorjahr um T€ 568 von T€ 4.073 auf T€ 4.641 und fällt um T€ 432 höher aus als in der vierten Wirtschaftsplan-Fortschreibung des Geschäftsjahres 2010 erwartet. Die Abweichung ist im Wesentlichen durch periodenfremde Aufwendungen begründet.

Hinsichtlich der Zulässigkeit von Beihilfen (Art. 107 Abs. 1 AEUV) – hier: Finanzierung der Gesellschaft einerseits durch den mittelbaren Gesellschafter (Kreis Offenbach) und ggf. andererseits durch die unmittelbaren Gesellschafter (Kommunen des Kreises Offenbach) – kann bisher keine abschließende und verbindliche Aussage getroffen werden, da eine Prüfung dieser Verfahrensweise auf ihre beihilferechtliche Zulässigkeit für diese Gesellschaft noch nicht abschließend erfolgt ist.

Interne Entwicklungen

Der o.g. Wechsel in der Geschäftsführung hat zu keinen nennenswerten Beeinträchtigungen in der operativen Tätigkeit der KVG OF geführt. Der Mitarbeiterstamm wurde durch die Anstellung einer Finanzbuchhalterin ab Februar 2010 um eine Teilzeitstelle erhöht; ab Januar 2011 wurde eine Halbtagskraft zur Verstärkung unserer Aktivitäten im Bereich ‚Marketing & Kommunikation‘ angestellt.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Interne Entwicklungen (Fortsetzung)

Aufgrund des personellen Zuwachses und der beengten räumlichen Verhältnisse in den Geschäftsräumen wurden zwei zusätzliche Arbeitsplätze in den Räumen der Mobilitätszentrale geschaffen.

Zur langfristigen Sicherung der Stabilität und Verfügbarkeit des EDV-Systems wurde der IT-Dienstleister zum Ende des Jahres 2010 gewechselt: Anstelle des bisherigen Einzelunternehmers hat sich die KVG OF für eine Kooperation mit einem mittelständischen EDV-Dienstleister entschieden, der durch entsprechende Serviceverträge und dem Austausch von wichtiger Hardware (incl. neuer Server) die genannten Ziele gewährleisten soll. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere die notwendige Datensicherung erheblich verbessert und ein Terminalserver angeschafft, der eine effiziente Arbeit aller Mitarbeiter im Hause sowie einen Zugriff leitender Mitarbeiter von extern ermöglicht. Nach Abschluss aller vorgesehenen investiven Maßnahmen gehen wir davon aus, dass die laufenden Kosten zur EDV-Betreuung zukünftig geringer ausfallen und besser kalkulierbar sein werden.

Darstellung wichtigster Projekte

Im Rahmen der 2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Offenbach für die Jahre 2011 bis 2015 wurde im Februar und März 2010 die zweite Runde der Regionalkonferenzen durchgeführt. Anfang August 2010 wurde der Entwurf des Nahverkehrsplans zur Anhörung versandt, die Anfang Oktober abgeschlossen werden konnte. In seiner 83. Sitzung im November 2010 hat der Aufsichtsrat der KVG über den Entwurf und die eingegangenen Einwendungen und Anregungen gemäß den Empfehlungen des Gutachters beschlossen und den Plan dem Kreisausschuss und Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Schienerverkehr

S-Bahnen

Ab 13. Juni 2010 wurden die Züge der S2, die in der Hauptverkehrszeit das Angebot von einem 30-Minuten-Takt auf einen 15-Minuten-Takt verdichten, auch in den Frankfurter S-Bahn-Tunnel als durchgehende Verbindungen in der Regel nach Niedernhausen geführt; die Bedienung von Offenbach Hbf durch die S2 entfiel. Damit erhielten auch Dietzenbach und Heusenstamm in der Hauptverkehrszeit einen umsteigefreien 15-Minuten-Takt nach Frankfurt.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Schienenverkehr (Fortsetzung)

S-Bahnen (Fortsetzung)

Auch auf der S3 von/nach Darmstadt werden seit April 2010 neue S-Bahnzüge des Typs ET 423 eingesetzt.

Im RMV-Aufsichtsrat wurden die Rahmenbedingungen der Neuvergabe der S-Bahnleistungen ab Mitte Dezember 2014 beschlossen. Danach soll auch sonntagvormittags der 30-Minuten-Takt auf allen Linien verwirklicht werden und der S-Bahnast nach Hanau im durchgehenden integralen Takt auch in der Schwachverkehrszeit mit Einbindung in den Anschlussknoten Hanau Hbf bedient werden.

Regionalbahnen - Odenwaldbahn

Auf der Odenwaldbahn kamen ab April 2010 zur Kapazitätsverstärkung vier neue Triebwagen des Typs ITINO zum Einsatz, die von der lokalen Ebene anteilig mitfinanziert werden.

Busverkehr

Regionalbusverkehre

Ab 12. Dezember 2010 wird die Regionalbuslinie 567 gemäß Vorgaben des Nahverkehrsplans über den Bahnhof Hainburg-Hainstadt geführt und bindet dort Klein-Krotzenburg und den Seligenstädter Norden alle 2 Stunden, in der Hauptverkehrszeit stündlich, an die Regionalexpresszüge der Odenwaldbahn nach Frankfurt und entsprechend in der Gegenrichtung an. Die Mehrleistungen werden vom RMV und der KVG im Rahmen der Partnerschaftsfinanzierung zu je 50% getragen.

Lokale Busverkehre

Ab 12.12.2010 wurde die Dreieicher Stadtbuslinie OF-67 im Rahmen einer Kooperation der Verkehrsbetriebe Dreieich, der Stadtwerke Neu-Isenburg, der Traffiq und des RMV von Sprendlingen über das HLL, das Gewerbegebiet Süd in Neu-Isenburg und den Isenburger Bahnhof bis zum Terminal 1 am Frankfurter Flughafen verlängert. Die Linie wird montags bis freitags von 5:30 bis 19:30 Uhr alle halbe Stunde bedient.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Busverkehre (Fortsetzung)

Lokale Busverkehre

Beim Waldseebus OF-65 wurde die Bedienung während der Sommerferien an Wochentagen umgestellt: Anstelle eines Anruf-Sammel-Taxis fährt zur Vereinheitlichung des Angebots und aus betrieblichen Gründen jetzt wie an den Wochenenden auch ein Bus alle 30 Minuten, dies aber nur bei ‚Badewetter‘.

Die vom RMV beabsichtigte Lokalisierung bislang regionaler Linien im Rahmen der Neustrukturierung der Finanzierungsinstrumente wird von Seiten der KVG OF weiterhin sowohl kritisch als auch als Chance betrachtet. Kritisch im Hinblick darauf, dass nur unzureichendes Zahlenmaterial zu Aufwand und Erlös über die zu lokalisierenden Linien vorliegt. Eine Chance liegt jedoch in der Möglichkeit, künftig direkt Einfluss auf die Durchführung von Linien und damit über gezielte Maßnahmen auf Aufwand und Ertrag einer Linie nehmen zu können.

Entscheidend ist jedoch, dass der RMV gemeinsam mit dem Land Hessen mittelfristig durch entsprechende Zusagen die Gewähr bietet, dass der ÖPNV im seitherigen Umfang finanziell unterstützt wird. Diesbezügliche Gespräche führten jedoch aus im Jahr 2010 noch nicht zu konkreten Ergebnissen, da der RMV seine Lokalisierungsabsichten noch immer nicht konkretisiert hat.

Stadtbusverkehre

In Zusammenarbeit mit der Stadt Rödermark wurde eine Planung zum möglichen Stadtbusverkehr in Rödermark in Auftrag gegeben. Dabei soll der zurzeit noch bestehende Schülerverkehr nach § 43 Abs. 2 PBefG in Rödermark in diese öffentliche Linie mit Anwendung des RMV-Tarifs kostensparend integriert werden. Ein Zwischenergebnis der Planung wurde dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Sicherheit und Infrastruktur der Stadt am 17. November 2010 vorgestellt. Eine Beschlussfassung zum Thema konnte noch nicht erreicht werden. Eine dauerhafte Fortführung des Schülerverkehrs außerhalb des RMV über das Jahr 2011 hinaus ist wegen der Veränderung der Auszahlungsbedingungen der Zuschüsse für diesen Verkehr aber nicht möglich, eventuell müssen die Risiken der Bezuschussung bis maximal zu den Sommerferien 2012 von der KVG getragen werden.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Flexible Angebote (Anruf-Sammeltaxi-AST)

Die KVG ist für die Planung und Organisation der meisten AST-Verkehre im östlichen Kreisgebiet zuständig. In Verbindung mit der geplanten Übernahme des AST 35 (Mühlheim/Obertshausen, bisher Stadtwerke Mühlheim) und dem Anliegen der Stadt Seligenstadt, den sogenannten ‚Citybus‘ in den regulären RMV-Tarif zu überführen, haben wir in 2011 eine vollständige Überprüfung des AST-Systems im Ostkreis vorgesehen.

Dabei sollen nicht allein die bisherigen Linienführungen und das zeitliche Angebot auf dem Prüfstand stehen, sondern es sollen gleichzeitig neue Wege aufgezeigt und diskutiert werden, welche ‚flexible Bedienformen‘ in Ergänzung zum regulären Busverkehr den zukünftigen Anforderungen und der Nutzernachfrage gerecht werden.

Im Ergebnis soll eine Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, wie die KVG den unterschiedlichen Wünschen heutiger als auch potentieller Kunden in den kommenden Jahren nachhaltig gerecht werden können. Hierbei sollen auch die wirtschaftlichen Faktoren (Kosten/Nutzen) berücksichtigt werden.

RBL-light

Obwohl im Jahr 2010 keine neuen Kunden hinzugewonnen werden konnten, entwickelte sich das Geschäft mit der Eigenentwicklung des RBL- light (ICTS) positiv und trug zur Ertragsverbesserung bei. Für das Jahr 2011 werden die in 2010 angebahnten neuen Vertragsabschlüsse voraussichtlich realisiert werden können.

Kundeninformation und -service

Dynamische Fahrgastinformationen (DFI)

Im Jahr 2006 wurde das Projekt der Errichtung Dynamischer Fahrgastinformationstafeln in seiner ersten Ausbaustufe fertig gestellt. Für 2008 und 2009 war eine Weiterführung im Westteil des Kreises Offenbach vorgesehen.

Allerdings wurde in 2009 wiederum kein positiver GVFG-Bescheid erteilt. Am 17.12.2010 ging jedoch der GVFG-Förderungsbescheid bei der KVG ein, so dass das Projekt in 2011 weitergeführt werden kann. Die entsprechenden Angebote potentieller Anbieter sind nach einer Ausschreibung im März 2011 eingegangen, die Vergabe soll im Frühjahr 2011 erfolgen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Kundeninformation und –service (Fortsetzung)

Dynamische Fahrgastinformationen (DFI) (Fortsetzung)

Entlang der modernisierten Odenwaldbahn beteiligt sich die KVG an einem Gemeinschaftsprojekt der Anliegergebietskörperschaften zum Aufbau entsprechender DFI. Hier wird im Jahr 2011 mit einem entsprechenden Förderbescheid gerechnet.

Internet

Der aktuelle Internetauftritt der KVG Offenbach mbH (www.kvg-offenbach.de) ist mittlerweile ‚in die Jahre gekommen‘ und soll in diesem Frühjahr 2011 vollständig neu erstellt werden.

Dabei soll ein sogenanntes Content Management System (CMS) verwendet werden, eine Art ‚Baukastensystem‘, mit dem die KVG selber die Inhalte fortwährend aktualisieren kann. Der Grundaufbau dieses Systems wird aus Kapazitätsgründen an eine externe Agentur vergeben; die Angebots- und Verhandlungsgespräche laufen derzeit.

Die inhaltliche Pflege und kleinere Anpassungen kann die KVG zukünftig selber vornehmen. Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist dieses Vorgehen sinnvoll, weil nach einer einmaligen Investition in den Grundaufbau der neuen Seite nachfolgend – abgesehen von den Hosting-Kosten – keine monatlich laufenden Betreuungskosten durch externe Dienstleister mehr entstehen sollten.

Schülerkarten

Der Vertrieb von CleverCards als Jahreskarten für Schüler und die Kostenübernahme durch den Schulträger stellt das stärkste Kundensegment der KVG dar.

Zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit und der Effizienzsteigerung wurde im Jahr 2010 der Auftrag an den Dienstleister der KVG vergeben, das Antragsverfahren sowohl für das Erstattungsverfahren nach § 161 HSchG als auch die Beantragung der CleverCard auf internetbasierte Erhebungsbögen zu erweitern.

Mit dem Abschluss der Arbeiten wird zum April 2011 gerechnet, so dass rechtzeitig vor der großen Antragswelle im Frühsommer 2011 dieser neue Service zur Verfügung stehen wird.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Kundeninformation und –service (Fortsetzung)

Mobilitätszentrale

Die Mobilitätszentrale hat sich im Jahr 2010 weiterhin etabliert und wird von den Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen. Der Fahrscheinverkauf in der Mobilitätszentrale trägt wesentlich zur unterjährigen Liquidität der KVG bei. Auch der Fahrscheinverkauf der insgesamt sieben Vorverkaufsstellen und der zwei Card-o-maten konnte gesteigert werden.

Ausbildung ‚Bus- und Bahnbegleiter‘

In diesem Projekt wurden bis Ende 2010 mittlerweile insgesamt fast 500 Schülerinnen und Schüler ausgebildet. Projektbeteiligte sind der Kreis Offenbach, die 13 Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach, die im Rahmen einer Umlagefinanzierung sich an den Kosten beteiligen, sowie der RMV, das Polizeipräsidium Südosthessen und die 23 weiterführenden Schulen im Kreis Offenbach.

Im November 2010 war die KVG OF mit dieser Ausbildung einer der Preisträger zum ‚Hessischen Präventionspreis 2010‘.

Weitere Projekte

- EDV- gestütztes „Beschwerdemanagementsystem“ mit RMV, LNO Offenbach, DaDiNa und traffiQ sowie einzelne Verkehrsunternehmen
- Konzept „Zukunftsfähiger ÖPNV in der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach“ mit ivm und Kreis Offenbach, seit 2010 auch für das gesamte Kreisgebiet.
- „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ in Kooperation mit der LNO Offenbach für Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber in Stadt und Kreis Offenbach
- Zur Sicherung der Servicequalität beteiligt sich die KVG an einem gemeinschaftlichen Pilotprojekt des RMV, der DaDiNa, der HSB und der Mainzer Verkehrsgesellschaft
- Zur Einführung des E- ticketing beteiligt sich die KVG an der Ausgestaltung des gemeinsamen Hintergrundsystems des RMV. Mit diesem Hintergrundsystem werden zukünftig nicht nur die E- Tickets verwaltet, sondern wird auch ein Beitrag zur Effizienzsteigerung des Vertriebs entwickelt.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung wichtigster Projekte (Fortsetzung)

Weitere Projekte (Fortsetzung)

- **Datendrehscheibe:** Gemeinsam mit den lokalen Nahverkehrsorganisationen „DaDiNa und Oreg“ und dem RMV beteiligt sich die KVG am Aufbau einer verbundweiten Datendrehscheibe. Ziel der Datendrehscheibe ist die Onlineverfügbarkeit aller relevanten Echtzeit- und Fahrplandaten für die verschiedenen Auskunftssysteme und zur Verbesserung der Anschlusssicherheit sowie der Verkaufsdaten.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Planungssicherheit

Der öffentliche Nahverkehr bleibt weiterhin ein wesentlicher Garant für die Sicherung der von Bevölkerung und Wirtschaft benötigten und geforderten Mobilität im Kreis Offenbach. Mit der Aufstellung und anschließender Genehmigung des neuen lokalen Nahverkehrsplans (NVP) für den Kreis Offenbach mit Gültigkeit von 2011 – 2015 durch den Aufsichtsrat der KVG OF im November 2010 wurden die Weichen für eine gesicherte Fortentwicklung des Nahverkehrsangebot gestellt. Die politischen Gremien (Kreisausschuss und Kreistag) haben im Januar bzw. Februar 2011 ebenfalls die Umsetzung des NVP 2011 – 2015 beschlossen, so dass für die kommenden fünf Jahre eine Planungssicherheit besteht.

Finanzierung

Der Nahverkehrsplan für die Jahre 2011 – 2015 fällt in eine Zeit umfassender Änderungen im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und in dessen Zusammenarbeit mit seinen lokalen Partnern. Nach 15 Jahren ist eine grundlegende Reform der Verbundfinanzierung sowie der Tarifstruktur in der Ausarbeitung und Abstimmung; zum November 2011 soll dem Aufsichtsrat des RMV ein entsprechendes Modell zur Beratung und Genehmigung vorliegen. Diese Neustrukturierung der Verbundfinanzierung wird sich voraussichtlich ab dem Jahr 2012 auf die Möglichkeiten und Grenzen der Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs im Kreis Offenbach auswirken.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Finanzierung (Fortsetzung)

Die bisherige Diskussion hatte u.a. die Neudefinition des Status quo von Grundleistungen im Schienenverkehr zur Entlastung der Partnerschaftsfinanzierung zum Ziel, die im Ergebnis eine finanzielle Entlastung der KVG OF bewirken könnte. Andererseits wären bei anderen Verbundpartnern die finanziellen Risiken eines neuen Modells zur Partnerschaftsfinanzierung deutlich höher, so dass zur einvernehmlichen Einigung auf ein neues Finanzierungsmodell ein aufwendiger und schwieriger Prozess bevorsteht.

Die aktuelle Finanzlage der beteiligten Gebietskörperschaften (Kommunen, Kreis und Land) und die damit verbundenen Zwänge zur Einsparung freiwilliger Leistungen lässt bereits eine Reduzierung des ÖPNV-Angebots in der zeitlichen Ausdehnung und Intensität erkennen. Falls sich diese Situation kurz- und mittelfristig nicht nachhaltig ändert, wird die Finanzierung des ÖPNV im Kreis Offenbach in seiner bisherigen Dimension – trotz gültigem Nahverkehrsplan - voraussichtlich nicht aufrecht zu erhalten sein und ggf. zu Reduzierungen im heutigen und geplanten Leistungsangebot führen.

Das elektronische Fahrgeldmanagement soll ab Ende 2011 bis zum Jahr 2015 sukzessive realisiert werden. Das so genannte ‚e-Ticketing‘ wird in der Vorbereitungs- und Einführungsphase erhebliche personelle Kapazitäten in der KVG OF binden, gleichzeitig ist perspektivisch die Erschließung neuer Kundengruppen sowie ein effizienterer Vertrieb möglich. Zudem wird es sich auch auf die Höhe und die Verteilung der Fahrgeldeinnahmen auf die einzelnen Nahverkehrsorganisationen auswirken; eine belastbare Einschätzung der Chancen und Risiken ist derzeit noch nicht möglich.

Kundenstruktur und -bedürfnisse

Der demographische Faktor im Kreis Offenbach wird Nachfrage und Angebot im ÖPNV in den kommenden Jahren erkennbar beeinflussen. Die Anzahl der Einwohner verbleibt heutigen Prognosen zufolge bis zum Jahre 2020 auf dem aktuellen Niveau, allerdings wird die Anzahl der Menschen unter 20 Jahren merklich zurückgehen, während deutlich mehr Senioren im Landkreis leben werden.

Ein erheblicher Anteil der finanziellen Aufwendungen und Erträge im Landkreis Offenbach wird durch den Schülerverkehr generiert. Mit Blick auf die demographische Entwicklung und andere Faktoren werden die absolute Anzahl und der relative Anteil dieser Gruppe an dem gesamten Kundensegment mittelfristig geringer, so dass die Bewerbung anderer tatsächlicher und potentieller Kundengruppen forciert werden muss.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Kundenstruktur und –bedürfnisse (Fortsetzung)

Hierzu zählt beispielsweise die ‚Betriebliche Mobilitätsberatung‘ für Unternehmen und Verwaltungen. Das Angebot und die Kompetenz unserer Beratung, die wir gemeinsam mit der Stadt Offenbach bzw. deren Nahverkehrsorganisation anbieten, haben sich zunehmend etabliert, so dass wir diese Dienstleistung am Kunden weiterhin anbieten und intensivieren werden.

Kundenwerbung und -information

Die Steigerung der Akzeptanz und Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel muss durch eine individualisierte Kundenansprache unterstützt werden. Ein gezieltes ‚Dialogmarketing‘ soll unterschiedliche Bevölkerungs- und Kundensegmente im Kreisgebiet mit differenzierten Informationsangeboten ansprechen und somit den Vertrieb und die daraus generierten Einnahmen verbessern. Die modernen Kommunikationsmedien, aber auch die klassische persönliche Ansprache des Kunden werden gleichermaßen forciert ausgebaut.

Qualitätsoffensive

Mit der Bewerbung alter und neuer Kunden muss gleichzeitig die Qualität des Angebots entsprechend optimiert werden. Mit der heutigen Qualität der eingesetzten Fahrzeuge und insbesondere des Fahrpersonals lassen sich die Anforderungen bestehender und potentieller Nutzer zukünftig nicht in Einklang bringen. Hier wird die KVG – gemeinsam mit dem RMV und Partnern auf lokaler Ebene - den Service erkennbar verbessern.

Intermodalität

Die Bewohner im Kreis Offenbach haben analog zum bundes- und europaweiten Trend zunehmend häufig wechselnde Anforderungen an ihre Mobilitätskette: Unterschiedliche Anlässe, Tageszeiten und Verfügbarkeiten von Verkehrsmitteln beeinflussen die individuelle Verkehrsmittelwahl. Aktuelle Entwicklungen wie die Elektromobilität oder der organisierte Fahrradverleih haben unmittelbaren Einfluss auf die Nutzung des ÖPNV.

Auf diese Entwicklungen wird die KVG bei Bedarf konkret reagieren müssen. Hierzu zählen auch die flexiblen Bedienformen, die aus Kundensicht und unter ökonomischen Gesichtspunkten zu einer Verbesserung des Angebots bei effizienter Nutzung der Kapazitäten führen sollen.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken (Fortsetzung)

Räumliche Vernetzung

Verkehrswünsche enden weder an Stadt- oder Kreisgrenzen noch beschränken sie sich auf einzelne Verkehrsmittel. Deshalb wird die KVG auch weiterhin im Bus- und Bahnverkehr die Abstimmung mit den benachbarten Kreisen suchen, um den vielfältigen Mobilitätsanforderungen der Einwohner im Kreis Offenbach gerecht zu werden.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	49.754	16.039	33.715	24.290
Betriebs- und Geschäftsausstattung	163.216	108.041	55.175	122.260
Geleistete Anzahlung und Anlagen im Bau	25.064	596	24.468	0
Sachanlagen	188.280	108.637	79.643	122.260
Finanzanlagen	6.250	6.250	0	6.250
Anlagevermögen	244.284	130.926	113.358	152.800
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	321.790	387.751	-65.962	312.468
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	712.267	0	712.267	458.112
Forderungen gegen Gesellschafter	57.367	44.105	13.262	116.139
Sonstige Vermögensgegenstände	19.816	35.383	-15.568	65.415
	1.111.240	467.239	644.000	952.135
Guthaben bei Kreditinstituten	912.652	1.297.448	-384.796	202.185
Umlaufvermögen	2.023.891	1.764.687	259.204	1.154.321
Rechnungsabgrenzungsposten	14.420	20.800	-6.380	8.031
	2.282.595	1.916.413	366.182	1.315.152
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	51.910	51.910	0	51.910
Gewinnrücklagen	3.629	0	3.629	0
Eigenkapital	55.539	51.910	3.629	51.910
Sonstige Rückstellungen	1.685.813	787.985	897.828	361.297
Rückstellungen	1.685.813	787.985	897.828	361.297
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	437.054	209.144	227.909	653.015
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	555.345	-555.345	128.657
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	8.429	19.431	-11.003	60.574
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	145	122	22	325
Sonstige Verbindlichkeiten	12.741	151.100	-138.359	59.374
Verbindlichkeiten	458.368	935.143	-476.775	901.945
Rechnungsabgrenzungsposten	82.875	141.375	-58.500	0
	2.282.595	1.916.413	366.182	1.315.152

Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH, Dietzenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010 in €	2009 in €	2008 in €
Umsatzerlöse	1.153.835	777.195	528.055
Sonstige betriebliche Erträge	2.484.517	2.658.101	3.361.766
	3.638.352	3.435.296	3.889.821
Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	834	3.910	3.190
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.064.515	1.771.058	1.750.405
Materialaufwand	2.065.350	1.774.968	1.753.594
Gehälter	552.462	492.976	453.765
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	133.348	138.802	127.125
Personalaufwand	685.810	631.778	580.890
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	61.488	40.499	42.698
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.465.319	5.067.698	5.662.730
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.414	6.402	30.921
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18.237	6	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.641.438	-4.073.251	-4.119.175
Erträge aus Verlustübernahme	4.641.438	4.073.251	4.119.175
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	0	0	0

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gesellschafter der Berufsakademie Rhein Main GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Die entsprechenden Gremienbeschlüsse seitens der Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH wurden von der Gesellschafterversammlung am 28. Juli 2008 bzw. vom Kreistag des Kreises Offenbach am 01. Oktober 2008 gefasst.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

Anschrift	Ober-Rodener-Straße 20, 63322 Rödermark
Telefon	06074/3101120
Telefax	06074/3101121
E-Mail	info@ba-rm.de
Internet	www.ba-rm.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010.

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27. Oktober 2008
Stammkapital	35.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27.10.2008.
Handelsregister	HRB 43780 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 der Abgabenordnung. Dieser Zweck wird verwirklicht durch die Entwicklung sowie den Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark und in Städten des Kreises Offenbach.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes dienlich sind oder das

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

B. Gegenstand der Gesellschaft (Fortsetzung)

Unternehmen zu fördern geeignet erscheinen, insbesondere sich unmittelbar oder mittelbar an anderen Unternehmen zu beteiligen, die ebenfalls ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Alexander Sturm
Mitglied	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Franz Schrod
-----,,-----	Frau Margot Süß
-----,,-----	Herr Michael Uhe-Wilhelm
-----,,-----	Herr Gerhard Weber

Der Aufsichtsrat erhielt im Jahr 2010 Vergütungen von insgesamt € 570.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Bernd Albrecht
------------------------	---------------------

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung verzichtet unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB auf die Angabe der Bezüge.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Rödermark	85,29	29.850,00
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	14,71	5.150,00

E. Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gelten als wirtschaftliche Betätigung nicht Tätigkeiten, auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	115.790	46.000	53.807

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. September)	46.000
Zunahmen	69.790
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	115.790

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Berufsakademie Rhein-Main GmbH wurde mit Wirkung zum 27. Oktober 2008 gegründet. Sie ging aus der Verschmelzung der beiden Gesellschaften Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co. KG und der Berufsakademie Rhein-Main Verwaltungs GmbH hervor.

Gegenstand der Berufsakademie Rhein-Main GmbH ist der Betrieb einer Berufsakademie in der Stadt Rödermark.

Gesellschafter der GmbH sind die Stadt Rödermark und die Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVBG). Das gezeichnete Kapital beträgt € 35.000,--. Daran sind die Stadt Rödermark mit € 29.850,-- (85,29%) und die KVBG mit € 5.150,-- (14,71%) beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden folgende Studiengänge, jeweils mit der Regelstudiendauer von sechs Semestern angeboten:

- Studiengang Wirtschaft, mit den Spezialisierungen Handel, Bank, Spedition, Hotel/Gastronomie, Industrie
- Studiengang Wirtschaftsinformatik

Die vertrieblichen Aktivitäten verliefen in 2010 erfolgreich. Mit 102 Studienbeginnern wurde die Planzahl um sieben Studierende übertroffen. 83 Studierende in den Diplom-Studiengängen schlossen ihr Bachelor-Zusatzprogramm an der BA ab.

Das eigens für die auslaufenden Diplom-Studiengänge konzipierte Bachelor-Zusatzprogramm stieß auf eine rege Nachfrage. Auf Grund des Starts unserer Bachelor-Studiengänge im Jahre 2008 endete das Zusatzprogramm mit den im Jahre 2010 auslaufenden Studiengängen der Studienjahre 2007.

Die Planungen für den Neubau der BA auf dem Grundstück „Am Schwimmbad 3“ wurden im Dezember 2010 mit der Einreichung des Bauantrags abgeschlossen. Der Neubau soll im November 2011 bezugsfertig sein. Das Grundstück wurde der BA im Rahmen einer Erbpacht übertragen. Eine Bürgschaft der Stadt Rödermark in Höhe von zwei Millionen € bot die Grundlage für günstige Zinskonditionen. Erbpachtzinsen und eine Avalprovision werden jährlich an die Stadt gezahlt.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Geschäft (Fortsetzung)

Die BA erhofft sich durch den in 2010 konzipierten und im April 2011 zur Akkreditierung vorgelegten Studiengang Außenwirtschaft sowie durch den Neubau eine Erweiterung des Kundenportfolios, mit dem Ziel der Ausweitung des Geschäftes und der hiermit verbundenen Risikodiversifizierung.

Rahmenbedingungen

Das Jahr 2010 verlief für die BA erfolgreich. Die Ziele konnten übertroffen werden. Die offenen Studienplätze wurden besetzt. Tendenziell ist zu beobachten, dass immer mehr Studenten den Bachelor-Abschluss als Zwischenschritt der akademischen Laufbahn ansehen. Vermehrt fragen die Studierenden nach einem Angebot an Masterstudiengängen nach, die die BA, auf Grund fehlenden Status einer Hochschule, nicht anbieten darf. Diese Situation sowie die vermehrt auftretende Ungleichbehandlung zwischen Berufsakademien und Hochschulen, verstärkt die Notwendigkeit der Umgründung der BA in eine Hochschule.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Überschuss von T€ 508. Die Erlöse betreffen im Wesentlichen Studiengebühren (T€ 1.012) und öffentliche Zuschüsse (T€ 292).

Personal

Im Geschäftsjahr waren der Geschäftsführer und vier Mitarbeiter in der Gesellschaft beschäftigt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme um T€ 63 gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Aktivseite ist geprägt von einem Anstieg der liquiden Mittel (+T€ 458) und zugleich einem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-T€ 491).

Die Passivseite zeichnet sich aus durch einen Anstieg der Rücklagen (+T€ 508) und gleichzeitigem Rückgang der übrigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten (-T€ 507).

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung der Lage der Gesellschaft (Fortsetzung)

Vermögenslage (Fortsetzung)

Unter der Annahme einer vorläufigen Gewinnverwendung wurde der Jahresüberschuss den Gewinnrücklagen zugeführt.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum 31.12.10 über liquide Mittel in Höhe von T€ 1.328 (Vorjahr 870 T€).

Sie erzielte einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 570.

Die Zahlungsbereitschaft war stets gegeben.

Ertragslage

Im Studienbetrieb waren in der Zeit von Januar bis September 261 Studierende und in der Zeit von Oktober bis Dezember 281 Studierende immatrikuliert. Weitere 83 Diplom-Absolventen besuchten den Bachelor-Zusatzstudiengang, der speziell für diese Zielgruppe konzipiert wurde. Das operative Betriebsergebnis beträgt T€ 216. Es übertrifft das im Wirtschaftsplan 2010 ausgewiesene Ergebnis um T€ 139. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen eine staatliche Zuwendung gemäß Berufsakademiegesetz in Höhe von T€ 292. Die Voraussetzungen hierfür wurden mit der Akkreditierung und der Anerkennung als gemeinnützige Einrichtung im Jahre 2008 gelegt.

Die Umsatzrentabilität beträgt 48,75%.

Zukünftige Entwicklung

Auch in den nächsten Jahren wird es eine Herausforderung sein, die Planzahlen zu erreichen. Das neue Gebäude sowie neue Studiengänge sollen helfen, die BA weiter auf Wachstumskurs zu halten.

Duale Studiengänge werden sich immer stärker im Bildungsmarkt etablieren. Die BA wird hierbei in Hessen weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die rasante Geschwindigkeit auf dem Bildungsmarkt stellt auch künftig eine große Herausforderung dar. Neue Studiengänge und der Weg zur Hochschule werden die Entwicklung der BA die nächsten Jahre prägen. Enorme vertriebliche und organisatorische Anstrengungen werden diese Entwicklung begleiten.

Berufsakademie Rhein Main GmbH, Rödermark

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Zukünftige Entwicklung (Fortsetzung)

Hochschulen sind hierbei ernst zu nehmende Konkurrenten. Sollte die Landesregierung das Angebot an dualen Studiengängen an Hochschulen subventionieren, würde die Konkurrenzsituation erheblich verstärkt.

Die BA wird alle Anstrengungen unternehmen, die Planzahlen für 2011 zu erreichen. Eine zuverlässige Aussage zu den Studierendenzahlen für das Wintersemester 2011 ist zum jetzigen Zeitpunkt auf Grund der Planungsunsicherheit und des zuvor beschriebenen, verzögerten Anmeldeverhalten der Unternehmen, nicht möglich. Die BA unterstützt die Partnerunternehmen im Rahmen der Rekrutierung. Werbespots im Rundfunk und Online-Stellenanzeigen werden von der BA initiiert. Die Präsenz der BA auf Messen und Schulveranstaltungen wird weiterhin zunehmen.

Die Wirtschaftspläne 2011 und 2012 weisen Jahresfehlbeträge von T€ 119 und T€ 134 aus. Nicht berücksichtigt sind darin die staatlichen Zuwendungen, deren Höhe von der Anzahl der Studienbeginner abhängt.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Erfolg der Berufsakademie Rhein-Main hängt auch weiterhin im Wesentlichen von folgenden zentralen Faktoren ab

- wirtschaftliche Entwicklung
- Konkurrenzsituation
- Politische Rahmenbedingungen

Das kostenlose und zum Teil identische Studienangebot der öffentlich-rechtlichen Hochschulen sowie die gestiegene Konkurrenz durch andere Berufsakademien, erschweren auch weiterhin das Geschäft.

Eine hohe Qualität des Studiums, Flexibilität und Kundennähe werden sich jedoch auch weiterhin positiv auf unsere Akademie auswirken.

Die völlig ungleiche finanzielle Behandlung der privaten Bildungsträger im Vergleich zu den öffentlichen Hochschulen durch das Land Hessen erschwert massiv den Marktzugang, zumal die FH's zunehmend duale bzw. kooperative Studiengänge anbieten. Hinzu kommen die Vorteile von Hochschulstudenten gegenüber Studenten an Berufsakademien im Rahmen von Studentenkrediten, Krankenkassentarifen und der Belegung von „hauseigenen“ Masterstudiengängen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Die Studenten dualer Studiengänge an Hochschulen werden aus Gründen der Kostenersparnis mit den Vollzeitstudenten gemeinsam unterrichtet. Ebenfalls greift man auf vorhandenes Personal zurück. Die Investitionen sind somit sehr überschaubar. Die Hochschulen fordern jedoch mehr Personal für die Betreuung der Studiengänge. Dieses Geld wird das Land Hessen wohl kaum zur Verfügung stellen können. Insofern könnte sich die Abschaffung der Studiengebühren an Hochschulen positiv auf die BA auswirken. Die Performance und die Studentenzahlen der Berufsakademien, die Stärke der Hochschullobby (Land und Bund) und die Parteistrukturen der jeweiligen Landesregierungen werden über die langfristige politische Verankerung der Berufsakademien im tertiären Sektor entscheiden.

Die Berufsakademie Rhein-Main hat weiterhin die Chance, ob als Hochschule oder als BA, eine wichtige Bildungsgröße im dualen Studiensystem in Hessen zu repräsentieren.

Die Geschäftsführung und die Mitarbeiter der Berufsakademie werden auch weiterhin alle Kraft in die Weiterentwicklung der Berufsakademie lenken. Eine kostenbewusste, kundenorientierte und bedarfsgerechte strategische Vorgehensweise unter dem Blickwinkel des Wachstums und der Profitabilität wird auch weiterhin die Maxime sein.

Der Risikofrüherkennung wird durch eine ständige Markt- und Konkurrenzbeobachtung Rechnung getragen. Unsere Controllinginstrumentarien ermöglichen eine systematische und zeitnahe Kostenkontrolle und Kostenabweichungsanalyse.

Der steigende Bekanntheitsgrad, das neue Gebäude und die sehr gute Qualität der Einrichtung werden uns auch künftig helfen, die positive Entwicklung zu festigen.

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	4	0	4
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.513	18.977	-1.464	19.422
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.492	0	95.492	0
Sachanlagen	113.005	18.977	94.028	19.422
Anlagevermögen	113.009	18.981	94.028	19.426
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	167.537	659.206	-491.669	1.002.917
Sonstige Vermögensgegenstände	5.055	3.591	1.464	4.535
	172.592	662.797	-490.205	1.007.452
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.328.314	870.516	457.798	391.655
Umlaufvermögen	1.500.906	1.533.313	-32.408	1.399.107
Rechnungsabgrenzungsposten	3.242	2.172	1.070	639
	1.617.157	1.554.466	62.691	1.419.172
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	35.000	35.000	0	35.000
Kapitalrücklage	247.868	247.868	0	247.868
Gewinnrücklage	1.058.390	550.145	508.245	0
Jahresüberschuss	0	0	0	76.764
Eigenkapital	1.341.258	833.013	508.245	359.632
Sonstige Rückstellungen	31.859	38.133	-6.274	24.883
Rückstellungen	31.859	38.133	-6.274	24.883
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.844	30.040	67.805	44.027
Sonstige Verbindlichkeiten	17.946	15.961	1.985	9.779
Verbindlichkeiten	115.790	46.000	69.789	53.807
Rechnungsabgrenzungsposten	128.250	637.320	-509.070	980.850
	1.617.157	1.554.466	62.691	1.419.172

2008 war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01.09. – 31.12.2008

**Berufsakademie Rhein Main GmbH,
Rödermark**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	1.042.382	1.024.646	260.500
Sonstige betriebliche Erträge	322.868	218.654	84.253
Löhne und Gehälter	282.510	252.754	74.511
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	43.581	36.573	8.577
Personalaufwand	326.090	289.327	83.089
Abschreibungen auf Sachanlagen	17.850	7.827	2.542
Sonstige betriebliche Aufwendungen	519.138	480.944	184.175
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.074	8.396	3.042
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	218	23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	508.245	473.381	77.967
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	1.203
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	508.245	473.381	76.764
Gewinnvortrag	0	76.764	0
Zuführung Rücklagen	508.245	550.145	0
Bilanzgewinn	0	0	76.764

2008 war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01.09. – 31.12.2008

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

Anschrift	Rembrücker Straße 11, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH & Co. KG
Gründungsdatum	13. Oktober 2004
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 18.08.2009.
Handelsregistereintrag	HRA 41335 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unter Beachtung des Grundsatzes des unbedingten Vorrangs des ordnungsgemäßen Schulbetriebes. Ausgenommen sind der Unterrichtsbetrieb in diesen Schulen und die Trägerschaft der Schulen.

Die Gesellschaft kann ferner Betriebs- und Instandhaltungsleistungen für öffentliche Gebäude aller Art im Rhein-Main-Gebiet erbringen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm zu dienen geeignet sind und die seine Erfüllung nicht gefährden.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

B. Gegenstand des Unternehmens (Fortsetzung)

Die Gesellschaft darf insbesondere Dritte mit der Betreuung und Durchführung der baulichen Instandhaltung und Instandsetzung sowie der Bewirtschaftung der Schulimmobilien beauftragen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Bernward Kulle
Stellv. Vorsitzender	Herr Oliver Quilling ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter bis 28.02.2010
Mitglied	Frau Sandra Arendt
-----,,-----	Herr Peter Buchta
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Dr. Roland Mörmel
-----,,-----	Herr Bernd Romanski

Im Berichtsjahr wurden Aufsichtsratsvergütungen in Höhe von € 900,-- geleistet.

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Raik Kratz
-----,,-----	Herr Alexander Zaruba bis 14.04.2010

Die Bezüge der Geschäftsführung des Geschäftsjahres betragen T€ 162.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Schulbezogene Dienstleistungen

	2011	2010	2009
Kostenerstattung PPP-Projekt Schulen - Buchungsstelle 40.01.11.54870010	149.440	158.990	159.561

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2011	2010	2009
Leistungsentgelt Facility-Management - Buchungsstelle 65.01.01.61670050	21.200.000	20.746.745	18.362.394
PPP-Sanierung Los Ost Pauschale Bauzeitinsen - Buchungsstelle 65.01.01.77680070	139.900	116.580	0

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

**Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen**

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2011	2010	2009
Leistungsentgelt Sanierung Schulen Los Ost - Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182130	0	803.868	16.781.650
Investiver FM-Anteil PPP – Lost Ost - Buchungsstelle 65.01.01/0203.84182130	4.010.000	4.031.823	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	3.090.638	3.913.360	7.301.474

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	3.913.360
Zunahmen	0
Abnahmen	822.722
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	3.090.638

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2010

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG (HTSP) wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 13. Oktober 2004 gegründet. Mit Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 hat die Gesellschafterversammlung die Umwandlung der Gesellschaft von einer GmbH in eine GmbH & Co. KG gemäß § 190 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) beschlossen. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam. Mit Rechtsformwechsel war gemäß Gesellschaftsvertrag das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 30. September abweichend zum Kalenderjahr festgelegt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 11. November 2009 wurde das Geschäftsjahr der Gesellschaft wieder das Kalenderjahr. Die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2009 galt als Rumpfgeschäftsjahr. Dementsprechend sind die Werte der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anhangs und des Lageberichts des Geschäftsjahres 2010 nur eingeschränkt mit den Werten des Vorjahres (drei Monate) vergleichbar. Gesellschafter sind mit Stichtag 31.12.2010 HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, (Kapitaleinlage 0 €) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gegenstand des Unternehmens ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach, (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Das Geschäftsfeld der HTSP fällt in den Bereich der Public Private Partnership und unterliegt aufgrund des Pilotprojektcharakters und seiner Größe einer besonderen öffentlichen Wahrnehmung.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) – zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach.

Im Hinblick auf eine effektive und effiziente Leistungsausführung hat HTSP grundlegende Auftragsinhalte wie die Modernisierungs- und Sanierungsleistungen sowie die laufenden baulichen Instandhaltungsmaßnahmen an die HOCHTIEF Construction AG vergeben. Dies gilt entsprechend für die Instandsetzungsleistungen, Pflege der Außenanlagen sowie die Entsorgungsleistungen, die in Teilen an die HOCHTIEF Facility Management GmbH vergeben wurden. Dadurch wurden für die HTSP über die Vertragslaufzeit gesicherte Preisgrundlagen geschaffen. Die weiteren Facility Management Dienstleistungen werden vornehmlich mit eigenen Mitarbeitern in enger Kooperation mit der HOCHTIEF Facility Management GmbH ausgeführt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft (Fortsetzung)

Alle bisher geschuldeten vertraglichen Leistungen wurde termingerecht bzw. vorzeitig erfüllt.

Der Kreis Offenbach zahlt für Sanierungsleistungen und für Facility-Management-Leistungen jeweils eine feste monatliche Pauschale zzgl. der auf umsatzsteuerpflichtige Leistungen entfallenden Umsatzsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe. Über eine Wertsicherungsklausel werden Änderungen bestimmter Indizes berücksichtigt. Die Vergütungsanpassung hat aufgrund von sieben Erfüllungstatbeständen stattgefunden. Diese gliedern sich in zwei Anpassungen im Jahr 2005, eine im Jahr 2007, zwei in 2008 sowie je eine in 2009 und 2010.

Für die operative Abarbeitung des Auftrages wurde vor Ort eine auftrags- und vertragsorientierte Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb der HTSP implementiert, welche durch ein implementiertes und zertifiziertes Qualitätsmanagement (QMS) überwacht wird. Mit Ende der Sanierungsaufgaben trat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 eine Neuorganisation in der Aufbauorganisation der HTSP in Kraft, welche der ausschließlichen FM-Fokussierung Rechnung trägt. Auch diese Organisation ist Bestandteil der QMS der Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist weiterhin über die HOCHTIEF Facility Management GmbH im Finanz- und Rechnungswesen der HOCHTIEF Services eingebunden. Für die Bereiche Personal, Steuern, Recht sowie Finanzen wird über Verträge mit HOCHTIEF Concessions AG auf Ressourcen von Zentralabteilungen der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG zugegriffen.

Durch das Controllingssystem, basierend auf der Auftragszergliederung der Urkalkulation (Financial Model), werden Planabweichungen erfasst und die Ergebnisentwicklung sowie Zielerreichung fortlaufend analysiert (Bestandsmodell).

Das in 2005 eingerichtete Qualitätsmanagementsystem wurde Ende 2006 mittels externem Audit durch die DQS GmbH (Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen) zertifiziert. In den Geschäftsjahren 2007, 2008 wurde dies bestätigt sowie in 2009 für drei weitere Jahre verlängert und zuletzt im Oktober 2010 erneut durch DQS positiv bestätigt.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen planmäßigen Umsatz von Mio. € 30,523.

Der Auftragseingang im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von T€ 2.458 beruht im Wesentlichen auf der Beschaffung von Schulmöbeln.

Der Auftragsbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2010 auf Mio. € 186,28.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31. Dezember 2010 70 Mitarbeiter (Vorjahr 72), diese gliedern sich in 68 Mitarbeiter mit HTSP-Verträgen, 1 Kreis-Beigestellte, 1 Kreis-Dienstüberlassenen Mitarbeiter.

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Investitionen in das Sachanlagevermögen von T€ 20 entfallen mehrheitlich auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen den Kunden Kreis Offenbach. Darin sind T€ 517 an erbrachten, aber bisher nicht abgerechneten Leistungen der baulichen Instandhaltung enthalten.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen enthalten im Wesentlichen die Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von T€ 12.890. Zinsforderungen und Zinsverbindlichkeiten aus der Beziehung mit verbundenen Unternehmen wurden hier – soweit rechtlich möglich – saldiert erfasst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber HOCHTIEF Construction AG, Essen, in Höhe von T€ 375 beinhalten im Wesentlichen die Verbindlichkeit aus der Rechnung für Sanierung.

Die Eigenkapitalquote beträgt 50,0 % (Vj. 44,1 %).

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird durch die laufenden monatlichen Zahlungen des Auftraggebers sichergestellt. Diese Feststellung wird durch das vertraglich vereinbarte Financial Model sowie durch die Liquiditätsplanung unterlegt. Des Weiteren ist HTSP über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

Die Stichtagsliquidität der HTSP weist zum Stichtag 31.12.2010 ein Guthaben im Cash-Pooling der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH von T€ 12.890 (Vorjahr T€ 10.168) auf.

Das Sachanlagevermögen ist durch das Eigenkapital finanziert.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31.12.2010 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von T€ 6.148 (Vorjahr T€ 814) aus.

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 30.523 setzen sich zusammen aus der Facility-Management-Leistung (T€ 15.845) und der baulichen Instandhaltung (T€ 4.523) sowie den Sanierungsleistungen (T€ 10.155) zusammen.

Die langfristig abgeschlossenen Kunden- und Lieferantenverträge führen im Zeitablauf zu konstanten positiven Rohgewinnmargen, die stichtagsbedingt variieren können.

Die Umsatzrendite (Jahresergebnis vor Steuern/Umsatz) konnte von 18% im Vorjahr auf 20% im Geschäftsjahr gesteigert werden.

Unter Berücksichtigung des Aufwands für Personalsonderzahlungen bewegt sich der Personalaufwand pro rata auf Höhe des Vorjahres.

Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm (vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Die vertraglich geschuldeten Sanierungsleistungen wurden mit Stichtagsabnahme 20. Januar 2010, die Mängelbeseitigungen und nachlaufenden Außenanlagensanierungen bis Ende 2010 abgeschlossen. Dadurch verringern sich in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse pro Geschäftsjahr auf knapp Mio. € 20, parallel dazu reduzieren sich die Materialaufwendungen. Auf der Grundlage des Financial Model werden in den nächsten beiden Geschäftsjahren positive Jahresüberschüsse erwartet.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäudemanagement sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die HTSP hat mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Im Rahmen der engen Kooperation und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften ist sichergestellt, die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht zu erbringen. Hierzu zählt auch, dass bei Auftragsvergaben die Vertragsbedingungen mit dem Kunden Kreis Offenbach weitergegeben wurden.

Durch die Einführung eines aktiven Energiemanagements im Jahr 2005 und die konsequente Fortsetzung dieser Maßnahmen ist es HTSP auch zukünftig möglich, energetische Veränderungen an den Gebäuden zu erkennen und hierauf kurzfristig zu reagieren.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Aktuell findet eine Betriebsprüfung durch das Finanzamt Essen statt. Im Rahmen dieser Prüfung sind momentan acht Prüfungsfeststellungen schriftlich niedergelegt worden. Vier Feststellungen wurden von uns im Rahmen von Vorbesprechungen bzw. Schlussbesprechungen anerkannt. Aus diesen Prüfungen und nach Abstimmung mit den HOCHTIEF-Einheiten (ZA Steuern, Rechnungswesen HOCHTIEF Facility Management GmbH sowie Controlling & Accounting HOCHTIEF Concessions AG) wurde ein Betrag in Höhe von € 108.842,34 als Verbindlichkeit abgegrenzt.

Bezüglich der übrigen Prüfungsfeststellungen sind weitere Unterlagen dem Prüfer zugesandt worden

Aus diesen verbleibenden vier Feststellungen besteht das Risiko weiterer Steuernachzahlungen.

Weitere Risiken können sich prinzipiell aus den aktuell diskutierten Themen der geplanten Übernahme der HOCHTIEF AG durch ACS sowie dem geplanten (auch mehrheitlichen) Verkauf der HOCHTIEF Concessions AG für HT SP KG und HT SP VG ergeben. Mögliche Folgen können aber erst nach Vorliegen detaillierterer Informationen abgeleitet werden. Aktuell erfolgt durch die Geschäftsführung eine kritische Beobachtung der Entwicklungen.

IV. Sonstige Angaben

Die HTSP hat durch die siebte Wertsicherungsanpassung in diesem Jahr den wirtschaftlichen Erfolg nachhaltig besichern können. Des Weiteren wurde dieses Jahr ein Stromlieferungsvertrag für die Jahre 2011 bis 2013 mit der Naturenergie AG abgeschlossen. Das Besondere an diesem Vertrag ist, dass es sich um Ökostrom handelt und die Versorgungskosten in diesem Bereich bei gleichbleibendem Verbrauch gesenkt werden.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz

	2010	1.10.- 31.12.09 *	Verände- rung	1.1.- 30.9.09 *
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	108.052	121.756	-13.703	114.800
Anlagevermögen	108.052	121.756	-13.703	114.800
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	3.516.932	-3.516.932	920.192
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	-2.167.190	2.167.190	-920.192
	0	1.349.741	-1.349.741	0
Forderungen aus Lieferung und Leistung	610.925	6.311.290	-5.700.365	18.948.502
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	12.335.714	4.044.940	8.290.774	193.906
Sonstige Vermögensgegenstände	4.434	35.472	-31.037	239.797
	12.951.073	10.391.701	2.559.372	19.382.206
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.987	602.402	-599.415	602.934
Umlaufvermögen	12.954.060	12.343.844	610.216	19.985.140
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.486	-2.486	0
	13.062.112	12.468.086	594.026	20.099.940

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	1.10.- 31.12.09 *	Verände- rung	1.1.- 30.9.09 *
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Rücklagen	1.1246.809	4.701.155	-3.454.346	4.701.155
Gewinn-/Verlustvortrag	0	698.804	-698.804	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	5.178.828	0	5.178.828	0
Eigenkapital	6.525.637	5.499.959	1.025.678	4.801.155
Rückstellungen für Pensionen	73.322	29.262	44.060	30.171
Steuerrückstellungen	2.481.543	2.227.006	254.537	2.100.059
Sonstige Rückstellungen	890.973	798.500	92.473	728.801
Rückstellungen	3.445.838	3.054.767	391.070	2.859.031
Erhaltene Anzahlungen	510.082	0	510.082	1.068.596
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.490.518	906.227	584.292	2.790.862
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	563.139	2.428.688	-1.865.549	2.763.481
Sonstige Verbindlichkeiten	526.899	578.445	-51.546	5.816.814
Verbindlichkeiten	3.090.638	3.913.360	-822.722	12.439.754
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	13.062.112	12.468.086	594.026	20.099.940

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm
(vormals Hochtief PPP – Schulpartner GmbH)**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	1.10.- 31.12.09 *	1.1.- 30.9.09 *
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	30.522.910	4.547.484	49.457.841
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	-3.516.932	2.596.740	-9.764.786
Sonstige betriebliche Erträge	2.457.740	434.623	1.087.093
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3.275.330	1.047.423	2.637.025
Aufwendungen für bezogene Leistungen	14.979.236	4.134.802	28.276.900
Materialaufwand	18.254.567	5.182.225	30.913.925
Löhne und Gehälter	2.905.482	850.750	2.076.111
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	777.987	188.089	566.084
Personalaufwand	3.683.470	1.038.839	2.642.195
Abschreibungen	32.680	10.256	22.081
Sonstige betriebliche Aufwendungen	901.876	383.519	518.639
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	388.021	64.728	306.147
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	831.699	215.278	565.625
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.147.448	813.458	6.423.832
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	968.620	114.654	783.787
Jahresüberschuss	5.178.828	698.804	5.640.045

* = Sowohl der Zeitraum vom 01.01. – 30.09.09 als auch der vom 01.10. – 31.12.09 waren Rumpfgeschäftsjahre.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

Anschrift	Rembrücker Straße 11, 63150 Heusenstamm
Telefon	06104/6488-0
Telefax	06104/6488-19
E-Mail	schulpartner@hochtief.de
Internet	www.hochtief-schulpartner.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	14. August 2009
Stammkapital	25.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Gültig in der zuletzt geänderten Fassung vom 01.09.2009.
Handelsregistereintrag	HRB 44319 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin an der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, die die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach zum Gegenstand hat.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Raik Kratz

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtief PPP Solutions GmbH, Essen	94,90	23.725,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	1.275,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der Hochtief-PPP Schulpartner GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility Management Aufgaben, Verwaltungsleistungen, etc. unberührt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2010	2009
Verbindlichkeiten	5.464	59

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	59
Zunahmen	5.405
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	5.464

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2010

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Die Firma HOCHTIEF PPP Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm, (im Folgenden: HTSP VG) existiert seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 der HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH, Heusenstamm, zur HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH & Co. KG, Heusenstamm, (im Folgenden: HTSP) als Komplementärin dieser KG. Gegenstand der HTSP VG ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der HTSP.

Gegenstand dieser KG ist nach neuester Fassung die Bewirtschaftung, Instandsetzung und Instandhaltung von Schulen in der östlichen Hälfte des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten wie Durchführung von Bauleistungen, Hausmeisterservices, Facility-Management-Aufgaben und Verwaltungsleistungen etc. sowie des Weiteren die Planung, der Bau und der Betrieb von Gebäuden einschließlich Schulen im Rhein-Main-Gebiet. Grundlage dafür bildet ein PPP-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, Fachdienst Gebäudewirtschaft, Dietzenbach (nachfolgend: Kreis Offenbach) über eine Laufzeit von 15 Jahren.

Gesellschafter der HTSP sind mit Stichtag 31. Dezember 2010 HTSP VG, (Kapitaleinlage: € 0) als Komplementärin sowie HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 94.900,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach (Kapital- bzw. Kommanditanteil: € 5.100,--, 5,10 %) als Kommanditisten.

Gesellschafter der HTSP VG sind mit Stichtag 31. Dezember 2010 HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, (Kapitalanteil: € 23.725,--, 94,90%) und Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach, (Kapitalanteil € 1.275,--, 5,10%).

Bis zum Umwandlungsbeschluss wurde das Projekt Schulen Kreis Offenbach/Los Ost durch die HOCHTIEF PPP Schulpartner GmbH geführt und verantwortet. Die Umwandlung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 29. September 2009 wirksam.

Da die Gesellschaft erst in 2009 im Rahmen der Umwandlung der HTSP in eine KG gegründet wurde und die Entwicklung der Gesellschaft von der Entwicklung der HTSP abhängt, werden im Folgenden (Pkt. 1-3 und III) die Entwicklung und die Chancen der HTSP aufgezeigt.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

1. Allgemeine Vorbemerkungen (Fortsetzung)

Darüber hinaus sind die Angaben zur Ertragslage nur eingeschränkt vergleichbar, da das Vorjahr als Rumpfgeschäftsjahr nur den Zeitraum vom 14. August bis 31. Dezember 2009 umfasst.

Bedingt durch die Bedeutung dieses Projektes und der Historie der Gesellschaft – zunächst geführt über eine GmbH und später durch Umwandlungsbeschluss zur KG und einer Komplementär-GmbH – gelten für beide Gesellschaften gemäß Gesellschaftsvertrag die Regeln für große Kapitalgesellschaften und die Prüfungserfordernisse nach § 53 HGrG. Die Aufgaben und der Gesellschaftszweck der Komplementär-GmbH würden dies bei isolierter Betrachtung mit Sicherheit nicht erfordern. Maßgeblich bleibt aber der Gesellschaftsvertrag. In ihrer Sitzung vom 18. November 2010 haben die Gesellschafter beschlossen, einen Antrag über den Kreis Offenbach an das Regierungspräsidium Darmstadt zu stellen, mit dem Ziel, die Prüfungserfordernisse für die HTSP VG zu reduzieren.

2. Entwicklung der Branche

Öffentliche Infrastrukturprojekte auf privatwirtschaftlich finanzierter Basis - Public Private Partnership (PPP) – zu realisieren, schont die öffentlichen Haushalte. Ohne privates Engagement würden viele wichtige Projekte im Straßen- wie Hochbau mangels Finanzierbarkeit überhaupt nicht realisiert. Studien weisen Effizienzgewinne von über 15% nach, wenn öffentliche Infrastrukturprojekte privatwirtschaftlich realisiert werden. Diese Effizienzsteigerungen resultieren vornehmlich aus geringeren Investitionskosten, weil Private die Lebenszyklenkosten eines Projektes gesamtheitlich optimieren. Hinzu kommen verkürzte Planungs- und Bauzeiten sowie ein besserer Betrieb und Unterhalt der Projekte.

Der steigende Kostendruck in den öffentlichen Haushalten und die zunehmende Bewertung von Straßen und Immobilien als Kostenfaktor sowie als wertvolle Ressource sind wichtige Treiber dieser Entwicklung.

Nach unserer Auffassung werden sich die Kommunen auf Unternehmen wie HOCHTIEF konzentrieren, die über ein hohes Maß an Erfahrung in der erfolgreichen Umsetzung von PPP-Projekten national wie international verfügen. HOCHTIEF deckt die komplette Wertschöpfungskette und den Entstehungs- und Lebenszyklus eines Projektes ab. HOCHTIEF ist schon heute führend als Baudienstleister in Deutschland.

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

3. Entwicklung der Gesellschaft

Zum 01. Januar 2005 begannen sämtliche Leistungserbringungen der Sanierungs-, Instandhaltungs- und Betreibungsleistungen an den Schulen im Kreis Offenbach. Seit dem Umwandlungsbeschluss vom 14. August 2009 wird die operative Projektführung vollständig durch die HTSP wahrgenommen. Als Geschäftsführerin und als persönlich haftende Gesellschafterin dieser KG tritt die HTSP VG auf.

4. Umsatz- und Auftragsentwicklung

HTSP VG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr planmäßig keinen Umsatz.

Sämtliche operativen Verträge für die Umsetzung des Projektes Schulen Kreis Offenbach und zur Leistungserbringung werden durch die HTSP abgeschlossen. Als Ausnahme gelten hier die folgenden:

- Abschluss von Geschäfts- und Dienstleistungsverträgen mit den Corporate Services der HOCHTIEF AG bzw. der HOCHTIEF Concessions AG in den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Personal, Steuern, Recht und Financial Services durch die HTSP VG.
- Abschluss des Geschäftsführervertrages mit dem Geschäftsführer Raik Kratz durch die HTSP VG, legitimiert durch die Gesellschafter.

5. Personalentwicklung

Die Gesellschaft beschäftigt zum 31.12.2010 einen Mitarbeiter (Geschäftsführer).

II. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von € 6.064,39 (Vorjahr € 371,87) betreffen die HTSP und resultieren aus Finanzverrechnungen und aus der anteiligen Haftungsvergütung lt. Gesellschaftsvertrag.

Die liquiden Mittel bestehen aus dem Guthaben des eingezahlten Stammkapitals auf dem Unterkonto der Commerzbank AG und betragen zum 31. Dezember 2010 € 25.000,00.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen setzen sich zusammen aus Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pool sowie den Zinsen hieraus gegenüber HOCHTIEF PPP Solutions über € 4.147,35, aus der Umsatzsteuervoranmeldung per 31. Dezember

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

II. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

2010 gegenüber der HOCHTIEF AG, Essen, in Höhe von € 1.205,76 sowie Verbindlichkeiten gegenüber HOCHTIEF Facility Management über € 96,13 aus der Weiterbelastung der Kosten zur Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2009.

Die Eigenkapitalquote beträgt 66,3 % (Vorjahr 72,1%).

2. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird zukünftig durch die laufenden monatlichen Aufwandserstattungen der HTSP sichergestellt. Die HTSP VG ist seit September 2010 über den Cash-Pool der HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen, in das Cash-Pooling-System der HOCHTIEF AG, Essen, eingebunden.

3. Ertragslage

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2010 ein Ergebnis vor Steuern (EBT) in Höhe von € 2.378,05 (Vorjahr € -6.777,90) aus.

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken bestehen für die HTSP VG darin, als Komplementärin für die Verbindlichkeiten der HTSP in Anspruch genommen zu werden. Im Folgenden werden kurz die Chancen und Risiken der HTSP dargestellt:

Im Zentrum sämtlicher Aktivitäten steht nach wie vor die Stabilisierung des neuen PPP-Geschäftes im Projekt Schulen Offenbach. Dabei genießen die beiden Unternehmensziele Vertragserfüllung und Kundenzufriedenheit oberste Priorität.

Die vertraglich geschuldeten Sanierungsleistungen wurden mit Stichtagsabnahme am 20. Januar 2010 abgeschlossen, die Mängelbeseitigungen und nachlaufenden Außenanlagensanierungen bis Ende 2010. Dadurch verringern sich in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse der HTSP KG pro Geschäftsjahr auf knapp Mio. € 20, parallel dazu reduzieren sich die Materialaufwendungen. Auf der Grundlage des Financial Model werden in den nächsten beiden Geschäftsjahren positive Jahresüberschüsse der HTSP KG erwartet.

Im Bereich Betrieb steht die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Schulbetriebes durch Vorhaltung von funktionalen Schulbauten im Vordergrund. Kerninhalte sind hier die bauliche Instandhaltung, die technische Wartung, das infrastrukturelle Gebäude-

Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH, Heusenstamm

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

management sowie die Ver- und Entsorgung. Des Weiteren wird ein Schwerpunkt auf das Energiemanagement und die Senkung der Vandalismusschäden an den Schulen gelegt.

Die KG und die Gesellschafter haben mit dem Kreis Offenbach Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren abgeschlossen. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine langfristig gesicherte Geschäftsgrundlage. Das Risiko, dass sich Leistungen und entsprechende Vergütungen bei langfristigen Verträgen ändern, ist grundsätzlich gegeben. Jedoch wurden zur Kompensation dieses Risikos zum einen ausführliche Regelungen zur Leistungs- und Vergütungsanpassung in die Verträge aufgenommen und zum anderen ist eine Wertsicherungsklausel Vertragsbestandteil.

Risiken liegen grundsätzlich in der zeitgerechten Realisierung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Im Rahmen der engen Kooperation und der geschlossenen Verträge mit HOCHTIEF-Gesellschaften ist sichergestellt, die vereinbarten Leistungen in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen zeitgerecht zu erbringen. Hierzu zählt auch, dass bei Auftragsvergaben die Vertragsbedingungen mit dem Kunden Kreis Offenbach weitergegeben wurden.

Im Hinblick auf die erfolgreiche Abwicklung des Auftragsbestandes ist ein für die Belange der Gesellschaft geeignetes Überwachungs- und Steuerungssystem installiert worden. Darüber hinaus ist die Gesellschaft in das Risikomanagementsystem des Konzerns eingebunden.

Für HTSP VG ist somit festzuhalten, dass bedingt durch die hohe Sicherheit des Geschäfts der HTSP keine signifikanten Risiken zu erkennen sind. Sämtliche Verpflichtungen sind vertraglich abgedeckt und die Finanzausstattung ist bedingt durch die Kostenüberwälzung auf die HTSP sichergestellt.

Weitere Risiken können sich prinzipiell aus den aktuell diskutierten Themen der geplanten Übernahme der HTAG durch ACS sowie dem geplanten (auch mehrheitlichen) Verkauf der HT Concessions AG für HTSP KG und HTSP VG ergeben. Details können aber erst nach Vorliegen detaillierterer Informationen erfolgen. Aktuell erfolgt durch die Geschäftsführung eine kritische Beobachtung der Entwicklungen.

IV. Sonstige Angaben

Keine.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

L. Bilanz

	31.12.10	31.12.09 *	Veränderung	14.08.09 *
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	0	0	25.000
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.064	372	5.693	0
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	25.000	24.910	90	0
Umlaufvermögen	31.064	25.281	5.783	0
	31.064	25.281	5.783	25.000
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	0	25.000
Verlustvortrag	-6.778	0	-6.778	0
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	2.378	-6.778	9.156	0
Eigenkapital	20.600	18.222	2.378	25.000
Sonstige Rückstellungen	5.000	7.000	-2.000	0
Rückstellungen	5.000	7.000	-2.000	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15	0	15	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.449	59	5.390	0
Verbindlichkeiten	5.464	59	5.405	0
	31.064	25.281	5.783	25.000

* = Der Zeitraum vom 14.08. – 31.12.09 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**Hochtief PPP - Schulpartner Verwaltungs GmbH,
Heusenstamm**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	14.08.09 - 31.12.09 *
	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	8.261	313
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.816	7.090
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.378	-6.778
Jahresüberschuss	2.378	-6.778

* = Der Zeitraum vom 14.08. – 31.12.09 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

Anschrift	Paul-Ehrlich-Straße 11, 63225 Langen
Telefon	06103/83320-100
Telefax	06103/83320-111
E-Mail	ske@sfm-online.de
Internet	www.sfm-online.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	Am 10. Oktober 2003 wurde der Gesellschaftsvertrag der Granat 41. V V GmbH, Berlin, geschlossen und am 28. Oktober 2003 beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nr. HRB 90604 eingetragen. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 2003 ist die Firma von Granat 41. V V GmbH in SKE Schul-Facility-Management GmbH geändert und das Stammkapital von € 25.000,-- um € 75.000,-- auf € 100.000,-- erhöht worden.
Stammkapital	100.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 10.10.2003 in der Fassung vom 02. Juni 2004
Handelsregistereintrag	HRB 41313 beim Amtsgericht Langen

B. Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Gemäß § 10 Ziffer 1 des Gesellschaftsvertrages hat die Gesellschaft einen aus sechs natürlichen Personen bestehenden Aufsichtsrat. Zwei Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Gesellschafter KVBG entsandt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2010)		
Vorsitzender	Herr Joachim Nolden	
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger	
Mitglied	Herr Rainer Beisel	
-----,,-----	Herr Mario Dorn	
-----,,-----	Herr Jochen Hauptmann	
-----,,-----	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.10
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.10

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Ing. Johannes Huismann	
-----,,-----	Herr Dipl.-Ing. Rainer Langer	

Für die Bezüge der Geschäftsführung macht die Gesellschaft von der Befreiung nach § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) Gebrauch, da nur ein Geschäftsführer von der Gesellschaft Bezüge erhält.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
SKE Service GmbH, Mannheim	94,90	94.900,--
KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH, Dietzenbach	5,10	5.100,--

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Entsprechend des § 138 Hessisches Schulgesetz (HSchG) sind die kreisfreien Städte und Landkreise Träger der Schulen, soweit in § 138 nichts anderes bestimmt ist. Die Trägerschaft des Kreises Offenbach bleibt durch die Beauftragung der SKE Schul-Facility Management GmbH für die Bewirtschaftung, Instandsetzung und -haltung von Schulen des Kreises Offenbach und alle damit zusammengehörenden Aktivitäten, wie Durchführung von Bauleistungen aller Art durch Nachunternehmer, Hausmeisterdienstleistungen, kleinere Instandhaltungsarbeiten und alle hiermit in Zusammenhang stehenden Verwaltungsleistungen unberührt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2011	2010	2009
Leistungsentgelt Facility-Management Los West - Buchungsstelle 65.01.01.61670040	18.880.000	20.434.986	19.012.271

Teilfinanzhaushalt-Investitionstätigkeit

**Auszahlung für den Erwerb von Grundstücken, Gebäuden, Anlagen, Betriebs- und
Geschäftsausstattungen und geleistete Anzahlungen**

Produkt Schulpartnerschaftsprojekte

	2011	2010	2009
Leistungsentgelt Sanierung Schulen Los West - Buchungsstelle 65.01.01/0111.84182120	0	231.243	12.669.552
Investiver FM-Anteil PPP – Lost West - Buchungsstelle 65.01.01/0202.84182120	3.315.000	3.196.032	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	2.297.466	3.051.064	2.780.588

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	3.051.064
Zunahmen	0
Abnahmen	753.598
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	2.297.466

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand unseres Unternehmens ist die Bewirtschaftung sowie die Instandsetzung und Instandhaltung von Schulgebäuden des Kreises Offenbach und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten. Zu den Tätigkeiten gehören neben der Ausführung von Bau- und Baudienstleistungen zum Beispiel auch die Durchführung von Hausmeister-Serviceleistungen sowie andere allgemeine auftragsbezogene Verwaltungsleistungen.

Der Sitz der Gesellschaft ist Langen.

2. Tätigkeitsbeschreibung

Mit dem Kreis Offenbach (Auftraggeber und über eine Beteiligungsgesellschaft Minderheitsgesellschafter) wurde am 02.06.2004 ein Vertrag geschlossen, die kreiseigenen Schulen im „Los West“ (die Städte Dietzenbach, Neu-Isenburg, Dreieich und Langen sowie die Gemeinde Egelsbach) für 15 Jahre bis zum 30.09.2019 zu bewirtschaften. Der Vertrag ist in einen Sanierungs- und einen Bewirtschaftungsvertrag geteilt:

- Über den Sanierungsvertrag sind alle beauftragten Bauleistungen innerhalb der ersten fünf Jahre erbracht worden. Die einzelnen Teilleistungen waren festgelegt und mit Preisen versehen. Vertraglich geschuldet war im Zeitraum vom 01.10.2004 bis 30.09.2009 die Herstellung eines definierten Sollzustandes für alle Schulen des „Los West“.
- Über den Bewirtschaftungsvertrag werden alle Dienstleistungen definiert, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaft anfallen. Zu nennen sind beispielsweise Energielieferungen, Müllentsorgung, Unterhaltsreinigung, jede Art von Reparaturen innerhalb und außerhalb der Gebäude, Pflege der Außenanlagen, ein Wartungsprogramm für alle wartungsfähigen Einbauten sowie Übernahme von kreiseigenem Personal. Die Leistungen werden durch ein pauschales monatliches Entgelt vergütet.

Die SKESFM versteht sich als Projektgesellschaft, da sich die betriebliche Tätigkeit ausschließlich auf die Abwicklung der vom Kreis Offenbach beauftragten Leistungen beschränkt.

SKE Schul-Facility Management GmbH, Langen

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

2. Tätigkeitsbeschreibung (Fortsetzung)

Mit Vertrag vom 17./20. November 2006 ist die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim (kurz „SKE FMG“), mit Wirkung zum 01.01.2007 an Stelle der Bauunternehmung Ehrenfels GmbH (kurz „Ehrenfels“) in den zwischen der SKE Schul-Facility-Management GmbH, Langen (kurz „SKE-SFM“), und der Ehrenfels geschlossenen Generalunternehmervertrag vom 30.09.2004/18.02.2005 zur Erbringung von Bau- und Sanierungsleistungen eingetreten.

3. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Für den oben genannten Sanierungs- und Bewirtschaftungsvertrag besteht mit Wirkung zum 01.01.2007 ein Generalunternehmervertrag mit der SKE FMG, wodurch nahezu sämtliche Chancen und Risiken auf die SKE FMG übergegangen sind.

Auf Grund des Generalunternehmervertrages mit der SKE FMG ist ein annähernd gleichbleibendes Betriebsergebnis zu erwarten.

4. Personalbestand

Der Personalbestand zum Jahresende 2010 hat sich gegenüber dem Vorjahresstichtag von 41 auf 38 Angestellte reduziert.

Durch die Zertifizierung der gesamten SKE-Gruppe nach der Qualitätsmanagementnorm ISO EN 9000 (Grundlagen und Begriffe) sowie die aktive Einbeziehung der zuständigen Behörden (Gewerbeaufsicht, Berufsgenossenschaft, Bauaufsicht u.a.), Nutzer (Schulgemeinden) und Kunden ist der zentrale Leitgedanke unseres Handelns, die Erreichung einer hohen Kundenzufriedenheit erneut in die betrieblichen Prozesse eingebunden worden. Die der Zertifizierung zu Grunde liegende Qualitätssicherung wird flankiert durch die aktive Förderung und Investition in die kontinuierliche Weiterbildung unserer gesamten Belegschaft. Jeweils zum Jahresanfang werden in einem Schulungsplan die Fortbildungsmaßnahmen festgelegt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

5. Auftragsbestand

01.01.2010	Auftragszugang	Auftragsabgang (Leistung)	31.12.10
210,4	0	-46,6	189,8

Über den Auftragsbestand ist Beschäftigung bis 2019 gesichert. Der im Vergleich zum Vorjahr geringere Auftragseingang ist im Wesentlichen auf die deutliche Indexierungsanpassung im Vorjahr zurückzuführen. Eine weitere Begründung liegt im Abschluss des Sanierungsvertrages für die Schulen des Kreises Offenbach in 2009, in dessen Zusammenhang im Vorjahr für umfangreiche Baumaßnahmen Schlussrechnungen gelegt wurden. Ab dem Geschäftsjahr 2010 werden nur noch „Facility-Management“-Leistungen für den Kreis Offenbach erbracht.

6. Vermögens- und Kapitalstruktur/Finanzierung/Liquidität

Mit Wirkung vom 01.01.2004 wurde mit der SKE GmbH ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

Durch die Verminderung der Bilanzsumme um T€ 1.041 auf T€ 2.780 ist die langfristige Eigenkapitalquote (im wirtschaftlichen Sinne) um 16,7 % auf 61,2 % gestiegen. Ursache ist im Wesentlichen der verminderte Bestand an Verbindlichkeiten aus dem Verbundbereich sowie die Verringerung der sonstigen Rückstellungen.

Die laufende Finanzierung der Gesellschaft wird aus eigenen Mitteln sowie über die Muttergesellschaft SKE Service GmbH gesichert.

II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die SKE-Gruppe wurde in 2006 grundlegend umstrukturiert. Teil dieser Maßnahmen war es, das gesamte Facility-Management-Geschäft der SKE mit deutschen Kunden auf die SKE Facility-Management GmbH, Mannheim, zu übertragen, um dort das kundenspezifische Know-how zu bündeln. Da das Geschäft mit deutschen Kunden auch im Rahmen der Projektgesellschaft ausgeführt wird, sind von der SKE SFM im Zuge weitergehender Maßnahmen mit der SKE Facility-Management GmbH Vereinbarungen getroffen worden, wonach die SKE Facility-Management GmbH von uns zum 1. Januar 2007 Mitarbeiter übernahm und alle Auftragsleistungen der SKE-Schul-Facility-Management zu festen Preisen über ihren Geschäftsbetrieb steuert und ausführt.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

**II. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken
(Fortsetzung)**

Der Vertrag mit dem Landkreis Offenbach sah für die ersten drei Jahre der Vertragslaufzeit einen Leistungsstand von 60% der beauftragten Sanierungsarbeiten vor, dies entspricht bei einem Vertragsvolumen von rd. € 83,6 Mio. einem geforderten Leistungsfortschritt von € 50,2 Mio. Dieser Leistungsfortschritt war zum 31.12.2006 erreicht. In den Folgejahren wurden die Sanierungsarbeiten kontinuierlich fortgeführt und im Jahre 2009 der vereinbarte Endfertigstellungstermin zum 30. September 2009 vertragskonform eingehalten.

Aus dem Facility-Management-Vertrag mit dem Kreis Offenbach, der noch eine Laufzeit bis zum 30. September 2019 hat, ist die SKE-SFM zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die gemäß Generalunternehmervertrag seit dem 01.01.2007 von der SKE FMG zu erbringen sind.

Durch den Generalunternehmervertrag mit der SKE Facility-Management GmbH und den damit nach Preis und Qualität garantierten Fremdleistungen sind die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Vertragspartner übergegangen.

Am Ende der Vertragslaufzeit hat der Kreis Offenbach die Option, die Gesellschaft selbst oder über eine andere ihm gehörende Gesellschaft zu übernehmen; er kann sie aber auch im Beteiligungsbesitz der SKE belassen und mit einem Folgeauftrag ausstatten. Für die Projektgesellschaft fallen aus heutiger Sicht keine Schließungskosten an, die im Rahmen der Bilanzierung zu berücksichtigen wären.

Das Risikomanagementsystem ist der Komplexität der Gesellschaft angemessen. Die Gesellschaft hat ein Risikomanagementhandbuch erstellt, das die Grundlagen des Risikomanagements festlegt. In 2006 wurde eine Risikoinventur durchgeführt und die Mitarbeiter geschult. An der weiteren Aktualisierung wird kontinuierlich gearbeitet.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft erwartet für die folgenden beiden Geschäftsjahre 2011 und 2012 ein gleichbleibendes Jahresergebnis auf der Basis von 2010.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Anlagevermögen	0	0	0	0
unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0	0	0	6.611.630
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0	-5.873.965
	0	0	0	737.665
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	139.815	-139.815	7.841.786
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.778.147	3.655.824	-877.677	889.916
Sonstige Vermögensgegenstände	0	19.253	-19.253	35.765
	2.778.147	3.814.892	-1.036.745	8.767.468
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.621	5.606	-3.985	131.277
Umlaufvermögen	2.779.768	3.820.498	-1.040.730	9.636.409
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	9.394
	2.779.768	3.820.498	-1.040.730	9.645.803
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	0	100.000
Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	100.000	100.000	0	100.000
Sonstige Rückstellungen	382.302	669.434	-287.131	6.765.215
Rückstellungen	382.302	669.434	-287.131	6.765.215
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	107.817	0	107.817	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.600.000	1.727.399	-127.399	614.748
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	573.030	1.307.547	-734.517	2.150.052
Sonstige Verbindlichkeiten	16.619	16.118	501	15.788
Verbindlichkeiten	2.297.466	3.051.064	-753.598	2.780.588
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.779.768	3.820.498	-1.040.730	9.644.803

**SKE Schul-Facility Management GmbH,
Langen**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	24.956.392	46.591.759	37.819.781
Erhöhung (im Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	-6.611.630	4.159.329
Sonstige betriebliche Erträge	167.953	1.166.155	302.584
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.269.580	4.196.116	8.871.712
Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.286.527	33.359.671	30.707.645
Materialaufwand	22.556.107	37.555.787	39.579.357
Löhne und Gehälter	1.378.390	1.548.993	1.483.781
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	443.270	432.128	444.589
Personalaufwand	1.821.660	1.981.121	1.928.370
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	71.345	401.088	135.437
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.251	247.272	104.131
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	110.453	147.918	154.727
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	573.030	1.307.641	587.935
Steuern vom Einkommen	0	90	90
	573.030	1.307.552	587.845
Gewinnabführung	573.030	1.307.552	587.845
Jahresüberschuss	0	0	0

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

Die Angaben zu den Gesellschaften beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaften

Rechtsform Gesellschaften bürgerlichen Rechts

Fonds	Gesellschafts- kapital in €	Gesellschafts- kapital inkl. Agio in €	Gründungsdatum	Gesellschafts- vertrag i.d.F. vom /letzte Änderung
01	3.328.510,15	3.494.935,65	04.09.1998	04.09.1998/ 28.12.2000
15	1.809.973,26	1.900.471,92	17.12.1998	17.12.1998/ 28.12.2000
23	2.101.409,63	2.206.480,11	17.12.1998	17.12.1998
24	2.121.861,31	2.227.954,37	17.12.1998	17.12.1998
26	997.019,17	1.046.870,13	17.12.1998	17.12.1998/ 21.12.2000
27	2.142.312,98	2.249.428,63	17.12.1998	17.12.1998
29	1.283.342,62	1.347.509,75	17.12.1998	17.12.1998
30	1.316.576,59	1.382.405,42	17.12.1998	17.12.1998

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

B. Zweck der Gesellschaften

Gegenstand der Gesellschaften ist die Verwaltung eigenen Grundvermögens.

Fonds	Grundstücksgröße in m ²	Gesamtwohnfläche in m ²	Anzahl Wohnungen	Stellplätze im Aussenbereich (A)/in Tiefgaragen(TG)
01	3.484	2.732,80	37	37 A
15	1.531	1.200,30	16	16 TG
23	1.552	1.216,10	16	16 TG
24	1.606	1.236,70	16	16 TG
26	1.233	781,80	6	12 A
27	1.330	1.314,20	18	10 TG / 8 A
29	1.042	834,80	11	3 TG / 8 A
30	967	834,80	11	3 TG / 8 A

C. Organe der Gesellschaften

Gesellschafterversammlungen

Geschäftsführungen

Angaben zur Geschäftsbesorgerin

Name	AL-BAN Immobilienfonds- Verwaltungsgesellschaft mbH
Anschrift	Berliner Straße 27, 13507 Berlin

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

D. Gesellschafter

Fonds	Gesellschafts- anteil KVBG in %	Gesellschafts- anteil in €
01	73,83	2.397.937,21
15	81,91	1.429.363,94
23	99,99	2.201.118,36
24	99,99	2.222.585,00
26	16,66	174.481,84
27	99,99	2.244.052,50
29	99,99	1.342.146,66
30	99,99	1.377.041,69
		13.388.721,61

Die Berechnung der Anteile in € beinhaltet ein Agio in Höhe von 5 %.

Beim Kauf der Sonnengarten Glienicke Fonds wurden seitens der KVBG mbH Anschaffungskosten in Höhe von € 13.388.721,62 bezahlt und aktiviert. Daneben wurden zum Bilanzstichtag Zahlungen der Anteilseigner an die Fonds als weitere nachträgliche Anschaffungskosten in Höhe von insgesamt € 4.463.777,60 aktiviert.

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Gesamtbeteiligung an den insgesamt acht Fonds der Sonnengarten Glienicke GbR´s eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von € 1.500.000,00 vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im vorläufigen Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.852.499,21 vorgenommen.

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

E. Beteiligungen der Gesellschaften

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligungen an den Sonnengarten Glienicke Fonds besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei diesen Beteiligungen um reine Kapitalanlagen handelt und diese deshalb unzulässig sind.

Seitens der Aufsichtsbehörde ist die Beteiligung im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligung wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaften, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

Fonds	2009 in €	2008 in €	2007 in €
01	4.867.149	4.914.090	4.912.549
15	2.101.499	2.127.609	2.145.148
23	1.984.623	2.008.020	2.040.204
24	2.019.448	2.045.750	2.083.853
26	1.168.077	1.180.813	1.205.093
27	2.145.947	2.176.151	2.210.042
29	1.386.952	1.406.938	1.431.068
30	1.356.962	1.378.069	1.399.446

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 01

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	4.600.213	4.697.178	-96.965	4.799.574
Finanzanlagen	1.128.366	1.087.948	40.418	1.049.190
Anlagevermögen	5.728.579	5.785.126	-56.547	5.848.764
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	61.726	63.565	-1.839	67.239
Guthaben bei Kreditinstituten	6.471	30.057	-23.586	11.357
Umlaufvermögen	68.197	93.622	-25.425	78.595
Rechnungsabgrenzungsposten	70.915	120.970	-50.055	171.025
	5.867.691	5.999.718	-132.027	6.098.384
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	3.328.510	3.328.510	0	3.328.510
Rücklagen	1.896.027	1.794.748	101.279	1.700.555
Entnahmen	-9.304	-9.304	0	-9.304
Verlustvortrag	-4.028.326	-3.833.925	-194.401	-3.295.149
Jahresergebnis	-186.365	-194.401	8.035	-538.776
Kapitalanteile	1.000.542	1.085.628	-85.086	1.185.835
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	4.845.968	4.892.872	-46.904	4.893.597
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.390	1.303	1.087	1.303
Sonstige Verbindlichkeiten	18.791	19.916	-1.125	17.649
Verbindlichkeiten	4.867.149	4.914.090	-46.941	4.912.549
	5.867.691	5.999.718	-132.027	6.098.384

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 01

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	242.648	228.946	244.964
neutrale Einnahmen	42.677	39.975	94
	285.326	268.921	245.059
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	50.357	40.749	43.209
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	24.619	16.723	21.447
Abschreibungen auf Sachanlagen	96.965	102.396	102.395
Sonstige Kosten	19.482	22.108	334.463
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	229.897	230.926	231.909
Damna	50.055	50.055	50.055
Zinsen	317	364	356
Summe Werbungskosten	471.691	463.321	783.835
Werbungskostenüberschuss	-186.365	-194.401	-538.776

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 15

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Ausstehende Einlagen	511	511	0	511
Sachanlagen	2.266.598	2.315.765	-49.167	2.365.442
Finanzanlagen	513.252	494.286	18.966	485.737
Anlagevermögen	2.779.850	2.810.051	-30.201	2.851.179
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.612	21.746	1.866	5.397
Guthaben bei Kreditinstituten	12.911	6.560	6.351	8.056
Umlaufvermögen	36.523	28.306	8.217	13.453
Rechnungsabgrenzungsposten	25.033	46.491	-21.458	67.949
	2.841.917	2.885.359	-43.442	2.933.092
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.809.973	1.809.973	0	1.809.973
Rücklagen	762.881	700.324	62.557	630.708
Entnahmen	-11	0	-11	0
Verlustvortrag	-1.752.547	-1.652.737	-99.810	-1.544.653
Jahresergebnis	-79.877	-99.810	19.933	-108.084
Kapitalanteile	740.419	757.750	-17.332	787.945
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.080.146	2.090.910	-10.765	2.111.050
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	512	0	512	0
Sonstige Verbindlichkeiten	20.841	36.698	-15.857	34.097
Verbindlichkeiten	2.101.499	2.127.609	-26.110	2.145.148
	2.841.917	2.885.359	-43.442	2.933.092

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 15

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	128.208	113.054	113.260
neutrale Einnahmen	24.949	9.839	28.711
	153.157	122.894	141.971
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	25.162	17.871	18.455
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	13.620	19.415	15.407
Abschreibungen auf Sachanlagen	49.167	49.677	49.676
Sonstige Kosten	20.374	10.624	40.508
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	102.815	103.345	103.850
Damna	21.458	21.458	21.458
Zinsen für kurzfristiges Darlehen	438	314	701
Summe Werbungskosten	233.034	222.704	250.055
Werbungskostenüberschuss	-79.877	-99.810	-108.084

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 23

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.178.653	2.224.452	-45.799	2.272.013
Finanzanlagen	479.656	465.244	14.412	451.293
Anlagevermögen	2.658.309	2.689.696	-31.387	2.723.306
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33.705	42.054	-8.349	36.730
Guthaben bei Kreditinstituten	3.685	1.651	2.034	16.195
Umlaufvermögen	37.391	43.705	-6.315	52.925
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	24.136
	2.695.700	2.733.402	-37.702	2.800.368
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.101.410	2.101.410	0	2.101.410
Rücklagen	694.319	639.483	54.837	613.605
Entnahmen	-6.756	-6.756	0	-6.756
Verlustvortrag	-2.008.755	-1.948.095	-60.660	-1.848.198
Jahresergebnis	-69.141	-60.660	-8.481	-99.897
Kapitalanteile	711.077	725.381	-14.304	760.164
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.970.866	1.996.873	-26.007	2.026.681
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	464	0	464	0
Sonstige Verbindlichkeiten	13.292	11.147	2.145	13.523
Verbindlichkeiten	1.984.623	2.008.020	-23.397	2.040.204
	2.695.700	2.733.402	-37.702	2.800.368

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 23

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	110.600	114.582	111.203
neutrale Einnahmen	14.412	13.951	4.701
	125.012	128.533	115.904
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	25.011	17.830	18.634
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	12.719	14.612	8.300
Abschreibungen auf Sachanlagen	45.799	47.561	47.561
Sonstige Kosten	11.632	9.107	40.333
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	98.992	75.947	76.836
Damnum	0	24.136	24.137
Summe Werbungskosten	194.153	189.193	215.800
Werbungskostenüberschuss	-69.141	-60.660	-99.897

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 24

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.230.755	2.274.748	-43.993	2.320.571
Finanzanlagen	525.887	510.086	15.801	494.790
Anlagevermögen	2.756.642	2.784.834	-28.192	2.815.361
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.901	31.291	-12.389	27.268
Guthaben bei Kreditinstituten	7.368	5.735	1.633	10.580
Umlaufvermögen	26.270	37.026	-10.756	37.848
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	24.563
	2.782.912	2.821.860	-38.948	2.877.772
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.121.861	2.121.861	0	2.121.861
Rücklagen	704.932	656.349	48.583	633.214
Entnahmen	-6.828	-6.828	0	-6.828
Verlustvortrag	-1.995.272	-1.954.328	-40.945	-1.855.132
Jahresergebnis	-61.229	-40.945	-20.284	-99.196
Kapitalanteile	763.463	776.110	-12.646	793.919
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.003.496	2.032.470	-28.974	2.066.047
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	710	0	710	0
Sonstige Verbindlichkeiten	15.243	13.281	1.962	17.806
Verbindlichkeiten	2.019.448	2.045.750	-26.302	2.083.853
	2.782.912	2.821.860	-38.948	2.877.772

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 24

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	122.716	130.337	120.089
neutrale Einnahmen	15.801	15.296	5.166
	138.517	145.633	125.255
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	29.396	20.085	21.042
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	15.596	9.787	9.707
Abschreibungen auf Sachanlagen	43.993	45.823	45.823
Sonstige Kosten	10.002	9.017	45.111
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	100.759	77.303	78.206
Damnum	0	24.563	24.563
Summe Werbungskosten	199.746	186.577	224.452
Werbungskostenüberschuss	-61.229	-40.945	-99.196

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 26

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	1.289.586	1.316.619	-27.033	1.344.795
Finanzanlagen	363.914	339.032	24.882	344.405
Anlagevermögen	1.653.500	1.655.651	-2.151	1.689.200
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.442	17.119	5.324	19.764
Guthaben bei Kreditinstituten	1.073	2.821	-1.749	8.340
Umlaufvermögen	23.515	19.940	3.575	28.104
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	12.974
	1.677.015	1.675.591	1.424	1.730.277
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	997.019	997.019	0	997.019
Rücklagen	430.865	410.077	20.788	406.782
Entnahmen	-4.147	-4.147	0	-4.147
Verlustvortrag	-908.172	-874.469	-33.702	-860.360
Jahresergebnis	-6.627	-33.702	27.075	-14.110
Kapitalanteile	508.938	494.777	14.161	525.184
Rückstellungen	1.165.736	1.179.910	-14.173	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	199	0	199	1.199.455
Sonstige Verbindlichkeiten	2.142	904	1.238	5.638
Verbindlichkeiten	1.168.077	1.180.813	-12.737	1.205.093
	1.677.015	1.675.591	1.424	1.730.277

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 26

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	91.229	69.799	88.068
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	4.401	3.529	3.878
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	2.703	3.234	4.295
Abschreibungen auf Sachanlagen	27.033	28.176	28.176
Sonstige Kosten	5.233	10.657	7.389
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	58.486	44.932	45.469
Damnum	0	12.974	12.971
Summe Werbungskosten	97.856	103.501	102.178
Werbungskostenüberschuss	-6.627	-33.702	-14.110

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 27

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	2.270.750	2.318.949	-48.199	2.367.938
Finanzanlagen	522.768	507.082	15.686	492.119
Anlagevermögen	2.793.518	2.826.031	-32.513	2.860.057
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45.644	56.398	-10.755	56.027
Guthaben bei Kreditinstituten	5.833	4.514	1.318	10.463
Umlaufvermögen	51.476	60.912	-9.436	66.490
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	25.959
	2.844.994	2.886.944	-41.949	2.952.506
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	2.142.313	2.142.313	0	2.142.313
Rücklagen	734.391	681.873	52.518	652.244
Entnahmen	-7.358	-7.358	0	-7.358
Verlustvortrag	-2.106.035	-2.044.736	-61.300	-1.949.449
Jahresergebnis	-64.817	-61.300	-3.518	-95.286
Kapitalanteile	698.494	710.793	-12.299	742.464
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	2.116.930	2.147.564	-30.634	2.182.898
Sonstige Verbindlichkeiten	29.017	28.587	430	27.144
Verbindlichkeiten	2.145.947	2.176.151	-30.204	2.210.042
	2.844.440	2.886.944	-42.503	2.952.506

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 27

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	134.378	126.479	125.768
neutrale Einnahmen	15.686	14.963	0
	150.064	141.442	125.768
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	25.656	19.424	20.289
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	21.516	15.354	12.518
Abschreibungen auf Sachanlagen	48.199	48.989	48.989
Sonstige Kosten	18.614	11.336	30.659
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	106.466	81.680	82.637
Damnum	0	25.959	25.962
Summe Werbungskosten	220.451	202.742	221.054
Werbungskostenüberschuss	-70.387	-61.300	-95.286

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 29

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	1.414.289	1.443.672	-29.383	1.474.270
Finanzanlagen	335.035	325.046	9.989	315.392
Anlagevermögen	1.749.324	1.768.718	-19.394	1.789.662
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.992	25.903	-3.911	26.693
Guthaben bei Kreditinstituten	1.027	6.818	-5.790	6.856
Umlaufvermögen	23.020	32.721	-9.701	33.548
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	16.278
	1.772.343	1.801.439	-29.095	1.839.488
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.283.343	1.283.343	0	1.283.343
Rücklagen	463.818	436.664	27.154	421.931
Entnahmen	-4.424	-4.424	0	-4.424
Verlustvortrag	-1.321.082	-1.292.429	-28.653	-1.226.368
Jahresergebnis	-36.263	-28.653	-7.610	-66.061
Kapitalanteile	385.391	394.501	-9.109	408.420
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.330.349	1.348.779	-18.430	1.330.349
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	340	0	340	340
Sonstige Verbindlichkeiten	56.264	58.159	-1.896	56.264
Verbindlichkeiten	1.386.952	1.406.938	-19.986	1.386.952
	1.772.343	1.801.439	-29.095	1.772.343

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 29

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	82.546	81.794	82.006
neutrale Einnahmen	15.210	9.846	0
	97.756	91.640	82.006
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	17.921	11.332	12.692
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	6.206	3.890	9.696
Abschreibungen auf Sachanlagen	29.383	30.598	30.598
Sonstige Kosten	13.631	6.877	26.899
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	66.879	51.318	51.907
Damnum	0	16.278	16.277
Summe Werbungskosten	134.020	120.293	148.068
Werbungskostenüberschuss	-36.263	-28.653	-66.061

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

L. Vermögensstatus Fonds 30

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Sachanlagen	1.410.274	1.439.876	-29.602	1.470.608
Finanzanlagen	335.058	325.059	9.999	315.391
Anlagevermögen	1.745.332	1.764.935	-19.603	1.785.999
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.808	34.129	-6.321	33.435
Guthaben bei Kreditinstituten	7.299	2.904	4.396	4.595
Umlaufvermögen	35.108	37.033	-1.925	38.030
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	16.278
	1.780.440	1.801.968	-21.528	1.840.307
Passiva				
gezeichnete Kapitalanteile	1.316.577	1.316.577	0	1.316.577
Rücklagen	440.731	411.068	29.663	395.839
Entnahmen	-4.427	-4.427	0	-4.427
Verlustvortrag	-1.299.319	-1.267.128	-32.191	-1.204.102
Jahresergebnis	-30.084	-32.191	2.107	-63.026
Kapitalanteile	423.478	423.899	-421	440.861
Rückstellungen	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	1.330.030	1.348.813	-18.783	1.370.742
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	333	0	333	0
Sonstige Verbindlichkeiten	26.599	29.256	-2.657	28.704
Verbindlichkeiten	1.356.962	1.378.069	-21.107	1.399.446
	1.780.440	1.801.968	-21.528	1.840.307

Sonnengarten Glienicke GbR´s
Fonds 01, 15, 23, 24, 26, 27, 29 und 30, 16548 Glienicke

M. Gewinn- und Verlustrechnung Fonds 30

	2009	2008	2007
Einnahmen	in €	in €	in €
Mieteinnahmen	96.386	92.683	79.346
Werbungskosten			
Bewirtschaftungskosten, umlagefähig	17.786	11.779	13.811
Bewirtschaftungskosten, nicht umlagefähig	4.121	8.204	8.133
Abschreibungen auf Sachanlagen	29.602	30.732	30.732
Sonstige Kosten	8.082	6.563	21.512
Neutrale Kosten			
Darlehenszinsen	66.879	51.318	51.907
Damnum	0	16.278	16.277
Summe Werbungskosten	126.471	124.874	142.372
Werbungskostenüberschuss	-30.084	-32.191	-63.026

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Aus dem Erlös des Verkaufes der EVO-Anteile hat sich die KVBG Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH im Zuge der Gesamtkonzeption der Wiederanlage als Kommanditist an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin, beteiligt.

Bei der vorliegenden steuerbegünstigten Kapitalanlage handelt es sich um eine Beteiligung in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Im Vordergrund dieser Beteiligung standen bzw. stehen Ausschüttungen/Entnahmen aus prospektierten Liquiditätsüberschüssen bezogen auf die Nominalbeteiligung.

Die Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG betreibt in Göhren-Lebbin an der Müritzseenplatte in Mecklenburg-Vorpommern das Freizeit- und Urlaubsresort „Land Fleesensee“.

„Land Fleesensee“, als eine der größten Resortanlagen in Nordeuropa, besteht aus insgesamt drei Hotelbetrieben, dem RadissonSAS Resort Schloßhotel, dem Robinson Club und dem Dorfhof. Zu dem Gesamtkomplex gehören darüber hinaus noch eine moderne Wasserwelt mit angegliedertem Sauna- und Wellnessbereich sowie großzügige Sportanlagen. Hierbei seien insbesondere die insgesamt sechs Golfplätze genannt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

Anschrift	Auerbacher Straße 12, 14193 Berlin
Telefon	030/89711-151
Telefax	030/89711-149
Internet	www.fleesensee.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2008

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Kommanditgesellschaft in Form einer GmbH & Co. KG
Gründungstag/-jahr	24. September 1994
Persönlich haftende Gesellschafterin	Fleesensee Verwaltungs GmbH, Berlin
Geschäftsführer der Komplementärin	Detlev U. Fricke, Berlin
Stammkapital	30.677,51 €
Kommanditkapital laut Handelsregister	96.634.165,56 €

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist neben der Entwicklung, der Errichtung und dem Betrieb (auch durch Managementgesellschaften) von Hotels, sowie gastronomischen und anderen touristischen Einrichtungen im Bereich des „Freizeit- und Urlaubsresort Land Fleesensee“ in Göhren-Lebbin in Mecklenburg-Vorpommern, die Koordination, die finanzielle Führung sowie die Übernahme aller sonstigen übergeordneten Aufgaben im Zusammenhang mit dem vorgenannten Projekt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung

Geschäftsführer der Komplementärin

Detlev U. Fricke, Berlin

D. Kommanditisten

Kommanditisten	Anteil in %	Anteil in €
Gesamtkapital der Kommanditisten	100,00	96.634.165,56

Kommanditisten	Anzahl
Anzahl der Kommanditisten zum 31.12.2010	1.823

Die Beteiligung der KVBG mbH als Kommanditist beträgt € 8.052.847,13

Im Jahresabschluss der KVBG mbH zum 31.12.2008 wurde auf die Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG eine Wertberichtigung von vormals € 8.052.847,13 in Höhe von € 1.480.000,00 = € 6.572.847,13 aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Darüber hinaus wurde im vorläufigen Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2010 der KVBG mbH eine Abschreibung wegen dauerhafter Wertminderung in Höhe von € 6.572.846,13 = € 1,00 vorgenommen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

E. Anteilsbesitz

Konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Fleesensee GmbH & Co. Golf- und Sporthotel KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Clubanlage KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Feriendorf KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Sportanlagen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Fleesensee GmbH & Co. Kur- und Thermen KG, Berlin	100,00	01.01.2001
Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH, Göhren-Lebbin (vormals: Fleesensee Hotels & Sports Marketing und Service GmbH, Berlin)	100,00	31.12.2008

Nicht konsolidierte verbundene Unternehmen	Anteil in %	Erstkonsolidierungszeitpunkt
Schloss Blücher Dorf- und Tagungszentrum Betriebs GmbH, Berlin	100,00	---
Schloss Blücher Reitanlagen Management GmbH, Berlin	100,00	---

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Hinsichtlich der aus dem Veräußerungserlös der EVO-Anteile im Jahre 2000 erworbenen Beteiligung an der Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG besteht seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt als Aufsichtsbehörde die Auffassung, dass es sich bei dieser Beteiligung um eine reine Kapitalanlage handelt und diese deshalb unzulässig ist.

Seitens der Aufsichtsbehörde sind die Beteiligungen im Rahmen der vertraglichen Möglichkeiten in vermögensschonender Art und Weise zu beenden.

Dieser Vorgabe des Regierungspräsidiums Darmstadt zur Abwicklung der Beteiligungen wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Schulprojekt Rechnung getragen.

Eine Abwicklung der Beteiligungen ist bislang nicht erfolgt, da aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Marktsituation eine vermögensschonende Veräußerung bisher nicht möglich war.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2008	2007	2006
Verbindlichkeiten	50.012.468	47.845.031	49.146.785

Berichtsjahr 2008	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	47.845.031
Zunahmen	2.167.437
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	50.012.468

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns

Der Konzern - bestehend aus dem Mutterunternehmen und den fünf für den Betrieb der touristischen Einrichtungen im Resort Land Fleesensee verantwortlichen Tochterunternehmen sowie der Land Fleesensee Tourismus Marketing GmbH - konnte nicht im erhofften Maße die budgetierten Erwartungen oder das Vorjahresergebnis erreichen bzw. verbessern.

Das entspricht im Wesentlichen auch der touristischen Entwicklung in Deutschlands Norden insgesamt. Die Geschäftsentwicklung litt unter dem frühen Ostertermin im März, sowie unter dem ungünstigen kalendarischen Zusammentreffen von Mai-Feiertag und Himmelfahrt. Der Juni als Brückenmonat zwischen den Pfingstfeiertagen im Main und dem Beginn der Sommersaison fiel außerordentlich schwach aus. Schließlich lag auch der November mit bereit spürbarer Wirtschafts- und Finanzkrise durch Stornierung von Firmenveranstaltungen deutlich hinter den Erwartungen

Der Konzern erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von T€ 13.731 (2007: T€ 816). Das Jahresergebnis resultiert im Wesentlichen aus den außerplanmäßigen Abschreibungen auf Grund und Boden (T€ 4.070) sowie Gebäuden (T€ 4.393) sowie den Wechselkursverlusten des Fremdwährungsdarlehens in Schweizer Franken (T€ 3.512).

Mit zusammen 296.141 Übernachtungen (Vorjahr: 315.918) konnten die drei Hotelbetriebe Radisson BLU, Robinson Club und Dorfhotel bei einer durchschnittlichen Zimmerauslastung von rd. 63% (Vorjahr: 65%) zwar nicht an die Belegung des Vorjahres anknüpfen, sie erzielten allerdings einen Jahresumsatz in Höhe von € 22,79 Mio. und liegen damit in etwa auf Vorjahresniveau, wann auch knapp 4% unter den budgetierten Erwartungen. Das operative Betriebsergebnis (GOP) der Hotels insgesamt lag mit rd. € 4,7 Mio. rd. 14% unter den Erwartungen der Manager und 7,1% unter dem Vorjahresniveau, wozu überdurchschnittlich leider die unbefriedigende Geschäftsentwicklung im Dorfhotel beigetragen hat. Das Betriebsergebnis (GOP) fiel damit auf 20,7% der Umsatzerlöse (Vorjahr noch 22,2%). Durch die abgeschlossenen Ergebnisgarantien mit den Betreibergesellschaften ergeben sich infolge der gesunkenen operativen Ergebnisse keine Auswirkungen.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Die Golf- und Sporthotel KG konnte 2008 mit € 7,5 Mio. den budgetierten Gesamthotelumsatz nicht erreichen (minus 1%), lag allerdings T€ 433 (plus 6%) über den Umsätzen des Vorjahres. Die Zimmerauslastung wurde von 58,2% im Vorjahr auf 60,1% gesteigert und erreichte damit wieder das Belegungsniveau von 2006. Der Trend zu Package-Buchungen setzt sich fort und drückt auf den durchschnittlichen Zimmerpreis bei Individualgästen. Die Reisbürobuchungen entsprachen ungefähr dem Vorjahr. Im Tagungs- und Veranstaltungsgeschäft waren vor allem durch das EURO CAMP JEEP im Juli 2008 Zuwächse um 4,2% zu verzeichnen. Das seit Mai 2008 vom Schloss übernommene Veranstaltungsgeschäft mit der TENNE lief mit durchschnittlich nur einem Event pro Monat nur langsam an. Das Betriebsergebnis lag im Jahr 2008 bei € 1,37 Mio. (18,6% vom Umsatz) und konnte im Vergleich zum Vorjahr um T€ 133 gesteigert werden. Leicht verringerten Wareneinsätzen für Speisen und Getränke standen allerdings aufgrund von Tarifierhöhungen und personalintensiven Veranstaltungen höhere Personalaufwendungen gegenüber. Um die Servicequalität zu verbessern, investierte Das Hotel auch im Jahr 2008 T€24 in interne und externe Mitarbeiterschulungen.

Die Clubanlage KG konnte 2008 mit über 104.548 Übernachtungen das Vorjahresergebnis (110.138) nicht ganz erreichen. Die mit € 10,70 Mio. um 1,1% im Vorjahresvergleich geringeren Umsatzerlöse lagen auch 1,6% unter Budget. Das budgetierte Betriebsergebnis (GOP) wurde um 1,7% verfehlt, im Vorjahresvergleich war ein Minus von 10,2%. Damit sank der GOP-Anteil am Umsatz auf 20,8% (Vorjahr 22,9%). Die tarifliche Lohnerhöhung und nicht auf die Mitarbeiter umgelegte Kosten für Unterbringung ließen die Personalkosten um 3,3% ansteigen. Die durchschnittliche Zimmerauslastung lag bei 70,5% (Vorjahr 73,8%). Die Übernachtungszahlen im Gruppengeschäft (Business und Incentive) waren 2008 mit 14.266 auf Vorjahresniveau. Dieser Geschäftsbereich macht 17,4% der belegten Zimmer aus. Der Umsatz aus dem Gruppengeschäft 2008 ist um knapp 3% leicht angestiegen und machte 20% des Gesamtumsatzes aus.

Die Feriendorf KG blickt auf ein schwieriges Jahr 2008 zurück. Speziell die Monate April und Juni 2008 blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Dazu hat sicherlich die im April mit massivem TUI-Vertriebsdruck gestützte Eröffnung des im direkten Wettbewerb stehenden Dorfhoteles an der Ostseeküste in Boltenhagen (Weiße Wieck) beigetragen und zu einer Buchungsverschiebung bei der Dorfhôtel-Klientel im gesamt Frühjahr zu Lasten des Dorfhoteles Fleesensee geführt. Dies spiegelt sich in einer niedrigen Appartementsauslastung von 55% (minus 8% zum Vorjahr) mit 119.000 Übernachtungen (minus 13%) wider. Die Zahl der Ankünfte verringerte sich um 1.200 auf 7.000 im Jahr 2008.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Der Familienurlaub ist nach wie vor das mit Abstand dominante Marktsegment, während das Geschäft mit Gruppen im Jahr 2008 insgesamt schwach ausfiel. Die Appartementumsätze sind im Vergleich zum Jahr 2007 aufgrund der geringeren Belegung um 7,5% gesunken. Entgegen diesem Trend konnten jedoch die Umsätze pro verkauftem Appartement erfreulicherweise um knapp € 7 auf € 121 gesteigert werden. Der Erlös pro Gast erhöhte sich 2008 gegenüber dem Vorjahr um 5% auf € 12. Die Gesamterlöse des Hotels liegen jedoch mit € 4,6 Mio. knapp 7% unter dem Vorjahr und rd. 12% unter Budget. Auf der anderen Seite macht die hohe Gastzufriedenheit zuversichtlich, hier kurzfristig verlorene Gästepotentiale wiederzuerlangen. Diese spiegelt sich zum dritten Mal in Folge in der Auszeichnung der Zeitschrift GEO als bestes Familienhotel Europas wider.

Die noch aus dem bis Frühjahr 2008 für die Kur- und Thermen KG verantwortlichen Management rührenden Defizite in der Vermarktung des SPA als integraler Bestandteil des Resorts Land Fleesensee konnten nicht ohne Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2008 bleiben. Die Umsatzziele wurden im Jahr 2008 um € 242.158 (minus 11,2%) deutlich verfehlt, gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 7%. Daraus ergibt sich ein negatives Betriebsergebnis (GOP) von T€ 58,2. Durch ein straffes Kostenmanagement gegenüber dem Budget wurde auf die aktuellen Gegebenheiten und Umsatzrückgänge reagiert und die Ausgaben um T€ 94,9 gegenüber dem Budget reduziert und somit Einfluss auf das Ergebnis genommen. Die unzureichende Kooperation des früheren Managements mit den Hotelpartnern musste sich auch im vergangenen Jahr noch auswirken. Auch die rückläufige Entwicklung der Übernachtungen in den Hotels hat direkte Auswirkungen auf den Besuch des SPA. Der neu gestaltete Innensaunabereich wie auch die Erdsauna sowie die russische Banja im Außenbereich sind von den Gästen gut angenommen worden. Noch vor Ostern wurde dieser Open-Air-Saunabereich mit dem dazugehörigen Ruhehaus im Garten komplett eröffnet. Besondere Veranstaltungsformen sollen dazu beitragen, den Besuch des SPA für die Gäste des Resorts aus der gesamten Region zu vergrößern. Der Beautypavillon wurde im vergangenen Jahr renoviert und im unteren Bereich eine Praxis für Physiotherapie mit Kassenzulassung integriert.

Das Umsatzvolumen der Sportanlagen KG betrug in 2008 insgesamt rd. € 4,06 Mio., dies entspricht einem Umsatzrückgang von T€ 177 oder 4%. Bis auf den Kids Club, der den Umsatz durch verstärktes Marketing im Herbst es Jahres steigern konnte, war der Umsatzrückgang in allen Teilbereichen zu spüren. Die Zahl der gespielten Runden betrug 60.000 (Vorjahr 62.800). Der erwirtschaftete GOP in 2008 betrug T€ 459 und liegt damit erheblich unter dem Vorjahreswert von T€ 1.138. Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2008 sind Einmaleffekte von T€ 245 enthalten,

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

da nach dem Wechsel des Managements zur Jahresmitte und einer effektiven Revision im Wesentlichen für unterlassene Instandhaltung der Vorjahre, Restrukturierungsaufwendungen und Sonderabschreibungen erforderlich waren. Der GOP des Geschäftsjahres 2008 vor Einmaleffekten lag bei T€ 704. Die größten Abweichungen resultierten aus den Bereichen Golf Services (Greenfees), Verwaltung (Einmaleffekte) und Golf Arena (Golfunterricht). Daneben schlugen hier auch fehlende Synergien aus der unzureichenden Kooperation mit den Hotelpartnern zu Buche. Diese Potentiale waren in der Vergangenheit bei weitem nicht ausgeschöpft. Die optimistischen Erwartungen des früheren Managements hatten sich damit nicht erfüllt.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse des Konzerns zu bewerten. Der Konzern-Jahresumsatz lag bei 28,1 Mio. 0,9% unter dem des Vorjahres. Das Bruttobetriebsergebnis (GOP) des Vorjahres wurde um 17,9% verfehlt.

Die Eigenkapitalquote sank – bedingt durch den Konzernfehlbetrag und die Entnahmen – von 37,5% in 2007 auf 22,8% in 2008.

Im Geschäftsjahr setzt sich der Cash Flow wie folgt zusammen:

Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	T €	2.468,6
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	T €	-778,4
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	T €	<u>-2.248,4</u>
Cash Flow gesamt	T €	<u>-558,2</u>

Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 2.468,6) wurde im Berichtsjahr überwiegend für die Tilgung von Finanzkrediten (T€ 1.828,5) und für Ausschüttungen an Unternehmenseigner (T€ 419,9) verwendet.

Im Geschäftsjahr 2008 konnte im Konzern trotz deutlich verringerter Entnahmen nur eine geringe Liquiditätsreserve erwirtschaftet werden. Die Gründe für diesen geringer als geplant ausgefallenen Aufbau liegen nach wie vor insbesondere im Wegfall der ursprünglich vereinbarten Ergebnisgarantie für den Betrieb der Therme sowie der Sportanlagen und in dem aus der von der NordLB bewilligten Nachfinanzierung der Zusatzinvestitionen resultierenden Kapitaldienst. Negativ auf die Liquiditätssituation hat sich in 2008 auch die Verschlechterung des Wechselkurses zum Schweizer Franken im Vergleich zum Vorjahr ausgewirkt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Dementsprechend ist es nach wie vor nicht möglich, den Gesellschaftern die jährliche Entnahme von Liquiditätsüberschüssen in der anfangs prognostizierten Höhe zu ermöglichen. So beschloss die Gesellschafterversammlung vom 22. September 2008 eine im Verhältnis zum Vorjahr wiederum halbierte Liquiditätsentnahme von nur noch 0,425% bezogen auf die Pflichteinlage. Damit sollte eine Liquiditätsreserve in etwa gleicher Höhe nicht entnommen werden, die somit für betrieboptimierende Investitionen bereitgestellt werden kann. Entsprechend dem Beschluss der Gesellschafterversammlung konnte im Herbst 2008 die Liquiditätsentnahme für das Geschäftsjahr 2007 vorgenommen und an die Gesellschafter ausgezahlt werden.

Die Ertragslage des Unternehmens wird bestimmt von den Ergebnissen der fünf touristischen Einzelbetriebe. Die Jahresergebnisse der Tochtergesellschaften werden nach dem operativen Ergebnis durch die Absetzungen für Abnutzung auf das Anlagevermögen sowie Zinsen, Wechselkursschwankungen zum Schweizer Franken und Verwaltungskosten beeinflusst. Nach dem Kursverlust im Vorjahr wurde auch in 2008 ein Kursverlust von T€ 3.512 aus dem Ansatz des Fremdwährungsdarlehens zum Kurs am Bilanzstichtag verzeichnet. Des Weiteren wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund und Boden (T€ 4.070) sowie Gebäude (T€ 4.393) vorgenommen.

Die zunächst von zwei Kommanditisten gegen die Gesellschaft erhobenen Klagen auf Schadenersatz mit der Folge der Rückabwicklung ihrer Beteiligung sind in erster Instanz abgewiesen worden. Den von beiden Klägern eingelegten Berufungen beim Kammergericht (KG) Berlin wurden im wesentlichen abgewiesen, lediglich einem nachträglich gestellten Hilfsantrag auf Erstellung einer Auseinandersetzungsbilanz und Ermittlung eines Abfindungsguthabens für den Zeitpunkt ihres nach Auffassung des KG Berlin wirksamen Widerrufs (Zeitpunkte der Klageerhebung) wurde stattgegeben. Auf die Beschwerde der Gesellschaft gegen die Nichtzulassung der Revision durch das Kammergericht hat der BGH in einem Fall das Verfahren an das KG zurückverwiesen, dieses hat daraufhin die Klage endgültig abgewiesen. In dem anderen Fall hat der BGH das Verfahren bis zu einer in dieser Sache relevanten Entscheidung des Europäischen Gerichtshof (EuGH) ausgesetzt. Eine Reihe weiterer Kommanditisten sind offenbar unter dem Eindruck dieser noch nicht rechtskräftigen Auffassung des Kammergerichts dazu angeregt worden, ihrerseits vor dem Landgericht Berlin einen wirksamen Widerruf ihrer Beteiligung einzuklagen. In diesen Verfahren sind sowohl obsiegende als auch abweisende Urteile ergangen, die allesamt noch nicht rechtskräftig sind. Entscheidend ist die Frage, ob im Einzelfall tatsächlich eine „Haustürsituation“ bei der Einwerbung der Beteiligung vorgelegen hat.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage des Konzerns (Fortsetzung)

Die seit Mitte 2005 beim Landgericht Berlin anhängige Klage der Relax Management GmbH auf Schadenersatz in Höhe von rund € 10,6 Mio. gegen die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaft Kur und Thermen KG ist auch in der Berufungsinstanz durch das Kammergericht Berlin als inhaltlich unbegründet durch einstimmigen Beschluss gem. §522 ZPO abgewiesen. Die Geschäftsführung ist bemüht, die Prozesskosten einzutreiben, wobei die Schuldnerin zwischenzeitlich Insolvenzantrag gestellt hat. Das Insolvenzverfahren wurde mangels Masse nicht eröffnet. Inwieweit von dem ehemaligen Geschäftsführer der Schuldnerin noch Zahlungen erlangt werden können bleibt abzuwarten, jedoch dürften die Chancen hier gering sein. Die erforderlichen Rückstellungen wurden allerdings in den vergangenen Jahren bereits vorgenommen.

Auf die bisher von der Bundeswehr und dem Bundesverteidigungsministerium angestrebte Wiederinbetriebnahme des Truppenübungsplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide (sog. Bombodrom) mit regelmäßigen Tiefflügen von Kampfflugzeugen über die Region ist am 09. Juli 2009 vom Bundesverteidigungsministerium endgültig verzichtet worden. Damit steht diese Bedrohung einer positiven Entwicklung des Tourismus in der Region Mecklenburgische Seenplatte nichts mehr im Wege.

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns - Chancen und Risiken -

Die durchgreifenden Veränderungen der Managementstrukturen in den Betrieben SPA und Sportanlagen, aber auch die Direktorenwechsel in den Hotelbetrieben Dorfhof und Schlosshotel sind naturgemäß erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung geeignet, positive, unternehmerische Impulse und neue Dynamik auszulösen. Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass sich diese Entwicklung im Jahr 2009 zeigen wird. Allerdings lassen sich mit Blick auf die sicher und voraussichtlich auch verstärkt noch ins Jahr 2010 reichende Wirtschafts- und Finanzkrise optimistische Prognosen nur mit Vorbehalt erstellen. Positiv könnte sich ein Trend zum Urlaub im Inland auswirken. Hingegen dürfte sich das Firmenkundengeschäft auch noch in 2010 rückläufig entwickeln.

Wie auf der Gesellschafterversammlung im September 2008 angekündigt, erarbeitet die LIGHTHOUSE Corporate Finance GmbH, Frankfurt, derzeit auf Basis der Beschlüsse der Gesellschafterversammlung vom Juni 2007 eine Machbarkeitsstudie über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Kapitalstruktur des Konzerns. Auf Basis einer eingehenden Analyse der einzelnen Gesellschaften werden die unterschiedlichen Handlungsalternative - unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Gesellschafter – detailliert mit Geschäftsführung und Beirat erörtert und ein umfangreiches Informationsmemorandum über die Unternehmensgruppe Land Fleesensee erstellt.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

K. Konzernlagebericht 2008 (Fortsetzung)

II. Voraussichtliche Entwicklung des Konzerns - Chancen und Risiken - (Fortsetzung)

Gleichzeitig hat LIGHTHOUSE den Markt nach potentiellen Investoren analysiert. Trotz der bislang nicht erwartungsgemäß erfolgten Auszahlungen an die Gesellschafter liegt derzeit lediglich eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Kündigungen des Gesellschaftsverhältnisses – erstmals möglich zum 31. Dezember 2009 – vor.

Ziel der Unternehmenspolitik im Konzern bleibt es, in den nächsten Jahren die Umsatzerlöse in allen Tochtergesellschaften zu steigern und insbesondere die Ergebnissituation stetig zu verbessern, um damit auch die Werthaltigkeit des Investments langfristig zu sichern. Es gilt nach wie vor, mit den operativen Betriebsergebnissen der Hotelbetriebe ein Niveau zu erreichen, das der in den Managementverträgen vereinbarten Ergebnisgarantie entspricht. Bei den Infrastrukturbetrieben SPO und Sportanlagen sollte es im Zuge der jüngsten Veränderungen und den damit verbundenen strukturellen Einsparungen von Managementaufwendungen gelingen, den Beitrag zum Betriebsergebnis der Muttergesellschaft in den nächsten Jahren stetig zu erhöhen.

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, dass die beiden TUI Hotelbetriebe Robinson Club und Dorfhotel das ihnen vertraglich eingeräumte Recht auf Sonderkündigung des 20-jährigen Betriebsführungsvertrages zum 31. Dezember 2010 nicht wahrnehmen. Die darüber aufgenommenen Verhandlungen lassen allerdings erwarten, dass die Nichtausübung der Sonderkündigung an gewisse Veränderungen des Managementvertrages geknüpft wird. Dies beinhaltet zum einen eine Reduzierung der Ergebnisgarantie bei gleichzeitiger Vereinbarung einer Vorzugszahlung an die Gesellschaft aus dem tatsächlichen Betriebsergebnis in der Höhe der eingeräumten Verringerung. Zum anderen erwartet Robinson eine Reihe von investiven Maßnahmen wie die Erweiterung des Restaurants, einen auch gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Umbau der Küche sowie die Errichtung eines Blockheizkraftwerkes.

Derzeit und in näherer Zukunft verfügt der Konzern über nur geringe Liquiditätsreserven. Die voraussichtlichen Änderungen in den Managementverträgen sowie Kündigungen seitens der Gesellschafter könnte die Liquidität zusätzlich belasten.

Die Auswirkungen aus der bestehenden Fremdwährungsfinanzierung in Schweizer Franken auf die Liquiditätslage können je nach Kursverlauf positiv als auch negativ sein.

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz

	2008	2007	Verände-	2006
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
Lizenzen und ähnliche Rechte	3.188.812	3.605.568	-416.756	3.978.946
Geschäftswert aus der Kapitalkonsolidierung	436.080	508.760	-72.680	581.440
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.624.892	4.114.328	-489.436	4.560.386
Grundstücke	15.651.811	19.780.451	-4.128.639	19.780.451
Gebäude	38.223.598	45.115.492	-6.891.894	47.673.110
Außenanlagen	581.972	930.064	-348.092	1.274.453
Golf- und Tennisanlagen	1.995.688	2.246.186	-250.498	2.617.173
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.296.997	981.175	315.822	1.165.636
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.542	8.650	86.892	24.634
Sachanlagen	57.845.608	69.062.018	-11.216.410	72.535.457
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	18.000	43.565	-25.565	43.565
Anlagevermögen	61.488.501	73.219.911	-11.731.410	77.139.408
Lebensmittel, Getränke und sonstige Vorräte	452.684	401.629	51.055	378.563
Geleistete Anzahlungen	770	0	770	378.563
Vorräte	453.454	401.629	51.825	378.563
Forderungen aus Lieferungen + Leistungen	1.747.620	1.473.020	274.600	1.221.757
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	504	100.265	-99.761	1.018
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43.621	0	43.621	2.197
Forderungen gegen Gesellschafter	7.150	7.150	0	7.150
Sonstige Vermögensgegenstände	488.876	227.626	261.250	107.041
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.287.772	1.808.062	479.710	1.339.164

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2008	2007	Verände-	2006
Aktiva (Fortsetzung)	in €	in €	rung in €	in €
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.298.249	1.856.482	-558.234	1.540.092
Umlaufvermögen	4.039.474	4.066.173	-26.698	3.257.819
Rechnungsabgrenzungsp.	400.852	451.211	-50.360	416.364
	65.928.827	77.737.295	-11.808.468	80.813.590
Passiva				
Pflichteinlage	96.634.168	96.634.168	0	96.634.168
Sonstige Einlagen	4.576.064	4.576.064	0	4.576.064
Entnahmen	-11.373.129	-10.953.225	-419.904	-10.121.527
Verlustvortrag	-61.094.584	-60.278.946	-815.639	-58.383.973
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-13.730.917	-815.639	-12.915.278	-1.894.973
Eigenkapital	15.011.602	29.162.423	-14.150.821	30.809.759
Sonstige Rückstellungen	885.218	710.039	175.179	774.796
Rückstellungen	885.218	710.039	175.179	774.796
Erhaltene Anzahlungen	510.625	565.848	-55.224	401.084
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.341.099	45.657.741	1.683.358	47.329.831
Verbindlichkeiten aus Lieferungen + Leistungen	1.991.529	1.462.486	529.043	1.165.167
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	22.303
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.417	0	10.417	17.408
Verbindlichkeiten gg. Gesellschaftern	1.715	1.655	60	1.655
Sonstige Verbindlichkeiten	157.083	157.300	-217	209.338
Verbindlichkeiten	50.012.468	47.845.031	2.167.436	49.146.785
Rechnungsabgrenzungsp.	19.540	19.802	-262	82.250
	65.928.827	77.737.295	-11.808.468	80.813.590

Fleesensee GmbH & Co. Entwicklungs KG, Berlin

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2008	2007	2006
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	28.114.489	28.369.702	27.777.392
Sonstige betriebliche Erträge	2.845.274	4.325.953	5.465.307
	30.959.763	32.695.655	33.242.699
Aufwendungen für Lebensmittel, Getränke und Sonstiges	7.480.359	7.328.505	6.960.432
Aufwendungen für bezogene Leistungen	962.765	965.349	1.014.934
Materialaufwand	8.443.124	8.293.854	7.975.366
Löhne und Gehälter	7.732.611	7.336.084	7.048.137
Soziale Abgaben	1.658.629	1.600.482	1.585.298
Personalaufwand	9.391.241	8.936.566	8.633.435
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	12.525.626	4.398.515	6.931.816
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Konzern üblichen Abschreibungen überschreiten	35.790	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.289.078	9.971.325	9.518.250
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65.062	48.944	46.201
Abschreibung auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	98.539	0	33.129
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.854.254	1.843.245	1.973.939
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13.612.827	-698.906	-1.777.034
Sonstige Steuern	-118.090	-116.733	-117.938
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	-13.730.917	-815.639	-1.894.973

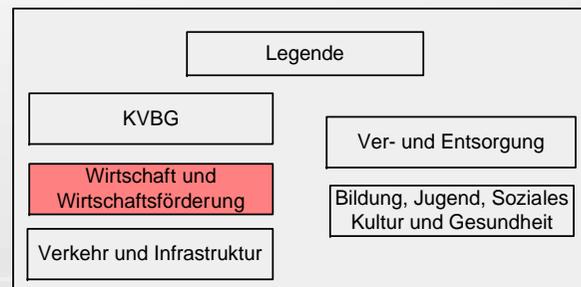
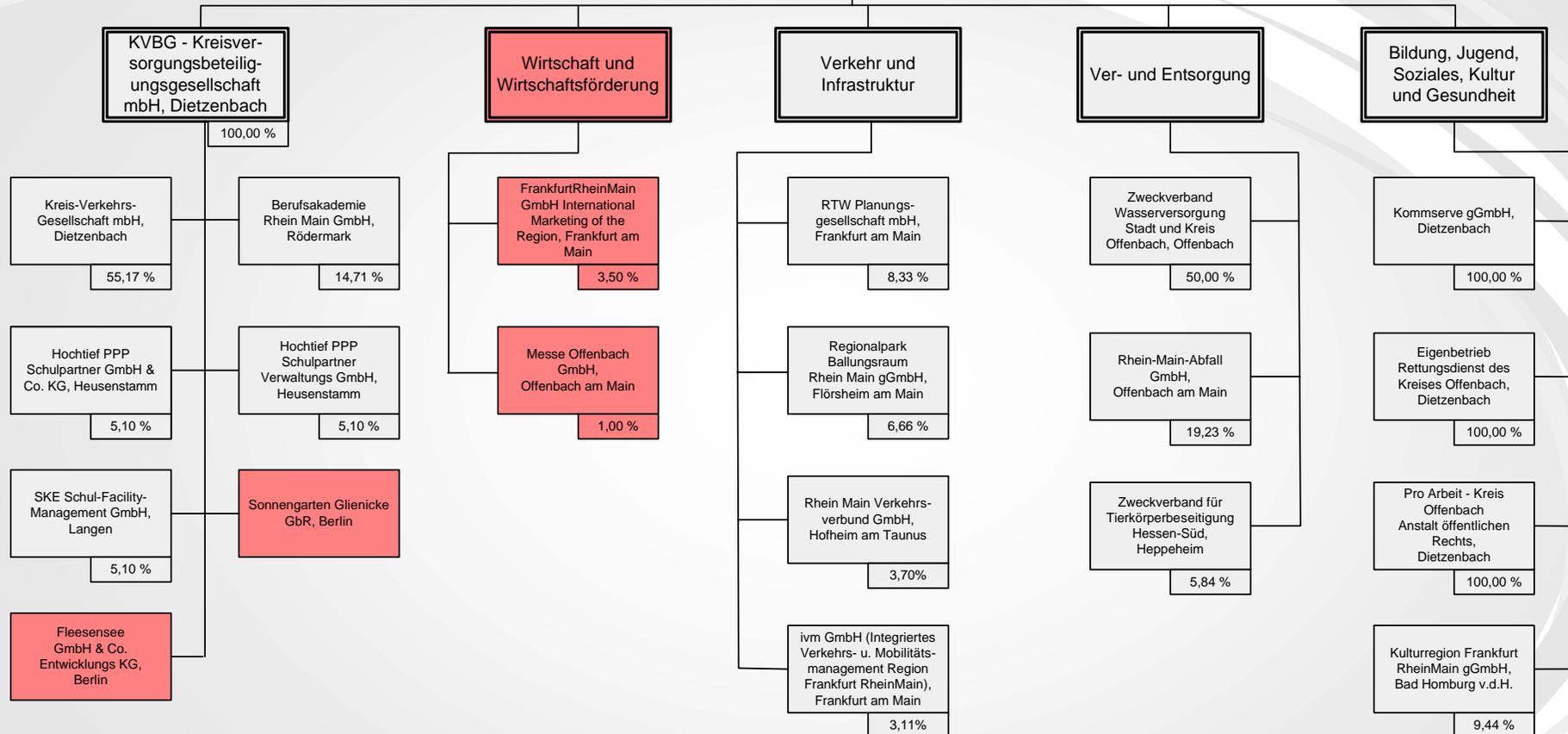
Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Beteiligungen - Wirtschaft und Wirtschaftsförderung -

Stand:
31.12.2010

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Kreis Offenbach



Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

Anschrift	Unterschweinstiege 8, 60549 Frankfurt
Telefon	069/686038-0
Telefax	069/686038-11
E-Mail	info@frm-united.com
Internet	www.frm-united.com

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	24. März 2005
Stammkapital	250.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 75141 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an einem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist ermächtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Zweck des Unternehmens zusammenhängen oder ihm dienlich oder förderlich sind. Sie kann dazu im Ausland Zweigniederlassungen errichten und sich an anderen Unternehmen und Organisationen des privaten und des öffentlichen Rechts beteiligen sowie Kooperationen eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2010)		
Vorsitzender	Herr Markus Frank	ab 11.02.2010
-----,,-----	Herr Horst Schneider	bis 11.02.2010
Stellv. Vorsitzender	Herr Joachim Arnold	ab 11.02.2010
-----,,-----	Herr Berthold R. Gall	bis 11.02.2010
Mitglied	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
-----,,-----	Herr Burkard Albers	
-----,,-----	Herr Joachim Arnold	bis 11.02.2010
-----,,-----	Herr Dr. Hans-Peter Bach	
-----,,-----	Herr Detlev Bendel	ab 18.05.2010
-----,,-----	Herr Dr. Wilhelm Bender	
-----,,-----	Frau Birgit Collin-Langen	
-----,,-----	Herr Markus Frank	bis 11.02.2010
-----,,-----	Herr Berthold R. Gall	ab 11.02.2010
-----,,-----	Herr Stefan Gieltowski	

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2010)		
Mitglied	Herr Klaus Herzog	ab 01.05.2010
-----,,-----	Herr Walter Hoffmann	
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert	ab 26.01.2010
-----,,-----	Herr Michael Korwisi	
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs	
-----,,-----	Herr Wolfgang Marzin	ab 03.12.2010
-----,,-----	Herr Manfred Michel	
-----,,-----	Herr Dr. Helmut Müller	bis 17.05.2010
-----,,-----	Herr Dr. Mathias Müller	ab 07.07.2010
-----,,-----	Herr Uwe Paulsen	
-----,,-----	Herr Dr. Ralf-Rainer Piesold	
-----,,-----	Herr Erich Pipa	
-----,,-----	Herr Dr. Christof Riess	
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch	ab 01.01.2010
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas	
-----,,-----	Herr Horst Schneider	ab 11.02.2010
-----,,-----	Herr Roland Schwing	bis 30.04.2010
-----,,-----	Herr Enno Siehr	bis 31.05.2010
-----,,-----	Herr Michael von Zitzewitz	bis 02.12.2010
-----,,-----	Herr Stephan Wildhirt	bis 25.01.2010
-----,,-----	Herr Matthias Wilkes	
-----,,-----	Herr Thomas Will	ab 01.06.2010

Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung oder andere Bezüge.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Dr. Hartmut Schwesinger

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB
(Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand: 31.12.2010)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Frankfurt am Main	37,50	93.750,00
Hessen Agentur GmbH	10,00	25.000,00
IHK Forum Rhein Main	7,50	18.750,00
Stadt Offenbach am Main	4,00	10.000,00
Stadt Wiesbaden	4,00	10.000,00
Hochtaunuskreis	3,50	8.750,00
Main-Taunus-Kreis	3,50	8.750,00
Main-Kinzig-Kreis	3,50	8.750,00
Kreis Offenbach	3,50	8.750,00
Wetteraukreis	3,50	8.750,00
Kreis Groß-Gerau	2,50	6.250,00
Rheingau-Taunus-Kreis	2,50	6.250,00
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e.V.	2,50	6.250,00
Stadt Darmstadt	2,00	5.000,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1,50	3.750,00

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand 31.12.2010) (Forts.)	Anteil in %	Anteil in €
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	1,00	2.500,00
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	1,00	2.500,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,00	2.500,00
Stadt Rüsselsheim	1,00	2.500,00
Stadt Hanau	1,00	2.500,00
Kreis Darmstadt-Dieburg	1,00	2.500,00
Kreis Limburg-Weilburg	1,00	2.500,00
Kreis Bergstraße	1,00	2.500,00
Handwerkskammer Rhein-Main	0,50	1.250,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Wirtschaftsförderung 10.50.01.68610080 (früher: HHST. 7910.71506)

Buchungsstelle 10.50.01.68610080

	2011	2010	2009
Standortmarketing	140.000	140.000	140.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	322.261	429.659	498.329

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	429.659
Zunahmen	0
Abnahmen	107.398
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	322.261

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter HRB 75141 eingetragen.

Die Gründung der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region fand am 24. März 2005 statt. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte am 01. August 2005 mit einem Budget von T€ 2.250 für das Geschäftsjahr 2005. Für das Geschäftsjahr 2006 betrug das Budget T€ 3.000. Seit dem Geschäftsjahr 2007 beträgt das Budget T€ 4.000. Sitz der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist Frankfurt am Main.

Satzungsmäßiger Gegenstand der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zu dem Portfolio der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Die Aufgaben der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region spiegeln sich u.a. in folgenden Detailaufgaben wieder:

- Standortwerbung im Ausland und Unterstützung der regionalen Institutionen bei der Ansiedlung ausländischer Unternehmen
- Betreuung von Expatriates, Business Communities und ausländischen Unternehmen in der Region in Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungen
- Unterstützung lokaler Wirtschaftsförderungen bei der Ansiedlung von Institutionen und Unternehmen

Die Unternehmensziele sind wie folgt definiert:

- Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Entwicklung von Marketinginstrumenten und –strategien
- Entwicklung der gemeinsamen Marke „FrankfurtRheinMain“
- Vernetzung und Bündelung der Stärken des Wirtschaftsraumes FrankfurtRhein-Main

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die wesentlichen Zielgebiete der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region sind folgende Länder:

- China
- USA
- Indien
- Korea
- Japan
- EU + MOE
- Russland / GUS
- Israel
- Taiwan
- Vietnam
- Asien-Pazifik

Die Länder werden durch drei Projektleiter und jeweils einen entsandten Mitarbeiter in China und USA der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region bearbeitet. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderungen nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Der Landkreis Limburg-Weilburg (1,0%-Anteil) hat Ende 2010 fristgerecht seinen Austritt aus der Gesellschaft zum 31.12.2011 erklärt. Der Rheingau-Taunus-Kreis (2,5%-Anteil) hat mit notarieller Urkunde vom 14.03.2011 seine Anteile an die Gesellschaft übertragen.

National sind vor allem München, sowie Hamburg und Düsseldorf als Konkurrenten zu sehen, international die Regionen um London sowie Paris.

Im Jahr 2010 schaffte die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region über vier Millionen zielgruppenrelevante Medienkontakte. 1,5 Millionen Unternehmensvertreter wurden weltweit mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. Daraus ergaben sich 328 weiterführende Gespräche zu Ansiedlungsmöglichkeiten in der Region und 47 konkrete potentielle Ansiedlungsprojekte. Insgesamt konnten im Jahr 2010 dann 40 Firmen bei der Ansiedlung in die Region FrankfurtRheinMain begleitet werden.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Geschäfts- und Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Gemeinsam mit der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen wurde der ADC Gipfel, die führende Jahresveranstaltung der Kreativwirtschaft mit über 10.000 Besuchern, erstmalig nach Frankfurt geholt und erfolgreich durchgeführt.

Als neues Zielland wurde erstmalig Australien mit Investorenseminaren und Standortwerbeveranstaltungen mit großem Erfolg bearbeitet.

Im Rahmen einer Überarbeitung des allgemeinen Erscheinungsbildes der Gesellschaft wurde das Logo der Gesellschaft abgeändert und vereinheitlicht.

Durch ein im Sommer 2010 vorgestelltes, völlig neuartiges Webportal wird nicht nur in äußerst kreativer Weise für die FrankfurtRheinMain Region geworben, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Web-Agenturen in FrankfurRheinMain unter Beweis gestellt.

Finanzlage

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist ein Unternehmen, das sog. Leistungserstellungszwecken dient. Die Gesellschaft verfügt über ein Stammkapital von T€ 250. Finanzielle Grundlage der Gesellschaft sind Zuzahlungen, die die Gesellschafter nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages jährlich an die Gesellschaft leisten. In dem Geschäftsjahr 2010 betrug die Gesamtsumme, der von den Gesellschaftern zu leistenden Zuzahlungen – bedingt durch den Austritt des Rheingau-Taunus-Kreises -, T€ 3.900. Zusätzlich wurden Umsatzerlöse von rd. T€ 114 generiert. Die Verfügbarkeit der Finanzmittel der Gesellschafter ist in dem Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft festgeschrieben.

Die Zuzahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2010 sind zum 29. Oktober 2010 in voller Höhe geleistet worden.

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, dem Aufsichtsrat bis zum 31. Mai jeden Jahres den Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorzulegen. Die Gesellschafterversammlung genehmigt den Wirtschaftsplan auf Empfehlung des Aufsichtsrates. Dieser Wirtschaftsplan umfasst neben dem Erfolgs- und Finanzplan auch eine fünfjährige Finanz- und Personalplanung. Über den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 hat der Aufsichtsrat am 14. Juni 2010 beraten und der Gesellschafterversammlung empfohlen, ihn zu genehmigen. Die Gesellschafterversammlung hat den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2011 am 14. Juni 2010 genehmigt.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Finanzlage (Fortsetzung)

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2010 bzw. bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Ertragslage

Ihrem Gesellschaftszweck entsprechend erwirtschaftet die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region Erlöse im Wesentlichen durch Beteiligungen Dritter an den Veranstaltungen, Werbeanzeigen in Publikationen der Gesellschaft und der Vermietung der Marketing-Lounge. Im Jahr 2010 wurden Umsatzerlöse in Höhe von T€ 114 erzielt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt T€ -4.521 (Vj. T€ -3.945)

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region geht davon aus, dass sich die Erlöse aus Beteiligungen Dritter und der Vermietung der Marketing Lounge in den nächsten Jahren steigern. Angestrebt wird, dass die Gesellschaft langfristig im Durchschnitt einen höheren Anteil der Kosten und Erlöse decken können.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region beträgt im Geschäftsjahr 2010 T€ 2.019. Das Anlagevermögen beträgt T€ 131. Es ergibt sich eine Sachanlagenintensität von 6,5% (Vj. 4,4%). Das Umlaufvermögen und der Rechnungsabgrenzungsposten beträgt insgesamt T€ 1.888 (Vj. T€ 3.033). Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 81,7%. (Vj. 71,9%). Wesentliche Rückstellungen sind für Urlaubsansprüche in Höhe von T€ 25 gebildet worden.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt positiv zu bewerten. Anzumerken ist, dass die Gesellschaft künftig - nach derzeitiger Planung - nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken kann. Zwar gibt es um Ansiedlungen konkurrierende Standorte, am Standort FrankfurtRheinMain gibt es hingegen keine konkurrierende Unternehmen.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Nachtragsbericht

Vorgänge von wichtiger Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben, haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2010 nicht ergeben.

Der Gesellschafter Rheingau-Taunus-Kreis hat zum 31.12.2009 gekündigt. Eine Übertragung des Geschäftsanteils des Gesellschafters Rheingau-Taunus-Kreis ist zum 14.03.2011 erfolgt.

Risikobericht

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder die Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, werden aus heutiger Sicht nicht gesehen. Es drohen auch keine Rechtsstreite, die eine Gefährdung des Fortbestehens der Gesellschaft nach sich ziehen. Die Finanzierung der Gesellschaft durch alle 23 verbleibenden Gesellschafter ist bis Ende 2011 durch die Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag gesichert. Der Wirtschaftsplan wird durch die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat genehmigt.

Risikomanagementziele und -methoden

Der Gesellschafterversammlung, deren Aufgaben, Pflichten und Befugnisse im Gesellschaftsvertrag geregelt sind, ist innerhalb der Gesellschaft jederzeit der finanzielle Überblick gewährleistet. So wird den Aufsichtsratsmitgliedern quartalsweise ein Update über den Plan/Ist-Vergleich kommuniziert. Eventuelle Abweichungen werden den Gesellschaftern frühzeitig kommuniziert, so dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden können.

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen zum 31. Dezember 2010 die Forderungen, sonstigen Vermögensgegenstände, liquide Mittel sowie die Verbindlichkeiten. Hierbei ist die Gesellschaft im Wesentlichen den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Ausfallrisiken/Preisänderungsrisiken
- Die Werthaltigkeit der Forderungen (vor allem gegen die Gesellschafter) ist grundsätzlich gegeben. Preisänderungsrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.
- Liquiditätsrisiken und Zahlungsstromrisiken liegen zurzeit nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht vor.

Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Prognosebericht

Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ist eine Gesellschaft, die übergeordnete Aufgaben wahrnimmt und somit nicht in Konkurrenz zu anderen Institutionen steht. Des Weiteren gibt es keine andere Gesellschaft in der Region, die eine übergeordnete Rolle wie die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region übernimmt.

Auch für 2011 und 2012 wird ein negatives Geschäftsergebnis erwartet, welches jedoch in der Kosten- und Erlösstruktur der Firma begründet ist.

Der Gesellschaft steht im Jahr 2011 ein Budget von T€ 3.900 zur Verfügung. Der Wirtschaftsplan wurde von den Mitgliedern des Aufsichtsrates bereits im Geschäftsjahr 2010 genehmigt.

Für die Jahre 2011 und 2012 wird erwartet, dass die Zahlungsfähigkeit jederzeit gesichert ist. Neben den vertraglich zugesicherten Zuzahlungen der Gesellschafter ist der Finanzmittelstand auch noch vorhanden und nicht verplant.

Die Chancen für die Entwicklung von Leads bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen sind positiv zu bewerten. Die Region FrankfurtRheinMain d.h. „das Produkt“ der Gesellschaft ist sehr vielseitig und bietet somit den sehr heterogenen Zielgruppen der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region ein breites Spektrum an Möglichkeiten.

Eines der wichtigsten Ziele ist es weiterhin, das Produkt, die Region FrankfurtRheinMain, als einen Begriff zu etablieren, d.h. ihn nicht nur nach außen, gegenüber potentiellen Investoren, sondern auch in die Region hinein zu kommunizieren und zu leben.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit sind durch alle einfließenden Faktoren gewährleistet.

Vor dem Hintergrund der von der Stadt Frankfurt am Main betriebenen Verkürzung der Kündigungsfrist geht die Gesellschaft davon aus, dass es sechs Jahre nach ihrer Gründung Überlegungen gibt, auf Grund der vorliegenden Erfahrungen Anpassungen in der Struktur der Gesellschaft vorzunehmen. Die Existenz der Gesellschaft wird dabei nicht in Frage gestellt. Der Austritt des Rheingau-Taunus-Kreises und des Landkreises Limburg-Weilburg sind insoweit aus heutiger Sicht Sonderfälle.

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

L. Bilanz

Aktiva	2010	2009	Veränderung	2008
	in €	in €	in €	in €
- Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.780	1.744	1.036	3.489
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	8.901	-8.900	3.489
- Bauten auf fremden Grundstücken	115.937	117.409	-1.472	18.611
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	0	106.208
Sachanlagen	115.938	126.310	-10.372	124.819
- Anteile an verbundenen Unternehmen	11.766	11.766	0	0
Finanzanlagen	11.766	11.766	0	0
Anlagevermögen	130.484	139.820	-9.336	128.308
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.729	24.529	-12.801	28.809
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	169	-169	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	90.936	530.246	-439.310	332.665
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102.665	554.945	-452.280	361.474
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.759.298	2.429.548	-670.250	2.472.684
Flüssige Mittel	1.759.298	2.429.548	-670.250	2.472.684
Umlaufvermögen	1.861.963	2.984.493	-1.122.530	2.834.158
Rechnungsabgrenzungsposten	26.170	48.306	-22.137	32.555
	2.018.617	3.172.619	-1.154.002	2.995.021

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

L. Bilanz (Fortsetzung)

Passiva	2010	2009	Verände- rung	2008
	in €	in €	in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	250.000	250.000	0	250.000
- Kapitalrücklagen	21.215.000	17.325.000	3.890.000	13.290.000
- Verlustvortrag	-15.293.172	-11.347.283	-3.945.889	-7.829.169
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-4.521.983	-3.945.889	-576.094	-3.518.114
Eigenkapital	1.649.846	2.281.828	-631.983	2.192.717
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0	360.702	-360.702	229.847
- Sonstige Rückstellungen	46.510	100.429	-53.919	74.128
Rückstellungen	46.510	461.131	-414.621	303.975
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	242.489	231.905	10.583	265.749
- Sonstige Verbindlichkeiten	79.772	197.754	-117.982	232.580
Verbindlichkeiten	322.261	429.659	-107.398	498.329
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	2.018.617	3.172.619	-1.154.002	2.995.021

**Frankfurt Rhein Main GmbH International Marketing of the
Region, Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse Erlöse Projekte und Aktivitäten	114.434	71.278	126.914
Sonstige betriebliche Erträge	81.990	321.542	75.871
	196.424	392.820	202.785
Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.503.349	2.047.975	1.729.597
a) Löhne und Gehälter	1.137.135	1.126.902	1.053.609
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	370.615	516.038	322.414
	1.507.750	1.642.940	1.376.022
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	28.123	26.768	43.844
Sonstige betriebliche Aufwendungen	682.097	629.881	651.342
	710.220	656.649	695.186
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.519	9.535	82.809
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	12	0	2.211
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.521.389	-3.945.210	-3.517.422
sonstige Steuern	594	679	692
Steuern	594	679	692
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-4.521.983	-3.945.889	-3.518.114

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

Der Kreis Offenbach ist seit 1979 und somit seit mehr als 30 Jahren als Gesellschafter an der Messe Offenbach GmbH beteiligt. Die Beteiligung des Kreises Offenbach an der Offenbacher Messegesellschaft mbH, wie die Messe Offenbach GmbH damals noch hieß, erfolgte nicht zuletzt, um seitens der politischen Gremien des Kreises Offenbach ein Zeichen der Verbundenheit mit den Unternehmen der im Landkreis ansässigen Lederwarenbranche zu setzen und so schon zu Zeiten, als der Begriff der Wirtschaftsförderung noch nicht so verbreitet war wie heute, sich für die Gestaltung und den Erhalt wirtschaftlicher Rahmenbedingungen einzusetzen.

Die Bedeutung der traditionell in Stadt und Kreis Offenbach stark vertretenen mittelständisch geprägten Lederwarenindustrie bzw. des Lederwarenhandwerkes mit einer entsprechend hohen Zahl an Betrieben und Arbeitsplätzen hat im Laufe der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte in starkem Maße abgenommen.

Die Messe Offenbach GmbH musste in der zurückliegenden Zeit die traditionell starke Ausrichtung auf die Lederwarenbranche aufgeben und den Standort Offenbach als Messeplatz für andere Branchen, Fachausstellungen und sonstige Veranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet bekannt machen.

Der Messe Offenbach GmbH steht in den kommenden Jahren nach wie vor eine Phase des Umbruchs bevor, die sie vor die schwierige Aufgabe stellt, auch bei einer unter Umständen weiter rückläufigen Zahl von Veranstaltungen der Lederwarenbranche ihre Unternehmensziele erreichen zu können.

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2011 den Verkauf des Gesellschaftsanteiles des Kreises Offenbach in Höhe von nominal € 4.100,- am Stammkapital der Messe Offenbach GmbH beschlossen.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

Anschrift	Kaiserstraße 108-112, 63065 Offenbach
Telefon	069/829755-0
Telefax	069/829755-60
E-Mail	info@messe-offenbach.de
Internet	www.messe-offenbach.de

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	11. März 1950
Stammkapital	410.220,00 €
Gesellschaftsvertrag	<p>Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 28. August 2000.</p> <p>Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. März 1950 geschlossen.</p> <p>Änderungen wurden an folgenden Terminen vorgenommen: 3. Februar 1951, 2. Dezember 1952, 14. Dezember 1956, 27. November 1959, 28. August 1987 in Verbindung mit 30. August 1988, 31. August 1998, 25. Oktober 1999 und 28. August 2000</p>
Handelsregistereintrag	HRB 2206 Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Veranstaltung von Messen, Verkaufs- und anderen Ausstellungen und ähnlichen Ereignissen aller Art sowie der Errichtung und Vermietung aller zum Messeanwesen gehörigen Baulichkeiten und Einrichtungen unter besonderer und vornehmlicher Berücksichtigung von Messen, Verkaufs- und anderen Ausstellungen sowie Ereignissen der deutschen und internationalen Lederwarenindustrie.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates im Berichtsjahr 2010 (Ordentliche Mitglieder)	
Präsident	Herr Horst Schneider
Vizepräsident	Herr Thomas Picard
Mitglieder	Frau Eva Dude
-----,,-----	Herr Dietmar Jost
-----,,-----	Herr Thorsten H. Krause
-----,,-----	Herr Winfried Männche
-----,,-----	Herr Oliver Quilling ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Wolfgang Rupp
-----,,-----	Herr Peter Walter bis 28.02.2010

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Ursula A. Diehl
--------------------------	----------------------

Angaben zum Geschäftsführergehalt unterbleiben gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch).

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

D. Gesellschafter

	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	1,00	4.100,--
Gesamtzahl der Gesellschafter		
Anzahl der Gesellschafter, (Stand 31. Dezember 2010)	48	

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Der Zweck der Gesellschaft ist vorrangig die Förderung der Wirtschaft durch die Veranstaltung von Messen und Ausstellungen, insbesondere der Lederwarenmesse.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	3.132.152	3.699.781	4.332.879

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	3.699.781
Zunahmen	0
Abnahmen	567.629
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	3.132.152

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Wirtschaftlicher Hintergrund

Allgemein

Auch wenn sich in der Wirtschaft weltweit schon zum Jahresende 2009 optimistische Prognosen mehrten, begann das Berichtsjahr gesamtwirtschaftlich gesehen doch unter dem Eindruck einer eher kritisch-vorsichtigen Lageeinschätzung und nach wie vor auch politisch hoher Ungewissheiten. Erst sukzessive begann sich Produktion und Handel – nicht zuletzt dank der zahlreichen staatlichen Konjunkturprogramme – wieder zu erholen.

Messewirtschaft

Das Messejahr 2010 wird in der Messelandschaft als ein Jahr der nur vorsichtigen Erholung von den Einbrüchen des Krisenjahres 2009 angesehen.

Der Branchendachverband AUMA (Ausstellungs- und Messe-Ausschuss) der Deutschen Wirtschaft e. V. spricht mit Blick auf erste Schätzungen von Ausstellerzahlen, belegten Flächen und Besucherzahlen der 159 überregionale Messen, die 2010 in Deutschland stattfanden, von einer „zögernden“ Belebung.

Zwar zeichnet sich bei den Ausstellerzahlen ein leichtes, rund einprozentiges Plus ab, das allerdings das vierprozentige Vorjahresminus nicht kompensieren kann, doch bleiben die Werte bei den vermieteten Flächen (minus 3 Prozent nach minus 6 Prozent in 2009) und den Besucherzahlen (minus 2 Prozent nach minus 8 Prozent im Jahr 2009) weiter rückläufig. Es ist zu vermuten, dass die von den Ausstellern im Vorjahr angesichts der Krise gefassten Sparbeschlüsse und Budgetanpassungen sich weit in das Berichtsjahr hinein ausgewirkt haben und wahrscheinlich auch noch darüber hinaus auswirken werden.

Key-Branche Lederwaren

Im Berichtsjahr erwies sich die Branchenkonjunktur für die unter dem Begriff Lederwaren subsumierten Artikel als erfreulich stabil bzw. rasch regenerierend.

Der Verband der Lederwarenhersteller (BVLK) konnte bereits zur Jahresmitte insbesondere beim Export eine deutliche Erholungstendenz vermelden und im Inland boomte eher unerwartet der Konsum. Angesichts drei- bis fünfprozentiger Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahr zeigte sich der Fachhandel in der zweiten Jahreshälfte ausgesprochen optimistisch und einkaufsoffen.

Als Wermutstropfen ist zu vermerken, dass aufgrund gestiegener Rohstoffpreise und Anziehen der Produktionskosten in den asiatischen Lieferländern mögliche Preissteigerungen bereits 2010 ein Thema waren.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Messe Offenbach

Das Kerngeschäft der Messe Offenbach GmbH besteht in der Veranstaltung von Lederwarenmessen, die am Standort Offenbach durchgeführt werden. Darüber hinaus vermietet die Gesellschaft einen Teil der Hallen – in aller Regel den Erdgeschossbereich – an Gastveranstalter und bietet diesen auch die für Ihre Veranstaltungen messtypischen Serviceleistungen an. Beide Geschäftsbereiche konnten im Berichtsjahr trotz des Wegfalls einiger Events gute, das Kerngeschäft der I.L.M Offenbach sogar sehr gute Resultate erbringen, die die Erwartungen überstiegen haben.

Dass die Messegeschäfte insgesamt mit Umsatzerlösen von 3,992 Mio. € gegenüber 4,254 Mio. € im Vorjahr dennoch um rund 6 Prozent rückläufig verliefen erklärt sich in erster Linie durch die Aufgabe der beiden zusätzlichen Veranstaltungen im Lederwarenbereich, die 2008 und 2009 als Flashorder-Termine im Januar und Juni ergänzend zu den großen Lederwarenmessen stattfanden.

Zum Kerngeschäft der Internationalen Lederwaren Messen

Nachfrage steigend: I.L.M – Internationale Lederwaren Messe Offenbach nutzt letzte Platzreserven

Anders als eingangs beschrieben, blieb der Messe Offenbach erfreulicherweise das vom AUMA prognostizierte Szenario rückläufiger vermieteter Flächen oder anhaltend schwächelnder Aussteller- und Besucherzahlen erspart. Im Gegenteil: die Internationale Lederwaren Messe I.L.M Winter Styles (19. – 21. März) und I.L.M Summer Styles (25. – 28. September) profitierten von einer stabilen bis steigenden Nachfrage und konnten 2010 zu allen drei maßgeblichen Kenngrößen der Messe-Performance – Ausstellierzahlen, belegte Fläche und Besucherfrequenz – leichte bis größere Zuwächse vermelden. Die hohe Nachfrage nach Flächen sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Fluktuation zu den I.L.Ms erheblich gestiegen ist.

Gastgeschäft unterm Strich besser als im Vorjahr

Neben den beiden Internationalen Lederwaren Messen fanden 2010 in den Hallen der Messe Offenbach vier Gastmessen (KART, Baummesse, Hundemesse, Jobbörse) sowie verschiedene Firmenveranstaltungen statt. Auf das Geschäftsfeld der sonstigen Messen und Events entfiel 2010 mit 203 T€ rund 5 % des Gesamtumsatzes (Vorjahr: 232 T€). Ausschlaggebend für den Umsatzrückgang von 12 Prozent ist das im Berichtsjahr nicht nochmals aufgestellte Maroc Forum, dessen Durchführung mit erheblichen Nebenkosten verbunden war.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Messe Offenbach (Fortsetzung)

Gastgeschäft unterm Strich besser als im Vorjahr (Fortsetzung)

Hier konnten im Vergleich zu 2009 insgesamt gut 60 T€ eingespart werden, so dass der Nettoerlös des Gastgeschäftes 2010 den des Vorjahres um 40 T€ (+ 34 Prozent) übertraf.

Durchführung nötiger Instandhaltungsmaßnahmen

Wie schon im Vorjahr konzentrierten sich die Aktivitäten im Facilitybereich neben den üblichen Wartungs- und Instandhaltungspositionen um den laufenden Abbau von TÜV- und Brandschutzauflagen.

Investition in den Bau des neuen Parkplatzes am NORDRING

Der 2009 projektierte Parkplatz Nordring wurde im Berichtsjahr fertig gestellt und war planmäßig zur I.L.M Summer Styles im Betrieb. Durch eine Reihe von Zusatzaufgaben haben sich Bauzeit und Kosten erhöht. Das Investment der Messe liegt einschließlich der Einbauten (Schranken, Pfortnercontainer, Wartehäuschen, Beleuchtungsanlage) bei rund 406 T€.

Personal

Im Geschäftsjahr 2010 beschäftigte die Messe Offenbach durchschnittlich 7 fest angestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, 2 davon in Teilzeit, sowie kurzfristig eine Praktikantin.

Ergänzend zu dieser kleinen, hocheffektiven Kernmannschaft sind zu den Veranstaltungen messe-seits eingesetzte Aushilfskräfte sowie Personal betreuender Servicefirmen (Securityleute, Reinigungspersonal, Caterer etc.) im Einsatz.

3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Wirtschafts- und Branchenrisiken

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung stellt für das Messegeschäft stets eine schwer kalkulierbare Größe dar. Wirtschaftliche wie politische Veränderungen – ob weltweit, ob in Europa, in Deutschland oder auch nur in der Region – können maßgeblich Einfluss nehmen auf die Beschaffungs- wie Absatzmärkte der Kernprodukte des Messeangebotes. Diese Risiken sind messeimmanent, relativieren sich jedoch zugleich durch die in aller Regel größere Zahl unterschiedlicher Aussteller aus unterschiedlichen Ländern und ebensolchen Besucherstrukturen.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

3. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Wirtschafts- und Branchenrisiken (Fortsetzung)

Entsprechend sind alle Planungen mit Unsicherheiten behaftet. Die Messe Offenbach ist deshalb bemüht, ihre Aussteller und Besucher-Kunden möglichst langfristig an den Standort zu binden und durch steten Kontakt zum Markt frühzeitig über Veränderungen und strukturelle Trends informiert zu sein, um ggf. steuernd eingreifen zu können.

Veranstaltungsrisiken

Kerngeschäft

Die Messe Offenbach, die systematisch wie auch baulich als Messeplatz für die Lederwarenbranche konzipiert ist, hängt hochgradig von der Wirtschaftskraft und Marktposition dieser Branche ab. Das macht sie zwangsläufig anfällig – auch in guten Zeiten wenn es wie zurzeit Probleme gibt, Teilnahmewünsche zu erfüllen, weil entweder gar kein Platz mehr verfügbar ist oder aber nicht in den gewünschten Hallenbereichen. Das heißt trotz Nachfrage kann die Messe im Kerngeschäft den Umsatz nicht steigern, weil keine geeigneten Raumreserven mehr vorhanden sind. Es ist davon auszugehen, dass sich hieran vorerst nichts ändern wird.

Sonstiges Messe- und Veranstaltungsgeschäft

Gastveranstaltern steht in der Regel die komplette A-Ebene mit bis zu gut 6500 Brutto-m² Ausstellungsfläche für ihre Messepräsentationen zur Verfügung. Darüber hinaus gehende Flächenbelegungen in den oberen Etagen werden logistisch problematisch und treffen ökonomisch das Kerngeschäft. Hier kann es zu Dilemma-Situationen kommen.

Grundsätzlich sieht sich die Messe Offenbach beim Gastgeschäft einem harten Wettbewerb nicht nur mit anderen Messeplätzen, sondern auch mit Stadthallen und sonstigen Eventlocations ausgesetzt.

4. Ausblick

Für 2011 und 2012 rechnet die Messe Offenbach damit, das Kerngeschäft tendenziell auf dem Niveau von 2010 halten zu können und mit leicht belebtem Gastgeschäft zusammen um 4 Mio. € Umsatz zu erreichen, was eine solide Ertrags- und Finanzlage gewährleistet.

Dies geschieht vor dem Hintergrund insgesamt positiver wirtschaftlicher Prognosen. Die Ergebnisse des kürzlich veröffentlichten Ifo-Geschäftsklimaindexes deuten darauf hin, dass sich die konjunkturelle Erholung im Euroraum in 2011 und darüber hinaus fortsetzen wird – wenn auch in geringerem Tempo als bisher.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

4. Ausblick (Fortsetzung)

Ertragszuwächse werden im Kerngeschäft allerdings nicht erwartet, da hier die vermietbaren Flächen zur I.L.M nicht mehr vermehrbar und Preiserhöhungen kaum durchsetzbar sein dürften. Beim Gastgeschäft wird angesichts der positiven Einschätzungen für Messen und einer Reihe neuer Kontakte und Optionen generell etwas mehr Dynamik erwartet. Denn was das Messengeschäft als solches anbetrifft stehen die Zeichen auf Grün.

Kontraproduktiv für eine erfolgreiche Kontinuität der I.L.M kann sich die Anberaumung neuer Messetermine erweisen, wenn diese nicht punktgenau trifft. Die Diskussion um die Termine ist für 2012 wieder zu erwarten. Es ist bekannt, dass in der Ausstellerschaft die Ansichten über die „richtigen“ Messetermine stark divergieren und auch die Einkäufer diesbezüglich ihre eigenen Vorstellungen haben. Das mit der Festlegung fraglicher Veranstaltungstermine verbundene Risiko für die Messe wird nicht unterschätzt.

5. Nachtragsbericht

Zwischen Bilanzstichtag und Aufstellungstag des Jahresabschlusses bzw. Lageberichtes gab es keine Ereignisse, die wesentlichen Einfluss auf die Geschäftslage gehabt haben.

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Aktiva	in €	in €	in €	in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5	0	5
Sachanlagen				
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	6.352.164	6.426.918	-74.754	6.906.781
- Technische Anlagen und Maschinen	72.640	90.210	-17.570	105.899
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	46.777	49.444	-2.667	20.283
- Anlagen im Bau	0	12.500	-12.500	0
Anlagevermögen	6.471.586	6.579.076	-107.491	7.032.968
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	87.437	234.830	-147.393	238.134
- Sonstige Vermögensgegenstände	108.806	207.742	-98.936	143.214
- Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	196.243	442.572	-246.329	381.349
Wertpapiere				
- Eigene Anteile	0	207.340	-207.340	203.530
Kassenbestand, Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	2.405.442	2.093.764	311.678	2.007.057
Umlaufvermögen	2.601.685	2.743.676	-141.992	2.591.936
Rechnungsabgrenzungsposten	10.397	18.277	-7.880	29.957
	9.083.667	9.341.030	-257.362	9.654.861

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	2009	Verände-	2008
			rung	
Passiva	in €	in €	in €	in €
Gezeichnetes Kapital	410.220	410.220	0	410.220
Eigene Anteile	-209.290	0	-209.290	0
Eingefordertes Kapital	200.930	410.220	-209.290	410.220
Rücklage wegen eigener Anteile	209.290	0	209.290	0
Gewinnrücklagen				
- Rücklage für eigene Anteile	0	207.340	-207.340	203.530
- Satzungsmäßige Rücklagen	40.903	40.903	0	40.903
- Andere Rücklagen	5.390.000	4.345.000	1.045.000	3.665.000
Bilanzgewinn	14.508	18.785	-4.277	13.010
Eigenkapital	5.022.248	4.332.664	689.585	3.469.107
- Steuerrückstellungen	0	0	0	172.418
- Sonstige Rückstellungen	42.519	619.000	-576.481	816.900
Rückstellungen	42.519	619.000	-576.481	989.318
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.532.395	3.042.320	-509.926	3.533.789
- erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	391	-391	91.193
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.496	59.569	-29.073	106.525
- Sonstige Verbindlichkeiten	569.261	597.501	-28.240	601.373
Verbindlichkeiten	3.132.152	3.699.781	-567.629	4.332.879
Rechnungsabgrenzungsposten	53.365	0	53.365	0
	9.083.667	9.341.030	-257.362	9.654.861

Messe Offenbach GmbH, Offenbach am Main

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	3.992.200	4.254.023	4.587.877
Sonstige betriebliche Erträge	65.140	143.590	135.804
	4.057.340	4.397.614	4.723.681
Messeaufwand	1.174.672	1.398.268	1.395.496
Personalaufwand			
- Gehälter	381.514	338.920	369.652
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	93.180	84.344	90.505
	474.695	423.263	460.156
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	522.438	518.786	505.269
Sonstige betriebliche Aufwendungen	946.543	948.321	920.370
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.785	28.110	34.110
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	142.394	167.767	194.426
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	810.382	969.317	1.282.073
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	237.882	244.905	359.059
Sonstige Steuern	34.827	34.827	34.827
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	537.673	689.585	888.187
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	18.785	13.010	-9.806
Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus der Rücklage für eigene Anteile	0	0	24.630
Einstellungen in Gewinnrücklagen	540.000	683.810	890.000
Einstellung in die Rücklage wegen eigener Anteile	1.950	0	0
Bilanzgewinn	14.508	18.785	13.010

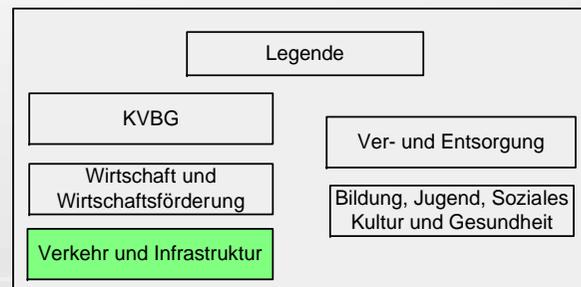
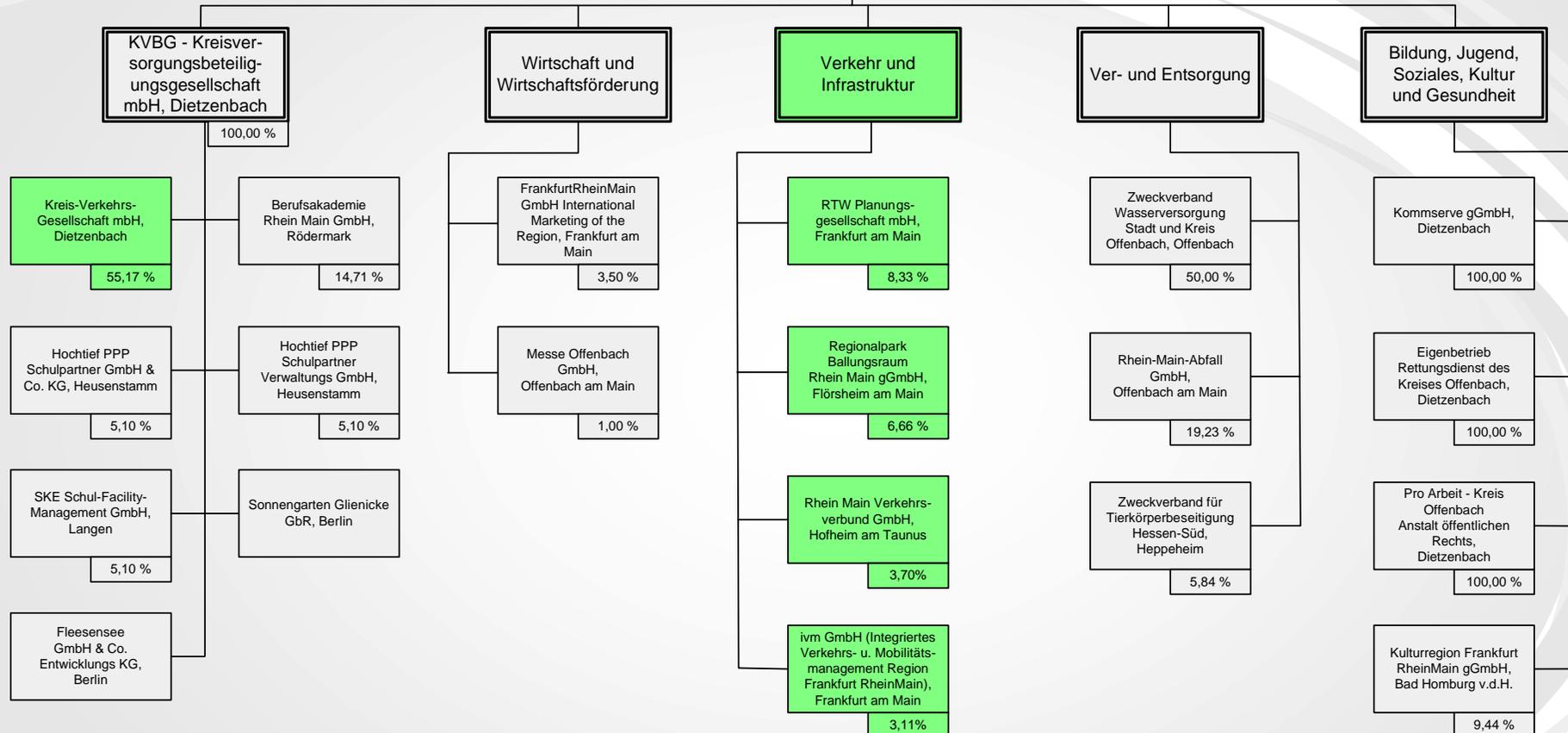
Verkehr und Infrastruktur

**Stand:
31.12.2010**

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

**Beteiligungen
- Verkehr und Infrastruktur -**

Kreis Offenbach



**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

Anschrift	Stiftstraße 9 -17, 60313 Frankfurt am Main
Telefon	069/212-27231
Telefax	069/212-27250
E-Mail	kontakt@RTW-Planung.info
Internet	www.RTW-Planung.info

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	27.11.2008
Stammkapital	30.000,00 €
Gesellschaftervertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. November 2008
Handelsregistereintrag	HRB 84848 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen,
- Steuerung der Planungsleistungen,
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger,

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zu Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen sowie Interessengemeinschaften eingehen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

**Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010
(Stand : 31.12.2010)**

Vorsitzender	Herr Lutz Sikorski, verstorben am 05.01.2011
Stellv. Vorsitzender	Herr Dipl.-Ing. Volker Sparmann
Mitglied	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Dipl.-Ing. Knut Ringat
-----,,-----	Herr Edwin Schwarz

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst
-----,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB zu Recht unterlassen.

Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	33,33 %	10.000,00 €
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	33,33 %	10.000,00 €
Hochtaunuskreis	8,33 %	2.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	8,33 %	2.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d. Höhe	8,33 %	2.500,00 €

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	1.257.145	654.881	126.791

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres	654.881
Zunahmen	602.264
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31.Dezember)	1.257.145

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gesellschafter der RTW Planungsgesellschaft mbH sind die Stadt Frankfurt, der Rhein-Main-Verkehrsverbund, die Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Offenbach und die Stadt Bad Homburg vor der Höhe.

Geschäftsführer der RTW GmbH sind Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi und Herr Dipl.-Wirtschaftsing. Peter Forst. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde am 27.11.2008 Herr Stadtrat Lutz Sikorski (am 05.01.2011 verstorben) gewählt.

Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der RTW enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei das Land Hessen einen erhöhten Umlagenanteil leistet. Das Land Hessen beteiligt sich mit 3 Millionen € an der Finanzierung der RTW. Das Gesamtbudget der RTW für die Zeit bis zum 31.12.2011 (Lebensdauer des Unternehmens) beträgt 5,78 Mio. €.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“. Darunter werden folgende Aufgaben verstanden:

- Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen
- Steuerung von Planungsleistungen
- Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger
- Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger

Die RTW hat sieben Personalstellen, von denen am 31.12.2010 vier Stellen durch Personen mit einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis, eine Stelle in Teilzeitbeschäftigung und die Geschäftsführerstelle in Vollzeit besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RTW Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010

Im Jahr 2010 wurden folgende Projekte aufgelegt.

- P 1-09 Komplexitätsanalyse
- P 2-09 Umfeldverträglichkeit und Planungsgrundlagen
- P 6-09 Untersuchungen zu Fahrzeugen und Betrieb
- P 7-09 Raumentwicklung, Nachfrage und Einbeziehung zukünftiger Entwicklungen
- P 8-09 Wirtschaftlichkeitsanalyse
- P 9-09 Grundlagenermittlung und Vorplanung RTW
- P10-09 Unterstützung zur Umsetzung P-09

Projekte 2011 (Vorschau)

Das Projekt P-09 Grundlagenermittlung und Vorplanung der RTW wird auch in 2011 fortgeführt. Ziel ist, die Vorzugstrasse abschließend zu definieren und damit die Grundlage für die Kalkulation des Aufwandes und des Ertrags zu schaffen. Die Arbeiten der PG RTW sind vertragsgemäß zum 30.06.2011 abzuschließen.

Das Projekt P10-11 Gutachten/Beratung zur Entwicklung des weiteren Planungsablaufs soll sicherstellen, dass eine Weiterführung des Projektes über den 31.12.2011 hinaus bei positiver Beschlussfassung durch die Gremien der Gesellschafter nahtlos möglich ist. Dies ist insofern von Bedeutung, als die Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) / Entflechtungsgesetz ab 2014 eingeschränkt und ab 2019 nicht mehr zur Verfügung stehen sollen. Das Projekt dient der Beschleunigung des weiteren Projektablaufs.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.12.2010, auf Empfehlung des Aufsichtsrates, folgende weiteren Projekte, ohne Ausweitung der Mittel des Wirtschaftsplans, beschlossen:

- Durchführung einer neuen Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) für die RTW und einer Folgekostenrechnung auf Grundlage dieser NKU für das Prognosejahr 2019,
- Fortführung des Projektes P 7-09 Raumentwicklung, Nachfrage und Einbeziehung zukünftiger Entwicklungen aus dem Jahr 2010
- Sensitivitätsuntersuchung der Ortsumfahrung Niederursel zur möglichen Modifikation der Vorzugstrasse.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Ausblick auf die künftige Entwicklung

Die Lebensdauer der Gesellschaft endet am 31.12.2011

Die Geschäftsführung hat für die Folgejahre 2012 bis 2014 dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung am 21.12.2010 eine Prognose der möglichen Aufwendungen vorgelegt, um die haushaltsmäßige Beordnung für die Folgejahre sicherzustellen, falls die Regionaltangente West umgesetzt werden soll. Ein positiver Beschluss zur Regionaltangente West würde ermöglichen, dass die Gesellschaft nach entsprechender Anpassung des Gesellschaftszwecks und der Lebensdauer das Projekt nahtlos fortsetzen kann.

Die RTW GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit des Landes Hessen und einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von wesentlichen Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die künftige Entwicklung gesehen.

Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2010	2009	Veränderung in €	2008 *
Aktiva				
Forderungen gegen Gesellschafter	40.196	0	40.196	0
Sonstige Vermögensgegenstände	24.600	141.828	-117.228	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64.795	141.828	-77.032	0
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.228.114	544.244	683.870	155.762
Umlaufvermögen	1.292.909	686.072	606.838	155.762
	1.292.909	686.072	606.838	155.762
Passiva				
Gezeichnetes Kapital	30.000	30.000	0	30.000
Verlustvortrag	-7.556	-7.556	0	0
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0	-7.556
Eigenkapital	22.444	22.444	0	22.444
Sonstige Rückstellungen	13.320	8.747	4.574	6.527
Rückstellungen	13.320	8.747	4.574	6.527
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	940.938	67.044	873.894	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	305.876	587.437	-281.561	125.750
Sonstige Verbindlichkeiten	10.331	400	9.931	1.041
Verbindlichkeiten	1.257.145	654.881	602.264	126.791
	1.292.909	686.072	606.838	155.762

* = Der Zeitraum vom 27.11.08. – 31.12.08 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH),
Frankfurt am Main**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	2009	2008 *
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter	1.622.399	130.349	0
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	1.750.790	140.664	0
Sonstige betriebliche Erträge	7.371	0	0
Materialaufwand, Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.155.424	149.214	0
Löhne und Gehälter	101.933	24.455	816
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.254	7.199	286
Personalaufwand	115.187	31.654	1.102
Sonstige betriebliche Aufwendungen	113.293	94.558	6.489
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.343	4.413	35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	-7.556
Jahresfehlbetrag-/überschuss	0	0	-7.556

* = Der Zeitraum vom 27.11. – 31.12.08 war ein Rumpfgeschäftsjahr.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Die Gesellschaft mit Sitz in Flörsheim am Main wurde am 15. Juli 2003 mit einem Stammkapital in Höhe von 37.500,-- € gegründet. Gesellschafter waren bei Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung neben dem Kreis Offenbach der Hochtaunus- und der Main-Taunus-Kreis. Die Gesellschafter waren mit je einem Drittel (= 12.500,-- €) an der Gesellschaft beteiligt.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) hatte der Hessische Landtag regionale Aufgaben neu strukturiert. Im Zuge der Neustrukturierung wurden früher vom Umlandverband Frankfurt wahrgenommene regionale Aufgaben, unter anderem die Planung, Errichtung und Erhaltung des Regionalparks Rhein-Main, übergangsweise (bis 31.12.2002) auf den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband Frankfurt/Rhein/Main) und den Rat der Region übertragen, bis diese von Städten, Gemeinden und Landkreisen in frei gewählter Organisationsform übernommen werden.

Innerhalb dieses neu abgesteckten rechtlichen Rahmens haben die Landkreise/die Städte zur Sicherung und Fortführung des Regionalpark-Gedankens und bereits begonnener Regionalpark-Projekte eine gemeinsame gemeinnützige Gesellschaft in Form einer GmbH gegründet. Grundgedanke der Gesellschaft war zum Zeitpunkt der Gründung, weitere geeignete Körperschaften mit gleichen Rechten und Pflichten aufzunehmen, damit die Trägerschaft für den Regionalpark Rhein-Main auf eine breite Basis gestellt wird.

Am 29. November 2006 beschloss die Gesellschafterversammlung die Änderung des Gesellschaftsvertrages und Erweiterung der bestehenden Dachgesellschaft. Wesentliche Änderungen der Neufassung des Gesellschaftsvertrages waren

- die Erhöhung des Stammkapitales der Gesellschaft von € 162.500,-- um € 12.500,-- auf € 175.000,--.
- die Aufnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesellschaftern mit einer Teilstammeinlage von je € 12.500,--.

Nach der Erweiterung der Gesellschaft im Jahre 2006 durch den Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden trat zuletzt am 21.05.2008 der Rheingau-Taunus-Kreis der Gesellschaft bei.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

Anschrift	Besucherzentrum Frankfurter Straße 76, 65439 Flörsheim-Weilbach
Telefon	06145/93381-11
Telefax	06145/93381-20
E-Mail	information@regionalpark-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	15. Juli 2003
Stammkapital	187.500,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 15. Juli 2003, geändert am 20. Juli 2005, am 29. November 2006 sowie am 21.05.2008
Handelsregistereintrag	HRB 20927 beim Amtsgericht Wiesbaden

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO (§ 2 Abs. 1 der Satzung).

Zweck der Gesellschaft ist die Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dem Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) sowie dem Land Hessen, die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere wie folgt verwirklicht:

- a) Die Gesellschaft fördert das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger von Regionalprojekten und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken. Die Förderung des Regionalparks umfasst darüber hinaus
- die Entwicklung eines Corporate Design,
 - die Erarbeitung, laufende Kontrolle und Fortschreibung und Pflegestandards,
 - die Gewährleistung einer einheitlichen Beschilderung,
 - die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen regionalparkbezogenen Öffentlichkeitsarbeit
 - die Vorbereitung und Betreuung regionalparkbezogener Veranstaltungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Trägern von Regionalparkprojekten.
- b) Die Gesellschaft koordiniert und steuert die Projekte zum Ausbau des Regionalparks Rhein-Main im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und definiert die Standards für die Gestaltung des Regionalparks. Die Koordination und Steuerung erfolgt durch die Beschaffung von Finanzmitteln und deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, andere gemeinnützige Träger und Körperschaften des öffentlichen Rechts ausschließlich zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken, um so die in Absatz 2 genannten gemeinnützigen Ziele zu erreichen. Die Planung erfolgt in Abstimmung mit der Landschaftsplanung bzw. der Flächennutzungsplanung / Regionalen Flächennutzungsplanung des Planungsverbands Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (jetzt Regionalverband FrankfurtRheinMain) bzw. den Kommunen. Insbesondere ist die Planung des Regionalparks mit der Ausgleichsflächenkonzeption dieser Pläne abzustimmen.
- c) Die Gesellschaft kann sich, um die oben genannten Aufgaben zu erfüllen, an gemeinnützigen Regionalparkgesellschaften beteiligen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es darf niemand durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

**Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010
(Stand: 31.12.2010)**

Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Stellv. Vorsitzender	Herr Thomas Will
Mitglied	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Günter Frenz
-----,,-----	Herr Jürgen Hielscher
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert
-----,,-----	Frau Silke Klinger
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Werner Müller
-----,,-----	Herr Karl Ottes
-----,,-----	Herr Prof. Dr. Joachim Pös
-----,,-----	Frau Dr. Manuela Rottmann
-----,,-----	Herr Horst Schneider
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr. Lorenz Rautenstrauch
	Herr Leo Fercher

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt T€ 54. Der Aufsichtsrat bezieht keine Vergütung.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	6,66 %	12.500,00 €
Hochtaunuskreis	6,66 %	12.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Kreis Groß-Gerau	6,66 %	12.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Wetteraukreis	6,66 %	12.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Hanau	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	6,66 %	12.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	6,66 %	12.500,00 €
Landeshauptstadt Wiesbaden	6,66 %	12.500,00 €
Regionalverband FrankfurtRheinMain	6,66 %	12.500,00 €
Land Hessen	6,66 %	12.500,00 €

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Planung, Errichtung und Unterhaltung des Regionalparks Rhein-Main, § 1 Abs. 1 Nr. 7 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71260080 (früher : HHST. 7910.71301)

Buchungsstelle 10.50.02.71260010

	2011	2010	2009
Förderung von Regionalprojekten	75.000	75.000	75.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	252.954	120.530	135.406

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	120.530
Zunahmen	132.424
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	252.954

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH, Flörsheim am Main

K. Lagebericht 2010

A. Wirtschaftsbericht

I. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses 2010

Gesellschaftsvertraglich festgelegter Zweck unserer Gesellschaft ist in Zusammenarbeit mit den Städten, Gemeinden, den Landkreisen, dem Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main sowie dem Land Hessen die Förderung des Projekts „Regionalpark Rhein-Main“. Das Projekt dient den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Die Tätigkeiten der Gesellschaft sind gemeinnützig, eigenwirtschaftliche Zwecke werden nicht verfolgt. Umsätze werden gewöhnlich nicht erzielt. Die Einnahmen erfolgen überwiegend aus Zuschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften und zu einem Teil aus Spenden privater Unternehmen.

Auf Grund dieser Tatsache beeinflussen welt- und binnenwirtschaftliche Vorgaben unsere Unternehmenstätigkeit und damit unseren Unternehmenserfolg nur in eingeschränktem Umfange.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 14,7% von T€ 170 auf jetzt T€ 145 gefallen. Das ist zum einen auf geringere Zuschüsse (./.T€ 32) zurückzuführen. So gewährte die EU im Vorjahr einen einmaligen projektbezogenen Zuschuss von rd. T€ 25.

Aber auch die Zinserträge fielen um T€ 32 niedriger aus als im Vorjahr, was auf das allgemeine rückläufige und sehr niedrige Zinsniveau zurückzuführen ist.

Gleichzeitig haben wir geringere Ausgaben für die Projektförderung (./. T€ 117) gehabt. Die projektbezogenen Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (T€ 4). Hier sind vor allem die erstmalige Investition in Sitzkiesel (T€ 68) hervorzuheben.

Es sind weitere Fördermittel in Höhe von T€ 1.600 bereits zugesagt aber noch nicht abgeflossen. Darüber hinaus haben wir in 2011 bislang T€ 310 in Sachanlagen investiert.

II. Lage des Unternehmens

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage unserer Gesellschaft stellt sich weiterhin sehr positiv dar. Unsere liquiden Mittel sind trotz der leicht rückläufigen Einnahmen und der hohen Ausgaben für die Projektförderung um T€ 547 auf jetzt T€ 2.943 angestiegen. Das hängt vor allem damit zusammen, dass unser Forderungsbestand um T€ 370 abgebaut werden konnte.

Die vorhandenen finanziellen Cashmittel decken die bereits zugesagten Fördermittel für Projekte in 2011 in Höhe von T€ 1.600. Außerdem können weitere Projekte gefördert

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

1. Vermögenslage (Fortsetzung)

werden, weshalb die liquiden Mittel ausreichen, um unseren Gesellschaftszweck nachhaltig verwirklichen zu können.

Das Eigenkapital und damit auch das langfristige Kapital beträgt T€ 3.139 und macht 92,1% des Gesamtkapitals unserer Gesellschaft aus. Das kurzfristige Fremdkapital liegt bei T€ 270 (7,9% des Gesamtkapitals).

2. Finanzlage

Die Finanzlage unseres Unternehmens hat sich trotz des leichten Rückganges des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Sie ist als gut zu bezeichnen.

Der „Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit“ hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 832 auf jetzt positiv T€ 690 verbessert. Das hängt vor allem mit dem cashmäßig realisierten Forderungsbestand aus dem Vorjahr und dem geringeren Forderungsabbau im laufenden Geschäftsjahr zusammen (T€ 369). Gleichzeitig wurden unsere Verbindlichkeiten erweitert was zu einer cashmäßigen Verbesserung von T€ 132 führte.

Der „Cashflow aus Investitionstätigkeit“ ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Hier gingen Cashmittel von T€ 143 (Vorjahr T€ 139) ab.

So beträgt der Finanzmittelbestand zum Geschäftsjahresende (= liquide Mittel) T€ 2.943. Er hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 547 verbessert.

Die liquiden Mittel werden angesammelt, um die verschiedenen Regionalparkprojekte zu fördern. Unser Ziel ist und bleibt es, auch in Zukunft keine Fremdmittel zu Projektförderungen in Anspruch nehmen zu müssen.

3. Ertragslage

Durch die Zuschüsse unserer Gesellschafter und von dritter privater Seite konnten wir betriebliche Erträge in Höhe von T€ 2.073 (Betriebsleistung) erwirtschaften. Von diesen Mitteln haben wir einen Betrag von T€ 1.446 bzw. 69,8% der Betriebsleistung im Geschäftsjahr 2010 für die Projektförderung verwendet.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

II. Lage des Unternehmens (Fortsetzung)

1. Ertragslage (Fortsetzung)

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei T€ 510 (24,9% der Betriebsleistung), wovon T€ 362 auf Personalkosten und T€ 1075 auf sonstige betriebliche Aufwendungen entfallen. Damit erzielten wir ein Betriebsergebnis von T€ 117, welches um T€ 7 über dem des Vorjahres liegt.

Die Verzinsung unserer flüssigen Mittel erbrachte ein Finanzergebnis von T€ 28 und liegen damit deutlich unter dem Vorjahresergebnis von T€ 60. Der überschlägige mittlere Zinssatz für unsere liquiden Mittel liegt damit bei 1,1% (Vorjahr 2,4%), was dem allgemeinen Zinsniveau in 2010 entspricht.

Wegen des schlechteren Finanzergebnisses, das durch das nur geringfügig verbesserte Betriebsergebnis nicht aufgefangen werden konnte, verminderte sich der Jahresüberschuss um T€ 25 und liegt bei T€ 145 bzw. 7,0% der Betriebsleistung (Vorjahr T€ 170 bzw. 8,1% der Betriebsleistung).

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres vor.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

I. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Es sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik zu erwarten.

Durch den Umzug im März 2011 in das Regionalparkportal Weilbacher Kiesgruben haben sich unsere organisatorischen und technischen Arbeitsmöglichkeiten wesentlich verbessert. Das Besucherzentrum und die Ausstellung „Landschaft auf den zweiten Blick“ finden reges Interesse der Besucher.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

II. Risikobericht

1. Allgemeiner Risikobericht

Da wir nicht am Markt tätig werden, sind wir keinen Konjunktur- oder Währungsrisiken ausgesetzt.

Unsere Gesellschafter sind durch die Satzung verpflichtet, uns jährlich gesellschaftsrechtliche Zuschüsse von rd. T€ 1.125 zu gewähren, so dass unsere Liquiditätslage auch weiterhin abgesichert ist.

2. Spezieller Risikobericht

Wie unter A. II. 2. zur Finanzlage unserer Gesellschaft ausgeführt, ist unsere Liquiditätslage als gut zu bezeichnen. Finanzielle Engpässe sind durch die Zuschussverpflichtung der Gesellschafter ausgeschlossen. Zu unseren Finanzinstrumenten zählen in erster Linie unsere Guthaben bei Kreditinstituten.

Ein Liquiditätsrisiko wird dadurch minimiert, dass wir Fördermittel nur dann zusagen, wenn diese von uns auch gezahlt werden können. Förderzusagen, die unseren finanziellen Rahmen übersteigen, werden nicht gegeben. Zur Sicherstellung dieser Geschäftsprämisse dienen der Wirtschaftsplan und die laufende Liquiditätsüberwachung durch unsere Geschäftsführung.

III. Prognosebericht

Auf Grund der im Risikobericht dargelegten Finanzsituation erwarten wir auch für 2011 und 2012 eine positive Entwicklung unseres gemeinnützigen Unternehmens.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen und entsprechend unserem Satzungsprojekt das Projekt „Regionalpark Rhein-Main“ zu fördern.

Die Geschäftsführung dankt den Gesellschaftern und den Mitgliedern des Aufsichtsrates für die konstruktive Zusammenarbeit.

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

L. Bilanz

	2010	2009	Veränderung	2008
	In €	in €	in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.845	2.731	1.114	0
- Außenanlagen	330.456	0	330.456	0
- Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.869	23.364	-4.495	19.620
- Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	70.693	295.718	-225.024	171.526
Sachanlagevermögen	420.018	319.082	100.937	191.146
Anlagevermögen	423.863	321.813	102.051	191.146
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	668	0	668	0
Sonstige Vermögensgegenstände	34.935	404.844	-369.909	97.362
Guthaben bei Kreditinstituten	2.943.423	2.396.299	547.123	2.676.920
Umlaufvermögen	2.979.026	2.801.143	177.882	2.774.282
Rechnungsabgrenzungsposten	6.125	2.970	3.155	3.124
	3.409.014	3.125.926	283.088	2.968.552
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	187.500	187.500	0	175.000
- Gewinnvortrag	2.806.763	2.636.900	169.863	2.013.370
- Jahresüberschuss	145.039	169.863	-24.824	623.530
Eigenkapital	3.139.302	2.994.263	145.039	2.824.400
- Sonstige Rückstellungen	16.758	11.133	5.625	8.746
Rückstellungen	16.758	11.133	5.625	8.746
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	64.137	85.330	-21.193	130.467
- Sonstige Verbindlichkeiten	188.817	35.200	153.617	4.940
Verbindlichkeiten	252.954	120.530	132.424	135.406
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	3.409.014	3.125.926	283.088	2.968.552

**Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH,
Flörsheim am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Sonstige betriebliche Erträge	2.073.480	2.105.271	2.113.000
Betriebliche Erträge insgesamt	2.073.480	2.105.271	2.113.000
Projektförderung	1.446.323	1.562.825	1.253.626
Personalaufwand			
- Gehälter	293.570	278.070	240.997
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	68.761	61.394	37.978
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	41.171	8.072	5.767
Sonstige betriebliche Aufwendungen	106.817	85.152	75.242
Betriebsergebnis	116.838	109.758	499.390
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28.466	60.106	124.448
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	0	0
Finanzergebnis	28.463	60.106	124.448
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	145.301	169.863	623.838
Sonstige Steuern	262	0	308
Jahresüberschuss	145.039	169.863	623.530

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Die RMV GmbH wurde im Juni 1994 nach erfolgreicher zweijähriger Arbeit der Gesellschaft zur Vorbereitung und Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes mbH gegründet.

Das Verbundgebiet erstreckt sich flächenmäßig über etwa 14.000 km² mit rund 4,9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in elf Mitgliedsstädten und 15 Landkreisen, es wird im Norden vom Landkreis Marburg-Biedenkopf, im Süden vom Odenwaldkreis, im Westen vom Rheingau-Taunus Kreis und im Osten vom Landkreis Fulda begrenzt.

Die Organisationsstruktur des RMV wurde so gewählt, dass einerseits ein Interessenausgleich aller beteiligten Partner ermöglicht wird und zum anderen die zur Verbundgründung beschlossenen fünf Grundsätze berücksichtigt und umgesetzt werden.

- **Kommunalverbund**

Der RMV konstituierte sich als Kommunalverbund auf freiwilliger Basis. Die Verbundpartner üben über die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat als Gesellschafter die gesellschaftsrechtliche Kontrolle über den RMV aus.

- **Dezentrales Prinzip – dezentrale Organisation**

Der lokale Verkehr wird auf lokaler Ebene durch die lokalen Nahverkehrsgesellschaften bzw. die Verbundverkehrsunternehmen, der regionale Verkehr auf der Ebene des RMV durch die RMV GmbH organisiert. Die Verantwortung für den Lokalverkehr verbleibt somit bei den lokalen Gebietskörperschaften bzw. Aufgabenträgern.

- **Trennungsrechnung**

Grundsatz der Trennungsrechnung ist die Transparenz der Kosten mit einer Trennung in Betriebs- und Infrastrukturkosten und einer gleichzeitigen Festschreibung der Verantwortung für die Kostenbestandteile.

- **Leistungsprinzip**

Die Einführung des Leistungsprinzips bedeutete die Abkehr vom in der Vergangenheit praktizierten Aufwandsprinzip.

- **Bestellerprinzip**

Der RMV führt im Auftrag seiner Gesellschafter auf der Regie-Ebene die Bestellerfunktion für den Regionalverkehr aus. Während früher die Vergabe von Leistungen frei verhandelt wurde, werden diese künftig nach erfolgter Ausschreibung vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

Anschrift	Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Telefon	06192/294-0
Telefax	06192/294-900
E-Mail	rmv@rmv.de
Internet	www.rmv.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	30. Juni 1994
Stammkapital	690.244,04 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 04. Juli 1991. Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 30. Juni 1994 grundlegend geändert.
Handelsregistereintrag	HRB 34128 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet die nachfolgend dargestellten Aufgaben wahr:

- Regionaler Schienenpersonen- und Buspersonennahverkehr (SPNV u. BPNV)
- Verkehrsplanung
- Verkehrskonzeption und technische Standards
- Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit
- Fahrgastinformation, Vertriebssystem
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- integriertes Plandatensystem

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzende	Frau Petra Roth
Stellvertretender Vorsitzender	Herr André Kawai
Mitglieder	
für das Land Hessen	Herr Steffen Säbisch
-----,,-----	Herr Thomas Schäfer
für die Kreisfreien Städte	Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
-----,,-----	Frau Birgit Simon
-----,,-----	Herr Dieter Wenzel
für Städte mit Sonderstatus	Herr Wolfram Dette
-----,,-----	Frau Silke Klinger
-----,,-----	Herr Michael Korwisi
-----,,-----	Herr Gerhard Möller
-----,,-----	Herr Thomas Rausch

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2009 (Stand: 31.12.2009)	
für Städte mit Sonderstatus	Herr Egon Vaupel
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel
für die Landkreise	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Siegfried Fricke
-----,,-----	Herr Berthold R. Gall
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs
-----,,-----	Herr Dietrich Kübler
-----,,-----	Herr Rudolf Marx
-----,,-----	Herr Dr. Karsten McGovern
-----,,-----	Herr Manfred Michel
-----,,-----	Herr Klaus Peter Schellhaas
-----,,-----	Herr Wolfgang Schuster
-----,,-----	Herr Enno Siehr bis 06.02.10
-----,,-----	Herr Peter Walter
-----,,-----	Herr Thomas Will ab 07.02.10
-----,,-----	Herr Bernd Woide

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Volker Sparmann (Sprecher der GF)	bis 31.08.09
-----„-----	Herr Knut Ringat (Sprecher der GF)	ab 01.09.09
-----„-----	Herr Klaus-Peter Güttler	ab 01.09.09

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf T€ 491.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von € 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2008 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt T€ 4,5 an.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Land Hessen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Darmstadt-Dieburg	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Gießen	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Groß-Gerau	3,704 %	25.564,59 €
Hochtaunuskreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Limburg-Weilburg	3,704 %	25.564,59 €
Lahn-Dill-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Kinzig-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Main-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Marburg-Biedenkopf	3,704 %	25.564,59 €
Odenwaldkreis	3,704 %	25.564,59 €
Kreis Offenbach	3,704 %	25.564,59 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,704 %	25.564,59 €
Vogelsbergkreis	3,704 %	25.564,59 €
Wetteraukreis	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Darmstadt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Frankfurt	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Fulda	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Gießen	3,704 %	25.564,59 €

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Fortsetzung)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Hanau	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Marburg	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Offenbach am Main	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Rüsselsheim	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wetzlar	3,704 %	25.564,59 €
Stadt Wiesbaden	3,704 %	25.564,59 €
	100,00 %	690.244,04 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen	Anteil in %	Anteil in € gerundet
Rhein-Main-Verkehrsverbund Service GmbH, Hofheim am Taunus (RMS)	100,00	125.000
Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, Hofheim am Taunus (fahma)	100,00	100.000
Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main (RTW GmbH)	33,33	10.000
ZIV – Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH, Darmstadt (ZIV)	48,78	49.950
VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln (VDV)	11,56	100.000
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) bmH, Köln	0,65	2.500

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung. Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	7.452.938	7.357.888	6.255.837

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	7.357.888
Zunahmen	95.051
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	7.452.938

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009

1. Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit findet als Basis ihren Ursprung im Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der primären Aufgaben zur Organisation und gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV im Verbundgebiet. Weitere Aufgaben und Kompetenzen sind im hessischen ÖPNV-Gesetz geregelt.

Die öffentlichen Verkehrsangebote können nachhaltig verbessert werden, wenn zum Ausgangspunkt der Entwicklung von Strategien an die Stelle des technischen Ansatzes einer Erhöhung und Verbesserung der Kapazitäten der Verkehrsinfrastruktur und der Fahrzeuge eine Sichtweise zum Ausgangspunkt wird, die die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Fokus hat.

Dieser in den letzten Jahren immer stärker herausgearbeitete Ansatz wird der Weiterentwicklung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes zu Grunde gelegt. Der RMV soll sich so weiter als Mobilitätsverbund entwickeln.

Abgeleitet ergeben sich folgende grundlegende Unternehmensziele für die RMV GmbH:

Die Fahrgäste und potentiellen Kunden stehen im Mittelpunkt. Ihre Mobilität soll organisiert werden.

Die Zusammenarbeit der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im Verkehrsverbund mit einer starken Unterstützung des Landes soll weiter gestärkt werden, um den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen zu können.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll seine Kernkompetenzen stärken.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Als Mobilitätsdienstleister der Zukunft ist es wichtig, die Mobilität in der Region RheinMain für den Kunden zu erhöhen und damit an den ÖPNV zu binden. Am Ausbau von weiteren Mobilitätszentralen wird weiter gearbeitet. Der RMV beteiligt sich u. a. mit anderen Partnern an der hessischen Mobilitätsoffensive für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility). Das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ trägt langfristig zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen. Im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung stehen weitere alternative Mobilitätsdienste im Fokus.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

1. Geschäftstätigkeit (Fortsetzung)

Ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben ist der bargeldlose Zahlungsverkehr. Ein deutschlandweites eTicket wird mit anderen Verbänden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden. Dies steht im Kontext zur RBL-Entwicklung mit dem Fokus auf Kundeninformation und Steuerung der Verkehre.

Im Geschäftsjahr wurden im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes Ausschreibung im Schienenpersonennahverkehr sowie im Buspersonennahverkehr vorgenommen. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens wurde zur Sicherstellung der Qualitätsstandards ein Qualitätsmanagement notwendig.

Eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Aufgaben des RMV vom Aufgabenträgerverbund zum Mobilitätsverbund ist die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der RMV GmbH. Neben einer noch stärker auf die grundlegenden Unternehmensziele ausgerichteten Organisationsstruktur sind eine klare Zuständigkeitsverteilung bei gleichzeitiger Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit und eine Förderung leistungsfähiger und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die herausragenden Organisationsziele.

Die nunmehr im Fokus stehende Neuorganisation stellt die zweite Stufe dar, die zur Mitte des Jahres 2009 in einem wesentlichen Schritt realisiert und ab 01.01.2012 mit einem ergänzenden Schritt abgerundet werden soll.

Zeitlich neben der zweiten Stufe steht die Stufe 3, die die RMV GmbH mit ihren Tochtergesellschaften im Fokus hat. Darüber hinaus werden durch die Aufgabenträger weitere Anforderungen und Aufgaben an den RMV gestellt. Diese müssen im finanziellen Rahmen bewältigt werden, wobei durch die steigenden Kosten die Einsparpotentiale ausgeschöpft sind.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS)

Für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen rücken neue Aufgaben in den Focus. Der Rückgang der finanziellen Förderungen im ÖPNV, der demographische Wandel sowie die Entwicklung neuer Technologien erfordern entsprechendes Handeln. Für die rms GmbH entstehen vor diesem Hintergrund neue Chancen am Mobilitätsmarkt, die durch gezielte Neuausrichtung im Geschäftsjahr neue Aufträge akquirieren.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.521 auf TEUR 5.252 gestiegen. Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2008 weiter gesteigert werden.

Gleichbleibend ist es von Bedeutung, dass die rms GmbH Dienstleistungen der RMV GmbH übernimmt, die zum einen das Kerngeschäft betreffen und zum anderen sensibel sind, dass eine Vergabe an Dritte nicht erfolgen sollte. Die Tätigkeiten betreffen nicht nur den RMV, sondern sie dienen ebenso den LNO wie z.B. Hotline, zentrales Beschwerdemanagement.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der rms hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2008 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 94 als Einlage an die rms zurückgeführt. Die rms schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 159 (im Vj. TEUR 142) aus.

Mit den neuen Themenfeldern wie Datenmanagement, Informations- und Vertriebssysteme ist die rms GmbH im Markt sehr gut positioniert. Als einen weiteren wichtigen Kunden konnte der VBB in diesem Themenbereich akquiriert werden. Ziel ist es auch künftig in diesen Marktsegmenten weitere Drittkunden zu gewinnen.

Die Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer wurde im Jahr 2009 vor allem bedingt durch die Vergabe im Zusammenhang mit den Projekten zur Einführung des elektronischen Tickets in Rhein-Main deutlich gesteigert und lag mit TEUR 1.439 in einer andern Größenordnung als das Vorjahrvolumen von TEUR 652,9.

Die Zahlungsfähigkeit der rms GmbH war im Geschäftsjahr durchgängig gewährleistet.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain (fahma) GmbH

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2009 lag wiederum im Bereich des Vertrags- und Qualitätsmanagements in Bezug auf Odenwald- sowie der Taunusbahn. Weiterhin in der Instandhaltungsoptimierung und Kontrolle der Abarbeitung von aufgetretenen Fahrzeugmängeln.

Weitere wesentliche Tätigkeiten lagen in der Baubegleitung und Werksabnahme der drei ITINO-Fahrzeuge für die Odenwaldbahn sowie des zusätzlichen Fahrzeuges zur Anbindung Pfungstadt an die Stadt Darmstadt. Eine endgültige Abnahme stand auf Grund der fehlenden Zulassung des Eisenbahnbundesamtes noch aus. Zwischenzeitlich jedoch liegt die endgültige Abnahme vor.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden in Form der Fahrzeugbereitstellungsentgelte Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 5.957 (Odenwaldbahn TEUR 4.262 und Taunusbahn TEUR 1.695) erzielt.

Die im Geschäftsjahr gesunkenen Zinsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr (um TEUR 127) sowie die zurückgegangenen Zinserträge auf TEUR 60 (im Vj. TEUR 147) und das außerordentliche Ergebnis (aus Pönalen TEUR 166) führt zu einem negativen Ergebnis in Höhe von TEUR 63 (im Vj. negatives Ergebnis TEUR 160).

Der Verlust des Geschäftsjahres 2009 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

In den Bereichen Straßen-, Flughafen- und Bahnverkehr sowie im ÖPNV bietet die Gesellschaft Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Im Geschäftsjahr konnten weitere Akquisitionen erreicht werden und somit konnte ein ausreichendes Auftragsvolumen sichergestellt werden.

Die zum Stichtag in Arbeit befindlichen größeren Projekte sind Monitoring Baustellenlogistik Frankfurt Flughafen, RMV Vertrieb SPNV IV, Schülerverkehr Allgäu Phase-II, Verkehrsuntersuchung Eschborn und Schwalbach sowie viele weitere kleinere Projekte.

Die Betriebsaufwendungen konnten zum Vorjahr durch Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen um TEUR 64 auf TEUR 1.165 (im Vj. TEUR 1.229) verringert werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV) (Fortsetzung)

In einigen Monaten musste die Kreditlinie in Anspruch genommen werden, daher sind die Zinsaufwendungen leicht gestiegen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 5 (im Vj. in Höhe von TEUR 17) ab.

Die Liquidität ist angesichts des geringen Eigenkapitals stringent weiter zu verfolgen.

2.4 VDV-Kernapplikation GmbH & Co KG (VDV KG)

Seit 2004 war die RMV GmbH als Kommanditist mit TEUR 23 an der VDV KG beteiligt. Im Geschäftsjahr wurde der Kapitalanteil auf TEUR 100 erhöht. Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Im Geschäftsjahr wurden aus dem Rahmenvertrag von den Verkehrsunternehmen/Verkehrsverbänden ca. eine Million Chipkarten auf Basis der VDV-Kernapplikation abgerufen. Dies beweist die weitere Einführung des eTicket-Systems, was zu einer Änderungen der Aufgabenbereiche der KA-KG führt. Es wird in zunehmendem Maße zur Einführung von den Systemen nach Dienstleistungen, Berater- und Unterstützungsleistungen nachgefragt.

In der verkehrspolitischen Rede auf der VDV-Jahrestagung erklärte Herr Wolfgang Tiefensee, dass dem öffentlichen Nahverkehr eine wichtige Rolle zukommt, um im Hinblick auf die Zukunft die Städte und Regionen für den Verkehr fit zu machen. Mit dem Masterplan Personenverkehr wird der nächste Schritt angegangen.

Für das kommende Geschäftsjahr wird in folgenden Bereich die aktuelle Herausforderung liegen u. a.:

- Konsequentes Einhalten des Standards
- Strategie zu technologischen Neuentwicklungen
- Tarife, Finanzierung und Kommunikation

Der Umsatz für 2009 beträgt TEUR 1.249 und ist somit deutlich höher als geplant. Die Bilanzsumme erhöhte sich im Geschäftsjahr von TEUR 2.286 auf TEUR 2.540.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

2. Beteiligungen (Fortsetzung)

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von € 2.500 Gesellschafter. Das Interesse der RMV GmbH als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbände in der beka.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleister im Rahmen des Ein- und Verkauf zum Bau, der Erhaltung und den Betrieb von Verkehrsbetrieben und ähnlichen Unternehmungen erforderlicher Wirtschaftsgüter. Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist. Der Umsatz betrug hier TEUR 7.679 (im Vj. TEUR 9.581). Der Gesamtumsatzerlös betrug im Geschäftsjahr TEUR 11.830 (im Vj. TEUR 13.877). Das entspricht einem rückläufigen Gesamtumsatz um 15 %.

Die beka schließt im Geschäftsjahr 2009 mit einem Gewinn von TEUR 33 (im Vj. TEUR 64) ab. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss (TEUR 33) zu einem Teil in Höhe von TEUR 23 an die Gesellschafter auszuschütten und der Restbetrag in Höhe von TEUR 10 in die Gewinnrücklage einzustellen. Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der Ergebnisverwendung teil.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (RTW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33%) erworben.

Die primären Aufgaben der Gesellschaft liegen in der Vorbereitung, Ausschreibung sowie Steuerung von Planungsleistungen, Koordinierung von Prozessen für die beteiligten Aufgabenträger. Die weiteren Aufgaben bestehen in der Erarbeitung von Grundlagen zur Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Die Gesellschaft schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Eine direkte Vergleichbarkeit zum Geschäftsjahr 2008 ist nur bedingt möglich, da die eigentlichen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft erst im Geschäftsjahr 2009 aufgenommen wurden.

3. Geschäftsentwicklung 2009

Mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2009 endet die Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2005 bis 2009. Mit dem Land Hessen konnte in Anlehnung an die Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 bis 2014 geschlossen werden.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

3. Geschäftsentwicklung 2009 (Fortsetzung)

Mit einem weiteren Zuschuss zum Projekt Elektronisches Ticketing (eTicketing) Elektronisches Fahrgeldmanagement (eFm) konnte ein weiterer großer Schritt zur verbundweiten Einführung des (eTicketing) geschaffen werden. Die Grundlage zum vHGS, als maßgeblicher Baustein, konnte in diesem Jahr vorbereitet werden.

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2009 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV wie

- Einsatz und Betrieb neuer Technologien
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2009/2010
- Kundeninformation und Verkaufsförderung
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- Informationstechnologie zur Erstellung und Entwicklung des Tarifs
- Einnahmensicherung
- Mobilitätsgarantie

und zum anderen im strategischen Bereich

- Weiterentwicklung des Mobilitätsverbundes und Masterplan Mobilität
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
- Elektronischer Vertrieb
- Entwicklung neuer Geschäftsfelder

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2009

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2009 im Vergleich zu 2008 auf TEUR 39.618 gestiegen (im Vj. TEUR 33.946). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei TEUR 5.672. Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 960 auf TEUR 30.195 (im Vj. TEUR 29.235). Die Betriebserträge sind um TEUR 4.712 auf TEUR 9.423 (im Vj. TEUR 4.711) gestiegen. Der Anstieg des Betriebsertrages ist primär auf die zusätzlichen Landesmittel zum EFM-Projekt zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen haben sich im Vergleich zum Vorjahr unwesentlich verändert.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2009 (Fortsetzung)

4.1 Ertragslage (Fortsetzung)

Das negative Ergebnis der Fahma, TEUR 63, (im Vj. TEUR 160) reduzierte sich zum Vorjahr nochmal um rd. TEUR 100. Der Verlust des Geschäftsjahres 2009 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 27.013 (im Vj. TEUR 25.063) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 2.535 (im Vj. TEUR 2.404) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 3.407 auf TEUR 26.061.

Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagevermögen sowie der korrespondierende Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.977 gestiegen.

Der Anstieg ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindlicher Software primär für das Projekt eTicketing um TEUR 2.691 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Aufgrund der Gewinnrückführung der rms sind die Anteile an verbundenen Unternehmen weiter gegenüber dem Vorjahr um TEUR 94 auf TEUR 820 gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 519 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde. Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr sichtbar verändert. Das Anlagevermögen beträgt 24,4% (im Vj. 14,9%) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 75,6% (im Vj. 85,1%) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderung liegt in den geleisteten Anzahlungen bei den immateriellen Vermögensgegenständen.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 426 auf TEUR 332 weiter vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind die Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschusses an den Treuhandbereich zu transferieren. Sie dienen der Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2009 jederzeit gewährleistet.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2009 (Fortsetzung)

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 9 Zugänge und 5 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die befristeten Projekte und neu zu besetzenden Stellen. Im Geschäftsjahr konnten zwei weitere Auszubildende eingestellt werden. Somit sind sechs Auszubildende in Ausbildung.

5. Ausblick

5.1 ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess. ÖPNV-G) in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft und ist noch bis zum 31.12.2009 befristet.

Zudem tritt am 03.12.2009 die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23.10.2007 in Kraft, die zum einen die bisher gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöst und zum anderen mehr oder weniger weit reichende Folgen für den gesamten ÖPNV und den bisherigen nationalen Rechtsrahmen haben dürfte. Nachdem der zweijährige Übergangszeitraum zwischen Verabschiedung der neuen Verordnung und deren In-Kraft-Treten nicht zu einer entsprechend qualifizierten Novellierung des Bundesrechts geführt, hat, trifft seit 3. Dezember 2009 die unmittelbar geltende EG-Verordnung auf einen nicht darauf abgestimmten nationalen Rechtsrahmen.

Vor diesem Hintergrund wurde das hessische ÖPNVG mit einer kleinen Novelle bis zum 31. Dezember 2011 verlängert. Mit Blick auf die EU-Verordnung wurden außerdem zwei wichtige Punkte geregelt.

- Zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind die Aufgabenträgerorganisationen. Damit wird sichergestellt, dass Verbände und LNO weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.
- Von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefG/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Beförderungen von Auszubildenden wurde in der Weise Gebrauch gemacht, dass die Finanzmittel über die Verbände den Aufgabenträgerorganisationen zugewiesen werden und Verkehrsunternehmen keinen eigenen gesetzlichen Anspruch mehr haben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 und ab 2010

Die Umsetzung des ÖPNV-G durch den RMV erfolgt nach Vorgaben des Landes auf Grundlage der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009. Um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen, wird vom Land insbesondere der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung mit der Finanzierungsvereinbarung unterstützt. Die Zuwendungen des Landes müssen weiterhin in Übereinstimmung mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen. Die bereits in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte, einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Auf diesen positiven Erfahrungen aufbauend wurde daher mit der Vereinbarung für 2005 bis 2009 die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität im Sinne der Erfahrungen geeignet modifiziert.

Die Finanzierungsinstrumente des Verbundes haben sich in ihrer bisherigen Zielsetzung grundsätzlich bewährt. Aus diesem Grund bilden diese weiterhin die Grundlage der Finanzierungsvereinbarung, aber der Verbundgesellschaft werden darüber hinaus weitere Handlungsspielräume im Rahmen der Pauschalisierung eröffnet.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurde zwischen der RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in der Finanzierungsvereinbarung eine Plafonierung auf Basis der Werte von 2007 vereinbart.

Im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBegIG2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7% und ab dem Jahre 2008 9,5%. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5% dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, beträgt die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. € bundesweit. Für den RMV bedeutet dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. € jährlich.

Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung abgemildert.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 und ab 2010 (Fortsetzung)

Übergeordneter Grundsatz des RMV bei der Kompensation dieses Kürzungsanteils ist das solidarische Umgehen mit den notwendigen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen gegeben hat und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss. Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und der Region. Der RMV selbst hat mit 50% die Hauptlast getragen. Dies bedeutete im Einzelnen die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten zu kompensieren.

Neben dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des Verbundes als oberstes Ziel des RMV sind auch die Risiken der kommunalen Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umlagen für den Schienenpersonennahverkehr und den Regionalbus zu reduzieren.

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für die regionalen Umlagen. Der RMV hat mit dem Land Verhandlungen über eine Übergangshilfe geführt. Bereits für das Jahr 2008 hat das Land eine Übergangshilfe in Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Für 2009 hat das Land in einem weiteren Schritt eine Übergangshilfe in Höhe von 12,5 Mio. € vertraglich zugesichert.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2009. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität haben das Land und der RMV eine neue Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010 – 2014ff. im Dezember 2009 geschlossen.

Hierbei liegt der Fokus auf der Mittelsicherung zur Fortführung derzeit bestehender vertraglicher Verpflichtungen sowie in der längerfristigen Planungssicherung der im Betrachtungszeitraum vorgesehenen Maßnahmen. Ziel der Verhandlungen war es u.a., die Umlagen für den Regionalverkehr auf einem Niveau sicherzustellen, das im Schienenverkehr zu keinen Belastungen führt und sich im Busverkehr an der Umlage 2006 orientiert. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung des lokalen Verkehrs, Fortführung der Zielwertvereinbarung und die Definition von Schwerpunktprojekten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.2 Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009 und ab 2010 (Fortsetzung)

Zusammengefasst sind die Eckpunkte dieser Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010-2014 wie folgt zu beschreiben:

1. Bestandsfinanzierung
2. Finanzierung bereits beschlossener Vorhaben (zwingend notwendig)
3. Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
4. Fortführung der Zielwertvereinbarung
5. Schwerpunktprojekte

5.3 EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und BPNV

5.3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31.12.2009 konnten nunmehr insgesamt 13 Teilnetze (TN) mit ca. 13,655 Millionen Zugkilometer im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 36,1% der Fahrleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Altunternehmen.

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt des Buspersonennahverkehrs (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr am Ende der Übergangsphase. Bis zum Fahrplanwechsel 2010 am 12. Dezember 2009 werden alle Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben.

Zum Stand 31. Dezember 2009 wurden insgesamt 46 regionale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel mit ca. 31,3 Mio. Nutzwagenkilometer (Nwkm) im Wettbewerb vergeben (siehe Ziffer 2.2.5 – ohne Folgeausschreibungen). Weitere 21 regionale Linienbündel beziehungsweise Teile daraus mit ca. 5,2 Mio. Nwkm wurden in lokale Verantwortung übertragen und im Wettbewerb vergeben. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 13 regionale bzw. regional/lokal gemischte Linienbündel mit ca. 5,4 Mio. Nwkm vergeben.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

K. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

5. Ausblick (Fortsetzung)

5.3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV (Fortsetzung)

Die bisherigen Altbetreiber im Regionalbusverkehr, die Verkehrsgesellschaft mbH Untermain, die Regionalverkehr Kurhessen GmbH, die Omnibusverkehr Rhein-Nahe (gemeinsam ca. 95%), die Nassauische Verkehrsgesellschaft mbH (ca. 0,3%) sowie die Hessische Landesbahn GmbH (ca. 4,5%), die gemeinsam ursprünglich 100% Marktanteil im Regionalverkehr besaßen, konnten nach Abschluss der Übergangsphase einen Anteil von ca. 22% (Regionalverkehr Kurhessen GmbH und Omnibusverkehr Rhein-Nahe GmbH) bzw. 5% (Hessische Landesbahn GmbH) der ausgeschriebenen Verkehrsdienstleistungen für sich gewinnen. Insgesamt konnten konzerngebundene Verkehrsunternehmen 75%, private und privat/kommunale Bietergemeinschaften 23% sowie kommunale Verkehrsunternehmen 2% der ausgeschriebenen Verkehrsdienstleistungen für sich entscheiden.

5.4 Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

6. Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz

	2009	2008	Verän-	2007
Aktiva	in €	in €	derung in €	in €
Anlagevermögen				
- EDV-Software	1.348.961	1.760.320	-411.359	1.545.951
- Geleistete Anzahlungen	3.457.625	355.650	3.101.975	474.512
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.806.586	2.115.970	2.690.616	2.020.463
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	610.843	496.333	114.510	403.736
Sachanlagen	610.843	496.333	114.510	403.736
- Anteile an verbundenen Unternehmen	820.014	725.568	94.445	637.719
- Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	6.639
- Beteiligungen	115.000	37.500	77.500	50.000
Finanzanlagen	935.014	763.068	171.945	694.358
	6.352.443	3.375.371	2.977.071	3.118.557
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	179.117	14.992	164.126	757.041
- Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	103.299	0	103.299	0
- Sonstige Vermögensgegenstände	17.827.315	17.308.343	518.973	11.106.740
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.109.732	17.323.334	786.397	11.863.781
Wertpapiere	708.644	704.056	4.588	1.604.218
Guthaben bei Kreditinstituten	332.367	758.767	-426.400	3.267.553
Umlaufvermögen	19.150.742	18.786.157	364.585	16.735.552
Rechnungsabgrenzungsposten	558.129	492.829	65.300	383.722
	26.061.314	22.654.357	3.406.957	20.237.831
Treuhandforderungen	35.416.736	43.814.934	-8.398.197	39.186.261

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Verän-	2006
Passiva	in €	in €	derung in €	in €
- Gezeichnetes Kapital	690.244	690.244	0	690.244
- Gewinnrücklagen	1.481.386	1.481.386	0	1.481.386
- Jahresüberschuss	0	0	0	0
Eigenkapital	2.171.630	2.171.630	0	2.171.630
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	6.352.443	3.375.371	2.977.071	3.118.557
- Rückstellungen für Pensionen	4.672.677	4.445.021	227.656	3.636.445
- Sonstige Rückstellungen	5.343.618	5.262.450	81.168	5.030.827
Rückstellungen	10.016.295	9.707.471	308.824	8.667.272
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.897.104	2.805.760	91.344	3.598.158
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	3.399.554	3.848.876	-449.323	1.922.944
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	598.898	326.120	272.778	346.174
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.710	49.147	-38.437	72.055
- Sonstige Verbindlichkeiten	546.673	327.984	218.689	316.506
Verbindlichkeiten	7.452.938	7.357.888	95.051	6.255.837
Rechnungsabgrenzungsposten	68.008	41.997	26.011	25.535
	26.061.314	22.654.357	3.406.957	20.237.831
Treuhandverbindlichkeiten	35.416.736	43.814.934	-8.398.197	39.186.261

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 in €	2008 in €	2007 in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.535.076	2.404.116	2.442.632
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	27.013.284	25.062.899	24.327.014
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	29.548.360	27.467.015	26.769.645
Erträge aus Projektzuwendungen	8.931.453	4.255.523	2.419.656
Sonstige betriebliche Erträge	1.134.817	1.488.211	816.752
	39.614.630	33.210.750	30.006.053
Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	4.222.795	1.451.209	1.484.307
Aufwendungen für bezogene Leistungen	19.858.983	18.024.264	16.011.939
a) Löhne und Gehälter	7.881.284	7.407.488	6.782.184
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	2.021.036	2.563.106	1.814.556
Personalaufwand	9.902.320	9.970.593	8.596.740
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	1.245.722	1.194.394	1.291.139
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.245.723	1.194.394	1.291.139
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.694.021	4.496.515	5.226.468
Erträge aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages	158.599	141.668	746.412
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	426.305	752.869	593.129
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	846	0	19.441
Aufwendungen aus Verlustübernahme	63.336	160.140	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	454.905	0	4.576
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.331	2.566	2.123
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Sonstige Steuern	2.331	2.566	2.123
	2.331	2.566	2.123
Jahresüberschuss	0	0	0

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

Anschrift	Lyoner Straße 22, 60528 Frankfurt am Main
Telefon	069/660759-0
Telefax	069/660759-90
E-Mail	info@ivm-rheinmain.de
Internet	www.ivm-rheinmain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	13. Mai 2002
Stammkapital	241.000,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. November 2008
Handelsregistereintrag	HRB 75042 beim Amtsgericht Frankfurt am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle erforderlichen Tätigkeiten durchzuführen, die der Unterstützung des Integrierten Verkehrsmanagements der Region Frankfurt RheinMain dienen. Hierzu zählen:

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

- Die Erarbeitung notwendiger Grundlagen zur Umsetzung eines Verkehrsmanagements in der Region.
- Die Erarbeitung von regionalen Verkehrsmanagement- und Verkehrsinfrastrukturausbauplänen für die Region.
- Die Koordinierung des Verkehrsablaufs bei ausgewählten regionalen Ereignissen.
- Dienstleistungen als Bürgerservice.
- Unterstützende Maßnahmen für die Gesellschafter, die dem Gesellschaftszweck entsprechen.
- Die Übernahme neuer, gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben im Auftrag der Gesellschafter.

Für eine detaillierte Erläuterung der Aufgaben wird eine Aufgabenvereinbarung von den Gesellschaftern beschlossen, die nur gemeinschaftlich von allen Gesellschaftern aufgelegt und geändert werden kann. Ein Eingriff in die hoheitlichen Aufgaben erfordert die Zustimmung der betroffenen Gesellschafter.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.10)	
Vorsitzender	Herr Ulrich Krebs
Stellv. Vorsitzender	Herr Horst Schneider
Mitglied	Herr Burkhard Albers
-----,,-----	Herr Joachim Arnold
-----,,-----	Herr Michael Cyriax
-----,,-----	Frau Prof. Dr. Luise Hölscher ab 10/2010

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Berichtsjahr 2010 (Stand: 31.12.10) (Fortsetzung)	
Mitglied	Frau Claudia Jäger
-----,,-----	Herr Dr. Lothar Kaufmann
-----,,-----	Herr Dr. André Kawai
-----,,-----	Frau Silke Klinger
-----,,-----	Herr Michael Korwisi ab 09/2010
-----,,-----	Herr Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös
-----,,-----	Herr Wolfgang Reichel
-----,,-----	Herr Steffen Saebisch
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Schäfer bis 10/2010
-----,,-----	Herr Klaus-Peter Schellhaas
-----,,-----	Herr Lutz Sikorski, verstorben am 05.01.2011
-----,,-----	Herr Peter Sothmann bis 09/2010
-----,,-----	Herr Axel Weiss-Thiel
-----,,-----	Herr Dieter Wenzel
-----,,-----	Herr Thomas Will

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann
-----,,-----	Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi bis 30.06.10

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit dem 25. Juni 2002 eine Aufwandsentschädigung von € 50,00 pro Person und Sitzung. Die Gesamtvergütung in 2010 des Aufsichtsrates belief sich auf € 3.550,--

Auf die Angaben der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB (Handelsgesetzbuch) verzichtet.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	3,112 %	7.500,00 €
Land Hessen	25,104 %	60.500,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25,104 %	60.500,00 €
Hochtaunuskreis	3,112 %	7.500,00 €
Land Rheinland-Pfalz	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Darmstadt-Dieburg	3,112 %	7.500,00 €
Landkreis Groß-Gerau	3,112 %	7.500,00 €
Main-Kinzig-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Main-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €
Rheingau-Taunus-Kreis	3,112 %	7.500,00 €

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Wetteraukreis	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Bad Homburg v.d.H.	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Darmstadt	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Hanau	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Mainz	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Offenbach am Main	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Rüsselsheim	3,112 %	7.500,00 €
Stadt Wiesbaden	3,112 %	7.500,00 €

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes)

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Die Gründung der Gesellschaft basiert auf dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG) vom 19.12.2000. Im Rahmen der gesetzlichen Vorgabe gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 8 BallrG ist es Aufgabe der Gesellschaft, regionale Verkehrsplanung und regionales Verkehrsmanagement zu übernehmen.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

**Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen
Produkt Regionalentwicklung 10.50.02.71250080 (früher : HHST. 7925.71507 bzw. 504)**

	2011	2010	2009
Umlage an die IVM	43.643	43.643	43.643

Die Umlage wird Einwohner bezogen erhoben und beträgt je EW 0,13 €

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	485.927	521.411	389.729

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	521.411
Zunahmen	0
Abnahmen	35.484
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	485.927

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftsführer der ivm GmbH waren bis 30.06.2010 Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann und Herr Dipl.-Betriebswirt (FH) Rolf Valussi. Ab 01.07.2010 ist Herr Dr.-Ing. Jürg Sparmann alleiniger Geschäftsführer. Als Aufsichtsratsvorsitzender ist am 10. Juni 2010 Herr Landrat Ulrich Krebs wiedergewählt worden. Sitz der Gesellschaft ist Frankfurt am Main.

Der Gesellschaftsvertrag der ivm GmbH enthält in einer Anlage die Modalitäten der Finanzierung. Diese sieht eine umlagebezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor, wobei die Stadt Frankfurt a. M. einen erhöhten Umlageanteil leistet. Das Land Hessen beteiligte sich 2010 mit 940.000 Euro pro Jahr an der Finanzierung der ivm. Das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich in Form einer Projektfinanzierung.

Die ivm GmbH hat elf Personalstellen, von denen am 31.12.2010 10,5 Stellen besetzt waren.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ivm Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden. Über den Stand der Arbeiten und die Ergebnisse werden der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung laufend informiert. Über die Umsetzung der Ergebnisse entscheidet der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

Projekte 2010 (auszugsweise)

Intermodaler Verkehrsknoten Flughafen Frankfurt Main

Um für die Zukunft Vorsorge für die langfristige Sicherung der Funktionsfähigkeit der Verkehrssysteme in der Region Frankfurt RheinMain mit dem Fokus auf den Flughafen Frankfurt Main treffen zu können, muss frühzeitig geprüft werden, ob die vorhandene und geplante Infrastruktur diesen sich ändernden Nachfragebedingungen langfristig gerecht werden kann.

Im Rahmen einer durch den RMV finanzierten Vorstudie wurden Ziele, Inhalte, Methodik und angestrebte Ergebnisse für eine umfassende Hauptstudie definiert. Die Hauptstudie soll auf Grundlage der Vorstudie dazu dienen, Vorsorge für die langfristige Sicherung der Funktionsfähigkeit der Verkehrssysteme in der Region Frankfurt RheinMain mit Fokus auf den Flughafen Frankfurt Main treffen zu können.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Intermodaler Verkehrsknoten Flughafen Frankfurt Main (Fortsetzung)

Die Hauptstudie hat die wichtige Funktion einer Diskussions- und Entscheidungsgrundlage, um erforderliche Konzepte und Maßnahmen/Maßnahmenbündel rechtzeitig vorbereiten und einleiten zu können. Sie soll die Ergebnisse vorliegender und noch laufender Untersuchungen mit einbeziehen, von denen unter anderem Aussagen über die Verkehrsinfrastruktur des Jahres 2020 („Mobilitätsmasterplan für die Region Frankfurt RheinMain“) sowie über die Verkehrsnachfrage des Jahres 2030 („Entwicklung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain bis 2030“, z. Zt. in Bearbeitung) zu erwarten sind.

Auf Basis der Eingangsdaten soll im Rahmen von Szenarien analysiert werden, inwieweit die heute bereits weitgehend bekannte Verkehrsinfrastruktur bzw. die Verkehrsangebote des Jahres 2020 in der Länge sind, die zu erwartende Verkehrsnachfrage des Jahres 2030 zu bewältigen und die kleinräumige und großräumige Anbindung des Flughafens gewährleisten zu können.

Die Studie „Intermodaler Verkehrsknoten Flughafen Frankfurt Main“ soll in Form einer Schwachstellenanalyse den möglichen Handlungsbedarf aufzeigen und soll damit Grundlage weiterer Überlegungen und Abstimmungen sein. Die Auftragsvergabe erfolgte im September 2008. Aufgrund nicht vorhersehbarer Verzögerungen bei der Bereitstellung notwendiger Datengrundlagen konnte das Projekt nicht wie geplant im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem RMV und dem HLSV realisiert.

Regionales Mobilitätsverhalten

Trotz beträchtlicher Fortschritte in den vergangenen Jahrzehnten sind die Kenntnisse über die Mobilitätsentscheidungen der Individuen immer noch relativ begrenzt. Empirische Studien zeigen zwar die grundsätzlichen Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen, raumstrukturellen oder anderen Einflussfaktoren und der Verkehrsentstehung. Allerdings ist häufig unklar, wie diese Einflüsse tatsächlich die Mobilität beeinflussen. Wichtig wird dieser Zusammenhang dann, wenn mit verkehrspolitischen oder anderen Maßnahmen versucht wird, das Verkehrshandeln der Individuen zu beeinflussen oder wenn abgeschätzt werden soll, wie sich das Verkehrshandeln in der Zukunft unter veränderten

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Regionales Mobilitätsverhalten (Fortsetzung)

Rahmenbedingungen entwickelt, z. B. durch den demographischen Wandel, durch Preissteigerungen bei Energieträgern oder durch veränderte politische Rahmenbedingungen. Eine wichtige methodische Fortentwicklung der Mobilitätsforschung in den vergangenen Jahren ist die Untersuchung von Verhaltensänderungen auf Individualebene mit Längsschnittstudien, insbesondere mit Paneldaten. Panels sind wiederholte Befragungen der gleichen Personen – in der Regel mit jährlichem Abstand – mit dem Ziel Verhaltensänderungen zu beobachten und diese auf veränderte individuelle oder gesellschaftliche Rahmenbedingungen zurückzuführen. Aufgrund des Erhebungsaufwandes können Panelbefragungen in der Regel nicht in dem gleichen Stichprobenumfang wie z. B. Querschnittsbefragungen bei nationalen Verkehrserhebungen (z. B. Mobilität in Deutschland 2008) durchgeführt werden. Insofern erfüllen die verschiedenen Erhebungsmethoden – also Panel- und große Querschnittsbefragungen – einander ergänzende Zwecke. Mit dem Rhein-Main Verkehrspanel wird in der Region Rhein-Main ein Datensatz zur Verfügung stehen, womit die Mobilitätsentwicklung in der Region wesentlich differenzierter als mit bisherigen Datensätzen beschreiben werden kann. Um die Kombinationsmöglichkeiten dieses Datensatzes mit anderen regionalen Datensätzen (z. B. MiD 2002, 2008, SrV) zu prüfen und Möglichkeiten der kombinierten Auswertung vorzuschlagen, wurde von der ivm GmbH im Jahr 2009 eine Methodenstudie in Auftrag gegeben.

Im Rahmen der Studie wurden folgende Inhalte erarbeitet:

- Vergleich von Stichprobenzusammensetzungen und Erhebungsmethodik
- Vergleich erfasster Merkmale und Kennziffern
- Kombinationsmöglichkeiten unterschiedlicher Daten
- Harmonisierungsmöglichkeiten unterschiedlicher Daten
- Vergleich zentraler Mobilitätsdaten in unterschiedlicher Erhebungen
- Anwendungsbeispiel: Auswertung multimodalen Verkehrsverhaltens

Erste methodische Ansätze wurden bereits im Jahr 2009 entwickelt und dokumentiert. Das Projekt wurde im Jahr 2010 mit der Analyse konkreter Datensätze, die im Rahmen des Mobilitätspanels und der MiD-Mobilität in Deutschland erhoben wurden, abgeschlossen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Mobilitätspanel RheinMain – Kohorte 2007:

Die Region Frankfurt RheinMain unterliegt wie andere Regionen Deutschlands einer dynamischen Entwicklung, die zu veränderten Rahmenbedingungen mit nicht unerheblichen Wirkungen auf das Verkehrsaufkommen in der Region führt. Jedoch sind die Entwicklungen nur eingeschränkt aus bundesdurchschnittlichen Querschnitterhebungen (z.B. MID, SrV) in die Region transferierbar. Für zukunftsgerichtete verkehrsplanerische und verkehrspolitische Entscheidungen sind daher regionale Mobilitätsdaten eine notwendige Voraussetzung.

Das RheinMain Mobilitätspanel ist als Panelstudie mit Längsschnittbetrachtung konzipiert. Private Haushalte der Landkreise und kreisfreien Städte werden zu ihrem Mobilitätsverhalten im Alltag befragt. Dabei dokumentieren die Haushaltsmitglieder in einem Mobilitätstagebuch alle auswärtigen Wege im Verlauf einer Woche/Jahr, wodurch das Verhalten derselben Person in unterschiedlichen Situationen aufgezeigt wird. Angestrebt wird, dass in wiederkehrenden Befragungen eines weitgehend identischen Personenkreises über einen Zeitraum die Veränderungen im Mobilitätsverhalten erfasst werden sollen.

Im Kern ist das RheinMain-Panel eine einwöchige Tagebucherhebung von Mobilitätsverhalten, wobei die Haushalte auch in den zwei folgenden Jahren ihr Verhalten dokumentieren. Ergänzt wird das Tagebuch durch allgemeine Fragen zur Mobilität und zur Soziodemografie.

Das RheinMain-Panel ist in enger Anlehnung an das bundesweite Deutsche Mobilitätspanel (MOP) konzipiert, um einen größtmöglichen Mehrwert aus den regionalen Daten zu erhalten. Um die Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit der Ergebnisse sicher zu stellen, wurden wichtige Elemente des Designs aufeinander abgestimmt. Räumlich ist das Erhebungsgebiet zunächst durch die Landkreise abgegrenzt, die aktuell das ivm-Gebiet bilden.

Im Jahr 2007 wurden 500 Haushalte angeworben, die in den Jahren 2007, 2008 und 2009 befragt wurden. Das Projekt wurde im Jahr 2010 mit der Bereitstellung der Untersuchungsergebnisse abgeschlossen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Intermodale Erreichbarkeitsstrukturen

Die Erreichbarkeit von Standorten stellt sowohl für private Haushalte wie auch Unternehmen und öffentliche Einrichtungen einen wesentlichen Standortfaktor dar. Die Kenntnis über die heutigen und zukünftigen Erreichbarkeitsstrukturen und –qualitäten stellt neben der Kenntnis über die nachfrageseitige Entwicklung eine wesentliche Grundlage für strategische, planerische und investive Maßnahmen dar.

Darüber hinaus gewinnt im interkommunalen und interregionalen Vergleich zunehmend auch die Qualität von Erreichbarkeitsstrukturen für größere Raumeinheiten (Gemeinde, Landkreise, Region) an Bedeutung. Nach der Machbarkeitsuntersuchung im Jahr 2008 konnte in 2009 die Umsetzung des GIS-gestützten Erreichbarkeitsinstrumentariums erfolgreich abgeschlossen werden. Somit steht den Gesellschaftern der ivm GmbH ein Instrumentarium zur Verfügung, um die Erreichbarkeit einzelner Standorte „messen“, darstellen und bewerten zu können. Aufbauend auf dieser Analyse wird es möglich sein, konkrete Verbesserungen bei den Angeboten im IV oder ÖV zu erreichen.

Die Machbarkeitsstudie hat gezeigt, dass insbesondere für kleinräumigere Analysen und Bewertungen im ÖV detaillierter Datengrundlagen in ein Erreichbarkeitswerkzeug eingepflegt werden müssen. Die Datenaufbereitung war daher neben der inhaltlichen Darstellung und Projektbegleitung ein wesentlicher Bestandteil der Arbeiten in 2010 und wird in 2011 fortgesetzt.

In 2010 wurden weitere Anwendungsfälle konkretisiert und in ersten Punkten umgesetzt. Hierzu gehört die Wohnstandortanalyse im Rahmen von effizient-mobil, die Potenzialabschätzung von geeigneten Standorten im betrieblichen wohnungsbezogenen Mobilitätsmanagement als Grundlage für das Projekt Wirkungen von Mobilitätsmanagement, die Anwendung und Umsetzung der im Rahmen von Bahn.Ville erarbeiteten Methodik zur Stationstypisierung im Rahmen des regionalen Nahverkehrsplans sowie die Beurteilung der Erschließungsqualität im CarSharing.

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2008

Das Projekt verfolgt den Aufbau eines Mobilitätsverhaltenspanels und ergänzt das 2010 abgeschlossene Projekt. Bei der Panelerhebung wird eine definierte Menge von Haushalte (Kohorte) einmal im Jahr über drei Jahre hinweg befragt. Da einzelne Haushalte im Laufe der drei Jahre nicht mehr zur Verfügung stehen, schrumpft die Anzahl der Haushalte innerhalb einer Kohorte im Laufe der drei Jahre.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2008 (Fortsetzung)

Um diesen Verlust auszugleichen, wurde im Jahr 2008 eine zweite Kohorte mit erneut 500 Haushalte angeworben und befragt.

Die Vergabe der Leistungen erfolgte im August 2008. Die Befragung der angeworbenen Haushalte erfolgte im Herbst 2008, Herbst 2009 und Herbst 2010. Das Projekt wird mit der Bereitstellung der Befragungsdaten im Frühjahr 2011 abgeschlossen.

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2009

Auch mit diesem Projekt wird die Erhebung von Daten zum Mobilitätsverhalten verfolgt. Die Erhebung wird nach denselben Verfahren durchgeführt wie die bereits laufenden Panelerhebungen der Projekte. Damit ist die Kompatibilität der erhobenen Daten untereinander gewährleistet.

Auch in der Kohorte 2009 wurden erneut 500 Haushalte angeworben, die zuerst im Jahr 2009 und anschließend im Jahr 2010 befragt wurden.

Die Vergabe der Leistungen erfolgte im Herbst 2009. Die Befragung der angeworbenen Haushalte erfolgte im Herbst 2009 und im Herbst 2010. Im Rahmen des Projekts erfolgt eine weitere Befragung im Herbst 2011. Das Projekt wird mit der Bereitstellung der Befragungsdaten im Frühjahr 2012 abgeschlossen.

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt

Bisher gibt es keinen Ansatz, der eine differenzierte Abschätzung der Potenziale und Wirkungen von Mobilitätsmanagementmaßnahmen über die Betrachtung von Einzelstandorten hinaus erlaubt. Mobilitätsmanagement reicht jedoch, zunehmend in das Interesse der städtischen und regionalen Planung. Zur Schaffung einer mit der für Infrastrukturvorhaben vergleichbaren Bewertungs- und Entscheidungsgrundlage für Mobilitätsmanagement soll das Mitte 2009 im Rahmen von „Staufreies Hessen 2015“ gestartete Projekt Gebietskörperschaften ein Instrumentarium an die Hand geben. Dieses soll, flexibel für verschiedene, in der Region relevante Planungsfälle, mit der jeweils erforderlichen Betrachtungsschärfe und räumlichen Ausbreitung modell- und datengestützt verkehrs- und umweltbezogene Wirkungen von Mobilitätsmanagement quantitativ abschätzen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt (Fortsetzung)

2010 wurde der unter anderem auf der VDRM basierende methodische Ansatz, dessen grundsätzliche Machbarkeit Ende 2009 gezeigt worden war, weiter ausdifferenziert und erste Beispielrechnungen auf Basis der verfügbaren Datengrundlagen vorgenommen.

Schulisches Mobilitätsmanagement

Die 2008 mit der Grundlagenstudie begonnenen und 2009 mit der Ansprache von Gesellschaftern, des Aufbaus lokaler Netzwerke sowie der Vorbereitung pilothafter Maßnahmen erstmals in die Praxis umgesetzten Arbeiten wurden auch 2010 konsequent fortgeführt. Übergeordnetes Ziel blieb dabei die dauerhafte Verankerung von Schulischem Mobilitätsmanagement bei den Gesellschaftern, wobei der Schwerpunkt im Berichtsjahr auf einer stärkeren Vernetzung der Akteure auf regionaler Ebene lag.

Das Thema stieß im vergangenen Jahr auf sehr großes Interesse bei den Gesellschaftern, von denen bislang folgende aktiv in das Projekt eingebunden sind bzw. mit denen Gespräche über mögliche Maßnahmen geführt wurden: Stadt Darmstadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis Groß-Gerau, Stadt Offenbach, Stadt Hanau, Stadt Wiesbaden sowie der Wetteraukreis. Dabei konnten jeweils eine begrenzte Anzahl an Gesellschaftern im gleichen Zeitraum intensiv betreut werden.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass Maßnahmen des Schulischen Mobilitätsmanagements in Verbindung mit einem „Aufhänger“ (Kopplung des Themas an bestehende und bereits diskutierte Problemlagen oder laufende Prozesse) größere Erfolgchancen bei der Umsetzung haben. So konnte im Rahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes im Rheingau-Taunus-Kreis ein entsprechender Arbeitskreis aufgebaut und ein Entwurf für ein kreisweites Konzept vorgelegt werden. Erste Maßnahmen wurden an der Pilotschule IGS Obere Aar umgesetzt. In Hanau wurde ein Konzept zur Entschärfung der Problemlage am und um das Schulzentrum Nordwest erarbeitet und diskutiert. In der Stadt Offenbach sowie im Wetteraukreis (Pilotgebiet Glauburg/Ortenberg/Ranstadt) fanden Auftaktgespräche mit relevanten Akteuren statt.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement

Parallel dazu wurde die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen auf Landesebene intensiviert. Gemeinsam mit der Unfallkasse Hessen wurde ein Projekt zum Mobilitätsverhalten und Unfallgeschehen von Schülern in Hessen durchgeführt, bei dem erstmals aktuelle Mobilitäts- und Unfallstatistiken miteinander verschnitten wurden. Mit der für Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung zuständigen Abteilung Schule und Gesundheit des Hessischen Kultusministeriums wurde eine engere Zusammenarbeit bei der Informationsbereitstellung vereinbart. Zunehmendes Interesse an der Vorgehensweise und den Aktivitäten zum Schulischen Mobilitätsmanagement besteht auch außerhalb des Gesellschaftergebietes, so z. B. bei der Stadt Kassel oder der Stadt Dortmund.

In Synergie mit dem Projekt „Zukunftsfähiger Schülerverkehr im Kreis Offenbach“ wurde auf einer Informationsveranstaltung im Dezember 2010 das Thema und die ivm GmbH als „Kümmerer“ in der Region noch einmal einem breiten Kreis von Vertretern der Gesellschafter sowie weiterer Akteure vorgestellt. Dies diente gleichzeitig als Auftakt zur Vernetzung der Akteure auf regionaler Ebene.

Radroutenplaner Hessen

Der Radroutenplaner Hessen erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Bis Ende des Jahres 2010 wurden 173 Mio. Seitenaufrufe verzeichnet.

Dieser Erfolg ist darauf zurückzuführen, dass der Internetplaner auch auf vielfachen Wunsche der Nutzer kontinuierlich verbessert wird und mit technischen hochstehenden Funktionalitäten aufwarten kann.

Um den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern, wurde der Radroutenplaner auf wichtigen Veranstaltungen vorgestellt:

- Hessentag Stadtallendorf
- Grüne Woche Berlin
- Bike&Business, Frankfurt
- FIT Kreis Offenbach
- Grüngürtel-Fahrradtag
- Radreisemarkt Frankfurt Mobilitätstag TU Darmstadt
- Biken, Fitness, Gesundheit; Rüsselheim
- Europäische Woche der Mobilität in Frankfurt
- Stadtfest Nachhaltige Mobilität, Wiesbaden

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Radroutenplaner Hessen (Fortsetzung)

Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung lagen im Jahr 2010 auf folgende Themen:

- Einarbeiten der erhobenen Radwegoberflächen in den Radroutenplaner
- Ergänzung der Hintergrundkarten um Gebäudeumrisse
- Erfassung und Kennzeichnung von Bahntrassenradwegen
- Animierte Benutzerhilfe
- Erweiterung des RRP um „Fahrradrouten zur Schule“
- Reliefdarstellung in der Karte (Schummerung)
- Statistik über die Art der Wegoberfläche auf der Web-Infoseite
- Routenlogos auf der Karte
- Erstellung i-Phone App für Radroutenplaner Hessen

Meldeplattform Radverkehr

Die im Radroutenplaner Hessen integrierte Meldeplattform Radverkehr ermöglicht es, bauliche und Verkehrssicherheit beeinflussende Mängel für den Radverkehr auf einer digitalen Karte zu verorten und die Meldung mittels eines Mängelkatalogs, ggf. mit digitalen Fotos ergänzt, zu beschreiben. Der zuständige Sachbearbeiter der betroffenen Kommune wird mittels E-Mail über den Meldungseingang informiert. Die eingehenden Meldungen werden über die Plattform verwaltet und auf einer Übersichtskarte dargestellt. Die meldende Person wird über den Eingang der Meldung und ggf. auch über den Bearbeitungsstand informiert.

Die technisch im Jahr 2009 entwickelte internetbasierte Datenbank „Meldeplattform Radverkehr“ wurde von Dezember 2009 bis März 2010 einem ausführlichen Testverfahren unterzogen. An diesem beteiligten sich die acht Kommunen Frankfurt am Main, Offenbach am Main, Darmstadt, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Hofheim am Taunus, Friedrichsdorf und Bad Homburg v.d.Höhe. Für jede dieser Kommunen wurden von ehrenamtlichen Radfahrern testweise Meldungen eingepflegt. Das System wurde bei den Kommunen von Mitarbeitern aus der Verkehrsverwaltung getestet, ihre Anregungen und Erfahrungen geben sie an die ivm GmbH weiter, die so das System weiter optimieren konnte.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Meldeplattform Radverkehr (Fortsetzung)

Das ivm-Projekt „Meldeplattform Radverkehr für die Region Frankfurt RheinMain“ wurde am 26.02.2010 in Essen als „fahrradfreundlichste Entscheidung 2010“ ausgezeichnet. Der Wettbewerb „best for bike – der deutsche Fahrradpreis“ versucht, das positive Image des Radverkehrs zu fördern, indem es mit dem Preis „fahrradfreundlichste Entscheidung“ Projekt auszeichnet, die den Radverkehr in vorbildlicher Weise voranbringen.

Die Anzahl der teilnehmenden Kommunen erhöhte sich im Laufe des Geschäftsjahres 2010 von 41 im April 2010 auf 84 Ende des Jahres.

Im Laufe des Jahres konnten im Dauerbetrieb der Meldeplattform umfangreiche Erfahrungen mit dem System gesammelt werden. Sowohl von Seiten der Melder als auch von Seiten der Bearbeiter bei den Kommunen kamen zahlreiche Anpassungs- und Ergänzungsvorschläge. Diese wurden technisch umgesetzt.

Pendlernetz Weiterentwicklung und Systemwechsel

Im Berufsverkehr sind die Fahrzeuge im statistischen Mittel derzeit mit nur etwas über einer Person besetzt. Die anderen 3 – 4 Mitfahrerplätze bleiben meist ungenutzt. Die Bildung von organisierten Fahrgemeinschaften ist ein Baustein, um den Besetzungsgrad der Fahrzeuge zu erhöhen und somit die Verkehrsbelastung zu verringern und den Schadstoffausstoß zu reduzieren. Darüber hinaus trägt die Förderung von Fahrgemeinschaften zur Mobilitätssicherung im ländlichen Raum bei. Die ivm GmbH stellt daher seit 2004 mit dem Pendlernetz RheinMain ein Angebot zur internetgestützten Fahrgemeinschaftsvermittlung für Berufspendler in der Region Frankfurt RheinMain bereit. Zum 1. Oktober 2010 wurde das Vermittlungsangebot mit einem Systemwechsel zum Pendlertal Hessen (www.pendlerportal.hessen.de) auf ganz Hessen ausgeweitet. Auch grenzüberschreitendes Pendeln nach Rheinland-Pfalz ist mit dem Pendlertal abgedeckt und sämtliche Mitfahrerparkplätze in Hessen sind im Pendlertal integriert. Darüber hinaus ist eine Verknüpfung mit dem ÖPNV vorhanden. Für die Region Frankfurt RheinMain wurden ergänzend zur hessenweiten Suche auf Ebene der Landkreise bzw. kreisfreien Städte lokale Suchportale eingerichtet. Zudem wurde die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Bereich der Fahrgemeinschaftsvermittlung intensiviert.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Zukunftsfähiger Schülerverkehr im Kreis Offenbach

Die Zusammenarbeit mit der KVG Offenbach zur Erarbeitung eines Konzeptes für einen zukunftsfähigen ÖPNV bei der Schülerbeförderung im Kreis Offenbach wurde auch im Jahr 2010 fortgeführt. Ein regelmäßig tagender Runder Tisch und begleitender Fachbeirat wurden erfolgreich auch für den westlichen Teil des Kreises etabliert. Entsprechend dem bisherigen Vorgehen wurde wiederum eine umfassende Befragung zum Verkehrsverhalten in allen weiterführenden Schulen durchgeführt. Die Arbeiten im Ostkreis konnten vollständig abgeschlossen werden. Die Umsetzung konkreter, vor allem infrastruktureller Maßnahmen wird jedoch im Rahmen des Projektes weiter begleitet. Auf einer gemeinsamen Informationsveranstaltung des Kreises Offenbach, der KVG Offenbach sowie der ivm GmbH am 16.12.2010 wurden die bisherigen Ergebnisse des Projektes zusammen mit einem vergleichbaren Projekt des Kreises Bergstraße (ein Impuls aus der Regionalen Kooperation Mobilität und Verkehr Südhessen) den Gesellschaftern präsentiert sowie die Gelegenheit genutzt, einen Auftakt zur stärkeren regionalen Vernetzung der interessierten Akteure im Bereich Schulisches Mobilitätsmanagement zu setzen.

Verkehrsmanagement für Großveranstaltungen

Die ivm GmbH stand 2010 der Stadt Stadtallendorf für die (verkehrlichen) Vorbereitungen zum Hessentag 2010 zur Verfügung. Darüber hinaus unterstützt die ivm GmbH in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung und der Staatskanzlei die Städte Oberursel (Hessentag 2011) und Wetzlar (Hessentag 2012) aktiv in Fragen der Projektorganisation und des Verkehrsmanagements. In beiden Städten gibt es eine Arbeitsgruppe „Verkehr“, in der die ivm GmbH jeweils eine aktive Rolle übernommen hat.

Grundlage für diese Unterstützungstätigkeit ist in allen Fällen der „Leitfaden zum Veranstaltungsverkehr“, den die ivm GmbH für ihre Gesellschafter im Jahr 2007 im Nachgang zur FIFA Fußballweltmeisterschaft erarbeitet hat.

In Ergänzung dazu hat die ivm GmbH die FH Frankfurt beauftragt, Verkehrserhebungen während des Hessentags 2010 in Stadtallendorf durchzuführen und aufzubereiten. Gemeinsam mit den Untersuchungen des Hessentages 2009 in Langenselbold, die analog durchgeführt wurden, können die Ergebnisse als Datengrundlagen für die Planungen weiterer Hessentage und anderer Großveranstaltungen dienen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Park & Ride in Hessen

Die ivm GmbH hat 2007 im Rahmen der Projektgruppe „Staufreies Hessen 2015“ eine landesweite Bestandsaufnahme der Parkangebote an über 600 Stationen des regionalen Schienenverkehrs in Hessen beauftragt. Es wurden unter anderem Informationen zu Lage, Größe, Nutzungsentgelten, zum Verkehrsangebot und zu sonstiger Infrastruktur, zur Barrierefreiheit des Zugangs und zu Parkmöglichkeiten für behinderte Menschen sowie zu Bike + Ride – Anlagen erhoben.

Die so entstandene Datenbank ist Grundlage für eine kartenbasierte Internet-Anwendung, die seit Herbst 2009 unter www.pundr.hessen.de interessierten Pendlern Informationen zum Park + Ride – Angebot an den Haltepunkten des regionalen Schienenverkehrs in Hessen anbietet. Die ivm GmbH hat die Seite über das Jahr 2010 betrieben und inhaltlich gepflegt. Zudem übernimmt die ivm GmbH die Rolle der einzelfallbezogenen Informationsvermittlung zwischen Nutzern und Betreibern.

Zum Ende des Jahres 2010 wurde wiederum aus Mitteln des „Staufreien Hessens 2015“ die Umsetzung eines Konzeptes zur systematischen Datenpflege gestartet: Eine Recherche der Betreiber der Park + Ride – Angebote wurde vorgenommen und eine Abfrage der Datenaktualität (Neue, weggefallene und umgewidmete Angebote, Preisänderungen etc.) bei den Betreibern begonnen, die zukünftig regelmäßig erfolgen soll.

Die Nutzungsstatistik der Plattform zeigt im Verlauf des Jahres 2010 einen Aufwärtstrend – so konnten in einigen Monaten des Jahres bei den Besucherzahlen im Vergleich zum Vorjahresmonat Zuwächse von 50 % festgestellt werden. Täglich wurden in der zweiten Jahreshälfte 2010 im monatlichen Durchschnitt zwischen 550 und 750 Seitenaufrufe registriert.

Dem RMV wird im Monatsturnus der jeweils aktuelle Park + Ride – Datenbankauszug übermittelt, zudem ist die Park + Ride – Datenbank Grundlage einer Untersuchung in Südhessen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMaPlan)

Anlass für den MoMa-Plan ist die Erkenntnis, dass es zukünftig schon allein aus finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, alle geplanten Infrastrukturmaßnahmen in der Region zeitnah zu realisieren. Daher müssen aus der Vielfalt aller in der Region vorgesehener Projekte diejenigen ermittelt werden, die für die ganze Region den höchsten Nutzen haben. Um ein solches Projektbündel herauszuarbeiten, wurde im Jahr 2008 ein Bewertungsmaßstab und ein Bewertungsverfahren entwickelt.

Schwerpunkte der Tätigkeiten im Jahr 2010 waren:

- Diskussion der Projektergebnisse im Fachbeirat zum MoMa-Plan
- Beschreibung von Maßnahmen des Mobilitäts- und Verkehrsmanagements als wesentliche Bausteine zur Sicherung und Verbesserung der Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain
- Prüfung der Bewertungsergebnisse
- Erstellung eines Schlussberichts
- Diskussion des Entwurfs des Schlussberichts
- Vorstellung des Entwurfs des Schlussberichts im Aufsichtsrat der ivm

Die Aktivitäten für die Erstellung eines Mobilitätsmasterplans für die Region Frankfurt RheinMain werden im Jahr 2011 fortgesetzt.

Anwendungshandbuch VDRM

Ziel des Projekts ist es, die Verkehrsdatenbasis Frankfurt RheinMain VDRM als regionales Verkehrsmodell und als Grundlage lokaler verkehrlicher Anwendungen zu unterstützen. Lokale Modellanwendungen sollen dabei von den bereits vorhandenen Inhalten der VDRM profitieren. Der Aufwand zur Erstellung dieser lokalen Modelle soll damit reduziert werden und gleichzeitig die Kompatibilität zum regionalen Modell und damit auch die Akzeptanz der Ergebnisse verbessert werden. Gleichfalls soll die regionale VDRM durch die Grundlagen und die Ergebnisse der lokalen Anwendungen kontinuierlich weiterentwickelt werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Anwendungshandbuch VDRM (Fortsetzung)

Um diese koordinierte Entwicklung zu unterstützen, soll mit diesem Projekt ein Gesamtkonzept für die Entwicklung lokaler Modelle auf Grundlage der VDRM entwickelt werden. Dieser Leitfaden, der auf einen Wunsch der Gesellschafter im Workshop „Datenmanagement“ zurückgeht, soll gewährleisten, dass der erforderliche Austausch von Grundlagedaten und Ergebnissen technisch möglich ist.

Darüber hinaus sollen mit dem Projekt die grundsätzlichen Aufgaben (z.B. zentrale Netzverwaltung) der ivm GmbH im Zusammenspiel regionaler und lokaler Anwendungen definiert werden. Ziel ist es dabei, organisatorische und technische Strukturen zu schaffen, die möglichst flexibel auf sich ändernde Prozesse und Anforderungen reagieren können.

Die Inhalte des Handbuchs orientieren sich im Wesentlichen an realen Projekten und Prozessen zur Erstellung lokaler Anwendungen auf Grundlage der VDRM und dem Austausch zwischen regionalen und lokalen Anwendungen. Diese Prozesse können im Rahmen der Vorhabensbeschreibung vorab nur teilweise definiert werden und sollen daher im Rahmen realer Projekte entwickelt werden. Dabei wurden folgende Schwerpunkte definiert:

- Beschreibung erforderlicher Arbeitsprozesse zur Anpassung der regionalen VDRM
- Erstellung einer Anwendungsrichtlinie zur Standardisierung der Arbeitsprozesse
- Definition von Prozessen zur Qualitätssicherung und Dokumentation

Die Auftragsvergabe erfolgte 2007. Erste Prozessanalysen sowie die Definition der Anforderungen aus realen Projekten wurden in 2007 abgearbeitet. Der Abschluss des Projektes war ursprünglich für 2008 geplant. Aufgrund der Verzögerungen bei der Fertigstellung der VDRM und der entsprechend verzögerten Anwendung der VDRM in konkreten Verkehrsuntersuchen, konnte das Projekt 2010 jedoch nicht vollständig abgeschlossen werden. Es ist vorgesehen, das vorliegende Handbuch noch um einen realen Anwendungsfall zu ergänzen und das Handbuch im Jahr 2011 fertig zu stellen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2010 (auszugsweise) (Fortsetzung)

Entwicklung von Strategien zur Luftreinhaltung am Beispiel der Stadt Offenbach

Durch die Einführung von Umweltzonen versuchen die Städte, ihrer Verpflichtung zum Handeln nachzukommen, wenn die Grenzwerte der Umweltbelastung überschritten werden. Während bisher die Feinstaubbelastung im Vordergrund der Maßnahmen stand, richtet sich jetzt die Aufmerksamkeit überwiegend auf die NO_x-Belastungen. Ziel des Projektes ist es, den Nachweis zu führen, dass durch verkehrstechnische Maßnahmen die Luftbelastung signifikant reduziert werden kann. Hierfür ist es notwendig, durch eine geeignete Messmethodik die Veränderungen der Luftbelastung nachweisen zu können.

Das Projekt umfasst die Darstellung des Standes der Wissenschaft, ein Konzept zur Durchführung der Messungen, die Messungen selbst und deren Auswertung sowie die Empfehlung von Maßnahmen zur Reduzierung der Luftbelastung einschließlich des Nachweises der Wirkungen. Am Ende wird eine Strategie entwickelt, wie aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse durch verkehrstechnische Maßnahmen die Ziele der Luftreinhaltung erreicht werden können.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Effektivität von Maßnahmen zur Beeinflussung des Verkehrs maßgeblich von den meteorologischen Randbedingungen abhängt. Daher sind situationsabhängige Eingriffe in den Verkehr am wirkungsvollsten. Die Reduktionspotenziale konnten nachgewiesen werden, allerdings reichen die verkehrstechnischen Maßnahmen alleine nicht aus, um die Jahreshrenzwerte an den neuralgischen Punkten einzuhalten.

Projekte 2011 – Vorschau (auszugsweise)

Intermodaler Verkehrsknoten Flughafen Frankfurt Main:

Das Projekt wurde im Jahr 2008 beauftragt und wird voraussichtlich Ende 2011 mit einer Schwachstellenanalyse abgeschlossen.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem RMV und dem HLSV realisiert.

Rhein-Main-Mobilitätspanel – Kohorte 2008

Im Rahmen des Projektes erfolgte bereits im Herbst 2008, 2009 und 2010 eine Haushaltsbefragung. Das Projekt wird im Frühjahr 2011 mit der Übergabe des Schlussberichts und der Befragungsdaten abgeschlossen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2011 – Vorschau (auszugsweise) (Fortsetzung)

RheinMain-Mobilitätspanel – Kohorte 2009

Im Rahmen des Projektes erfolgte im Herbst 2009 eine erste Befragung von 500 Haushalten. Die angeworbenen Haushalte wurden im Herbst 2010 erneut befragt. Die dritte und letzte Befragung erfolgt im Herbst 2011. Das Projekt wird im Frühjahr 2012 mit der Übergabe des Schlussberichts und der Befragungsdaten abgeschlossen.

Wirkungen von Mobilitätsmanagement auf Verkehr und Umwelt

Nach der Feststellung der grundsätzlichen Machbarkeit soll auf Basis der erfassten Datenverfügbarkeit und -qualität und ersten Beispielrechnungen für das Anwendungsspektrum des Betrieblichen Mobilitätsmanagements im Jahr 2011 eine konkrete Umsetzung der Wirkungsabschätzung in einem Teilraum der Region ggf. vor dem Hintergrund aktueller planerischer Fragestellungen, erfolgen. Bei Erfolg sollen, ggf. auch nach Ende 2011, als weitere Schritte die räumliche Übertragung des Ansatzes für das Betriebliche Mobilitätsmanagement sowie die Ausweitung auf andere Teilbereiche des Mobilitätsmanagement erprobt werden.

Regionaler Aktionsplan Mobilitäts- und Verkehrsmanagement

Mit dem regionalen Aktionsplan Mobilitäts- und Verkehrsmanagement sollen die im Mobilitätsmasterplan für die Region Frankfurt Rheinmain (MoMa-Plan) aufgezeigten Ansätze des Mobilitäts- und Verkehrsmanagement weiter konkretisiert werden.

Der regionale Aktionsplan Mobilitäts- und Verkehrsmanagement soll die Grundlage für eine koordinierte Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Bereich des Mobilitätsmanagements in der Region Frankfurt RheinMain schaffen. Neben einer Dokumentation des Status Quo werden die Maßnahmen zeitlich und inhaltlich koordiniert. Der Aktionsplan bildet einen regionalen strategischen Rahmen und gibt Hinweise und Empfehlungen für die Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Mobilitäts- und Verkehrsmanagement.

Um auch kleineren und mittleren Städten und Gemeinden die Einführung und Umsetzung zu erleichtern, soll eine Strategie für die Umsetzung eines regionalen Mobilitätsmanagementansatzes aufgezeigt werden. Die ivm GmbH kann hier vor allem die Aufgaben der Moderation, Koordination, Umsetzungsbegleitung und des Wissenstransfers übernehmen. Mit der Regionalen Koordinierungsstelle Mobilitätsmanagement hat die ivm GmbH diese Aufgaben bereits heute inne. Der regionale Aktionsplan bildet somit die Klammer über die bisherigen Projekte und Maßnahmen.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2011 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Schulisches Mobilitätsmanagement

Für das Jahr 2011 ist die Fortsetzung der bisherigen Arbeiten sowie die Ansprache und Kooperation weiterer Gesellschafter vorgesehen. Unter anderem wird im Rheingau-Taunus-Kreis angestrebt, das Thema dauerhaft auf der Ebene des Kreises zu verankern. In der Stadt Hanau wird ab Januar gemeinsam mit den Schulen vor Ort an der Umsetzung des vorgelegten und im politischen Raum diskutierten Konzeptes für den Bereich Nordwest/Lortzingstraße gearbeitet. In der Stadt Offenbach am Main wird im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes das Netzwerk weiter aufgebaut und an zwei auszuwählenden Pilotschulen konkrete Maßnahmen umgesetzt. Die Sicherheit auf dem Schulweg ist Schwerpunktthema in der Wetterau. Dort soll insbesondere die Situation an der IGS Konradsdorf als gemeinsame Schule von Ortenberg, Glauburg und Ranstadt im Zuge größerer Infrastrukturmaßnahmen exemplarisch verbessert werden. Die verbliebenen Arbeiten aus dem Projekt zur Schülerbeförderung im Kreis Offenbach werden nun im Rahmen dieses Projektes weiterhin begleitet. Eine erste Übertragung dieses Vorhabens ist für den Landkreis Groß-Gerau geplant, wofür ebenfalls eine Begleitung durch die ivm GmbH sichergestellt ist. Die Kooperation mit der Unfallkasse Hessen soll mit dem Schwerpunktthema „Mit dem Rad zur Schule“ fortgesetzt werden, ebenso die Vernetzung und der Informationsaustausch mit der Landesverkehrswacht sowie der Abteilung Schule und Gesundheit des Hessischen Kultusministeriums. Zur Stärkung der Vernetzung und Kooperation auf regionaler Ebene ist die zukünftige regelmäßige Veranstaltung eines regionalen Arbeitskreises Mobilitätsmanagement mit Schwerpunkt Schule vorgesehen.

Radroutenplaner Hessen

Folgende Weiterentwicklungen im Radroutenplaner Hessen sind für 2011 geplant:

- Verknüpfung der Radroutenplaner von Hessen und Thüringen
- Erstellung eines Rundtourenplaners
- Anzeige einer „Tour des Monats“
- Einstellmöglichkeit für Routenfotos
- Erweiterung Schüler-Radroutennetz
- Anzeige Höhenprofil für Gesamtroute
- Radroutenplaner-App für ANDROID-Handy-Betriebssystem

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2011 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Meldeplattform Radverkehr

Bis zum 31.12.2010 haben sich 84 Kommunen aus der Region für eine Teilnahme an dem System angemeldet. Die ivm GmbH wird als Moderator des Systems den Kommunen für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Auf der Grundlage dieser Anregungen wird das System bei Bedarf ggf. weiter optimiert. Das System soll für alle 426 Kommunen in Hessen und damit landesweit angeboten werden.

Die eingehenden Meldungen werden einer statistischen Auswertung unterzogen, um die Akzeptanz des Systems zu prüfen und um Hinweise auf strukturelle Defizite im Bereich der Radwege und des Radroutennetzes zu erhalten.

Pendlerportal Weiterentwicklung und Vermarktungskonzept

Es ist vorgesehen, das Pendlerportal Hessen um weitere lokale Suchportale zu ergänzen, geplant sind Portale für die Region Nordhessen, die Region Mittelhessen, den Landkreis Marburg-Biedenkopf sowie den Landkreis Fulda. Ebenfalls wird eine neue Veranstaltungskomponente des Pendlerportals realisiert, welche insbesondere die Vermittlung von Fahrgemeinschaften bzw. Mitfahrgelegenheiten zu den jährlich stattfindenden Hessentagen ermöglicht. Darüber hinaus soll die Kommunikation des neuen Angebotes weitergeführt und ausgeweitet werden, indem etwa die Integration der Suchmaske des Pendlerportals in andere Webseiten (z.B. kommunale Webseiten, betriebliches Intranet) verstärkt umgesetzt wird.

Verkehrsmanagement für Großveranstaltungen

Die ivm GmbH wird bei den Vorbereitungen zu den Hessentagen in Stadtallendorf, Oberursel, Wetzlar und ggf. Vellmar und Bensheim (2011, 2012, 2013, 2014) weiterhin koordinierende Funktionen wahrnehmen und die Städte aktiv unterstützen. Die ivm GmbH kann in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus vergangenen Hessentagen weitergeben, die in den Planungen berücksichtigt werden können.

Mobilitätsmasterplan Region Frankfurt RheinMain (MoMaPlan)

Die Aktivitäten für die Erstellung eines Mobilitätsmasterplans für die Region Frankfurt RheinMain werden im Jahr 2011 fortgesetzt.

Die Ergebnisse des Projekts sollen veröffentlicht werden. Es ist eine regionale Fachveranstaltung im Sommer 2011 geplant, in der Ergebnisse und Hintergründe des Projektes vorgestellt und diskutiert werden.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Projekte 2011 - Vorschau - (auszugsweise) (Fortsetzung)

Anwendungshandbuch VDRM

Die in 2007 beauftragten Leistungen sollen im Lauf des Jahres 2011 beendet werden. Das Projekt soll mit der Bereitstellung eines Handbuchs, in dem die wichtigsten Untersuchungsergebnisse zusammengestellt werden, abgeschlossen werden. Anschließend muss über die weitere Nutzung und die Weiterentwicklung des Handbuchs entschieden werden.

Entwicklung von Strategien zur Luftreinhaltung am Beispiel der Stadt Offenbach

Die Stadt Offenbach will die in der Untersuchung konkret vorgeschlagenen Maßnahmen an zwei Punkten umsetzen. Unabhängig davon liegt ein Vorschlag der TU Darmstadt vor, in dem eine Gesamtstrategie für ein abgegrenztes Gebiet der Stadt entwickelt werden soll. Es ist vorgesehen, in einem ersten Schritt die Grundlagen für die Entwicklung der Gesamtstrategie zu erarbeiten, um dann in einer weiteren Bearbeitungsphase die Wirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen über ein Simulationsmodell zu ermitteln.

Die weitere Vorgehensweise wurde inzwischen mit der Stadt Offenbach abgestimmt. Sobald das überarbeitete Angebot der TU Darmstadt vorliegt und die anteilige Finanzierung durch die Stadt geklärt ist, wird die erste Phase des Projektes vergeben werden können.

Ausblick auf die künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der Entwicklung des Unternehmens

Die Projektarbeit wird auch in 2011 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Mobilitätsmanagement, aufbauen. Mit dem vorgesehenen Beitritt der RMV GmbH als Gesellschafterin der ivm GmbH wird die Zusammenarbeit weiter vertieft und die Aktivitäten in Verbindung mit dem House auf Logistics and Mobility verstärkt.

Im Bereich Mobilitätsmanagement will die ivm GmbH weiterhin auf den bewussten Umgang mit den Mobilitätsangeboten in der Region Frankfurt RheinMain Einfluss nehmen. So betreibt die ivm GmbH regionale Beratungs- und Informationsangebote wie beispielsweise das Pendlerportal, den Radroutenplaner und das PARK + RIDE und P+M-Auskunftssystem. Sie fördert außerdem die Entwicklung neuer Angebotsformen wie beispielsweise flexible Mitnahmeverkehre. Einer der Schwerpunkte in 2011 ist die Entwicklung eines personalisierten Mobilitätslotsen.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

**Ausblick auf die künftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der Entwicklung
des Unternehmens (Fortsetzung)**

Die ivm GmbH trägt kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt. Durch Fehlen der unternehmerischen Eigenschaft und der damit nicht vorhandenen Risiken ergeben sich auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen für die Gesellschaft, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen.

Bei Abschluss von Verträgen im bestehenden Budgetrahmen wird ebenfalls kein Risiko für die zukünftige Entwicklung gesehen.

Es gibt keine Vorgänge besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

L. Bilanz

	2010	2009	Verände- rung in €	2008
Aktiva	in €	in €		in €
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- EDV-Software	206.108	63.766	142.342	354.947
- Geleistete Anzahlungen	0	61.360	-61.360	35.700
Immaterielle Vermögensgegenstände	206.108	125.126	80.982	390.647
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	59.202	54.029	5.173	54.526
Sachanlagen	59.202	54.029	5.173	54.526
	265.310	179.155	86.155	445.173
- Forderungen gegen kommunale Aufgabenträger	30.266	126.697	-96.432	46.404
- Forderungen gegen das Land Hessen	0	0	0	88.821
- Sonstige Vermögensgegenstände	5.084	10.144	-5.060	10.780
	35.350	136.842	-101.492	146.004
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	690.831	635.010	55.820	528.978
Umlaufvermögen	726.181	771.852	-45.671	674.982
Rechnungsabgrenzungsposten	38.593	24.007	14.586	10.494
	1.030.084	975.014	55.070	1.130.649
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	241.000	241.000	0	241.000
Eigenkapital	241.000	241.000	0	241.000
Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	265.310	179.155	86.155	445.173
- Sonstige Rückstellungen	37.847	33.448	4.399	31.193
Rückstellungen	37.847	33.448	4.399	31.193
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	453.019	489.413	-36.395	359.314
- Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	19	20	-1	0
- Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Hessen	0	20	-20	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	32.889	31.958	931	30.416
Verbindlichkeiten	485.927	521.411	-35.484	389.729
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	23.554
	1.030.084	975.014	55.070	1.130.649

**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement
Region Frankfurt RheinMain), Frankfurt am Main**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	1.000.001	999.980	975.932
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	940.000	999.980	1.263.821
Erträge aus Projektförderung	457.554	488.343	429.127
Zuwendungen	2.397.555	2.488.303	2.668.880
Sonstige betriebliche Erträge	20.476	21.968	12.348
Gesamtleistung	2.418.031	2.510.271	2.681.228
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.136.973	1.548.856	1.719.704
Rohergebnis	1.281.058	961.415	961.524
Personalaufwand			
- Gehälter	633.821	560.121	519.641
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	130.052	105.465	109.760
	763.873	665.586	629.401
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen	152.362	311.396	328.308
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	152.362	311.396	328.308
Zuführung zum Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	238.517	45.378	94.483
Sonstige betriebliche Aufwendungen	282.506	258.796	251.098
Betriebsergebnis	-3.839	-8.346	-13.458
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.107	8.366	13.766
Finanzergebnis	4.107	8.366	13.766
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	268	20	308
Sonstige Steuern	268	20	308
Summe Steuern	268	20	308
Jahresüberschuss	0	0	0

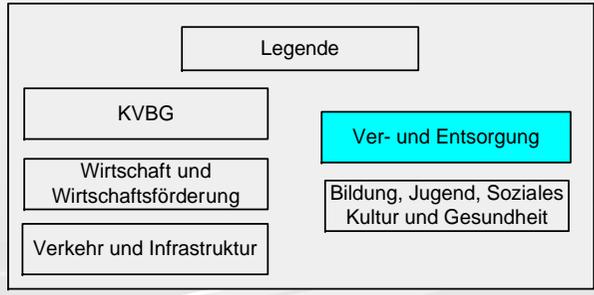
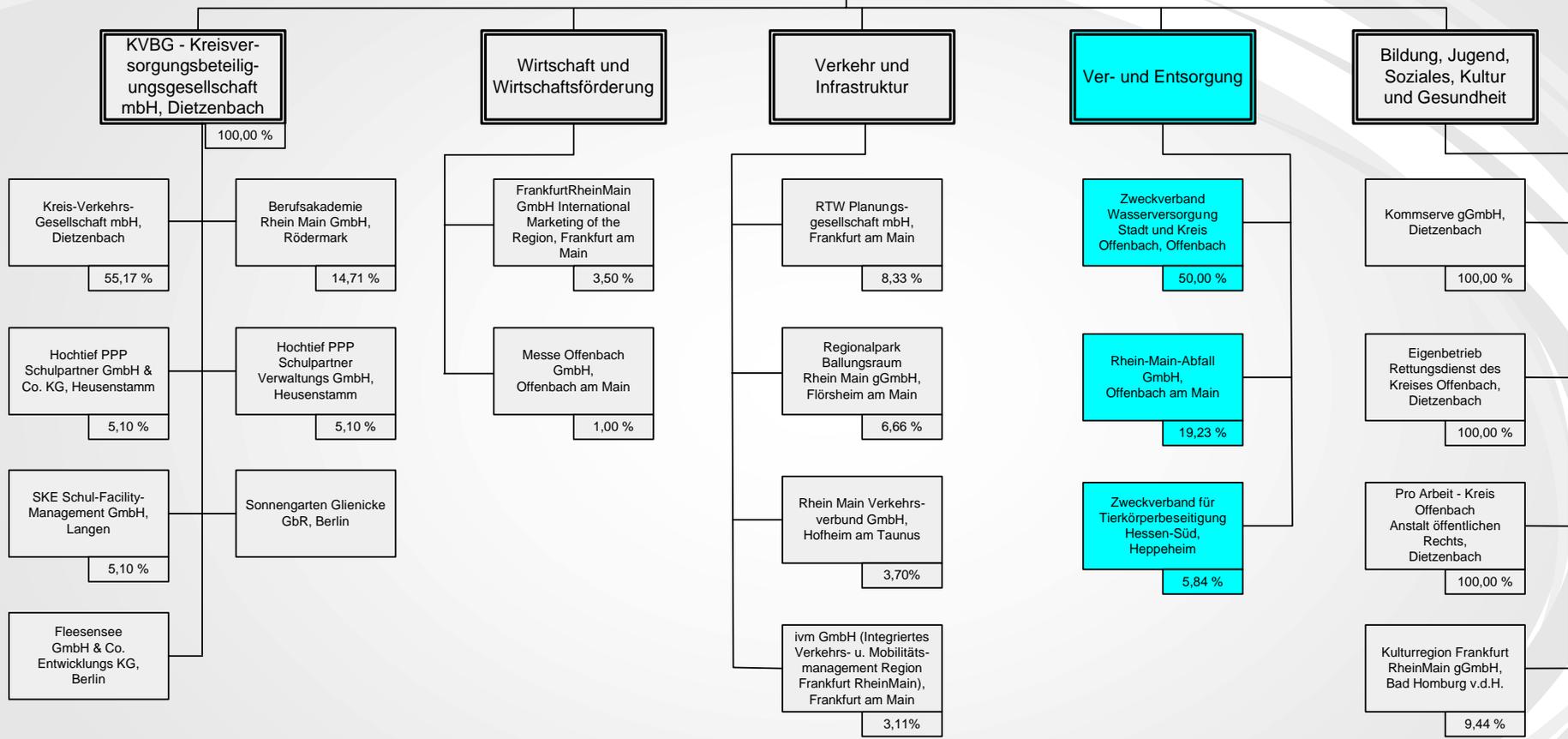
Ver – und Entsorgung

Beteiligungen - Ver- und Entsorgung -

Stand:
31.12.2010

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Kreis Offenbach



Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

Der gemeinsam von der Stadt und dem Kreis Offenbach im Jahr 1965 gegründete Zweckverband Wasserversorgung (ZWO) nahm am 01.01.1970 seine Tätigkeit auf und besteht somit seit mehr als 40 Jahren.

Die Bedeutung des Zweckverbandes für eine sichere und reibungslose Versorgung von mehr als 300.000 Einwohnern im Versorgungsgebiet mit Wasser war in der Vergangenheit vielen Einwohnerinnen und Einwohnern im Verborgenen geblieben. Erst in der jüngeren Vergangenheit hat sich die wichtige und komplexe Versorgungsaufgabe des Zweckverbandes in der Bevölkerung „herumgesprochen“, dies nicht zuletzt aufgrund einer starken Ausweitung der Präsenz in der Öffentlichkeit.

Zum Versorgungsgebiet des ZWO gehören die Stadt Offenbach sowie die meisten Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach (bzw. die zuständigen Stadtwerke). Ferner werden die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau und die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg mit Wasser beliefert. Aufgrund eigener Versorgungsanlagen der Städte Dreieich, Langen, Mühlheim und Neu-Isenburg werden diese bzw. deren Stadtwerke seitens des ZWO mit vertraglich vereinbarten Wasserliefermengen teilversorgt.

Die Verteilung des Wassers an Haushalte und Gewerbe in den Kommunen gehört hingegen nicht zu den Aufgaben des ZWO; dies obliegt den jeweiligen Städten und Gemeinden bzw. deren Versorgungsunternehmen.

Der weitaus größte Teil des geförderten und abgegebenen Wassers stammt aus eigenen Brunnen der insgesamt sechs Wasserwerke des ZWO in Seligenstadt, Rodgau und Heusenstamm.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

Anschrift	Am Wasserwerk 1, 63110 Rodgau
Telefon	06106/6995-0
Telefax	06106/6995-60
E-Mail	info@zwo-wasser.de
Internet	www.zwo-wasser.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gem. § 9 KGG
Gründungsdatum	1965
Stammkapital	2.500.000,00 €
Verbandssatzung	Im Berichtsjahr galt die gemäß § 9 KGG erlassene Satzung des Zweckverbandes Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach vom 9. März 1977, zuletzt geändert am 09. Dezember 2008.
Handelsregistereintrag	HR 9671 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

C. Organe des Verbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Paul Scherer
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Erich Strüb
Mitglied	Herr Udo Alt
-----,,-----	Herr Michael Bald
-----,,-----	Herr Hans-Peter Bicherl
-----,,-----	Herr Edmund Flößer
-----,,-----	Herr Peter Freier
-----,,-----	Herr Michael Rickert
-----,,-----	Herr Norbert Schultheis
-----,,-----	Herr Rolf Wenzel

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz der Verbandsversammlung wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für die Verbandsversammlung betrug insgesamt € 9.419,35

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes (Stand 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Albert von Rockenthien
Stellvertretender Vorsitzender	Herr Peter Walter bis 10.05.2010
-----,,-----	Herr Clemens Jäger ab 17.06.2010
Mitglied	Frau Claudia Bicherl ab 10.05.2010
-----,,-----	Herr Gerd Hibbeler
-----,,-----	Herr Wilfried Jungbluth
-----,,-----	Herr Hermann Schoppe

Der Vorsitz sowie stellvertretende Vorsitz des Verbandsvorstandes wechselt jährlich.

Die Aufwandsentschädigung für den Vorstand betrug insgesamt € 9.969,60

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

C. Organe des Verbandes (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Bernd Petermann

Bei der Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers wird von der Möglichkeit der Nichtangabe nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

D. Mitglieder

Mitglieder	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	50,00	1.250.000,00
Stadt Offenbach	50,00	1.250.000,00
	100,00	2.500.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 39 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) haben die Gemeinden in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Die Gemeinden können die Verpflichtung zur Wasserversorgung nach § 39 Abs. 1 HWG auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts oder auf private Dritte übertragen oder sich dieser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bedienen; sie können dabei auch Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden und öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen.

Ein Zweckverband gemäß den Bestimmungen des Hessischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist keine wirtschaftliche Betätigung. Aufgrund dieses Sachverhaltes ist die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	11.423.867	12.707.478	12.830.663

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	12.707.478
Zunahmen	0
Abnahmen	1.283.611
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	11.423.867

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Verbandsaufgabe

Aufgabe des Verbandes ist die Beschaffung von Wasser, die Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung einschließlich Errichtung und Betrieb von Wassergewinnungs- und -fortleitungsanlagen. Der Zweckverband kann Arbeiten an örtlichen Verteilernetzen sowie Betriebs- und Geschäftsführungsaufgaben jeweils gegen Entgelt übernehmen. Außerdem kann der Zweckverband weitere Aufgaben auf dem Gebiet der Wasserversorgung und der Abwasserversorgung durchführen, soweit ihm diese Aufgaben von einem Verbandsmitglied übertragen werden.

Das vom Zweckverband geförderte oder bezogene Wasser wird an Verbandsmitglieder oder andere Träger der öffentlichen Wasserversorgung zu einem Preis abgegeben, in dem eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (kalkulatorische Verzinsung des Eigenkapitales) angesetzt werden kann. Mit Zustimmung der Verbandsversammlung kann Wasser auch an Dritte zu gesondert festgelegten Bedingungen abgegeben werden. Zurzeit werden neben der Stadt Offenbach die meisten Städte und Gemeinden des Kreises (bzw. die zuständigen Stadtwerke) sowie die Gemeinde Messel im Kreis Darmstadt-Dieburg und die Stadtteile Steinheim und Klein-Auheim der Stadt Hanau beliefert. Von den Gemeinden des Kreises Offenbach werden nicht vom Verband versorgt die Stadt Rödermark und nur teilweise die Städte Rodgau, Mühlheim, Dreieich, Langen und Neu-Isenburg.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

2010 betrug der Wasserverkauf 18,127 Mio. m³. Er lag damit geringfügig über dem Verbrauch des Vorjahres (18,102 Mio. m³). Für 2011 wird ein Wasserverkauf von 18,0 Mio. m³ prognostiziert. Der Wasserverkaufspreis für 2010 beträgt endgültig 45,00 Cent/m³, im Vorjahr waren es 47,00 Cent/m³ zuzüglich MwSt. Der vorläufige Wasserpreis für das Jahr 2011 ist auf 48,0 Cent/m³ zuzüglich MwSt. festgesetzt worden.

Das 2010 abgegebene Wasser stammt mit 17,126 Mio. m³ (94,5 %) aus eigenen Brunnen im Verbandsgebiet. Darüber hinaus wurden vom Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg 1,001 Mio. m³ (5,5 %) bezogen. In den Jahren 2011-2013 wird bei normalen Witterungsbedingungen mit einem jährlichen Wasserverkauf von ca. 18,0 Mio. m³ gerechnet.

Zweckverband Wasserversorgung Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Darstellung des Geschäftsverlaufes (Fortsetzung)

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Durch ein Feuer in einem Wohngebäude auf dem Gelände des WW Hintermark wurden alle Wohnungen unbewohnbar. Nach Schätzung der Brandversicherung hätten sich die Kosten für die Wiederherstellung des Zustandes wie vor dem Brand auf ca. 65.000 € belaufen und wären von der Versicherung übernommen worden. Eine Sanierung nach den neuesten Vorschriften zum Wärmeschutz und der Energieeffizienz hätten demgegenüber Kosten von über 250.000 € verursacht. Diese Kosten hätten einen Mietpreis zur Folge gehabt, der auf dem Werksgelände nicht zu erzielen gewesen wäre. Es wurde daher beschlossen, das Gebäude abzureißen.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Risikofrüherkennung

Zur Früherkennung von Risiken wurde ein Risikohandbuch erarbeitet, das allen aktiv am Risikomanagement beteiligten Mitarbeitern den Prozess des implementierten Risikomanagements verdeutlicht. Ferner soll es den Mitarbeitern helfen, die mit der Prozesseinbindung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen erfolgreich zu bewältigen. Das Risikohandbuch stellt einen internen Leitfaden für das Risikomanagement dar und dient im Einzelnen zur:

- Beschreibung der Bedeutung der frühzeitigen Erkennung von Risiken für das Unternehmen
- Definition von Risikofeldern
- Darstellung der Methodik für die Risikoidentifizierung und –bewertung
- Festlegung von Verantwortlichkeiten innerhalb des Risikomanagements
- Regelung der Risikoverfolgung und Risikoberichterstattung
- Darstellung der wesentlichen Kontrollmechanismen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Voraussichtliche Entwicklung

Der ZWO bleibt in seiner Verbandsstruktur bestehen und hat zum 01.01.2008 zur Modernisierung die Verbandssatzung geändert. Der ZWO hat die Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden intensiviert und kooperiert verstärkt mit dem ZVG Dieburg. Mit dem Abwasserverband Schleifbach wurde eine Einkaufskooperation zur Beschaffung von Strom gebildet. Im Laufe dieses Jahres wird der ZWO vom Abwasserverband die Personalverwaltung inklusive Entgeltabrechnung übernehmen. Die Energieversorgung Offenbach AG (EVO) hat zum 01.01.2010 die Pflege und Wartung des Fuhrparks des ZWO probeweise übernommen. Nach positivem Verlauf der Probephase wird die Zusammenarbeit fortgesetzt. Eine Vereinbarung über die Übertragung von Laboruntersuchungen der EVO an das Labor des ZWO ist nicht zustande gekommen.

Mit dem Land Hessen, vertreten durch das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, wurde ein Vertrag über die Aufgabenübertragung der integrierten gewässerschutzorientierten Beratung zur Minimierung diffuser Einträge gemäß der Zielsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Maßnahmenraum Untermainebene abgeschlossen. Der Vertrag läuft über zwei Jahre bis zum 31.12.2012. Vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist beabsichtigt, den Vertrag fortzuführen.

Die Versorgung mit Trinkwasser durch den ZWO wurde durch die Erteilung neuer Wasserrechte mit entsprechend langen Laufzeiten für die Zukunft abgesichert. Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser als Aufgabe der Daseinsvorsorge kann damit auch künftig durch den ZWO zuverlässig durchgeführt werden.

Wasserlieferungs- und Wasserbezugsverträge

Der im Jahr 2005 mit der Hessenwasser GmbH & Co. KG abgeschlossene Vertrag über die Lieferung von 500.000 m³ Trinkwasser wurde wegen der stetig zurückgehenden Verkaufsmengen zum Ablaufdatum 31.12.2009 gekündigt. Mit dem Zweckverband Gruppenwasserwerk Dieburg wurde dagegen zum 01.01.2010 ein neuer Vertrag über die jährliche Liefermenge von 1.000.000 m³ mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2014 abgeschlossen.

Die Liefermenge 2010 betrug:

Gruppenwasserwerk Dieburg 1.000.736 m³

Die Kosten für den Wasserbezug beliefen sich auf 460.339 €

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
	in €	in €	rung in €	in €
Aktiva				
Immaterielle Vermögensgegenstände	257.142	224.753	32.389	161.395
Grundstücke mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	4.723.846	4.710.581	13.265	2.816.506
Grundstücke mit Wohnbauten	32.730	33.418	-688	36.482
Grundstücke ohne Bauten	287.892	287.892	0	287.892
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	154.012	157.157	-3.145	0
Gewinnungs- und Bezugsanlagen	3.468.463	3.019.203	449.260	3.308.044
Verteilungsanlagen	4.232.760	4.252.281	-19.521	4.775.809
Betriebs- und Geschäftsausstattung	757.389	743.741	13.648	599.864
Anlagen im Bau	777.906	1.151.323	-373.417	1.582.642
Sachanlagen	14.434.997	14.355.596	79.402	13.407.239
Sonstige Ausleihungen	0	1.221	-1.221	2.506
Finanzanlagen	0	1.221	-1.221	2.506
Anlagevermögen	14.692.139	14.581.570	110.569	13.571.140
Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	377.621	391.618	-13.996	380.975
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	206.947	752.180	-545.233	765.202
Sonstige Vermögensgegenstände	155.043	285.106	-130.063	192.390
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	361.990	1.037.286	-675.296	957.591
Guthaben bei Kreditinstituten	842.089	1.236.297	-394.209	2.222.141
Umlaufvermögen	1.581.700	2.665.201	-1.083.501	3.560.708
Sonstige Abgrenzungsposten	4.005	3.658	347	3.946
Rechnungsabgrenzungsposten	4.005	3.658	347	3.946
	16.277.844	17.250.429	-972.585	17.135.794

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	2009	Verände-	2008
	in €	in €	rung in €	in €
Passiva				
Stammkapital	2.500.000	2.500.000	0	2.500.000
Rücklagen	98.347	98.347	0	98.347
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	411.407	144.916	266.491	2.160
Jahresgewinn/-verlust	292.691	266.491	26.200	142.757
Eigenkapital	3.302.445	3.009.754	292.691	2.743.263
Sonderposten für Investitionszuschüsse zu den Sachanlagen	513.239	563.441	-50.202	401.166
Rückstellung für Pensionsverpflichtungen	502.088	495.294	6.794	500.743
Steuerrückstellungen	66.727	34.811	31.916	160.544
Sonstige Rückstellungen	469.478	439.651	29.827	499.414
Rückstellungen	1.038.293	969.756	68.537	1.160.701
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.938.036	12.153.721	-1.215.684	12.421.486
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	430.365	482.429	-52.064	353.818
Sonstige Verbindlichkeiten	55.465	71.329	-15.863	55.359
Verbindlichkeiten	11.423.867	12.707.478	-1.283.611	12.830.663
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	16.277.844	17.250.429	-972.585	17.135.794

**Zweckverband Wasserversorgung
Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	8.489.329	8.738.848	8.578.128
Andere aktivierte Eigenleistungen	171.669	183.105	63.367
Sonstige betriebliche Erträge	272.817	254.740	296.634
	8.933.815	9.176.694	8.938.129
Materialaufwand			
- für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe	879.288	1.145.331	1.149.936
- für bezogene Leistungen	1.339.720	1.373.605	1.523.599
	2.219.008	2.518.935	2.673.535
Personalaufwand			
für Löhne und Gehälter	3.181.198	3.123.465	3.034.952
für Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	953.720	924.849	863.976
	4.134.918	4.048.313	3.898.928
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	1.126.458	1.325.686	1.173.772
Sonstige betriebliche Aufwendungen	540.850	534.970	545.661
	8.021.234	8.427.905	8.291.897
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und aus sonstigen Finanzanlagen	30	96	159
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.231	19.483	52.395
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	493.166	534.721	485.617
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	443.677	233.647	213.168
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	138.385	-46.949	59.062
Sonstige Steuern	12.601	14.105	11.349
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	292.691	266.491	142.757

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Die RMA GmbH ist ein regionales Unternehmen der Abfallwirtschaft mit Sitz in Offenbach und wurde im Zuge der Neuordnung der Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet am 21.12.1998 gegründet. Der Kreis Offenbach ist einer der Gründungsgesellschafter.

Die bis zum 31.12.1998 beim Umlandverband Frankfurt liegende öffentlich-rechtliche Entsorgungspflicht nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) wurde mit Wirkung vom 1.1.1999 allen Gesellschaftern der RMA rück übertragen. Die RMA ist die Dachorganisation, die als geeigneter Dritter im Sinne von § 16 des KrW-/AbfG für die Gesellschafter tätig wird und so die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen steuert. Zur Abfallbeseitigung besitzt die RMA einen Generalentsorgungsauftrag. Die RMA betreibt selbst keine eigenen Entsorgungsanlagen; zur Entsorgung stehen ihr jedoch die Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt (Frankfurt), das Müllheizkraftwerk Offenbach, die Deponie Flörsheim Wicker und die Abfallumladeanlage im Frankfurter Osthafen zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsgebiet der RMA fallen pro Jahr (2010) – mit dem Aufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden - etwa 490.000 Tonnen Haus- und Gewerbeabfälle an.

Zu den Hauptaufgaben der RMA gehören

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Nutzung vorhandener regionaler Abfallentsorgungseinrichtungen
- Abfallmengen- und Abfallwirtschaftsplanung
- Festlegung von Entsorgungsstandards und der Berechnung der Entgelte sowie der wesentlichen Inhalte der Abfallsatzungen

Die Gesellschafter der RMA haben sich verpflichtet

- alle Möglichkeiten der Abfallvermeidung auf regionaler Ebene zu nutzen
- bei der Abfallverwertung neue umweltschonende und wirtschaftliche Weg zu entwickeln und durchzusetzen
- die vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Verbundgebiet auszulasten und dadurch die Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit sicherzustellen
- weitere Gebietskörperschaften als Kooperationspartner einzubeziehen, wenn und soweit dies für das Erreichen der Ziele förderlich erscheint

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

Anschrift	Ludwigstraße 44, 63067 Offenbach
Telefon	069/80052-0
Telefax	069/80052-299
E-Mail	info@rmaof.de
Internet	www.rmaof.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 1998
Stammkapital	275.900,00 €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 12. Juli 2005
Handelsregistereintrag	HRB 11794 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern, insbesondere

- die Beschaffung und Sicherung von Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallwirtschaftsplanung
- die Abstimmung von sanierungsfondrelevanter Investitionen in die Abfallentsorgungseinrichtungen
- die Abfallmengenplanung
- die Festlegung der Entsorgungsstandards einschließlich der Berechnung der Entgelte und des wesentlichen Inhalts der Abfallsatzungen, soweit dieser die Entsorgungspflicht im engeren Sinne (nicht die Einsammlung und Transport) betrifft.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Hans-Jürgen Hielscher
Stellv. Vorsitzende	Frau Claudia Jäger
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Robert Müller
----- „ -----	Herr Werner Müller
----- „ -----	Herr Oliver Quilling
----- „ -----	Herr Rolf Wenzel
für den Hochtaunuskreis	Herr Uwe Kraft
----- „ -----	Herr Hermann Maier
----- „ -----	Herr Dr. Wolfgang Müsse
----- „ -----	Herr Aribert Oehm
----- „ -----	Herr Gregor Sommer
für den Main-Taunus-Kreis	Herr Berthold R. Gall
----- „ -----	Herr Albrecht Kündiger
----- „ -----	Herr Karl Thumser
----- „ -----	Herr Dieter Wolf
für die Stadt Frankfurt	Herr Uwe Becker
----- „ -----	Frau Angela Hanisch
----- „ -----	Herr Jan Klingelhöfer
----- „ -----	Herr Robert Lange
----- „ -----	Frau Dr. Manuela Rottmann

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand 31.12.2010) (Fortsetzung)	
für die Stadt Offenbach	Herr Michael Beseler
-----,-----	Herr Edmund Flößer
-----,-----	Herr Peter Walther
-----,-----	Herr Paul Gerhard Weiß
-----,-----	Herr Klaus-Josef Werné
für die Stadt Maintal	Herr Rolf Sachtleber

Geschäftsführung

Geschäftsführerin	Frau Constanze Celten
--------------------------	-----------------------

Gemäß § 123a Abs. 2 HGO hat die Gemeinde, wenn ihr Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz bezeichneten Umfang gehören, darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, des Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen.

Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführerin werden gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen im Jahre 2010 T€3.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Hochtaunuskreis	19,23	53.050,00
Kreis Offenbach	19,23	53.050,00
Main-Taunus-Kreis	19,23	53.050,00
Stadt Frankfurt	19,23	53.050,00
Stadt Maintal	3,85	10.650,00
Stadt Offenbach am Main	19,23	53.050,00
	100,00	275.900,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes (Fortsetzung)

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Abfallverwertung und -beseitigung, Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Abfallverwertungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, § 1 Abs. 1 Nr. 1 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01

	2011	2010	2009
Widerspruchsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51000150	50	0	0
Ordnungswidrigkeitsverfahren Buchungsstelle 67.02.01.51500040	50	50	0
Abfallgebühren RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.53020030	17.505.750	17.649.167	19.831.000
Entsorgungsleistungen RMA GmbH Buchungsstelle 67.02.01.61710020	17.368.750	17.474.953	19.675.000
Sachaufwand Abfallbeseitigung Buchungsstelle 67.02.01.61790040	6.000	1.072	6.000
Arbeitnehmervergütungen Buchungsstelle 67.02.01.62000010	19.740	138.084	14.250
Beamtenbezüge Buchungsstelle 67.02.01.63000010	22.030	71.118	24.960

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Ergebnishaushalt

Produkt Abfallwirtschaft 67.02.01 (Fortsetzung)

	2011	2010	2009
Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. Buchungsstelle 67.02.01.64000010	3.880	26.288	2.890
Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherungskasse Buchungsstelle 67.02.01.64200010	70	343	380
Beamtenversorgung Buchungsstelle 67.02.01.64500010	4.580	5.970	6.230
Zuführung z. Pensionsrückst. Beamte Buchungsstelle 67.02.01.64600010	5.810	-1.158	3.720
Zuführung zu Beihilferückstellungen Buchungsstelle 67.02.01.64610000	920	-421	0
Arbeitnehmersversorgung ZVK Buchungsstelle 67.02.01.64700010	1.580	11.822	1.230
Reisekosten EDV+fachb. Fortbildung Buchungsstelle 67.02.01.68500010	400	0	0
Fort- und Weiterbildung Buchungsstelle 67.02.01.68800010	725	25	0
Altlastenfinanzierungsumlage Buchungsstelle 67.02.01.73549010	58.000	55.620	58.000

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	28.442.974	26.755.440	28.087.681

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	26.755.440
Zunahmen	1.687.534
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	28.442.974

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010

A. Rahmenbedingungen

Die RMA Rhein-Main Abfall GmbH wurde in 1998 als Nachfolgerin des Umlandverbandes Frankfurt gegründet. Durch das Gesetz zur Aufgabenänderung des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) vom 17.12.1998 wurde die Abfallentsorgung im Verbandsgebiet des UVF wieder auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften hielten auch nach dieser Rückübertragung eine regionale Kooperation für notwendig. Dies war die Geburtsstunde der RMA GmbH. Durch das Vertragswerk vom 21. Dezember 1998 schlossen die Gebietskörperschaften Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Kreis Offenbach, Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach am Main und Stadt Maintal eine Grundlagenvereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und gründeten die Rhein-Main-Abfall GmbH (RMA). Im Jahr 2005 machte die Stadt Bad Vilbel von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch. Die RMA GmbH wird auch im zweiten Jahrzehnt ihres Bestehens den künftigen Anforderungen an die erforderliche Zuverlässigkeit als Drittbeauftragter genügen. Die Änderungen des im März 2011 im Bundeskabinett verabschiedeten Entwurfs zur Novelle des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) regelt zukünftig die gesetzlichen Grundlagen für die RMA GmbH an anderer Stelle, aber nicht grundlegend verändert. Sitz der Gesellschaft ist Offenbach am Main.

Zweck der Gesellschaft ist die Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern sowie die Finanzierung der Deponienachsorge, die Beschaffung und Sicherung der Entsorgungskapazitäten unter Ausnutzung vorhandener Abfallentsorgungseinrichtungen, die Abfallwirtschaftsplanung, die Abfallmengenplanung sowie die Festlegung der Entsorgungsstandards. Die Gesellschaft nimmt hierbei Steuerungs- und Kontrollfunktionen wahr. Sie ist dazu ermächtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere ihr ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Übertragung weiterer abfallwirtschaftlicher Aufgaben an die RMA GmbH ist möglich. So ist für die Organisation der Schadstoffsammlung im Hochtaunuskreis, im Main-Taunus-Kreis, im Kreis Offenbach, in der Stadt Offenbach und Stadt Maintal die RMA zuständig. Die RMA ist zudem durch den Kreis Offenbach beauftragt, das Elektro- und Elektronikgerätegesetz umzusetzen.

Das Hauptziel der RMA GmbH ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Nutzung vorhandener Abfallentsorgungsanlagen in der Rhein-Main Region und damit die Auslastung der vorhandenen Abfallentsorgungsanlagen im Gebiet des Verbundes dient der langfristigen Sicherung wirtschaftlicher Entsorgungskapazität.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

A. Rahmenbedingungen (Fortsetzung)

Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung und Deponienachsorge decken, ist eine Aufgabe der RMA GmbH. Die von der RMA GmbH berechneten Entsorgungsentgelte werden von den Gebietskörperschaften in der Kalkulation der jeweiligen Abfallgebührensatzungen berücksichtigt.

B. Geschäftsentwicklung

1. Entsorgungssicherheit

Die Entwicklung der Abfallwirtschaft war in den vergangenen 15 Jahren durch die Zielkonzepte des Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW/AbfG) bestimmt: Vermeiden, Verwerten, Beseitigen. Die möglichst schadlose Deponierung war ein Teilaspekt der Beseitigung. In der Umsetzung dieser Leitlinien sind differenzierte stoffliche Verwertungswege in Kombination mit der Verbrennung geschaffen worden. Dies führte zu einer stetigen Abnahme der überlassungspflichtigen Restmüllmengen aus privaten Haushalten. Neben dieser Entwicklung bestimmt die TASI (Technische Anleitung Siedlungsabfall) und die Deponienachsorge die Handlungsfelder der Rhein-Main Abfall GmbH (RMA). In der TASI wurde die Deponierung unbehandelter Abfälle bis längstens 31.05.2005 befristet. Die RMA GmbH hat sich auf die Auswirkungen des Deponieverbotes frühzeitig vorbereitet. Da sich diese Entwicklung bereits seit 1999 abzeichnete, wurde auf den ursprünglich geplanten Ausbau der Deponie Flörsheim-Wicker zur „TASI-Deponie Klasse II“ verzichtet. Dadurch konnten Investitionen im dreistelligen Millionenbereich eingespart werden. Da die entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften auch Entsorgungskapazitäten für nicht brennbare Abfälle vorzuhalten haben, wurde ein Kooperationsvertrag mit der Landeshauptstadt Wiesbaden geschlossen. In diesem Vertrag wird der Tausch freier Verbrennungskapazitäten der RMA gegen ungenutzte Deponiekapazitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden bis 2018 geregelt. Der Vertrag sieht einerseits die Verbrennung von 85.000 Mg Abfall der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen der Verbrennungskapazitäten der RMA vor. Im Gegenzug können jährlich bis zu 100.000 Mg Abfälle der RMA auf der Deponie der Landeshauptstadt Wiesbaden abgelagert werden.

In den vertraglich verbundenen Entsorgungsanlagen MHKW Frankfurt und MHKW Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen 350.000 Mg/a im Müllheizkraftwerk (MHKW) Frankfurt und 140.000 Mg/a im MHKW Offenbach gesichert. Im Jahr 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im MHKW Offenbach um 90.000 Mg/a reduziert.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

1. Entsorgungssicherheit (Fortsetzung)

Die verbleibende Gesamtkapazität in den verbundenen Entsorgungsanlagen von dann 400.000 Mg/a kann im Bedarfsfall um 20.000 Mg/a erhöht werden. Im Zuge dieser Ergänzungsvereinbarung ist eine Kapazitätssenkung in den Jahren 2010 bis 2013 festgelegt worden, die die Gebührenstabilität sicher sowie Überkapazitäten abbaut. Die Verlagerung der, kurz bis mittelfristig nicht erforderlichen, Kapazitäten in die Jahre des Bedarfs bei gleichzeitiger absoluter Absenkung sichert langfristig regional notwendige Entsorgungskapazitäten. Die Entwicklung zu mehr Verwertung organischer Anteile im Hausmüll durch die getrennte Bioabfallsammlung, die Einführung einer Wertstofftonne, die Fortführung der Hausmüllsortierung wird Einfluss auf das Abfallaufkommen zur Beseitigung haben. Weitere Auswirkungen des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) und speziellen Regelungen zur Wertstofftonne auf das Abfallmengenaufkommen werden regelmäßig neu zu bewerten sein (Das Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates).

Die Generalsanierungsphase der Frankfurter Müllverbrennungsanlage MHWK Frankfurt begann im Jahr 2004 und konnte im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossen werden. In dieser Sanierungsphase sind zusätzliche Verbrennungs- und Sortierkapazitäten in verschiedenen regionalen und auch überregionalen Anlagen benötigt worden. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2010 konnten alle Abfallmengen des RMA-Gebietes wieder durch die RMA entsorgt werden. Aufgrund nachgelagerter Sanierungsarbeiten in der Frankfurter Verbrennungsanlage sowie der turnusmäßigen Revision der Offenbacher Anlage, sind aber auch im Geschäftsjahr 2010 Betriebsstillstände notwendig gewesen, die eine Fremdentorgung erforderten. Insgesamt sind rd. 452.128 Mg/a inklusive der Wiesbadener Abfälle in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach entsorgt worden. 22.432 Mg/a sind fremdentorgt worden. Die unterjährigen Überkapazitäten von rd. 37.870 Mg/a sind in der Region weitestgehend vermarktet worden und haben den Fremdentorgungsaufwand kompensiert.

2. Ausfallverbund

Die Gründungsmitglieder sind die Rhein-Main Abfall GmbH, der Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS), die Müllverwertungsanlage Bonn GmbH, die Müllheizkraftwerk Kassel GmbH, die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) sowie die Rhein-Main Deponie GmbH.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

2. Ausfallverbund (Fortsetzung)

Der Rhein-Main Ausfallverbund ermöglicht durch einen am 01. April 2008 beginnenden und auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Kooperationsvertrag, die wirtschaftliche und sichere Entsorgung von Abfällen, die aufgrund von Betriebseinschränkungen bis hin zu geplanten, wie auch ungeplanten Stillständen in den Müllverbrennungsanlagen nicht unmittelbar verbrannt werden können. Die derzeit beteiligten Verbundpartner entsorgen insgesamt rund 1 Million Tonnen Abfall für 2,2 Millionen Einwohner. Die RMA übernimmt für den Ausfallverbund auch die Aufgabe einer gemeinsamen Geschäftsstelle. Über den Ausfallverbund wurden im Geschäftsjahr 2010 keine Mengen abgesteuert, weil zum erforderlichen Zeitraum keine Kapazitäten verfügbar waren.

3. Mengenerwicklung und Entsorgungsentgelte

Das Hausmüllaufkommen hat sich im Geschäftsjahr 2010 (357.962 Mg) im Vergleich zum Vorjahr um 1.790 Mg vermindert. Der im Jahr 2009 begonnene Hausmüllsortiersversuch der Stadt Offenbach und einer Kommune des Kreises Offenbach zur Abschöpfung des biogenen Anteils im Hausmüll ist zum 30.06. des Geschäftsjahres beendet worden. Die Sperrmüllmengen verzeichneten im Berichtszeitraum einen Rückgang von 1.483 Mg. Der Gewerbeabfall reduzierte sich um 1.371 Mg. Die Vertragsmengen inklusive der Asbestanlieferungen sanken im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 4.213 Mg. Im Berichtsjahr wurden der RMA insgesamt 405.010 (414.324 Mg in 2009) zuzüglich 84.950 Mg aus Wiesbaden angedient.

Die Umsatzerlöse des Berichtsjahres (88,3 Mio. €) liegen 3,08% unterhalb des Wirtschaftsplans 2010 und 3,53% über dem Vorjahr (85,2 Mio. €). Dies resultiert allein aus dem Umstand, dass alle Erlöse für die Abfallmengen der Gebietskörperschaften des RMA-Gebietes wieder der RMA zustehen.

Die RMA hat seit ihrer Gründung im Jahr 1998 die Entgelte im ersten Jahr ihres Bestehens gesenkt und erstmalig nach sieben Jahren Stabilität eine Anpassung ihrer Entgelte zum 01.01.2007 vornehmen müssen. Mit Wirkung zum 01.01.2009 musste eine weitere Entgelterhöhung beschlossen werden.

Das Entsorgungsentgelt für Hausmüll wurde mit 237,50 € inkl. MwSt., für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle sowie für Sperrmüll festgesetzt. Die Entgelte für deponiefähige Abfälle wurden auf 35,70 € inkl. MwSt. gesenkt. Die Notwendigkeit der Entgelterhöhung für brennbare Abfälle resultierte im Wesentlichen aus dem Vorhaben „Sanierung des MHKW-Frankfurt“ und der rückläufigen Entwicklung der einnahmerelevanten beseitigungspflichtigen kommunalen Abfälle.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

3. Mengentwicklung und Entsorgungsentgelte (Fortsetzung)

Im Geschäftsjahr 2010 sind wesentliche Weichen für die zukünftige Gebührenstabilität im RMA-Gebiet gestellt worden. Durch die vierte Ergänzungsvereinbarung zum Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 zwischen der RMA GmbH und der Energieversorgung Offenbach AG werden ab 2010 bis zum Jahr 2013 bis 95.000 Mg/a Verbrennungskapazitäten abgesenkt, wenn die Abfallmengenentwicklung dies notwendig macht. Ab 2014 werden die Verbrennungskapazitäten im Müllheizkraftwerk Offenbach auf bis zu 50.000 Mg/a reduziert. Die Verlagerung der in den kommenden Jahren nicht benötigten Kapazitäten in die Jahre des Bedarfs sichert regional notwendige Entsorgungskapazitäten. Die Ergänzungsvereinbarung ist in mehrerer Hinsicht vorteilhaft; die RMA wird in den Jahren 2011 bis 2013 von Aufwendungen entlastet, die Entsorgungssicherheit ist gewährleistet und sie stärkt und vertieft in der Region Rhein-Main die interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung. Eine weitere Weiche ist die Festlegung einer Quote zur Vorsortierung von überlassungspflichtigen Abfällen aus privaten Haushaltungen durch die Stadt Offenbach und durch ein bis drei Kommunen des Kreises Offenbach angekündigt. Die Schnittstellen zwischen den Beteiligten sind eindeutig bestimmt.

4. Deponienachsorge

Die RMA hat sich im Entsorgungsvertrag vom 21.12.1998 verpflichtet, die Kosten für Sicherungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Deponien Brandholz, Wicker und die Schlackedeponie Offenbach zu erstatten. Die Deponie Brandholz und die Schlackedeponie sind bereits stillgelegt und die Deponie Wicker steht seit dem Inkrafttreten der TASI ab dem 01.06.2005 nicht mehr zur Verfügung und die Phase der Stilllegung und Nachsorge ist eingetreten. Die Leistungsverpflichtung der RMA GmbH besteht in der Finanzierung der Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen, die durch die Deponiebetreiberin, die RMD, im Fall Wicker, bis 2046 durchzuführen sind. Die Ermittlung der Aufwendungen für die Deponienachsorge war wegen der langen Laufzeit der Nachsorge, den nur sehr allgemeinen rechtlichen Vorgaben und mangelnden technischen Erfahrungswerten außerordentlich schwierig. Die Grundlagen für die Berechnung der Nachsorgerückstellungen wurden bereits vor einigen Jahren in einem umfangreichen Gutachten, das die RMA in Auftrag gegeben hat, ermittelt. Daraufhin wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von RMD und RMA gebildet, die Investitionen und Betriebskosten für die Nachsorge der drei RMD-Deponien berechnet hat.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Nach mehrjähriger Arbeit konnten Anfang 2005 die Kosten der Deponienachsorge in Höhe von 178,2 Mio. € festgestellt werden. Aufgrund einer Neuregelung zur steuerlichen Behandlung von Rückstellungen für die Deponiestilllegung- und nachsorge sowie der Differenzierung zwischen Deponieinhaberin (RMD) und Zahlungsverpflichteter (RMA) wurde im Geschäftsjahr 2007 ein zweiter Nachtrag zum Entsorgungsvertrag zwischen der RMA und der RMD notwendig. Der zweite Nachtrag regelt die Übertragung der bis 2006 gebildeten Rückstellungen auf die RMD, als Sachleistungsverpflichtete sowie die unterjährige Zahllast der RMA. Der zweite Nachtrag wurde nach Einholung einer verbindlichen Auskunft bei den zuständigen Finanzämtern nachträglich zum 11.02.2008 unterzeichnet. Die Bildung von Rückstellungen obliegt gemäß der steuerlichen Betrachtungsweise der Deponiebetreiberin RMD GmbH. Die RMA bleibt aber weiterhin verpflichtet, die RMD in der Weise finanziell auszustatten, dass sie jederzeit dazu in der Lage ist die finanziellen Verpflichtungen für die Deponiestilllegung und –achsorge zu erfüllen. Zur Vermeidung bilanzieller Risiken hat die RMA ihre Ansprüche aus der Patronatserklärung der Gebietskörperschaften an die RMD abgetreten.

Die Regelungen des Hessischen Abfallrechts fordern die ausreichende Bildung der Rückstellungen für die Deponienachsorge und deren Einrechnung in die Abfallgebühren bis zum Jahr 2017, unabhängig von dem wesentlich länger andauernden Zeitraum der tatsächlichen Nachsorge. Daraus ergibt sich, dass in diesem Zeitraum für die Nachsorgeaufwendungen, die im Fall der Deponie Wicker bis in das Jahr 2046 reichen, genügend Rückstellungen gebildet sein müssen. Der aufzuwendende Betrag von 178,2 Mio. € ist durch die Zuführungen zum Sanierungsfond und der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung seit 2005 zum 31.12.2006 auf 142,8 Mio. € gesunken. Gemäß den Bestimmungen der HAKA sind die Aufwendungen über die Entsorgungsentgelte oder Zinserträge zu erwirtschaften. Die Zinserträge werden durch die RMD erwirtschaftet und sind entsprechend den Bestimmungen des HAKA berechnet. Diese grundsätzliche Verpflichtung besteht über die gesamte Laufzeit der Patronats- und Verpflichtungserklärung. Aus Sicht der Gebietskörperschaften ist diese Verpflichtung aber analog der Tilgung eines Darlehens um die bereits geleisteten und von der RMA vereinnahmten Beträge zu mindern. Zum 31.12.2010 wird unter Beachtung der geleisteten Zahlungen grundsätzlich der verbleibende Betrag von 76,9 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von den Gebietskörperschaften geschuldet. Dieser Betrag wird durch die Anrechnung der zu erwirtschafteten Zinsen gemindert.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

B. Geschäftsentwicklung (Fortsetzung)

4. Deponienachsorge (Fortsetzung)

Somit besteht zum 31. Dezember 2010 eine kalkulierte Zahlungsverpflichtung der Gebietskörperschaften in Höhe von 45,07 Mio. € zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, die über einheitliche Entsorgungsentgelte der RMA erwirtschaftet werden. Nach den vertraglichen Bestimmungen des zweiten Nachtrages wird die RMA die notwendigen Beträge in jährlichen Teilbeträgen an die RMD zahlen.

5. Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr 2010

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist insgesamt positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA Gebiet, die optimierte Auslastung der Verbrennungsanlagen und Gebührenstabilität sowie die Einhaltung des Wirtschaftsplanes für 2010, sind im Geschäftsjahr erreicht worden.

Mit einem Jahresüberschuss von rd. 51,4 T€ hat sich das Ergebnis um 7,6 T€ gegenüber dem Vorjahr (43,8 T€) verbessert.

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2010

1. Bilanz

Im Geschäftsjahr 2010 wurden die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) angewendet.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (29,1 Mio. €) um 1,5 Mio. € auf 30,6 Mio. €. Auf der Passivseite reduzieren sich die sonstigen Rückstellungen um 0,4 Mio. € auf 1,3 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €). Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich auf 0,24 Mio. € (Vorjahr 0,03 Mio. €) erhöht. Ursächlich ist hier eine Umgruppierung einer im Vorjahr strittigen Versorgungszusage aus den sonstigen Rückstellungen. Die Verbindlichkeiten haben sich um 1,6 Mio. € auf 28,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (26,8 Mio. €) erhöht. Die Änderungen auf der Aktivseite betreffen das Anlagevermögen, das Umlaufvermögen den Rechnungsabgrenzungsposten sowie die aktiven latenten Steuern. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 3,7 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €) sind um 1,4 Mio. € gestiegen. Die sonstigen Vermögensgegenstände 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,4 Mio. €) sind um 0,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der Kassenbestand 8,9 Mio. € (Vorjahr 7,3 Mio. €) ist um 1,6 Mio. € gestiegen und der Rechnungsabgrenzungsposten 9,7 Mio. € (Vorjahr 10,9 Mio. €) ist um 1,2 Mio. € gesunken.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2010 (Fortsetzung)

1. Bilanz (Fortsetzung)

Das Eigenkapital beträgt 638 T€ (Vorjahr 587 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 2,09% (Vorjahr 2,02%). Das Anlagevermögen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Investitionen betragen 84,7 T€ und sind damit gegenüber dem Vorjahr (77,7 T€) um 7,0 T€ gestiegen.

2. Ertragslage

Die Ertragslage hat sich verbessert. Das Jahresergebnis ist um 7,6 T€ (17,45%) gestiegen. Der Rohertrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.731,4 T€ verschlechtert. Die Reduzierung des Personalaufwandes von 1,0 Mio. € ist nicht auf einen Personalabbau zurückzuführen, sondern auf die Bildung einer strittigen Pensionsrückstellung im Vorjahr, die im Geschäftsjahr aufgelöst werden konnte. Das ebenfalls positive neutrale Ergebnis führt zudem zu einer Verbesserung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr (85,2 Mio. €) um 3,0 Mio. € gestiegen. Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 88,2 Mio. € und setzen sich aus den Entsorgungsentgelten (76,3 Mio. €), den sonstigen Erlösen (9,9 Mio. €) und den Erlösen aus der Sonderabfallkleinmengensammlung (2,0 Mio. €) zusammen.

Beim Materialaufwand ist eine Zunahme von 4,7 Mio. € auf 88,8 Mio. € zu verzeichnen. Ursächlich ist die, zum Vorjahr erhöhte, Jahrespauschale für den Betrieb des MHKW-Frankfurts und die Fremdentsorgung.

3. Finanzlage

Die Liquidität war vor dem Hintergrund der getroffenen vertraglichen Vereinbarungen sowie der Verpflichtungs- und Patronatserklärungen der Gebietskörperschaften immer gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2010 sind keine weiteren Ereignisse eingetreten, die für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind und zu einer veränderten Lage führen können. Die vorläufigen Ergebnisse der Prüfung der Nachkalkulation der FES für die Sanierungsphase des Müllheizkraftwerkes Frankfurt werden gemäß dem dritten Nachtrag zum Entsorgungsvertrag von 21.12.1998 in der laufenden Probetriebsphase, die für mindestens zwei Jahr der Regelbetriebsphase vorausgeht, verifiziert.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

C. Darstellung der Lage im Geschäftsjahr 2010 (Fortsetzung)

4. Nachtragsbericht (Fortsetzung)

Nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ist ein Aufwendungsüberschuss für die RMA gegenüber der FES in 2010 nicht gegeben, da ein eventuell gegebener Verpflichtungsüberhang aus dem Verbrennungsentgelt durch den belastbaren Erstattungsanspruch der RMA gegenüber der FES kompensiert wird.

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA. Das Abfallwirtschaftskonzept der RMA und die fortlaufend aktualisierten internen Mengenprognosen der RMA belegen einen weiteren Mengenrückgang mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne. Auch die Abschöpfung des biogenen Anteils im Hausmüll durch Sortierung wird zu einem weiteren kurzfristigeren Mengenrückgang führen. Im Geschäftsjahr 2010 sind bereits Anpassungen an diese Mengenentwicklungen vorgenommen worden, so dass für die kommenden Jahre nach derzeitiger Beurteilung keine Überkapazitäten in den Verbrennungsanlagen entstehen. Die damit einhergehende Minderung der Materialaufwendungen entlasten aber die Jahre 2012 bis 2013 bei deutlich sinkenden einnahmerelevanten Abfallmengen nur bedingt. Die Feststellung der endgültigen Höhe des Verbrennungsentgeltes durch die FES GmbH hat ebenfalls Auswirkungen auf die Entgelte der RMA. Eine Entgelterhöhung ist nicht auszuschließen, aber bei vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung bieten die bestehenden vertraglichen Grundlagen hinreichende Chancen für langfristige Gebührenstabilität.

Die verfügbare Jahreskapazität in 2011 von insgesamt 470.000 Mg/a in den beiden Anlagen Frankfurt und Offenbach sowie die Beistellung des Ausfallverbundes sicher die Entsorgung im RMA-Gebiet.

Die Aufwendungen für die Deponienachsorge sind durch Patronatserklärungen gesichert.

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zu Reaktionen dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

K. Auszug aus dem Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

D. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Der Wirtschaftsplan für 2011 ist aufgestellt und beschlossen und weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Der vorgenommenen Anpassungen werden im Geschäftsjahr 2011 ein ausgeglichenes Jahresergebnis ermöglichen. Für die Jahre 2012 und 2013 sind mehrere Szenarien der Abfallmengenentwicklung erarbeitet worden, die auch mögliche negative Auswirkungen auf die Auskömmlichkeit der RMA-Entgelte ausweisen. Hier sind im Laufe des Geschäftsjahres Aufwandsreduktionsmöglichkeiten und/oder veränderte Entgeltstrukturen umzusetzen.

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

L. Bilanz

	2010	2009	Verän- derung	2008
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
- Immaterielle Vermögensgegenstände	23.996	27.356	-3.360	28.321
- Sachanlagen	249.661	240.125	9.536	222.872
- Finanzanlagen	0	0	0	79.359
Anlagevermögen	273.657	267.481	6.176	330.552
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.686.401	2.336.089	1.350.312	3.091.268
- Forderungen gegen Gesellschafter	7.715.317	7.830.980	-115.662	5.525.056
- Sonstige Vermögensgegenstände	284.854	377.126	-92.272	1.801.861
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.686.572	10.544.195	1.142.378	10.418.186
- Guthaben bei Kreditinstituten	8.867.389	7.330.460	1.536.929	7.996.709
Umlaufvermögen	20.553.962	17.874.655	2.679.307	18.414.895
Rechnungsabgrenzungsposten	9.693.898	10.888.431	-1.194.533	13.607.268
Aktive latente Steuern	62.957	101.544	-38.587	0
	30.584.473	29.132.111	1.452.363	32.352.715
Passiva				
- Gezeichnetes Kapital	275.900	275.900	0	275.900
- Kapitalrücklage	172	172	0	172
- Verlust(-)/Gewinnvortrag(+)	310.971	267.179	43.791	241.860
- Jahresverlust(-)/-überschuss(+)	51.433	43.791	7.642	25.319
Eigenkapital	638.476	587.043	51.433	543.251
- Steuerrückstellungen	239.987	31.330	208.656	0
- Steuerrückstellungen	0	97.716	-97.716	20.953
- Sonstige Rückstellungen	1.263.038	1.660.582	-397.544	3.700.830
Rückstellungen	1.503.024	1.789.628	-286.604	3.721.783
- Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	27.738.746	26.057.241	1.681.505	27.928.056
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	430.052	419.548	10.504	107.656
- Sonstige Verbindlichkeiten	274.176	278.651	-4.476	51.969
Verbindlichkeiten	28.442.974	26.755.440	1.687.534	28.087.681
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	30.584.473	29.132.111	1.452.363	32.352.715

Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	88.247.477	85.237.168	61.441.363
Sonstige betriebliche Erträge	1.037.896	177.137	230.434
	89.285.373	85.414.304	61.671.797
Materialaufwand			
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	86.781.473	82.040.020	59.447.747
	86.781.473	82.040.020	59.447.747
Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	1.192.276	1.407.017	1.270.450
- Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	367.765	1.134.775	373.343
	1.560.041	2.541.792	1.643.794
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	77.855	59.277	62.013
Sonstige betriebliche Aufwendungen	767.221	732.745	810.343
Betriebsergebnis	98.783	40.470	-292.100
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57.836	56.426	429.549
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.922	88	78.184
Finanzergebnis	-3.087	56.338	351.365
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	95.697	96.808	59.265
Ertrag (im Vj. Ertrag) aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-43.697	-52.525	-33.289
Sonstige Steuern	-567	-492	-656
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	51.433	43.791	25.319

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd gehören neben hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten mit dem Landkreis Aschaffenburg und der kreisfreien Stadt Aschaffenburg zwei bayerische kommunale Gebietskörperschaften sowie mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der kreisfreien Stadt Mannheim zwei Kommunalbehörden des Bundeslandes Baden-Württemberg an.

Die bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben Bundesland übergreifende Zusammenarbeit kommunaler Behörden im Falle des Zweckverbandes basiert auf entsprechenden Staatsverträgen, die zwischen dem Land Hessen und dem jeweiligen benachbarten Bundesland Baden-Württemberg und Bayern bestehen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Anschrift	Außerhalb 22, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Telefon	06256/851-0
Telefax	06256/851-9731
E-Mail	tva@zakb.de

Die Angaben zum Zweckverband beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Zweckverbandes

Rechtsform	Zweckverband gemäß § 9 KGG
Gründungsdatum	1994
Satzung des Verbandes	Im Berichtsjahr galt die erlassene Satzung des Verbandes in der Fassung vom 25.05./09.06.1994, geändert durch die Satzung in der Fassung vom 09.05.2001, zuletzt geändert durch die Satzung in der Fassung vom 08.12.2006.

B. Verbandszweck

Der Zweckverband übernimmt für die beteiligten Kreise und kreisfreien Städte die Aufgabe der unschädlichen Beseitigung von Tieren, Tierkörperteilen, Konfiskaten, Schlachtabfällen und Blut sowie sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft gemäß den Bestimmungen des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung und den dazu ergangenen Vorschriften.

Ab dem 01. April 2001 wurde die Beseitigungspflicht auf die Firma Süpro GmbH und die Firma A. Fischer und Söhne GmbH & Co. KG (Betriebs- und Besitzgesellschaft der Tierkörperbeseitigungsanstalt, Lampertheim-Hüttenfeld) übertragen.

Die Übertragung ist zunächst auf zehn Jahre befristet und für diese Dauer ist der Zweckverband von seinen Verpflichtungen entbunden. Während dieser Zeit wird der Zweckverband als ruhender Verband aufrechterhalten. Hierdurch ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung der Aufgaben auf die beiden genannten Privatfirmen die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurück fallen.

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

C. Organe des Zweckverbandes

Verbandsversammlung

Zusammensetzung der Verbandsversammlung im Berichtsjahr 2009 (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Dieter Nolte
Mitglied für den Kreis Offenbach	Herr Volker Gerhardt

Verbandsvorstand

Zusammensetzung des Verbandsvorstandes im Berichtsjahr 2009 (Stand 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Matthias Wilkes
Stellv. Vorsitzender	Herr Alfred Jakoubek
Mitglied	Herr Klaus Eberle
-----,,-----	Herr Friedrich-Wilhelm Jakob
-----,,-----	Frau Lück
-----,,-----	Frau Dr. Wiltrud Risch-Laasch
-----,,-----	Herr Hans Werner
-----,,-----	Frau Weyrauch

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Herr Hilbert Bocksnick
------------------------	------------------------

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

D. Mitglieder des Zweckverbandes

Mitglieder des Zweckverbandes	Anteil in %
Kreis Bergstrasse	14,07 %
Main-Kinzig-Kreis	13,60 %
Rhein-Neckar-Kreis	12,86 %
Stadt Mannheim	11,95 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	9,88 %
Wetteraukreis	6,92 %
Kreis Offenbach	5,84 %
Odenwaldkreis	4,98 %
Landkreis Aschaffenburg	4,70 %
Landkreis Groß-Gerau	4,24 %
Stadt Frankfurt	2,71 %
Hochtaunuskreis	2,41 %
Stadt Aschaffenburg	1,98 %
Stadt Wiesbaden	1,54 %
Main-Taunus-Kreis	1,29 %
Stadt Darmstadt	0,56 %
Stadt Offenbach am Main	0,47 %
	100,00 %

* = Das „Beteiligungsverhältnis“ wird aufgrund statistischer Zahlen zu Einwohnern, Viehbestand sowie der Zahl gewerblicher Schlachtungen ermittelt und gewichtet. Als Berechnungsgrundlage dienen die jeweils aktuellsten, verfügbaren Daten der statistischen Landesämter Hessens, Bayerns und Baden-Württembergs.

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung des Zweckverbandes.

Gemäß § 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte zuständige Körperschaften im Sinne des § 3 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes. Sie haben den gesetzlichen Auftrag, die in ihrem Gebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile und Erzeugnisse zu beseitigen (Beseitigungspflichtige). Sie nehmen diese Aufgabe in Selbstverwaltung wahr. Die Beseitigungspflichtigen können Tierkörperbeseitigungsanstalten und Sammelstellen selbst errichten, erwerben und betreiben oder durch vertraglich verpflichtete Unternehmer (Dritte) errichten oder betreiben lassen.

Eine Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt, da die Mitgliedschaft in einem Zweckverband keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

keine

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten des Zweckverbandes

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

K. Haushaltswirtschaftliche Daten

Der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd hat sein Rechnungswesen mit Wirkung zum 01.01.2009 von der bisherigen Kameralistik auf Doppik umgestellt und legte somit mit Beginn des Jahres 2009 erstmalig einen doppischen Wirtschafts-/Haushaltsplan nach den Bestimmungen der GemHVO-Doppik vor.

Aus Gründen der in weiten Teilen mangelnden Vergleichbarkeit der kameralen mit den doppischen Daten, wird auf die Darstellung der Vergleichszahlen der Vorjahre verzichtet.

(gemäß Haushaltsplan nach GemHVO-Doppik)

Haushaltsplan	2010	2009
	in €	in €
Ergebnishaushalt		
Ordentliches Ergebnis		
Gesamtbetrag der Erträge	1.000	7.500
Gesamtbetrag der Aufwendungen	90.700	73.700
Außerordentliches Ergebnis		
Gesamtbetrag der Erträge	0	0
Gesamtbetrag der Aufwendungen	0	0
Fehlbedarf	-89.700	-66.200
Finanzhaushalt		
Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-89.700	-66.200
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0
Finanzfehlbedarf	-89.700	-66.200

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

L. Bilanz

	31.12.09	01.01.09	Veränderung
	in €	in €	in €
Aktiva			
Anlagevermögen	0	0	0
Flüssige Mittel	90.736	192.344	-101.609
Umlaufvermögen	90.736	192.344	-101.609
	90.736	192.344	-101.609
Passiva			
Nettoposition	191.222	191.222	0
Jahresüberschuss(+)/-fehlbetrag (-)	-100.486	0	-100.486
Eigenkapital	90.736	191.222	-100.486
Rückstellungen	0	0	0
Verbindlichkeiten	0	1.123	-1.123
	90.736	192.344	-101.609

Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

M. Gesamtergebnisrechnung

	31.12.09	01.01.09
	in €	in €
Ordentliche Erträge	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	104.818	0
Ordentliche Aufwendungen	104.818	0
Verwaltungsergebnis	-104.818	0
Finanzerträge	4.332	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
Finanzergebnis	4.332	0
Ordentliches Ergebnis	-100.486	0
Jahresergebnis	-100.486	0

Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

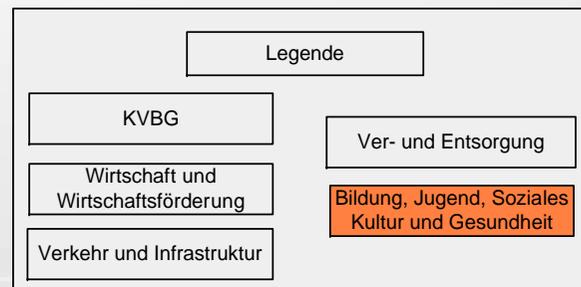
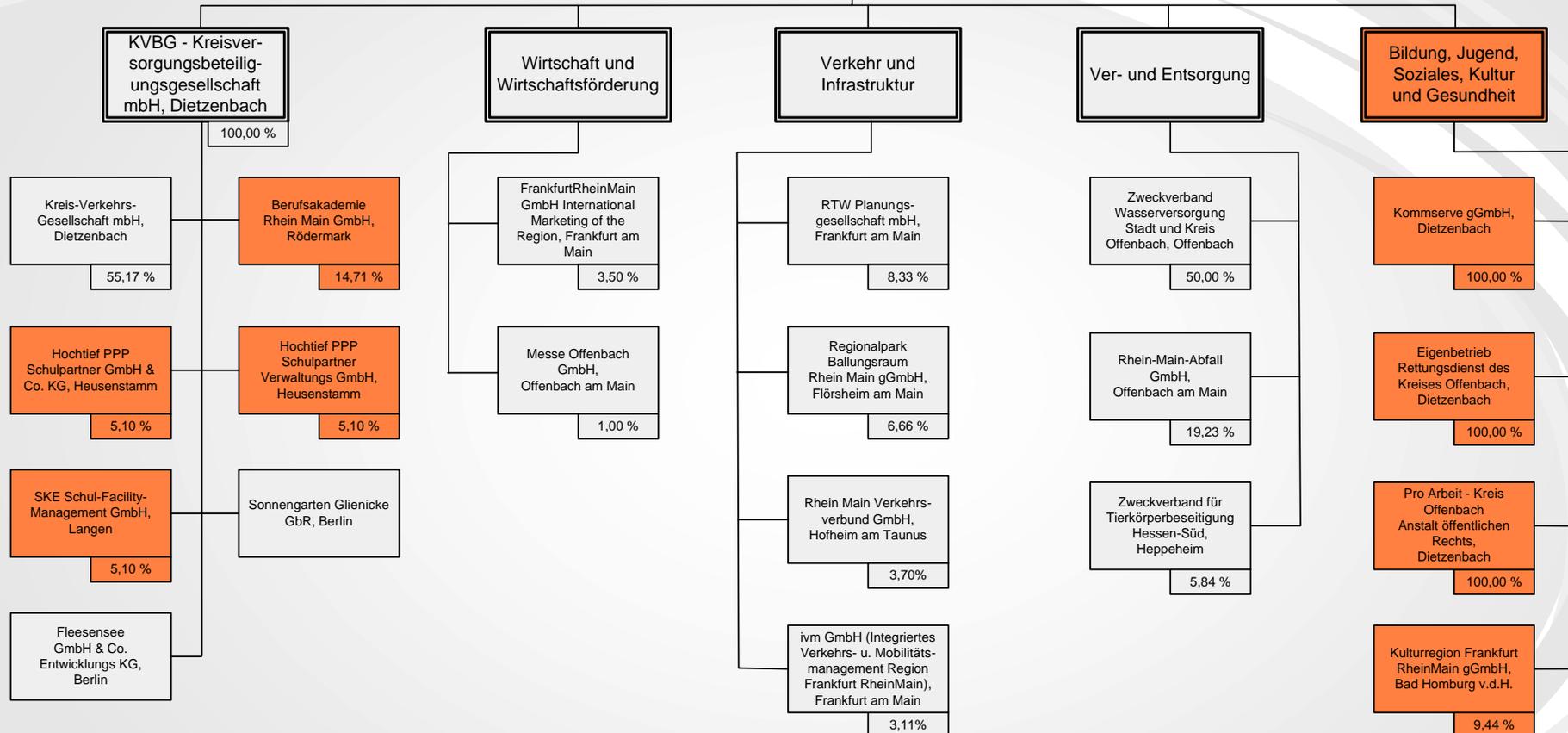
Beteiligungen

- Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit

Stand:
31.12.2010

Beteiligungen, bei denen es im Berichtsjahr bzw. seit dem Berichtsjahr zu Veränderungen gekommen ist (z.B. Änderung der Beteiligung +/- ,Zugänge, Abgänge), sind mit einem Stern (*) gekennzeichnet

Kreis Offenbach



KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

Die Gründung der Gesellschaft geht auf den 1. Januar 1996 zurück. Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Eigenbetriebe „Dreieich-Krankenhaus“ in Langen und „Kreiskrankenhaus Seligenstadt“ in Seligenstadt in die „Kreisklinik Langen-Seligenstadt GmbH“ umgewandelt, die am 25. November 2002 in die KJBV GmbH Kinder Jugend Bildung Völkerverständigung umfirmiert wurde. Gleichzeitig wurde der Sitz der Gesellschaft von Langen nach Dietzenbach verlegt.

Erneut wurde die Gesellschaft am 12.11.2005 umfirmiert in KOMMSERVE gGmbH.

Zum 01.01.2008 sind die Aufgaben nach SGB II weggefallen und auf die Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR) übergegangen.

In seiner Sitzung am 08.12.2010 hat der Kreistag des Kreises Offenbach den Grundsatzbeschluss zur Verschmelzung der KVVG mbH und der Kommserve gGmbH gefasst. Nachdem zwischenzeitlich entsprechende Gremienbeschlüsse in beiden Gesellschaften gefasst wurden, fand am 11. Mai 2011 ein Notartermin statt, bei dem die Verschmelzung protokolliert wurde.

Die Firma der übernehmenden Kreisversorgungsbeteiligungsgesellschaft mbH (KVVG) bleibt unverändert bestehen.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

Anschrift	Werner Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-8890
Telefax	06074/8180-8899
E-Mail	h.tragesser@kreis-offenbach.de
Internet	www.Kommserve.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	GmbH
Gründungsdatum	1. Januar 1996 im Wege der Umwandlung der Eigenbetriebe „Dreieich-Krankenhaus“ in Langen und „Kreiskrankenhaus Seligenstadt“ in Seligenstadt in die „Kreisklinik Langen-Seligenstadt GmbH“, am 25. November 2002 umfirmiert in KJBV GmbH Kinder Jugend Bildung Völkerverständigung, am 12. November 2005 umfirmiert in KOMMSERVE gGmbH (gemeinnützige Kommunale Servicegesellschaft mbH)
Stammkapital	4.346.000,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 05.12.1995 letzte Fassung vom 17. Dezember 2007
Handelsregistereintrag	HRB 40097 beim Amtsgericht Offenbach am Main

B. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist die Fürsorge für Alte, Kranke und Behinderte sowie die Förderung der Gesundheitsfür- und -vorsorge für die Bevölkerung im Kreis Offenbach.

Der Zweck der Gesellschaft wird insbesondere verwirklicht durch die Verwaltung und Entwicklung von derzeit dem Kreis Offenbach gehörenden Teilen des ehemaligen Krankenhausgrundstückes in Langen sowie durch die Schaffung eines regionalen Gesundheitsinformationssystems für die Bevölkerung des Kreises Offenbach.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Die Gesellschaft wird vor allem im Landkreis Offenbach für die Bevölkerung des Landkreises tätig. In diesem Zusammenhang können auch bestimmte Dienstleistungen für die Verwaltung des Kreises Offenbach erbracht werden.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens – mittelbar oder unmittelbar – dienen. Sie kann sich an anderen Gesellschaften mit gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenständen beteiligen oder sonstige Gesellschaften übernehmen.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung ist der Kreis Offenbach als Alleingesellschafter durch seinen Kreisausschuss vertreten.

Zusammensetzung des Gesellschafterversammlung (Stand: 31.12.2010)		
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
Mitglied	Frau Claudia Jäger	
-----,,-----	Herr Carsten Müller	
-----,,-----	Frau Sonja Arnold	
-----,,-----	Herr Heinz Eyßen	
-----,,-----	Frau Heide Heß	
-----,,-----	Herr Gerd Hibbeler	
-----,,-----	Herr Frank Lortz	
-----,,-----	Frau Margot Süß	
-----,,-----	Herr Frank Taulien	
-----,,-----	Herr Axel Vogt	
-----,,-----	Herr Walter Winter	
-----,,-----	Frau Heide Wolf	

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates (Stand: 31.12.2010)		
Vorsitzender	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
Mitglied	Frau Maria Becht	
-----,,-----	Frau Tina Hobusch	
-----,,-----	Herr Clemens Jäger	
-----,,-----	Herr Carsten Müller	
-----,,-----	Herr Werner Nickel	
-----,,-----	Frau Hildegard Ripper	
-----,,-----	Herr Vecih Yasaner	
-----,,-----	Herr Dieter Zimmer	

Im Geschäftsjahr 2010 beliefen sich die Aufsichtsratsvergütungen auf € 1.234,--.

Geschäftsführung

Geschäftsführer/in	Herr Herbert Tragesser
---------------------------	------------------------

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Geschäftsjahr 2010 brutto € 22.679,--.

D. Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	4.346.000,00

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Gesellschaft handelt es sich gemäß der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens ausgerichtet ist.

Aufgrund dieses Sachverhaltes entfällt die Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen Produkt Beteiligungsmanagement 20.30.01.71305010 (früher: HHST. 8000.71501 und 8000.98203)

Buchungsstelle 20.30.01.71305010

	2011	2010	2009
Zuweisung an den Wirtschaftsplan	356.000	327.806	621.822

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	11.049.162	11.262.498	11.636.108

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	11.262.498
Zunahmen	0
Abnahmen	213.336
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	11.049.162

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

Berichtsjahr 2010	in €
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von € 2.584.324,81, valutiert per 31.12.2010 (ehemals Kreiskliniken Langen-Seligenstadt GmbH)	1.887.489,21
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 15.10.1997 in Höhe von € 2.556.459,41, valutiert per 31.12.2010 (ehemals Kreiskliniken Langen-Seligenstadt GmbH)	1.648.624,10
Ausfallbürgschaft gemäß KT-Beschluss vom 12.06.2002 in Höhe von € 7.000.000,00	7.000.000,00

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010

1. Darstellung zum Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Kreis Offenbach als Alleingesellschafter der KOMMSERVE mit der Geschäftsführung geprüft, inwieweit die Gesellschaft ihre Geschäfte beenden kann. Infrage kamen dabei die Auflösung im Wege einer Liquidation oder die Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft des Kreises. Der Kreis hat durch Beschluss des Kreistages vom 15.11.2010 die Alternative der Verschmelzung der KOMMSERVE mit der kreiseigenen KVVG aufgrund des Berichtes zur „Entscheidungsgrundlage zur Auflösung der KOMMSERVE gGmbH durch Verschmelzung“, vorgelegt von den Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften, beschlossen. Die Gremien der Gesellschaft wurden vor dem Kreistagsbeschluss informiert und angehört.

Neben der Hauptaufgabe der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 als Trägerin von Verpflichtungen aus Darlehen der ehemaligen Kreiskliniken in Langen und Seligenstadt wurde noch für den Kreis Offenbach die Gestellung eines Qualifizierungsbeauftragten für die Kreisvolkshochschule wahrgenommen. Letzteres bis zum 30.06.2010. Seitdem ist bei der Gesellschaft neben dem Geschäftsführer lediglich noch ein Prokurist in Teilzeit tätig.

Im Geschäftsjahr 2010 hatte das Finanzamt Offenbach umfangreiche Nachfragen in Bezug auf die steuerliche Veranlagung des Jahres 2009. Die Gremien der Gesellschaft wurden hierüber zeitnah informiert. Das endgültige Ergebnis bzw. die Veranlagung steht noch aus.

Die Darlehensverbindlichkeiten der KOMMSERVE konnten im Geschäftsjahr 2010 von 3.696.863,78 Euro (Stand 31.12.2009) auf 3.536.113,84 Euro zum Jahresende 2010 planmäßig verringert werden. Wie bereits in der Vergangenheit war der Schuldendienst nur durch Zuschüsse des Kreises möglich. Weil die Gesellschaft auch in Zukunft nicht aus eigener Kraft die Mittel erwirtschaften kann, um die Altdarlehen im Zusammenhang mit den ehemaligen Kreiskliniken zu bedienen, hat der Kreis sich gegenüber der KOMMSERVE verpflichtet, den Schuldendienst zu bezuschussen. Soweit die KOMMSERVE in der Vergangenheit aus eigenen Mitteln in der Lage war, Teile des Schuldendienstes selbst zu leisten, hatte sie gleichwohl entsprechende Rückforderungen an den Kreis bilanziert. Da dies dem Sinn und Zweck der Verpflichtungsermächtigung des Kreises nicht entsprach, wurde aufgrund einer entsprechenden Klarstellung im Geschäftsjahr 2010 eine Forderung an den Kreis in Höhe von T€ 725 ausgebucht. Vgl. hierzu die Ausführungen zur Ertragslage unter Gliederungspunkt 2.3.

Der Kassenkredit der KOMMSERVE beläuft sich zum Jahresende 2010 auf 4.500.000 Euro. Auch für die Zinsen des Betriebsmittelkredites leistet der Kreis einen Zuschuss.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage

2.1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die zusammengefassten Bilanzzahlen zum 31. Dezember 2010 nach wirtschaftlichen Verhältnissen geordnet und den entsprechenden Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind hierbei als mittel- bzw. langfristig, Schulden mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr als kurzfristig klassifiziert.

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Anlagevermögen	530	6,0	530	5,3	0	0,0
Umlaufvermögen						
Forderungen gegen den Kreis Offenbach	8.286	93,1	9.191	92,8	-905	-9,8
Flüssige Mittel	85	1,0	186	1,9	-101	-54,3
übrige Aktiva	1	0,0	2	0,0	-1	-50,0
	8.372	94,0	9.379	94,7	-1.007	- 10,7
Gesamtvermögen	8.902	100,0	9.909	100,0	-1.107	- 10,2

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.1. Vermögenslage (Fortsetzung)

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	-2.479	-27,8	-1.684	-17,0	-795	47,2
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	239	2,7	239	2,4	0	0,0
Mittel- bzw. langfristige Fremdmittel						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.872	88,4	8.036	81,1	-164	-2,0
Kurzfristige Fremdmittel						
Rückstellungen	93	1,0	92	0,9	1	1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	168	1,9	165	1,7	3	1,8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3	0,0	16	0,2	-13	-81,3
Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Offenbach	3.003	33,7	3.000	30,3	3	0,1
übrige Aktiva	3	0,0	45	0,5	-42	-93,3
	3.270	36,7	3.318	33,5	-48	-1,4
Gesamtkapital	8.902	100,0	9.909	100,0	-1.007	- 10,2

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang der bereinigten **Bilanzsumme** um rd. € 1,0 Mio bzw. um 10,2 % auf € 8,9 Mio. zu verzeichnen. Auf der **Aktivseite** haben sich die Forderungen gegen den Kreis Offenbach im Wesentlichen durch die Ausbuchung einer Forderung in Höhe von T€ 725 sowie durch die Übernahme des Schuldendienstes für die „Krankenhaus-AltDarlehen“ in Höhe von T€ 161 vermindert, korrespondierend zu letzterem sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf der **Passivseite** gesunken. Zudem hat sich das Eigenkapital um den im Berichtsjahr eingetretenen Fehlbetrag vermindert.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.2. Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung stellt den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit sowie der Finanzierungstätigkeit der Gesellschaft und die sich daraus ergebende Veränderung des Finanzmittelbestandes dar.

		2010	2009
1.	Mittelveränderung aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	T€
	Jahresergebnis	-795	-107
	+/- Zunahme / Abnahme von Rückstellungen	1	-29
	+/- Abnahme / Zunahme von Forderungen und anderer Aktiva	906	561
	+/- Zunahme / Abnahme von laufenden Verbindlichkeiten	-52	37
	Mittelzufluss netto / Cash-flow	60	462
2.	Mittelveränderung aus Finanzierungstätigkeit		
	+ Aufnahme von Bankdarlehen	0	2
	- Tilgung von Bankdarlehen	-161	-413
	Mittelabfluss netto	-161	-411
3.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-101	51
4.	Finanzmittelbestand am 01. Januar	186	135
5.	Finanzmittelbestand am 31. Dezember	85	186

2.3 Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2010 unter Gegenüberstellung der Vorjahreszahlen. Bei dieser Darstellung haben wir – abweichend zur handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung – die Ertrags- und Aufwandsposten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst. Das Betriebsergebnis beinhaltet Aufwendungen und Erträge aus dem operativen Geschäft. Im Finanzergebnis sind Zinsaufwendungen und Zinserträge sowie die Zinsübernahmen durch den Kreis Offenbach zusammengefasst. Alle Aufwendungen und Erträge mit einmaligem und/oder periodenfremdem Charakter werden im neutralen Ergebnis ausgewiesen.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

2. Darstellung der Lage (Fortsetzung)

2.3 Ertragslage (Fortsetzung)

	2010		2009		Veränderung in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse aus						
- Personalgestellung	26	24,5	5	2,5	21	420,0
- Schul-Evaluierung	0	0,0	38	19,3	-38	-100,0
- sonstige Dienstleistungen	0	0,0	74	37,6	-74	-100,0
	26	24,5	117	59,4	-91	-77,8
- übrige betriebliche Erträge	80	75,5	80	40,6	0	0,0
Laufende betriebliche Erträge	106	100,0	197	43,0	-91	-46,2
Personalaufwand	69	39,2	129	49,6	-60	-46,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	107	60,8	131	50,4	-24	-18,3
Laufende betriebliche Aufwendungen	176	100,0	260	100,0	-84	-32,3
Betriebsergebnis	-70	-66,0	-63	-32,0	-7	11,1
Neutrales Ergebnis	-725	-684,0	-46	-23,4	-679	o.A.
Finanzergebnis	0	0,0	2	1,0	-2	-100,0
Jahresergebnis	-795	-750,0	-107	-54,3	-688	643

Das Berichtsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 795, der mit T€ 70 im laufenden Betrieb und mit T€ 725 im neutralen Bereich eingetreten ist. Letzteres umfasst die Ausbuchung einer Forderung gegen den Kreis Offenbach, die daraus resultierte, dass die KOMMSERVE in den Jahren 2007 und 2008 Teile des Schuldendienstes für die Altdarlehen aus eigenen Mittel selbst übernommen hatte. Die unbedingte Verpflichtungserklärung des Kreises zur Übernahme des Schuldendienstes sah für diesen - nicht vorhergesehenen und daher nicht explizit berücksichtigten - Fall aber eine entsprechende Reduzierung der Einstandspflicht des Kreises nicht ausdrücklich vor. Die Verpflichtungserklärung wurde im Einvernehmen zwischen Kreis und KOMMSERVE-Geschäftsführung rückwirkend entsprechenden klargestellt, woraufhin die Forderung auszubuchen war. Im Vorjahr umfasste das neutrale Ergebnis ausschließlich die Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der im Geschäftsjahr 2009 abgeschlossenen steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2002 bis 2007.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die Entscheidung der Finanzverwaltung bezüglich des Zeitpunkts der Aberkennung der Gemeinnützigkeit ist noch offen.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2010 durch die Gesellschafterversammlung ergeben sich folgende Schritte zur Verschmelzung der KOMMSERVE mit der KVBG.

- Aufstellung einer Schlussbilanz der KOMMSERVE (Stichtag 31.12.2010)
- Erstellung des Entwurfes zum Verschmelzungsvertrages
- Verzicht auf den Verschmelzungsbericht und die Verschmelzungsprüfung durch den Kreis und notarielle Beurkundung
- Hinweis auf die Verschmelzung in den Bekanntmachungsorganen
- Beschluss zum Verzicht auf Kapitalerhöhung bei der KVBG
- Zustimmungsbeschlüsse durch die Gremien der KOMMSERVE und KVBG
- Beurkundung des Verschmelzungsvertrages
- Anmeldung der Verschmelzung beim und Eintrag im Handelsregister beider Gesellschaften

Die Sitzungen der infrage kommenden Gremien sind bereits terminlich festgelegt. Mit dem Abschluss der eingeleiteten Verschmelzung der KOMMSERVE und KVBG ist bis zum Mai/Juni 2011 zu rechnen.

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

L. Bilanz

	2010	2009	Verände-	2008
Aktiva	in €	in €	rung in €	in €
- Grundstücke mit Betriebsbauten	529.583	529.583	0	529.583
- Einrichtungen und Ausstattungen	153	230	-77	307
Sachanlagen	529.736	529.813	-77	529.890
Anlagevermögen	529.736	529.813	-77	529.890
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	0	0	246.469
Forderungen gegen den Kreis Offenbach	8.286.037	9.191.379	-905.343	9.503.644
Sonst. Vermögensgegenstände	116	2.258	-2.142	382
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.286.153	9.193.637	-907.484	9.750.495
Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	84.680	185.900	-101.220	135.219
Flüssige Mittel	84.680	185.900	-101.220	135.219
Rechnungsabgrenzungsposten	882	0	882	3.654
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.478.585	1.683.724	794.862	1.576.867
	11.380.037	11.593.074	-213.037	11.996.124

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	2009	Verände-	2008
Passiva	in €	in €	rung in €	in €
Gezeichnetes Kapital	4.346.000	4.346.000	0	4.346.000
Kapitalrücklagen	60.000	60.000	0	60.000
Verlustvortrag	-6.089.724	-5.982.867	-106.857	-5.936.587
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-794.862	-106.857	-688.005	-46.280
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.478.585	1.683.724	794.862	1.576.867
Eigenkapital	0	0	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	238.571	238.571	0	238.571
Sonstige Rückstellungen	92.304	92.004	300	121.446
Rückstellungen	92.304	92.004	300	121.446
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.040.282	8.201.166	-160.884	8.612.417
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.033	16.356	-13.323	19.883
Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis Offenbach	3.003.373	3.000.000	3.373	3.000.000
Sonstige Verbindlichkeiten	2.473	44.976	-42.503	3.808
Verbindlichkeiten	11.049.162	11.262.498	-213.337	11.636.108
	11.380.037	11.593.074	-213.037	11.996.124

KOMMSERVE gGmbH, Dietzenbach

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Umsatzerlöse	25.946	117.153	225.271
Sonstige betriebliche Erträge	247.016	288.031	639.727
	272.962	405.184	864.999
a) Löhne und Gehälter	56.400	105.793	237.824
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	12.561	23.092	21.074
Personalaufwand	68.961	128.885	258.898
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	40.009
Materialaufwand	0	0	40.009
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	77	77	77
Sonstige betriebliche Aufwendungen	106.594	143.827	206.886
	106.671	143.904	206.963
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	440	2.397	15.049
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	166.922	211.856	420.074
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-69.152	-77.063	-45.898
Außerordentliche Aufwendungen	725.000	0	0
Außerordentliches Ergebnis	725.000	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	13.243	0
Sonstige Steuern	710	16.500	382
Jahresüberschuss	-794.862	-106.807	-46.280

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes von 1998 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Als Leistungserbringer bedient sich der Kreis Offenbach dem Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach.

Die Gründung des Eigenbetriebes hat der Kreistag des Kreises Offenbach am 14.12.1999 beschlossen; seine Tätigkeit nahm der Eigenbetrieb am 01. Juli 2000 auf.

Dem Eigenbetrieb obliegt die Überwachung der bedarfsgerechten und flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Ergänzt wird dieser Sicherstellungsauftrag durch den Betrieb der Zentralen Leitstelle des Kreises Offenbach. Die Zentrale Leitstelle hat alle Hilfeersuchen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren.

Die Finanzierung des Eigenbetriebes erfolgt zum einen durch Personalkostenerstattungen des Landes Hessen und weiterhin über die Erhebung einer sog. Rettungsdienstgebühr. Die von den Leistungserbringern erhobene Rettungsdienstgebühr beträgt seit dem 01. September 2005 € 22,33.

Die interne Kostenstruktur des Eigenbetriebes ist aufgrund der hohen Personalintensität in starkem Maße von Personalkosten geprägt, die feste Kosten sind und somit unabhängig von der Zahl der koordinierten Rettungseinsätze als Aufwendungen des Eigenbetriebes entstehen.

Aufgrund dieser in starkem Maße von Personalaufwendungen geprägten Kostenstruktur besteht ein finanzielles Risiko für den Eigenbetrieb darin, dass - bedingt durch mögliche rückläufige Zahlen der abgewickelten Rettungsdiensteinsätze - Einnahmeausfälle entstehen könnten, die einem positiven bzw. ausgeglichenen Betriebsergebnis entgegenstehen.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

Anschrift	Gottlieb-Daimler-Straße 10, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/37107-83
Telefax	06074/37107-89
E-Mail	leitstelle@leitstelle-kreis-of.de

Die Angaben zum Eigenbetrieb beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Eigenbetriebes

Rechtsform	Eigenbetrieb
Gründungsdatum	14.12.1999
Stammkapital	51.129,19 €
Eigenbetriebssatzung	Betriebssatzung vom 14. Dezember 1999, zuletzt geändert am 05. September 2001.

B. Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Sicherstellung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach. Der Betrieb kann alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührende Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Der Satzungszweck wird verwirklicht durch die Unterstützung bei der Aufgabenbewältigung des Rettungsdienstes im Kreis Offenbach, der die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bürger des Kreises mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes überwacht.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

C. Organe des Eigenbetriebes

Kreistag des Kreises Offenbach

Kreisausschuss des Kreises Offenbach

Betriebskommission

Zusammensetzung der Betriebskommission (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied für den Kreisausschuss	Herr Gerd Hibbeler
-----,-----	Frau Margot Süß
Mitglied für den Kreistag	Frau Maria Becht
-----,-----	Frau Hildegard Ripper
-----,-----	Herr Dieter Zimmer
Mitglied für den Personalrat	Herr Karsten Arendt
-----,-----	Frau Karin Sackbrook
Sachkundige Einwohner/innen	Herr Hans-Joachim Junker
-----,-----	Herr Constantin Holzamer

Betriebsleitung

Betriebsleiter

Herr Ralf Ackermann

Hinsichtlich der Angabe der Gesamtbezüge der Betriebsleitung wird von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Für die Betriebskommission sind für das Wirtschaftsjahr 2009 Sitzungsgelder in Höhe von € 258,10 angefallen.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

D. Träger des Eigenbetriebes

Träger	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	100,00	51.129,19

E. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck des Eigenbetriebes bzw. dessen Aufgabenstellung.

Gemäß den Bestimmungen des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (§ 4) sind die Landkreise und kreisfreien Städte Träger der bodengebundenen Notfallversorgung einschließlich der Berg- und Wasserrettung. Für den Kreis Offenbach erbringt der Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach diese Leistung.

Da es sich bei einem Eigenbetrieb nicht um eine wirtschaftliche Betätigung handelt, ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO nicht erforderlich.

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Produkt Genehmigung und Aufsicht

Buchungsstelle 37.03.01.50030010 (anteilig, den Eigenbetrieb Rettungsdienst betreffend)

	2011	2010	2009
Mieten und Pachten	33.766	25.430	25.534

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

F. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Produkt Genehmigung und Aufsicht

	2011	2010	2009
Kostenersatz des EB Rettungsdienst Buchungsstelle 37.03.01.54850010	34.000	27.780	27.780

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besonderer Finanzaufwendungen

Produkt Gefahrenabwehr

Buchungsstelle 37.02.01.71250010

	2011	2010	2009
Anteil des Trägers EB Rettungsdienst	150.000	159.342	155.649

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

Aufgrund einer Änderung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG) ergibt sich ab dem Jahre 2011 ein anderer Kostenverteilungsschlüssel, welcher einen niedrigeren Ansatz ermöglicht.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

G. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

H. Verbindlichkeiten des Eigenbetriebes

in €	2009	2008	2007
Verbindlichkeiten	306.099	381.974	336.531

Berichtsjahr 2009	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	381.974
Zunahmen	0
Abnahmen	75.875
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	306.099

I. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2009

Allgemeines

Der Kreistag des Kreises Offenbach hat am 14.12.1999 beschlossen, den „Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach ab 01. Juli 2000 als ein organisatorisch und wirtschaftlich eigenständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Sinne des Eigenbetriebsgesetzes zu schaffen.

Der Kreistag des Kreises Offenbach entscheidet nach § 5 der Betriebssatzung über die Grundsätze, nach denen der Betrieb des Eigenbetriebes Rettungsdienst gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Nach § 6 der Betriebssatzung beruft der Kreisausschuss eine Betriebskommission. Sie überwacht nach § 7 der Betriebssatzung die Betriebsleitung, bereitet die Beschlüsse des Kreistages vor und ist zuständig für die Geschäfte, die über die laufende Betriebsführung hinausgehen.

Als Rettungsdienststräger obliegt dem Kreis Offenbach nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz die Sicherstellung des Rettungsdienstes unter Wahrung der medizinischen Erfordernisse zu sozial tragbaren Benutzungsentgelten. Diese Aufgabe wird vom Eigenbetrieb Rettungsdienst wahrgenommen. Er überwacht die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes. Der Sicherstellungsauftrag umfasst in erster Linie den bodengebundenen Rettungsdienst, der durch die Berg-, Luft- und Wasserrettung ergänzt wird, den Betrieb der Zentralen Leitstelle für den Kreis Offenbach sowie den Betrieb eines Notarzteinsatzfahrzeuges in eigener Regie.

Der Bereichsplan wurde im Jahr 2006 vom Kreisausschuss in Kraft gesetzt und ist bis zum 30. September 2010 befristet. Zur Verbesserung der rettungsdienstlichen Versorgung wurde ab 01. April 2009 eine Erhöhung in der Vorhaltung von Fahrzeugen im Kreis vorgenommen, da die Auslastung der Rettungswagen stark gestiegen war und die Einhaltung der Hilfsfristen notwendig ist. Der Bereichsplan wurde nach einem Probetrieb im Einvernehmen mit den Krankenkassen geändert.

Es wird dann im Jahr 2010 eine ausführliche Auswertung der Einsatzzahlen des Jahres 2009 stattfinden zur Überprüfung der Rettungsmittelvorhaltung. Die Bewertung wird sich nach Verhandlungen mit den Kostenträgern in einer Fortschreibung des Bereichsplanes wiederfinden.

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise)

Die Einsatzsituation und somit auch die Ertragslage im Jahr 2009 (Jahr 2008 in Klammern) hat sich aufgrund der Einsatzzahlen wie folgt entwickelt:

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

J. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise)

	2009	2008
Notfalleinsätze (Rettungsdiensteinsätze)	27.314	25.138
Qualifizierte Krankentransporte	2.967	2.654
Notarzteinsätze (alle Systeme)	6.682	5.957

Somit gab es insgesamt 36.963 (33.749) abrechnungsfähige Einsätze. Im Wirtschaftsplan 2009 waren 33.000 Einsätze die Planungsgrundlage.

Die Zahl der Einsätze der Notarzteinsetzfahrzeuge (NEF) Systeme ist gestiegen und befindet sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. Das bewirkt auch eine Erhöhung des Ertrages und Aufwandes.

Die Anzahl der Feuerwehreinsätze ist durchschnittlich leicht gefallen, wobei Einzelfälle (Unwetter, orkanartige Böen) eine Einsatzabwicklung von über 700 Einsätzen in kürzester Zeit erforderlich machte.

Zusätzlich sind noch 54.515 Beratungen/Telefonkontakte/Vermittlungen aus der Bevölkerung zu verzeichnen.

Gemäß § 8 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes berechnet der Eigenbetrieb gegenüber den Leistungserbringern eine Rettungsdienstgebühr, die anhand der angefallenen Kosten kalkuliert ist. Die Rettungsdienstgebühr liegt für qualifizierte Krankentransporte und Notfalleinsätze bei € 22,33 und damit nach wie vor im unteren Drittel der in Hessen erhobenen Rettungsdienstgebühren. Im Wirtschaftsjahr waren als Leistungserbringer das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter Unfall Hilfe und der Malteser Hilfsdienst sowie die drei eigenen Notarzteinsetzfahrzeuge im Einsatz. Durch einen Anstieg der abrechnungsfähigen Einsatzzahlen sind die Einnahmen aus den Rettungsdienstgebühren gestiegen.

Der Eigenbetrieb hat mit den Notarzt-Einsatzfahrzeugen 6.682 Einsätze selbst durchgeführt und hierbei durch Einsatztarife Einnahmen in Höhe von € 229,00 pro Einsatz (zzgl. € 770,00 im Fall des Einsatzes des Medikamentes Lyse) erzielt.

Insgesamt konnten im Wirtschaftsjahr 2009 für den gesamten Eigenbetrieb Einnahmen aus den Einsätzen in Höhe von T€ 2.291 (2008: T€ 1.491) erwirtschaftet werden.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Ertragslage und Geschäftsverlauf (auszugsweise) (Fortsetzung)

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2009 für den gesamten Eigenbetrieb ein Überschuss in Höhe von € 53.283,66 erwirtschaftet werden. Die Zielsetzung eines über einen längeren Betrachtungszeitraum ausgeglichenen Ergebnisses bei kostendeckenden Rettungsdienstgebühren kann als erreicht angesehen werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Zur zeitnahen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes wird die Betriebsleitung die Entwicklung der Zahlen auch im Jahre 2010 intensiv beobachten, um gegebenenfalls zeitnah reagieren zu können.

Auftragsgemäß wurde das NEF System Ost zum 1. Januar 2009 übernommen – mit erheblichem Aufwand und Einsatz der personellen Ressourcen des Eigenbetriebs. Die notärztliche Besetzung aller Standorte wird über einen Dienstleister sichergestellt.

Es erfolgte die Auslieferung des dritten Notarzteinsatzfahrzeuges. Ergänzend wurden die NEF Systeme mit zusätzlichem medizintechnischen Geräten ausgestattet, die eine schnelle Untersuchung vor Ort bei Rauchgasintox zulassen und als Konsequenz unnötige Transporte in Kliniken ausschließen.

Alle drei Systeme sind von den Einsatzzahlen sehr gut ausgelastet – das System Mitte (Dietzenbach) ist derzeit nur auf 12 Stunden begrenzt.

In der Zentralen Leitstelle findet eine Einsatzunterstützung mit einem GPS Ortungssystem (TOMTOM Workfleet) statt, das sich sehr positiv bewährt hat. Dabei handelt es sich um die Übermittlung der Daten sowie Standortdarstellung des Fahrzeuges auf der Karte zur schnellen Disposition für die NEF Systeme. Es wird im Jahr 2010 dann eine Ausdehnung dieses Systems auf alle Rettungswagen geben.

Diskussionen über eine Veränderung im Bereich des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD) haben aufgrund falscher Aussagen im Bereich des ÄBD Dietzenbach zu Irritationen geführt, da von einer Verlegung des „Notarzteinsatzfahrzeuges“ von Langen nach Dietzenbach gesprochen wurde, es sich jedoch tatsächlich nur um den Hausarztvertretungsdienst handelt. Nach wie vor ist festzustellen, dass sich die Zahl der Anrufe bzw. Anforderungen an den Rettungsdienst durch Veränderungen im Ärztlichen Bereitschaftsdienst erhöhen. Auch ein Anstieg der Erwartungshaltung der Bevölkerung ist festzustellen, wobei jeweils der Einsatz des Rettungsdienstes nach den Indikationen erfolgt.

Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach, Dietzenbach

J. Auszug aus dem Lagebericht 2009 (Fortsetzung)

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Fortsetzung)

Im Jahr 2009 wurde von Seiten des Kreises Offenbach ein Abrollbehälter Massenanfall von Verletzten in Betrieb genommen – d.h. bei Großschadensfällen wird dieses Material vor Ort gefahren, um mit dem parallel dazu fahrenden Einsatzpersonal schnell über Schleifkorbtragen / medizinische Geräte, verlastet in Rucksäcken zu verfügen, um Verletzte zeitnah retten zu können. Dies ist eine sinnvolle Ergänzung des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes.

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

K. Bilanz

	2009	2008	Verände- rung	2007
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	18.123	0	18.123	0
Immaterielle Vermögensgegenstände	18.123	0	18.123	0
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	257.005	280.514	-23.509	304.023
Maschinen und maschinelle Ausstattung	201.288	204.987	-3.699	153.999
Betriebs- und Geschäftsausstattung	197.675	177.929	19.746	100.283
Anlagevermögen	655.968	663.430	-7.462	558.305
Vorräte	13.228	13.228	0	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	403.042	275.111	127.931	113.682
Forderungen gegen den Träger	62.810	158.288	-95.478	180.027
Sonstige Vermögensgegenstände	1.740	1.991	-251	2.000
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	480.819	448.618	32.201	295.710
Kassenbestand + Guthaben bei Kreditinstituten	232.319	134.225	98.094	255.577
Umlaufvermögen	713.138	582.843	130.295	551.286
	1.387.229	1.246.273	140.956	1.109.591

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

K. Bilanz (Fortsetzung)

	2009	2008	Veränderung	2007
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Stammkapital	51.129	51.129	0	51.129
Allgemeine Rücklage	73.000	68.000	5.000	63.000
Zweckgebundene Rücklage	82.600	77.600	5.000	52.600
	155.600	145.600	10.000	115.600
Gewinn-/Verlustvortrag	45.315	57.875	-12.560	79.338
Verwendung für Einstellung in Rücklagen	-10.000	-30.000	20.000	-57.600
	35.315	27.875	7.440	21.738
Jahresgewinn/-fehlbetrag	53.284	17.440	35.843	36.136
	88.599	45.315	43.284	57.875
Eigenkapital	295.328	242.044	53.284	224.604
Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	109.803	130.880	-21.077	151.957
Sonstige Rückstellungen	676.000	491.375	184.625	396.500
Rückstellungen	676.000	491.375	184.625	396.500
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	203.908	236.880	-32.972	268.363
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96.784	80.398	16.386	67.593
Sonstige Verbindlichkeiten	5.407	64.696	-59.289	575
Verbindlichkeiten	306.099	381.974	-75.875	336.531
	1.387.229	1.246.273	140.956	1.109.591

**Eigenbetrieb Rettungsdienst des Kreises Offenbach,
Dietzenbach**

L. Gewinn- und Verlustrechnung

	2009	2008	2007
	in €	in €	in €
Erträge Leitstellengebühren	825.384	753.615	756.228
Erträge Notarzteinsatzgebühren	1.465.428	685.505	579.551
Erträge Bearbeitungsgebühren	0	6.813	6.692
Eigenanteil Kreis Offenbach	203.275	184.358	180.673
Zuschüsse Personalkostenanteil Land Hessen	108.010	108.010	108.010
Sonstige betriebliche Erträge	63.417	65.739	53.004
	2.665.515	1.804.041	1.684.159
Materialaufwand			
Aufwendungen für roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	61.540	57.722	76.761
Aufwendungen für bezogene Leistungen	550.299	235.740	196.715
	611.839	293.463	273.476
Personalaufwand			
Gehälter	1.214.168	907.690	835.714
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	282.542	217.046	187.935
	1.496.709	1.124.736	1.023.649
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	143.630	91.316	63.308
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	21.077	21.077	22.783
	122.553	70.239	40.525
Sonstige betriebliche Aufwendungen	373.199	300.419	308.437
Zinsen und ähnliche Erträge	2.736	14.413	9.072
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.087	11.577	10.871
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	53.864	18.020	36.272
Sonstige Steuern	580	580	136
Jahresgewinn/-fehlbetrag	53.284	17.440	36.136

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

Anschrift	Werner-Hilpert-Straße 1, 63128 Dietzenbach
Telefon	06074/8180-1240, -1241
Telefax	06074/8180-8930
E-Mail	info@proarbeit-kreis-of.de
Internet	www.proarbeit-kreis-of.de

Die Angaben zur Anstalt öffentlichen Rechts beziehen sich auf das Jahr 2009

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts
Gründungsdatum	12. Dezember 2007
Satzung	Die Satzung trat mit Wirkung vom 01. Januar 2008 in Kraft

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts

Mit der Gründung der Anstalt verfolgt der Kreis vorrangig die Ziele:

- auf kommunaler Ebene die Aufgaben als Optionskommune nach dem SGB II effektiv, wirtschaftlich und zügig umzusetzen;
- die im Feld der Beschäftigungsförderung bestehenden Finanzbeziehungen transparent darzustellen und damit den Mitteleinsatz zielgenau zu steuern und zu optimieren;
- die Personalhoheit im Bereich der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II weitgehend in die Anstalt zu verlagern und damit eine effiziente, an den Erfordernissen der Beschäftigungsförderung ausgerichtete Personalpolitik mit der Möglichkeit der schnellen und flexiblen personalwirtschaftlichen Entscheidungsdurchsetzung zu ermöglichen.

Der Kreis überträgt der Anstalt „Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) die ihm im Rahmen des Gesetzes obliegenden Aufgaben und Zuständigkeiten als Optionskommune nach dem SGB II. Dies betrifft auch hoheitliche Aufgaben. Insoweit kann die Anstalt selbständig Verwaltungsakte erlassen. Die Führung der sozialgerichtlichen Verfahren verbleibt beim Kreis.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

B. Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Insbesondere obliegen der Anstalt folgende Aufgaben:

- Bewilligung von Leistungen nach dem SGB II;
- Beantragung, Durchführung und Abrechnung von Maßnahmen, die der Beschäftigungsförderung, Sozialen Betreuung, Aus- und Weiterbildung sowie der Ein- und Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt dienen. Zu den Maßnahmen zählen auch: Beratungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Jugendliche; Angebote der betriebsübergreifenden Erstausbildung; Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose; unterstützende Angebote für die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit;
- Organisation und Durchführung von europäischen, Bundes- und Landes-Projekten, die dem Zwecke der Anstalt dienen.

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Verwaltungsrat

Zusammensetzung des Verwaltungsrates (Stand: 31.12.2009)	
Vorsitzender	Herr Carsten Müller
Stellv. Vorsitzender	Herr Peter Walter
Mitglied	Frau Maria Becht
-----,,----	Herr Reimund Butz
-----,,----	Frau Tina Hobusch
-----,,----	Herr Clemens Jäger
-----,,----	Herr Werner Nickel
-----,,----	Frau Hildegard Ripper
-----,,----	Herr Dieter Zimmer

Im Wirtschaftsjahr 2009 beliefen sich die Verwaltungsratsvergütungen auf € 1.646,10.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

C. Organe der Anstalt öffentlichen Rechts (Fortsetzung)

Vorstand

Vorstand

Frau Brunhild Constanze Kent

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleibt unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

D. Träger

Träger

Anteil in %

Kreis Offenbach

100,00

E. Beteiligungen

keine

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Anstalt öffentlichen Rechts bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Trägerschaft des Kreises Offenbach an der Anstalt öffentlichen Rechts handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts ist das Hessische Offensiv-Gesetz in der Fassung vom 14.12.2006 (GVBl. I S. 666) §§ 2b ff.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Teilergebnishaushalt

**Produkt Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung für die sozialen Dienste 50.10.01
Kostenersatzleistungen und -erstattungen**

	2011	2010	2009
Kostenerstattung Frauenhaus Buchungsstelle 50.10.01.54840040	50.000	20.021	59.356

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2011	2010	2009
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - für Leistungen als kostenerstattungspflichtiger Träger Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.71710010	60.000	90.506	0

Transferaufwendungen

	2011	2010	2009
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - für psychosoziale Betreuung Frauenhaus - Buchungsstelle 50.10.01.72710010	372.000	312.678	0

Produkt Wirtschaftliche Jugendhilfen nach dem KJHG 51.10.01

Transferaufwendungen

	2011	2010	2009
Kosten der Betreuung von Tagespflegekindern § 16a SGB II - Buchungsstelle 51.10.01.72500200	30.000	6.587	3.392

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Arbeitsmarktintegration SGB II (aktive Leistungen) 52.01.01

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2011	2010	2009
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten - Buchungsstelle 52.01.01.71250040	12.771.215	13.197.400	12.125.045

Transferaufwendungen

	2011	2010	2009
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Eingliederung - Buchungsstelle 52.01.01.72740010	8.313.920	12.030.750	11.735.530
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16e SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740020	2.169.405	598.000	280.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Projekt Ü 50 - Buchungsstelle 52.01.01.72740030	2.185.000	1.760.000	1.200.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - § 16f SGB II - Buchungsstelle 52.01.01.72740040	0	570.000	120.000
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Arbeitsmarktbudget - Buchungsstelle 52.01.01.72990020	124.000	134.108	125.200
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Ausbildung statt ALG II (AstA) - Buchungsstelle 52.01.01.72990040	130.000	160.400	227.275

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (passive Leistungen) 52.01.02

Erträge aus Transferleistungen

	2011	2010	2009
Leistungsbeteiligung bei ALG II nach §§ 19 ff. SGB II ohne Leistungen für Unterkunft Buchungsstelle 52.01.02.54721010	81.000.000	68.650.000	67.229.830

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

	2011	2010	2009
Rückzahlung AöR Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890100	500.000	0	0
Rückzahlung AöR Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890110	10.000	0	0
Rückzahlung AöR Darlehen § 7 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890120	2.500	0	0
Rückzahlung AöR Darlehen § 25 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890130	2.500	0	0
Rückzahlung AöR Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890140	250.000	0	0
Rückzahlung AöR Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.54890150	2.500	0	0
Erstattung SGB II-Erträge durch AöR Buchungsstelle 52.01.03.54900050	400.000	977.723	514.440

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Aufwendungen für Zuweisungen/Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

	2011	2010	2009
Zuweisung Wirtschaftsplan AöR - Verwaltungskosten KFA Kreis - Buchungsstelle 52.01.03.71250040	1.841.159	1.949.600	1.925.990
Zuschuss AöR gemäß Verwaltungsvereinbarung - Buchungsstelle 52.01.03.71250045	87.360	0	0

Transferaufwendungen

	2011	2010	2009
Kosten der Unterkunft - laufende Leistungen § 22 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400010	54.716.000	52.770.000	50.356.149
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400020	450.000	220.000	356.058
Kosten der Unterkunft - einmalige Leistungen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400030	10.000	0	90.958
Kosten der Unterkunft - Zuschuss nach § 22 Abs. 7 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72400050	125.000	120.000	0
Einmalige Leistungen - § 23 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03.72420010	1.300.000	1.190.000	1.183.822
Darlehen AöR § 22 Abs. 3 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430100	900.000	0	0
Darlehen AöR § 23 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430110	125.000	0	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilergebnishaushalt (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Transferaufwendungen (Fortsetzung)

	2011	2010	2009
Darlehen AöR § 7 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430120	25.000	0	0
Darlehen AöR § 25 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430130	25.000	0	0
Darlehen AöR § 22 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430140	700.000	0	0
Darlehen AöR § 23 Abs. 4 SGB II Buchungsstelle 52.01.03.72430150	60.000	0	0

Teilinvestitionsplan

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03

Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens

	2011	2010	2009
Rückflüsse von Darlehen aus übrigem inländischen Bereich - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386810	0	0	178.141
Abgang Finanzanlagevermögen § 22 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386870	0	0	67.173
Abgang Finanzanlagevermögen § 23 Abs. 5 SGB II Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386880	0	0	534

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilinvestitionsplan (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens

	2011	2010	2009
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386910	0	581.705	421.057
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386920	0	4.163	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 7 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386930	0	2.858	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 25 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386940	0	0	0
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386970	0	278.109	181.899
Rückflüsse aus von AöR gewährter Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.82386980	0	4.651	12.517

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

	2011	2010	2009
Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten an sonstigen inländischen Bereich - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486810	0	870.000	86.288
Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486820	0	631.572	339.271
Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486830	0	70.000	15.363

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises (Fortsetzung)

Teilinvestitionsplan (Fortsetzung)

Produkt Originäre Kreisleistungen nach SGB II 52.01.03 (Fortsetzung)

Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

	2011	2010	2009
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 3 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486910	0	870.000	662.277
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 22 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486920	0	631.572	268.369
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 4 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486930	0	70.000	41.948
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 23 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486940	0	110.000	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 7 Abs. 5 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486950	0	0	0
Ausz. an AöR zur Gewährung von Darlehen § 25 SGB II - Buchungsstelle 52.01.03/1003.84486960	0	0	0

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 auf das Ergebnis der Jahresrechnung.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft, jeweils zum 31.12. eines Wirtschaftsjahres

keine

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009

1. Einleitung

Bei der Pro Arbeit wertet der Bereich Controlling seit Anfang 2006 kontinuierlich die zur Berichterstattung relevanten Daten aus. Hieraus werden regelmäßige Reports zum Stand der Umsetzung des SGB II im Kreis Offenbach generiert. Dieses Zahlenmaterial bildet die Grundlage für die Betrachtung der in den Bereichen geleisteten Integrationsarbeit. Die vorliegenden Statistiken dokumentieren die Entwicklung im Berichtszeitraum von Januar bis Dezember 2009.

Im Folgenden werden dafür zunächst die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dargestellt. Anschließend werden die gesamten Integrationszahlen präsentiert, die auf Vermittlungen in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt basieren. Wie sich die Integrationsarbeit aus Sicht der einzelnen Organisationsbereiche der Pro Arbeit darstellt, wird im Folgenden ausführlich erläutert.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Fallzahlen

Zum 31.12.2009 betreute der Kreis Offenbach 10.570 Bedarfsgemeinschaften (BG's). Im Dezember des Vorjahres 2008 waren dies noch 10.146. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften um 424 erhöht und ist um einen Anteil von rund 4,2% gestiegen. Single-Haushalte stellen die mit Abstand größte Gruppe mit einem Anteil von 46% dar. Das heißt, in fast der Hälfte aller Bedarfsgemeinschaften lebt nur eine einzelne Person. Des Weiteren spielen bei einem nahezu gleich großen Anteil Kinder eine wesentliche Rolle: Sie leben in rund 42% der Bedarfsgemeinschaften. Dabei werden sie in 20% der Bedarfsgemeinschaften von Alleinerziehenden bzw. in 23% von Paaren betreut.

In den Bedarfsgemeinschaften gab es insgesamt 15.879 erwerbsfähige Hilfebedürftige zum Jahresende. Dazu gehören 3.331 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 24 Jahren, die damit einen Anteil von 21% darstellen. 3.486 Personen bilden 22%, die über 50 Jahre alt und älter sind. Zugleich befindet sich mehr als die Hälfte aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, d. h. 9.062 Personen, im mittleren Alterssegment von 25 bis 49 Jahren.

Die Bundesagentur für Arbeit weist für den Kreis Offenbach im Rechtskreis des SGB II im Dezember 2009 insgesamt 6.978 arbeitslose Personen aus. Von diesen sind 619 Männer und Frauen jünger als 25 Jahre und 1.750 der Beteiligten sind 50 Jahre und älter.

Im Vergleich zum Vorjahr ist zunächst festzustellen, dass per 31.12.2008 insgesamt 8.117 Personen als arbeitslos (SGB II) gemeldet waren. Für die Entwicklung im Jahr 2009 bedeutet dies, dass sich die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Offenbach um 1.139 Menschen verringert hat. Dies entspricht einer Reduzierung der gemeldeten Personen um rund 14%.

Die Auswertung aller erfassten, kundenbezogenen Daten des im Fallmanagement eingesetzten Datenverarbeitungs-Fachverfahren comp.ASS zeigt weiter, dass zum Jahresende 2009 von den Fallmanagern und Arbeitsvermittlern bei der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) insgesamt 18.209 Personen betreut wurden.

Für eine erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt ist die Beschäftigungsfähigkeit der betreuten Personen ein wichtiger Indikator. Im Jahr 2009 galten rund ein Sechstel aller Betreuten, das sind 3.000 Personen, als direkt vermittelbar. Dabei handelte es sich um erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine oder nur geringfügige Vermittlungshemmnisse aufwiesen. Ihre Betreuung wurde von der Arbeitsvermittlung oder im Rahmen des Projektes 50PLUS übernommen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

2. Entwicklung der Fallzahlen (Fortsetzung)

Allerdings wurden bei 9.143 Personen, d.h. bei mehr als der Hälfte aller betreuten Hilfebedürftigen, weitreichende Vermittlungshemmnisse festgestellt. Diese Hemmnisse erschweren eine direkte Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Hier sind besondere Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen erforderlich, um die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern. Diese werden durch die persönlichen Ansprechpartner im Fallmanagement auf die Hilfebedürftigen individuell abgestimmt und angepasst.

3. Integrationen in den Arbeitsmarkt

Seit Anfang des Jahres wurden insgesamt 4.091 Personen in Arbeit integriert. Das bedeutet, dass durchschnittlich 341 Personen pro Monat vermittelt wurden. Gegenüber den Integrationszahlen des Jahres 2008 von 4.099 Personen ist hier ein leichter Rückgang von 0,2% festzustellen. Weitere 405 Personen haben im Jahr 2009 eine Ausbildung begonnen.

Von diesen integrierten Menschen waren 874 Personen jünger als 25 Jahre alt. Durch die Unterstützung der Pro Arbeit konnten davon je 320 junge Erwachsene erfolgreich in ein Ausbildungs- bzw. 554 in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden. Die Vermittlungszahlen für die einzelnen Monate des Jahres 2009 spiegeln sich in der folgenden Abbildung wider. Dabei ist ein deutlicher Anstieg bei den Integrationen in die Berufsausbildungen ab dem Monat August zu erkennen, da hier das Ausbildungsjahr für 2009 beginnt.

Von allen 4.091 in Arbeit vermittelten Hilfebedürftigen sind 3.537 Personen zwischen 25 und 64 Jahre alt. Die Mehrheit mit 3.056 Personen war in der Altersgruppe von 24 bis 49 Jahre, während 481 Personen über 50 Jahre alt waren. Auch hier lässt sich die Entwicklung für das gesamte Jahr 2009 in einer Abbildung darstellen, welche sowohl die Integrationen in Arbeit wie auch in Ausbildung in den einzelnen Monaten wiedergibt.

39.210 Teilnahmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wurden insgesamt durch die Pro Arbeit im Jahr 2009 unterstützt. Davon waren mehr als die Hälfte, d.h. rund 55%, aller angebotenen Maßnahmen auf die Verbesserung der Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet. Jeweils um die 10% bezogen sich entweder auf die Teilnahme an Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Maßnahmen oder sonstige Förderungen. Bei 5% aller Förderungen stand die Berufsausbildung im Mittelpunkt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3. Integrationen in den Arbeitsmarkt (Fortsetzung)

Durch die Förderstatistik werden Differenzierungen im Hinblick auf den Grad der Problemlösung zur Integration in den Arbeitsmarkt sichtbar: so haben z.B. mit Eingliederungszuschüssen geförderte Arbeitnehmer, d.h. als Beschäftigung begleitende Maßnahme, schon eine erste Hürde zum Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt genommen.

In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen wurden 7.048 Teilnahmen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen insgesamt gefördert. Bei 3.359, d. h. rund 46%, standen Maßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt im Vordergrund. Parallel war in dieser Altersgruppe annähernd ein Viertel (23,5%) aller Förderungen auf eine Berufsausbildung ausgerichtet. Während rund 15% sonstiger Förderung vorbehalten waren, wurden für die Beschäftigung begleitende bzw. schaffende Maßnahmen allerdings gemeinsam weniger als 12% aller Fördermittel ausgegeben.

Schließlich werden die Vermittlungen in Praktika als Integrationen in den zweiten Arbeitsmarkt erfasst.

Generell wurden im Jahr 2009 insgesamt 859 Personen in Praktika vermittelt. Dabei unterscheiden sich auch hier die Anteile der einzelnen Altersgruppen. Mit 551 Vermittlungen war die Altersgruppe der 25-49 Jährigen am stärksten beteiligt. Währenddessen wurden in den Altersgruppen der unter 25-Jährigen 214 und bei den über 50 Jahre alten Hilfebedürftigen 94 Vermittlungen in Praktika erreicht.

3.1 Bereich Arbeitsvermittlung

Im Mittelpunkt dieser Abteilung steht die Vermittlung arbeitsmarktnaher Personengruppen. Zielsetzung ist es, ihre erfolgreiche Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen. Dafür arbeiten die Beschäftigten der Arbeitsvermittlung in Teams zusammen, die sich auf die verschiedenen Zielgruppen und Branchen ausgerichtet haben. Dazu gehören *erstens* die kaufmännischen und gewerblichen Teams. *Zweitens* stehen hier Ansprechpartner für den Bereich Informationstechnologie und Engineering, in der Existenzgründung, 400-Euro-Jobvermittlung und die unter 25-jährigen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zur Verfügung. Zusätzlich sind verschiedene Mitarbeiter für berufsbezogene Themengebiete und interne Verfahren als Multiplikatoren benannt, die z. B. für die Bereiche Sozial-, Pflege- und Sicherheitsberufe, Metallverarbeitung, Zeitarbeit, Interkulturelle Kommunikation, Schuldnerberatung sowie Übergangsmanagement stehen. So wird bei Bedarf eine gegenseitige Unterstützung der Beschäftigten untereinander gewährleistet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.1 Bereich Arbeitsvermittlung (Fortsetzung)

In der Existenzgründung sind zwei Vollzeitkräfte für die Betreuung der potentiellen Gründer und Selbstständigen zuständig. Dafür wurde das Beratungsangebot in der Arbeitsvermittlung und im Projekt 50PLUS für die gesamte Pro Arbeit zusammengeführt. Somit kann die Beratung „aus einer Hand“ von einem der insgesamt vier Berater vorgenommen werden. Damit ist eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die internen Prozesse, Verfahren und Kooperation mit Trägern eingetreten. Auch bei den bereits bestehenden Selbstständigen wird eine Tragfähigkeitsprüfung vorgenommen, um die Selbstständigkeit bei nicht feststellbarer Gewinnerzielungsabsicht zu beenden und die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen dem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmarkt wieder zuzuführen. Neben der Durchführung von Gesprächen mit den Multiplikatoren „Selbstständige“ aus der Grundsicherung wurde mit Schulungen in den Bereichen Grundsicherung, Projekt 50PLUS und Arbeitsvermittlung begonnen.

Die zuständige Mitarbeiterin in der Jobvermittlung hat rund 1.160 Unternehmenskontakte aufgebaut, 444 Stellen akquiriert und 973 Vorauswahlgespräche geführt. Insgesamt konnten 87 Stellen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung besetzt werden. Zugleich konnten drei Vollzeit- und sieben Teilzeitstellen von geringfügig in voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umgewandelt werden. Dieser Erfolg zeigt auch, dass die Akzeptanz der Jobvermittlung bei den Mitarbeitern und Arbeitgebern in der Rhein-Main-Region mittlerweile sehr groß ist. Zudem wurden Gruppenveranstaltungen zur Stellenbesetzung mit regionalen Einrichtungen wie bspw. dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) zu den Sozial- und Pflegeberufe durchgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich Qualitätsmanagement. Das Verwaltungs- und Kontrollsystem der Arbeitsvermittlung wurde weiter verfeinert.

In den relevanten Zielfeldern konnte die Arbeitsvermittlung die Zahlen, auch im Vergleich zum Jahr 2008, auf hohem Niveau wieder erreichen bzw. übertreffen.

Auch die Kooperation mit dem Arbeitgeberservice (AGS) entwickelte sich weiterhin sehr gut. Gemeinsam wurden zwei Workshops durchgeführt. Im Frühjahr 2009 fand auf Initiative der Arbeitsvermittlung gemeinsam mit dem AGS zum dritten Mal eine Jobmesse Zeitarbeit statt. Ziel war es, dem immer größer werdenden Anteil an Zeitarbeitsstellen Rechnung zu tragen. Zwölf Zeitarbeitsfirmen nahmen daran teil. Von ca. 855 eingeladenen Hilfebedürftigen kamen 487 Personen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.1 Bereich Arbeitsvermittlung (Fortsetzung)

Davon erzielten rund 130 Hilfeempfänger eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwierig sind, hat sich die Jobmesse etabliert und wird zukünftig weiterhin stattfinden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bereits seit 2005 die Arbeitsvermittlung auf einem hohen Niveau Beratungs- und Vermittlungsleistungen erbringt und die internen Prozesse und Qualitätssicherungsaspekte ständig weiter entwickelt. Dies bestätigen die Integrations- und Aktivierungszahlen und –quoten sowie die entsprechenden Zielwerte.

3.2 Arbeitgeberservice als PPP-Projekt

Im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (PPP) ist die IMB Service-Center Arbeit GmbH für die Leistungen des Arbeitgeberservice (AGS) verantwortlich. Diese Kooperation zwischen der Pro Arbeit und dem Arbeitgeberservice Kreis Offenbach besteht seit 2006. Zielsetzung des AGS ist es, eine ganzheitliche und kundenorientierte Betreuung von Unternehmen im regionalen Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Dazu gehört ein umfassendes Dienstleistungsangebot rund um die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Im Mittelpunkt stehen dabei Bewerberauswahl sowie Informations- und Beratungsgespräche zu aktuellen Stellenangeboten aus dem Kreis Offenbach und Umgebung.

Im Jahr 2009 hat der AGS insgesamt 698 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und 13 Ausbildungsplätze besetzt.

Generell sind die Vermittlungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zum Vorjahr um 24% zurückgegangen. Dieser Rückgang bezieht sich vor allem auf den Bereich der Zeitarbeit. Gab es im Jahr 2008 noch 715 Vermittlungen in Zeitarbeit, so trat im Jahr 2009 eine Abnahme um 30% auf 501 Vermittlungen ein. Letztlich sind die Einstellungen in kleine und mittlere Unternehmen um nur 7% zurückgegangen.

Nach vorheriger Kontaktierung wurden 4.208 Unternehmen durch den AGS beraten und rund 1.200 Betriebsbesuche durchgeführt. Davon waren 535 Unternehmen Neuzugänge, die erstmalig in der Datenbank erfasst wurden. Nach einer Unternehmensbefragung wurden anschließend rund 2.000 Kunden per E-Mail über die Pro Arbeit informiert. In Kooperation mit dem Projekt 50PLUS wurden weitere Aktionen per E-Mail zur Förderung der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.2 Arbeitgeberservice als PPP-Projekt (Fortsetzung)

Insgesamt hat der AGS 1.849 sozialversicherungspflichtige Arbeits- und 84 Ausbildungsplätze akquiriert. 37% dieser Stellenangebote konnten mit Hilfebedürftigen aus der Pro Arbeit besetzt werden. Besonderen Stellenwert im Rahmen der Vermittlungsarbeit hatte die Jobmesse Zeitarbeit, die im März 2009 gemeinsam mit der Pro Arbeit durchgeführt wurde. Von den zwölf beteiligten Personalleasingfirmen konnten trotz des angespannten Arbeitsmarktes bis zum Ende des Jahres insgesamt 130 Personen eingestellt werden. Im Herbst 2009 wurden in Vorbereitung auf die Gesundheitsmesse rund 30 Firmen kontaktiert, von denen insgesamt acht teilnahmen. Für diesen wachsenden Arbeitsmarkt spielen die Qualifikation bzw. Weiterbildung eine große Rolle. Letztendlich war die Vermittlungstätigkeit in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im Jahr 2009 eine Herausforderung für alle Beteiligten. Dabei war vor allem die gute Zusammenarbeit mit den Unternehmen vor Ort eine wichtige Voraussetzung für die Integrationserfolge.

3.3 Regionales Fallmanagement

Die Vermittlungen des Fallmanagements in den drei Regionen waren insgesamt sehr erfolgreich.

Generell ist festzustellen, dass das Berichtsjahr 2009 unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Finanzkrise stand. Dennoch konnte auf dem hohen Niveau des Vorjahres 2008 angeknüpft werden. Überwiegend konnten in den Regionen Zuwächse bei den Vermittlungszahlen verzeichnet werden. Für das Fallmanagement Regionalbereich West stellte sich heraus, dass bei den Vermittlungszahlen in Arbeit eine Zunahme von 4% im Vergleich zum Vorjahr festzustellen war. Auch die Anzahl an Praktika stieg um 37% an, wobei es sich grundsätzlich um solche Praktika unabhängig von Qualifizierungsmaßnahmen bzw. ohne Mitwirkung von Bildungsträgern handelt. Zugleich ging die Anzahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2009 um 23% zurück.

Das Fallmanagement Region Mitte betreute ca. 5.800 Kunden im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, inklusive der Sozialgeldbezieher und der nicht verfügbaren erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Im Regionalbereich Mitte wies das Fallmanagement einen Rückgang um 10% im Vergleich zum Vorjahr bei den 998 Vermittlungen in Arbeit aus. Dahingegen hat die Anzahl der Praktika um mehr als ein Drittel (34%) zugenommen. Im Bereich Ausbildung ist ebenfalls eine Steigerung von 9% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.3 Regionales Fallmanagement (Fortsetzung)

Die Region Ost betreute an zwei Standorten, dazu gehörte neben dem Kreishaus die Außenstelle Seligenstadt, rund 3.480 Kunden im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. Dazu gehörten auch die Sozialgeldbezieher und nicht verfügbare erwerbsfähige Hilfebedürftige. Das regionale Fallmanagement im Bereich Ost erreichte bei den Vermittlungen in Arbeit ein Wachstum von 1%. Parallel konnte die Anzahl der Praktika im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Fünftel gesteigert werden, während die Anzahl der Ausbildungsplätze um rund 8% zunahm.

Die Leitung des Fallmanagements Region West übt seit dem Jahr 2008 auch die fachliche Leitung des Schwerpunkts der unter 25-Jährigen (U 25) aus. Neben der Einführung des Projektes „Start: Zeit für Ausbildung“ standen die Etablierung und der Ausbau von förderlichen Arbeitsstrukturen, passgenauen Maßnahmen und Netzwerken im Vordergrund.

Das Fallmanagement der Region Ost hat sich federführend für den Schwerpunkt „Alleinerziehende“ eingesetzt. Dazu begann schon im Februar 2008 der Projekteinstieg mit der Erfassung der Kinderbetreuungskapazitäten in den Kommunen sowie der Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Suche von Betreuungsplätzen. In Kooperation mit der Pädagogischen Fachberatung des Kreises Offenbach wurden hier Angebote für das Fallmanagement geschaffen.

Das Fallmanagement Region Mitte hat im Jahr 2008 ein Projekt speziell für die Zielgruppe der Migrantinnen umgesetzt. Denn bei insgesamt geringerer Integration von Menschen ausländischer Herkunft zeigt sich bei ihnen die mit Abstand niedrigste Erwerbsbeteiligung. Neben geringen schulischen und beruflichen Qualifikationen und oft nur mäßigen deutschen Sprachkenntnissen, standen die Frauen häufig aufgrund längerer Familienphasen für eine Berufstätigkeit nicht zur Verfügung. Seit Beginn ist es Ziel des Projekts, an den alltäglich erworbenen Kompetenzen der Frauen anzusetzen und ihnen durch Vermittlung einer ausbildungsähnlichen Qualifikation einen (Neu-) Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Im Migrantinnen-Projekt stehen hauswirtschaftliche Fertigkeiten als Bestandteil des täglichen Familienlebens im Fokus.

Im Frühjahr 2009 nahmen insgesamt 22 Teilnehmerinnen am Qualifizierungsmodul teil. Das Folgeprojekt der Maßnahme wurde ab Sommer 2009 mit sechs Basis-Modulen und insgesamt 39 Teilnehmerinnen durchgeführt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.4 Projekt 50PLUS

Das erfolgreiche Projekt 50PLUS der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist mit Beginn der zweiten Programmphase 2008-2010 zum Beschäftigungspakt ProArbeit 50PLUS geworden. Nachdem 2008 mit dem ersten Kooperationspartner Landkreis Darmstadt-Dieburg angefangen wurde, kamen im Juli 2009 der Kreis Bergstraße und der Landkreis St. Wendel aus dem Saarland hinzu. Gegenwärtig sind bundesweit 292 Arbeitsgemeinschaften, zugelassene kommunale Träger und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung an dem Bundesprogramm beteiligt. Die Koordination des Gesamtpaktes liegt bei der Projektleitung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR), diese trug wesentlich zur Etablierung der regionalen Projekte bei. Dieser Erfolg spiegelt sich auch in den Vermittlungszahlen in den Bereichen Arbeit, Praktikum und Ausbildung wider, die entweder annähernd auf hohem Niveau gehalten bzw. mit einer zusätzlichen Steigerung versehen werden konnten.

3.5 Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“

Im Jahr 2009 haben insgesamt 273 junge Erwachsene bis 25 Jahre am Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“ teilgenommen. Zielsetzung des Projektes ist es, jungen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen unmittelbar nach Antragstellung eine „Starthilfe“ zu geben. Das heißt, die Einsteuerung erfolgt innerhalb einer Woche nach Antragstellung und damit vor Gewährung des Leistungsbezugs. Vorrangiges Ziel ist es, eine Ausbildungsstelle oder Beschäftigung zu finden. Dabei liegt der Schwerpunkt des Projektes auf der Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Teilnehmer – als Abkehr von der automatischen Grundversorgung hin zur Einforderung von Gegenleistungen mit der Maxime: „Ihr Job ist es, einen Job zu finden“.

Insgesamt wurde im Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“ trotz vieler Veränderungen wie z. B. durch Prozessoptimierungen, Personalbesetzungs- und Teamfindungsprozesse eine Vermittlungsquote von 38% erreicht. Auch zukünftig sollen im Rahmen des Konzeptes kreative Ideen umgesetzt und neue Zielsetzungen erreicht werden. Dafür sollen die Schnittstellentätigkeiten und Vermittlungsquoten verbessert, die Evaluationsbögen ausgewertet, die Übergabegespräche optimiert, neue Workshops geplant und die Beschäftigten geschult werden.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

3.6 Projekt „Start: Zeit für Jobsuche“

Nach dem erfolgreichen Projektstart von „Start: Zeit für Ausbildung“ für junge Erwachsene im Alter bis 25 Jahre im Jahr 2008 wurde im Jahr 2009 mit der Realisierung des Projektes „Start: Zeit für Jobsuche“ der Paradigmenwechsel innerhalb der Pro Arbeit konsequent weiter vollzogen. Dieses Projekt richtet sich an Neu-Antragsteller auf ALG II, die älter als 25 Jahre sind.

Im Mai 2009 startete zunächst die Pilotphase. Die Betriebsphase mit vier laufenden Gruppen mit jeweils ca. 20 Teilnehmenden wurde im Oktober 2009 aufgenommen. Im Jahr 2009 wurden insgesamt 303 Personen in das Projekt eingesteuert. Davon wurden insgesamt 122 Teilnehmende als „sonstige Abgänge“ statistisch erfasst. Hierbei handelte es sich um zurückgezogene, abgelehnte bzw. versagte Anträge auf ALG II Leistungen bzw. längerfristige Erkrankungen (51 Personen), Aussteuerungen wegen unzureichender Zusammenarbeit (28) bzw. ungeeigneter Maßnahme (28) sowie Aussteuerung wegen Befürwortung einer qualifizierenden Maßnahme oder Praktikum (15). Von den verbleibenden 181 Teilnehmenden konnten 2009 61 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, was einer Integrationsquote von 34% entspricht.

4. Förderprogramm

Die Pro Arbeit bietet ihren betreuten Kunden ein umfangreiches Förderprogramm an, das zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt beiträgt. Diese Förderungen werden in Einzelleistungen und in so genannten Gruppenleistungen durchgeführt. Einzelleistungen werden in der Regel über Bildungsgutscheine realisiert, dies setzen die Regionalbereiche, die Arbeitsvermittlung und das Projekt 50PLUS direkt um. Parallel zu den verschiedenen Einzelmaßnahmen für individuelle berufliche Qualifizierungen sind auch Existenzgründungsseminare möglich.

Grundlage der Planung sind die gesetzlichen Grundlagen des SGB II und SGB III, die erforderlichen Hilfebedarfe der Kunden, die zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel und die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Ziel der Maßnahmen ist letztendlich die Vorbereitung auf eine Integration der Kunden in Beschäftigung.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

4.1 Rechts- und Vergabestelle

Die Rechts- und Vergabestelle hat 2009 insgesamt ca. 60 Vergabeverfahren bearbeitet. In etwa 50 Fällen wurden Arbeitsmarktdienstleistungen nach Maßgabe der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/A) beschafft. Nach der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum 01.01.2009 und infolge geänderter Vorgaben des Bundesministeriums Arbeit und Soziales (BMAS) bzw. infolge der Weiterentwicklung der Rechtsprechung der Vergabekammern zur Beschaffung von Arbeitsmarktdienstleistungen waren verschiedene Umstellungen des Verfahrens, der jeweiligen Leistungsbeschreibung und der weiteren Vergabeunterlagen vorzunehmen.

Die Rechtsstelle ist im Jahr 2009 rechtlicher Ansprechpartner des Fallmanagements, der Arbeitsvermittlung und des Projektes 50PLUS gewesen, um die Tatbestandsvoraussetzungen bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen zu prüfen. Soweit Sachverhalte mit übergreifender Bedeutung festgestellt wurden, hat die Rechtsstelle entsprechende Handlungsanweisungen, Formulare und Muster z. B. zu einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und zum Zuwendungsrecht entwickelt und erarbeitet. Neben weiteren telefonischen und schriftlichen Kurzanfragen wurden im Jahr 2009 insgesamt 68 Bescheide über Eingliederungsleistungen sowie 20 Widerspruchsbescheide durch die Rechtsstelle ausgearbeitet.

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente

Zu den Grundsatzaufgaben der Pro Arbeit gehört es, dass sie den von ihr betreuten Kunden ein differenziertes und umfangreiches Förderprogramm anbietet, das zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt beiträgt. Nach Abstimmung mit dem Vorstand und den Bereichsleitungen zu Umfang, Inhalten und Zielen des Förderprogramms sowie der detaillierten Kostenplanungen anhand der zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel wurden diese Maßnahmen fristgerecht den Mitarbeitern im Fallmanagement zur Verfügung gestellt. Die Inhalte und Ziele des Förderprogramms orientieren sich am Arbeitsmarkt und Qualifizierungsbedarf der Kunden.

Arbeitsgelegenheiten (AGH) sind ein weiteres Instrument zur Heranführung an den Arbeitsmarkt. Diese haben den Vorteil, dass der Kunde Qualifikationen gleichzeitig in „Theorie und Praxis“ erproben kann, z.B. allgemeine Arbeitstugenden und den Erwerb von Fachkenntnissen. AGH finden im geschützten Rahmen statt, so dass bei Fehlverhalten des Kunden kein Arbeitsplatzverlust droht, sondern erforderliche Kernkompetenzen weiterhin eingeübt werden können.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Die Pro Arbeit bietet zwei Formen an: „Qualifizierende AGH“ und „Einzel-AGH“. Die qualifizierenden AGH werden von einem Bildungs- und Beschäftigungsträger durchgeführt. Zur fachlichen Qualifikation in unterschiedlichen Arbeitsbereichen werden die Kunden sozialpädagogisch begleitet, so sollen Vermittlungshemmnisse im persönlichen Bereich parallel zur Fachqualifikation abgebaut werden. Dabei kann es sich bspw. um eine Schuldenregulierung, Persönlichkeitsstabilisierung oder Förderung von Sozialkompetenzen handeln.

Dagegen sind Einzel-AGH für Kunden geeignet, die zwar über persönliche Kompetenzen, aufgrund ihrer Langzeitarbeitslosigkeit, aber nicht mehr über marktgerechte Qualifikationen verfügen, die „vergessen“ haben, welche Anforderungen in einem Arbeitsverhältnis an sie gestellt werden. Die Neuschaffung von Einzel-AGH wird vor der Zustimmung rechtlich geprüft und mit der so genannten Positivliste abgestimmt. Die Positivliste – eine Vereinbarung zwischen der Pro Arbeit, Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie Handwerkskammer – regelt, dass keine AGH genehmigt wird, die zur Wettbewerbsverzerrung auf dem ersten Arbeitsmarkt führt.

Grundsätzlich ist die Dauer der AGH auf sechs Monate begrenzt. In Ausnahmefällen – wie z.B. für ehemalige Wohnsitzlose oder Kunden mit früherer Suchtmittelabhängigkeit - kann die AGH um weitere sechs Monate verlängert werden. Die Kunden erhalten eine Mehraufwandsentschädigung von €1,25 pro Stunde sowie die Fahrtkosten vom Wohn- zum Einsatzort erstattet.

Insgesamt wurden 108 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von € 8.167.642,74 im Jahr 2009 durchgeführt. Die Anzahl aller Teilnehmer betrug insgesamt 5.898 Personen.

Das Vergabeverfahren von Maßnahmen an Bildungs- oder Beschäftigungsträger findet nach den Vorschriften der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL/B) statt. Je nach kalkuliertem Kostenumfang werden die Verdingungsunterlagen entweder national oder europaweit ausgeschrieben und auf der Homepage der Pro Arbeit und der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) veröffentlicht. Maßnahmen mit geringem finanziellem Aufwand können „freihändig“ vergeben werden oder es erfolgt eine so genannte Markterkundung. So werden die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt, die Wettbewerbsneutralität wird garantiert sowie der Grundsatz von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gewahrt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

4.2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente (Fortsetzung)

Zur Qualitätssicherung kooperiert die Pro Arbeit nur mit Trägern zusammen, die im Rahmen des Vergabeverfahrens eine Zertifizierung nachweisen. Ausnahmen gibt es nur für besondere Träger, die innovative und/oder kreative Sonderprojekte umsetzen wie z. B. Theaterprojekte. Hier ist der Träger kein Bildungsträger im eigentlichen Sinne. Vielmehr wird versucht, Menschen mit anderen, wie bspw. kreativen Instrumenten neu zu motivieren und ihre „verschütteten“ Stärken zu mobilisieren. Zeitnahe Berichterstattungen, Trägerprüfungen vor Ort, Kundenzufriedenheit und kommunikative Zusammenarbeit mit dem Fallmanagement und der Abteilung API sind Qualitätskriterien, nach denen die Träger und ihre Maßnahmen beurteilt werden und die bei einer zukünftigen Vergabe Berücksichtigung finden. Für 2010 ist ein Workshop „Evaluation und Qualitätssicherung“ geplant. Hier sollen sämtliche Kriterien einer Qualitätssicherung wie z. B. Nachhaltigkeitsprüfungen angewandt und ggf. an neue Anforderungen angepasst werden.

5. Grundsicherung

Die Grundsicherung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) ist ebenfalls in drei Regionen gegliedert. Die Hilfebedürftigen werden hier von ihren jeweiligen persönlichen Ansprechpartnern kompetent betreut und begleitet. Im Vordergrund stehen hier die Sicherung des Lebensunterhaltes von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können und die Unterstützung bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit.

5.1 Servicecenter

Der Servicegedanke gegenüber den Bürgern und internen Abteilungen stand auch im Jahre 2009 im Vordergrund des Servicecenters. Bei einem gleich gebliebenem Personalbestand erhöhte sich die Anzahl der eingegangenen Neuanträge um 7,3 % auf insgesamt 4.873 Stück. Aber nicht alle Anträge vom Servicecenter wurden in die Regionen weitergeleitet. Das liegt zum einen daran, dass ein Schwerpunkt auf die so genannte „Auswegberatung“ gesetzt wurde, zum anderen wurden auch Anträge zurückgezogen. Insgesamt hat die Anzahl der Bürgeranfragen über die neuen Medien wie beispielsweise E-Mail deutlich zugenommen.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

5.1 Servicecenter (Fortsetzung)

Für das Servicecenter ist die Zusteuerung in das Sofortangebot im Rahmen des Projektes „Start: Zeit für Jobsuche“ für die über 25-Jährigen neu hinzugekommen. Dieses Angebot ist die Ergänzung zum im Jahr 2008 gestarteten Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“, das sich an die unter 25-Jährigen richtet. In die beiden Projekte werden die Bürger sofort nach festgelegten Kriterien zugesteuert. Das bedeutet, dass geeignete Teilnehmer ohne weitere Umwege durch die Organisation der Pro Arbeit in die Projekte eingesteuert werden. Grundsätzlich erfolgten vorab dazu sowohl eine Belehrung der Bürger wie auch das Erstellen einer Eingliederungsvereinbarung im Servicecenter.

5.2 Regionen West, Mitte, Ost

Im Jahr 2009 wurden im Bereich der Grundsicherung insgesamt 4.377 Anträge (West: 1.571, Mitte: 1.552, Ost: 1.254) auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II gestellt. Hiervon wurde eine Anzahl von 3.278 Anträgen (West: 1.171, Mitte: 1.183, Ost: 924) positiv beschieden, 471 Anträge (West: 204, Mitte: 157, Ost: 110) wurden abgelehnt und 691 Anträge (West: 259, Mitte: 212, Ost: 220) wurden versagt.

Die häufigsten Ablehnungsgründe waren ein Anspruch auf vorrangige Leistungen wie bspw. Wohngeld oder Kinderzuschlag, fehlende Erwerbsfähigkeit oder fehlende Hilfebedürftigkeit durch übersteigendes Einkommen und/oder Vermögen.

5.3 Grundsatzangelegenheiten

Im Jahr 2009 wurden die SGB II – Träger durch zahlreiche Gesetzesänderungen permanent vor große Herausforderungen gestellt. Dafür werden in der Abteilung Grundsatz-angelegenheiten (GUP) der Pro Arbeit rechtliche Standards entwickelt und spezielle Fachgebiete wie Unterhalt, Widersprüche und Sozialversicherung gesondert betreut.

Zu den wichtigsten Änderungen gehörten die Folgenden: die Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro für das erste und zweite und 16 Euro ab dem dritten Kind bei gleichzeitiger Absenkung der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zum 01.01.2009. Die Einführung eines Zuschusses für Schulmaterial im SGB II, so dass alle unter 25-jährigen Schüler, die eine allgemeinbildende Schule besuchen, jeweils zum ersten August des Jahres eine zusätzliche Leistung von 100 Euro pro Schuljahr erhielten.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

5.3 Grundsatzangelegenheiten (Fortsetzung)

Hiermit hatte der Gesetzgeber auf die Kritik der Gerichtsbarkeit und letztlich auch der medialen Öffentlichkeit reagiert, wonach bei der Bemessung der Leistungen für Kinder diese Bedarfspositionen nicht berücksichtigt wurden. Des Weiteren gab es Änderungen im Bereich der ALG II/Sozialgeldverordnung, so dass z. B. keine Anrechnung der Verpflegung erfolgte, die im Rahmen stationärer Aufenthalte wie bspw. Krankenhaus oder Reha gewährt wurde. Ebenso wurden keine Geldgeschenke bis zu einem Betrag von 3.100 Euro angerechnet, die Minderjährige anlässlich der Firmung, Kommunion, Konfirmation oder vergleichbarer religiöser Feste erhielten. Das Taschengeld bis zu einem Betrag von 60 Euro, das im Jugendfreiwilligendienst gezahlt wird, wurde ebenfalls nicht angerechnet. Zugleich gab es auch Änderungen bei der Berücksichtigung Kfz-Kosten bei Selbstständigen, bei der vom Arbeitgeber bereitgestellten Verpflegung und von sonstigen Einnahmen in Geldeswert (Einkommensberücksichtigung mit jeweiligem Verkehrswert).

Weitere wesentliche Änderungen betrafen die Erhöhung der Regelleistung zum 01.07.2009 von 352 auf 359 Euro bei gleichzeitiger Einführung einer dritten Altersstufe bei Kindern sowie Veränderungen im Krankenversicherungsrecht (siehe „Sozialversicherung“). Zudem hat das Bundessozialgericht weitere Grundsatzentscheidungen zum SGB II gefällt: bspw. das Zuflussprinzip bei Einkommen, Bemessung von Unterkunftskosten, Belehrungsanforderungen bei Sanktionen, temporäre Bedarfsgemeinschaften, Vermögensverwertung Immobilien etc.

Trotz der teilweise feststellbaren Eile in den zugrunde liegenden Gesetzgebungsverfahren und damit verbundenen kurzfristigen Umsetzungsnotwendigkeiten ist es gelungen, die jeweiligen Änderungen rechtzeitig in der praktischen Arbeit umzusetzen. Dafür wurden über 100 Änderungen von Handbucheinträgen allein im Bereich der Grundsicherung veranlasst.

In Bezug auf Unterhalt und Drittanprüche befasste sich die Abteilung im Jahr 2009 mit der Bearbeitung der Ansprüche der Hilfeempfänger gegen Dritte, mit Ausnahme von Sozialleistungsträgern, die kraft Gesetzes auf die Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) übergegangen sind. Die Abteilung wurde zum 01.06.2009 durch eine weitere Mitarbeiterin auf vier Personen erweitert. Ihr Arbeitsschwerpunkt lag in der außergerichtlichen und gerichtlichen Bearbeitung der übergebenen Ansprüche. Insgesamt gingen im Jahr 2009 in den Regionen 1.034 Widersprüche ein.

Bei den beschiedenen Widersprüchen lag die Abhilfequote bei 28 %, die Teilabhilfe- und Zurückweisungsquote bei 72 %. Hier zeigt sich eine Qualitätssteigerung gegenüber dem Vorjahr 2008, denn zu diesem Zeitpunkt lag die reine Abhilfequote noch bei 42 %.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

5.4 Frauenhaus

Der Verein „Frauen helfen Frauen“ Kreis Offenbach e.V. bietet als einziger Träger im Kreis Schutz und Beratung für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder durch den Betrieb eines Frauenhauses einschließlich einer Frauenberatungsstelle an.

Im Jahre 2009 haben insgesamt 42 Frauen mit ihren Kindern das Angebot des Frauenhauses in Anspruch genommen. Die durchschnittliche Verweildauer betrug rund zwei Monate.

Es kann festgestellt werden, dass alle Zu- und Abgänge von Frauen mit Kindern in oder aus dem Frauenhaus Leistungen nach dem SGB II erhielten. Die Gesamtsumme aller Ausgaben für das Jahr 2009 betragen 271.044 Euro, davon entfielen 24.059 Euro auf die KdU-Anteile.

5.5 Beschwerdemanagement

Im Jahre 2009 hat das Beschwerdemanagement 448 Beschwerden bearbeitet. Zielsetzung war es, eine rasche und sachgerechte Bearbeitung durch die betreffenden Organisationseinheiten zu erreichen. Dazu wurden einheitliche Standards und Strukturen geschaffen, die Koordination des Umsetzungsprozesses erleichtert sowie verschiedene Arbeitsabläufe eingerichtet bzw. optimiert. Das Beschwerdemanagement sollte insgesamt besser und „kundenfreundlicher“ gestaltet werden, auch um eine Qualitätsverbesserung durch Fehlervermeidung zu erreichen.

Das Beschwerdemanagement besteht aus verschiedenen Abläufen: Die Beschwerdestimulierung, -annahme, -reaktion, -auswertung bzw. -analyse sowie -controlling. Zielsetzung war es auch, die „Beschwerdewege“ transparent zu gestalten, um dem Bürger so mögliche „Schwellenängste“ und Vorbehalte zu nehmen.

Die internen Abläufe im Beschwerdemanagement wurden verbessert, um eine effektive Beteiligung der anderen Organisationseinheiten ggf. mit fachlicher Stellungnahme zu gewährleisten. Im Bereich der Leistungen der Grundsicherung wurden 361 Beschwerden im Jahre 2009 bearbeitet. Gerade hier wurde das Beschwerdemanagement häufig tätig, um eine sachgerechte und zeitnahe Leistungsgewährung zu initiieren. Im Bereich der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, das betrifft die Organisationsbereiche Fallmanagement, Arbeitsvermittlung und 50PLUS, wurden im Jahre 2009 insgesamt 87 Beschwerden bearbeitet.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

5.5 Beschwerdemanagement (Fortsetzung)

Hier wurde das Beschwerdemanagement zumeist tätig, um die Bearbeiter bei der Ausübung des Ermessens bei der Gewährung von Eingliederungsleistungen und bei der Anwendung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu „sensibilisieren“, um abschließend die Ermessensentscheidung gegenüber dem Bürger verständlich zu vermitteln.

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II

Ziel des Ermittlungsdienst der Pro Arbeit ist es, Verdachtsfälle auf Leistungsmisbrauch zu erfassen und aufzuklären. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Bedarfsfeststellung bei beantragter Wohnungserstausstattung: Hier wird der tatsächliche Bedarf des Hilfeempfängers vor Ort festgestellt, indem die beantragten mit den tatsächlich vorhandenen Gegenständen abgeglichen – und ggf. nicht beantragte, jedoch tatsächlich (lebens-) notwendige Gegenstände hinzugerechnet werden. Da der Leistungsträger bei Leistungserbringung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten hat (vgl. § 3 Abs. 1 SGB II) und sich Gewissheit von der Bedürftigkeit des Hilfeempfängers verschaffen soll, ist dies nur durch persönliche Inaugenscheinnahme vor Ort festzustellen.

Weitere Aufgaben der zwei Mitarbeiter des Ermittlungsdienstes sind: Die Erstellung von Strafanzeigen und Weiterleitung strafrechtlicher Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden, sowie die Abwicklung sowie Erfolgs- und Kostenkontrolle der veranlassten Maßnahmen. Im November 2009 sind die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich SGB II als Aufgaben neu hinzugekommen. Das gesamte Bußgeldverfahren – von der Einleitung des Ermittlungsverfahrens über die Aufklärung des Sachverhaltes bis zum Erlass einer Verwarnungs- oder Bußgeldentscheidung - obliegt dem Ermittlungsdienst. Im Jahr 2009 gingen insgesamt 891 „Neueingänge“ ein. Im Vorjahr waren es 718 Fälle. Davon waren 405 gemeldete Verdachtsfälle auf Leistungsmisbrauch sowie 486 Anträge auf Bedarfsüberprüfung der Wohnungserstausstattung. Durchschnittlich waren es 3,5 Neueingänge täglich. Von den 405 Verdachtsfällen wurden 195 Leistungsmisbrauchsfälle im Jahr 2009 abgeschlossen. Hinzu kamen weitere 16 Fälle, die aus den Vorjahren stammen, und ebenfalls im Jahr 2009 abgeschlossen wurden. Von den insgesamt 211 abgeschlossenen Fällen konnte sich der Verdacht auf Leistungsmisbrauch in 106 Fällen bestätigen. Zudem wurden vom Ermittlungsdienst insgesamt 486 neue Fälle von beantragter Wohnungserstausstattung überprüft. Davon konnten 460 Fälle im gleichen Jahr abgeschlossen werden. Hinzu kamen noch 67 abgeschlossene Fälle aus dem Vorjahr, so dass die Gesamtzahl 527 abgeschlossene Fälle beträgt.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

5.6 Ermittlungsdienst und Bußgeldstelle SGB II (Fortsetzung)

Seit dem 03.11.2009 wurden 27 Anzeigen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten erfasst. Daraus resultierten fünf Verwarnungen mit einem Verwarnungsgeld in Höhe von insgesamt 135 Euro sowie zwei Einstellungen.

Seit 2008 hat der Ermittlungsdienst - übergangsweise – Aufgaben des „aufsuchenden Fallmanagements“ für das Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“ übernommen. So wurden Jugendliche unter 25 Jahre, die unentschuldig zu den Pflichtterminen nicht erschienen sind, umgehend vom Ermittlungsdienst zu Hause aufgesucht. Ziel war es, ihre weitere Teilnahme an der Maßnahme zu erreichen. Auch im Jahr 2010 wird der Ermittlungsdienst die unterstützende Außendiensttätigkeit für das Projekt „Start: Zeit für Ausbildung“ fortsetzen.

Im Rahmen des Angebotes „Begleitung bei Bedarfsüberprüfungen“, das 2007 eingeführt wurde, können interessierte Beschäftigte der Pro Arbeit insgesamt einmal im Jahr ganztätig den Ermittlungsdienst bei Bedarfsüberprüfungen begleiten. Das Angebot dient zum einen der personellen Entlastung des Ermittlungsdienstes. Darüber hinaus bietet der eintägige Arbeitsplatzwechsel den Beschäftigten jedoch auch einen Blick über den Abteilungsrand hinaus und fördert das Verständnis für die notwendigen Schnittstellen in der Organisation und die Bereitschaft zu Kooperation. Die Beschäftigten erhalten durch die Begehung einen vertiefenden Einblick in die Sozial- und Wohnsituation der Hilfeempfänger und werden dadurch auch in ihrem eigenen Aufgabenbereich stärker sensibilisiert. Seit Anfang an war das Feedback der Teilnehmenden überwiegend sehr positiv. Daher soll die Möglichkeit, Begleitungen bei Bedarfsüberprüfungen zu übernehmen, auch im Jahr 2010 fortgesetzt werden.

6. Bereich Personal

Der Bereich Personal erhielt durch den Beschluss des Verwaltungsrates am 14.04.2009 die Aufgabe, gemeinsam mit dem Vorstand der Pro Arbeit die Verhandlungen zur Herbeiführung einer Tarifbindung mit dem Personalrat aufzunehmen. Diese wurden Mitte 2009 begonnen und am 30.11.2009 mit einer Dienstvereinbarung abgeschlossen. Weiterhin stand für die Mitarbeiterinnen des Bereiches Personal die Vertiefung der Kenntnisse im Personalinformationssystem und deren Auswertungsmöglichkeiten an. Hierzu fanden im Jahr 2009 drei Schulungen statt. Die stellvertretende Leitung Personal war an einer Arbeitsgruppe zur Einführung von Mitarbeiter-Jahresgesprächen beteiligt und bereitete eine diesbezügliche Dienstvereinbarung vor.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

6. Bereich Personal (Fortsetzung)

Auf Grund des Beschlusses des Verwaltungsrates vom 14.04.2009 wurden im Sommer 2009 mit dem Personalrat die Verhandlungen zur Tarifbindung der Beschäftigten aufgenommen. Es war beabsichtigt, mit dem Abschluss der Dienstvereinbarung für die Beschäftigten der Pro Arbeit dem öffentlichen Dienst vergleichbare allgemeine Arbeitskonditionen anzubieten und dabei die Vergütungsstruktur marktgerecht zu gestalten. Inhalt der Verhandlungen mit dem Personalrat war eine auf die Bedürfnisse der Beschäftigten bei der Pro Arbeit abgestimmte Dienstvereinbarung. Daher erschien es sachgerecht, eine Kombinationslösung aus der Anwendung Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) für die allgemeinen Arbeitskonditionen und dem Haustarif der Bundesagentur für Arbeit (TV-BA) für die Vergütungsstruktur zu wählen.

Am 30.11.2009 konnte eine solche Dienstvereinbarung von beiden Vertragspartnern unterschrieben werden. Darin wurde festgelegt, dass für die allgemeinen Arbeitskonditionen der TVöD und für die Vergütung der TV-BA in die zukünftigen Arbeitsverträge der Beschäftigten aufgenommen wird. Mit dieser Vorgehensweise wurde zwar keine formelle, wohl aber eine faktische Tarifbindung beabsichtigt und umgesetzt.

Allen Beschäftigten, die einen befristeten Arbeitsvertrag für die Dauer der zugelassenen kommunalen Trägerschaft des Kreises Offenbach zur Umsetzung von SGB II, also bis zum 31.12.2010, in der Vergangenheit erhalten hatten, wurde im Dezember 2009 die unbefristete Weiterbeschäftigung angeboten. In die neu konzipierten Arbeitsverträge wurden die oben genannten Konditionen eingearbeitet. Die Mitarbeiterinnen des Bereiches Personal fertigten 224 neue Arbeitsverträge in doppelter Ausfertigung an und versandten diese noch Mitte Dezember, damit die Beschäftigten zum 01.01.2010 das Angebot der unbefristeten Weiterbeschäftigung auch arbeitsvertraglich geregelt hatten.

7. Bereich Finanzen

Das Wirtschaftsjahr 2009 war weiterhin geprägt durch die am dem 01.01.2008 eingetretenen Veränderungen nach Gründung der Pro Arbeit – Kreis Offenbach (AöR).

Für das kaufmännische Rechnungswesen der Pro Arbeit bedeutet dies eine Erhöhung der Verkehrszahlen von bisher rund 21,4 Mio. Euro in 2007 auf nunmehr rund 166 Mio. Euro in 2009. Die detaillierten Zahlen und Einzelaufstellungen sind im Jahresabschluss 2009 festgehalten.

Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR, Dietzenbach

K. Auszug aus dem Jahresbericht 2009 (Fortsetzung)

7. Bereich Finanzen (Fortsetzung)

Die bis zum 31.12.2007 vom Kreis Offenbach abgewickelten Leistungen für Hilfeempfänger und Dritte (ALG II Leistungen und Kosten der Unterkunft) von rund 123 Mio. Euro werden ab dem 01.01.2008 komplett über die Finanzbuchhaltung der Pro Arbeit abgewickelt. Dabei wurden für Hilfeempfänger, gegen die ein Rückzahlungsanspruch besteht (Darlehen, etc.) Debitorenkonten eingerichtet, um die Voraussetzung für das sich im Aufbau befindliche Forderungsmanagement zu schaffen.

Zum Bilanzstichtag 31.12.2009 bestehen rund 10.500 Kundenkonten mit einem Forderungsvolumen von 4,361 Mio. Euro.

Die aufgebauten Strukturen in der Finanzbuchhaltung (Kontenrahmen innerhalb der Finanzbuchhaltung sowie die Gliederung der Kostenrechnung) ist die Basis für die erforderliche Nachweispflicht hinsichtlich der Verwendung von Bundesmitteln gegenüber dem Kreis Offenbach. Der Kreis Offenbach ist für die Gesamtabrechnung der Mittel mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales verantwortlich.

Optimiert wurde auch das Controlling, das abrechnungsrelevante und statistische Daten auf der Grundlage der eingesetzten Systeme zeitnah bearbeitet, und eine kostenstellengenaue Abrechnung von Einzelprojekten (50 PLUS, Start.Zeit) erlaubt und durchführt.

8. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Neben den im Jahresabschluss 2009 abgebildeten Risiken wird als wesentliche Herausforderung die erfolgreiche und nachhaltige Konsolidierung des Optionsmodells nach 2010 unter den Rahmenbedingungen einer andauernd angespannten Wirtschaftslage angesehen.

Hier gilt es insbesondere bestehende Standards im Geschäftsprozess der Pro Arbeit – Kreis Offenbach – (AöR) weiter zu entwickeln, Abläufe systematisch zu optimieren und effektive Prozessstrukturen zu implementieren. Im Spannungsverhältnis zwischen den notwendigen Anpassungsprozessen im Kontext der Organisation sowie den regionalen Besonderheiten des Landkreises Offenbach konstituiert sich auf diesem Wege die Chance, auch in Zukunft langfristig erfolgreiche Integrationsleistungen zu realisieren.

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

L. Bilanz

	2009	2008	Verände- rung
	in €	in €	in €
Aktiva			
- EDV-Software	21.733	22.849	-1.116
Immaterielle Vermögensgegenstände	21.733	22.849	-1.116
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	122.522	65.383	57.139
- Geleistete Anzahlungen	0	23.003	-23.003
Sachanlagen	122.522	88.386	34.136
Anlagevermögen	144.255	111.235	33.020
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.080.290	2.180.146	900.144
- Forderungen gegen den Träger Kreis Offenbach	653.861	4.301.043	-3.647.182
- Sonstige Vermögensgegenstände	47.012	15.590	31.422
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.781.163	6.496.778	-2.715.615
- Guthaben bei Kreditinstituten	1.473.736	580.119	893.617
Umlaufvermögen	5.254.899	7.076.898	-1.821.998
Rechnungsabgrenzungsposten	36.485	36.744	-259
	5.435.639	7.224.877	-1.789.238
Passiva			
- Gezeichnetes Kapital	0	0	0
- Jahresüberschuss	0	0	0
Eigenkapital	0	0	0
- Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.106.088	844.223	261.865
- Sonstige Rückstellungen	3.728.339	5.521.661	-1.793.322
Rückstellungen	4.834.427	6.365.884	-1.531.457
- gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
- aus Lieferungen und Leistungen	83.153	337.917	-254.764
- verbundenen Unternehmen	0	0	0
- Sonstige Verbindlichkeiten	518.059	521.076	-3.017
Verbindlichkeiten	601.213	858.994	-257.781
	5.435.639	7.224.877	-1.789.238

**Pro Arbeit - Kreis Offenbach - AöR,
Dietzenbach**

M. Gewinn und Verlustrechnung

	2009	2008
	in €	in €
Kostenerstattungen für die Aufgabenerfüllung nach SGB II	150.765.795	133.784.569
Sonstige betriebliche Erträge	771.623	1.339.461
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für die Gewährung passiver Leistungen nach SGB II	122.892.011	110.238.136
b) Aufwendungen zur Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB II	13.211.339	9.504.903
	136.103.350	119.743.038
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	9.646.126	8.866.425
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 699.107,94	2.894.726	2.355.330
	12.540.852	11.221.755
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	56.219	30.323
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.844.779	4.182.404
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.781	53.577
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	87
Sonstige Steuern	0	87
Jahresüberschuss	0	0

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

Anschrift	Rathausplatz 1, 61343 Bad Homburg v.d. Höhe Geschäftsstelle: Poststrasse 16, 60329 Frankfurt
Telefon	069/2577-1700
Telefax	069/2577-1750
E-Mail	info@krfrm.de
Internet	www.Kulturregion-Frankfurt-RheinMain.de

Die Angaben zur Gesellschaft beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2010

A. Rechtliche und wirtschaftliche Daten der Gesellschaft

Rechtsform	gGmbH
Gründungsdatum	21. Dezember 2005
Stammkapital	29.350,-- €
Gesellschaftsvertrag	Im Berichtsjahr galt der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2005 in der Fassung vom 19.12.2008.
Handelsregistereintrag	HRB 10260 beim Amtsgericht Bad Homburg v.d. Höhe

B. Zweck der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

B. Zweck der Gesellschaft (Fortsetzung)

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- die Fortführung und Durchführung bisher beispielhaft veranstalteter und begonnener Projekte wie die Route der Industriekultur, Garten Rhein-Main, Freiheit des Geistes – Geist der Freiheit und weiterer, bisher noch nicht begonnener Kulturprojekte und Veranstaltungen,
- die Pflege der interkommunalen Zusammenarbeit in Form von Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte innerhalb der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main mit dem Ziel, das Interesse an den vielfältigen Kulturangeboten der Rhein-Main Region zu fördern,
- die Unterstützung regional und überregional bedeutsamer kultureller Projekte gemeinnütziger Träger und Veranstalter, wobei die Grenze hierfür bei maximal 50% der Eigenmittel der Gesellschaft liegt,
- eine übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung der lokalen kulturbezogenen Öffentlichkeitsarbeit,
- die überregionale und internationale Präsentation der Kulturregion.

C. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Jahre 2010 (Stand: 31.12.2010)	
Vorsitzender	Herr Thomas Will
Zweiter Vorsitzender	Herr Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mitglieder	Herr Bardo Bayer
-----,,-----	Herr Jo Dreiseitel
-----,,-----	Herr Burkhard Fleckenstein
-----,,-----	Frau Beate Fleige

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Zusammensetzung des Aufsichtsrates im Jahre 2010 (Stand: 31.12.2010) (Fortsetzung)		
Mitglieder	Herr Hans Franssen	bis 30.09.2010
-----,,-----	Herr Berthold Gall	
-----,,-----	Frau Marianne Grosse	ab 10.02.2010
-----,,-----	Frau Elisabeth Haindl	
-----,,-----	Herr Walter Hoffmann	
-----,,-----	Herr Claus Kaminsky	
-----,,-----	Herr Heiko Kasseckert	ab 25.01.2010
-----,,-----	Herr Michael Keller	
-----,,-----	Frau Antje Köster	ab 01.10.2010
-----,,-----	Herr Joachim Kolbe	
-----,,-----	Herr Dr. h.c. Peter Krawietz	bis 09.02.2010
-----,,-----	Herr Ulrich Krebs	
-----,,-----	Frau Renate Nettner-Reinsel	
-----,,-----	Herr Oliver Quilling	ab 01.03.2010
-----,,-----	Herr Horst Schneider	
-----,,-----	Herr Dr. Thomas Stöhr	
-----,,-----	Herr Peter Walter	bis 28.02.2010
-----,,-----	Herr Stephan Wildhirt	bis 24.01.2010

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

C. Organe der Gesellschaft (Fortsetzung)

Geschäftsführung

Geschäftsführer

Herr Konrad Dörner

Für die freiberufliche Beratungstätigkeit des Geschäftsführers im Geschäftsjahr erhielt er eine Brutto-Vergütung von € 46.800,00 (Vorjahr € 46.800,00). Die Vergütung besteht zu 80% aus einem Fixum und zu 20% aus einer halbjährlichen erfolgsabhängigen Komponente.

D. Gesellschafter

Gesellschafter (Stand:31.12.2010)	Anteil in %	Anteil in €
Kreis Offenbach	9,44 %	2.800,00
Hochtaunuskreis	5,40 %	1.600,00
Landkreis Groß-Gerau	5,73 %	1.700,00
Main-Kinzig-Kreis	9,78 %	2.900,00
Main-Taunus-Kreis	5,73 %	1.700,00
Wetteraukreis	6,41 %	1.900,00
Stadt Alzenau	0,68 %	200,00
Stadt Aschaffenburg	2,02 %	600,00
Stadt Bad Homburg vor der Höhe	1,69 %	500,00
Stadt Bad Nauheim	1,01 %	300,00
Stadt Bad Vilbel	1,01 %	300,00
Stadt Bischofsheim	0,51 %	150,00
Stadt Bingen	0,84 %	250,00

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

D. Gesellschafter (Fortsetzung)

Gesellschafter (Stand:31.12.2010)	Anteil in %	Anteil in €
Stadt Darmstadt	4,38 %	1.300,00
Stadt Dieburg	0,51 %	150,00
Stadt Dreieich	1,35 %	400,00
Stadt Eschborn	0,68 %	200,00
Stadt Frankfurt am Main	20,24 %	6.000,00
Stadt Friedberg (Hessen)	0,84 %	250,00
Stadt Friedrichsdorf Taunus	0,84 %	250,00
Stadt Ginsheim Gustavsburg	0,51 %	150,00
Stadt Hanau	2,70 %	800,00
Stadt Hattersheim	0,68 %	200,00
Stadt Langen	1,01 %	300,00
Stadt Mainz	5,73 %	1.700,00
Stadt Miltenberg	0,34 %	100,00
Stadt Offenbach am Main	3,71 %	1.100,00
Stadt Rüsselsheim	1,86 %	550,00
Stadt Seligenstadt	0,68 %	200,00
Gemeinde Niederdorfelden	0,34 %	100,00
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3,37 %	1.000,00

E. Beteiligungen

Beteiligungen an anderen Unternehmen

keine

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

F. Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Zweck der Gesellschaft bzw. deren Aufgabenstellung.

Bei der Beteiligung des Kreises Offenbach an der Gesellschaft handelt es sich gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 Hessische Gemeindeordnung (HGO) nicht um eine wirtschaftliche Betätigung. Gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 1 HGO gelten Tätigkeiten nicht als wirtschaftliche Betätigung, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist.

Die gesetzliche Verpflichtung der Städte, Gemeinden und Landkreise zur Bildung von Zusammenschlüssen im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ergibt sich aus dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main (BallrG). Gesetzliche Aufgabe ist unter anderem die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von kulturellen Einrichtungen von überörtlicher Bedeutung, § 1 Abs. 1 Nr. 5 BallrG.

Aufgrund dieses Sachverhaltes ist eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entbehrlich.

G. Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Kreises

Privatrechtliche Leistungsentgelte

**Produkt Förderung des Ehrenamtes, Sport und Kultur 10.60.01.69100010
(früher: HHST. 7910.66100 bzw. 3001.66100)**

Buchungsstelle 10.60.01.69100010, anteilig bezogen auf die Gesellschaft

	2011	2010	2009
Mitgliedsbeitrag Kulturregion Frankfurt Rhein-Main gGmbH	24.100	24.100	24.199

Die angegebenen Zahlen beziehen sich für die Jahre 2009 und 2010 jeweils auf das vorläufige Ergebnis der Jahresrechnung.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

H. Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis

keine

I. Verbindlichkeiten der Gesellschaft

in €	2010	2009	2008
Verbindlichkeiten	56.123	28.025	38.590

Berichtsjahr 2010	in €
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Berichtsjahres (01. Januar)	28.025
Zunahmen	28.098
Abnahmen	0
Gesamtstand der Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres (31. Dezember)	56.123

J. Vom Kreis gewährte Sicherheiten (Bürgschaften etc.)

keine

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2010

A. Wirtschaftsbericht

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Der Geschäftsverlauf war geprägt durch die Intensivierung und Expansion der Projektarbeit. Zum zweiten Mal fand das etablierte internationale Kindertheaterfestival „Starke Stücke“ unter dem Dach der KulturRegion statt, was eine Erweiterung der Spielstätten von 10 auf 15 zur Folge hatte. Das neue Projekt „Wegekultur“ wurde mit einer Auftaktveranstaltung in Hattersheim offiziell ins Leben gerufen. Erstmals wurde das umfassende Programm zum Projekt „Burgen, Schlösser und Paläste“ bzw. die Museumsbroschüre „Sonderausstellungen „FrankfurtRheinMain“ in einer Auflage von 60.000 Stück publiziert. Auch 2010 wurde die Festspielbroschüre wieder von der KulturRegion herausgegeben. Die Wanderausstellung „Geist der Freiheit“ tourte durch die Region. Die renommierten Projekte GartenRheinMain (GRM) und Route der Industriekultur Rhein-Main (RDIK) führten mit ihren Partnern wieder öffentlichkeitswirksame und attraktive Veranstaltungen durch.

Ergänzend zu den Veranstaltungsprogrammen GRM und RDIK produzierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung jeweils Sonderbeilagen. GRM veranstaltete in Offenbach die Tagung „Grüne Stadt im Fluss“, die KulturRegion gab das Buch „200 Jahre Frankfurter Wallanlagen“ heraus, das im Societäts-Verlag erschien und den Deutschen Gartenbuchpreis in der Kategorie „Historische Gartenführer“ errang. Eine Vortragsreihe im Frankfurter Institut für Stadtgeschichte ergänzte das Fokusthema 2010 „Parkgeschichten“. Bei den Tagen der Industriekultur Rhein-Main 2010 gelang es, das Fokusthema „Automatisierung – Mensch und Technik“ anschaulich und publikumswirksam zu vermitteln. Das Projektteam begutachtete regional bedeutsame Orte in der Region als Vorarbeit für die in 2011 geplante Publikation eines touristischen Routenführers. Auf der Jahrestagung der Europäischen Industriekultur-Routen wurde das Projekt „Tage der Industriekultur Rhein-Main“ als best practice präsentiert.

Im Geschäftsjahr wurden verstärkt Außen- und Repräsentationstermine bei aktuellen und potenziellen Gesellschaftern, z. B. am Bayerischen Untermain sowie bei anderen kulturellen und regionalen Institutionen wahrgenommen. Die Stadt Bad Nauheim trat zum 31. Dezember 2010 als Gesellschafter aus der KulturRegion aus.

Der im Jahresabschluss abgebildete Geschäftsverlauf des Jahres 2010 wurde durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) insoweit nicht beeinflusst, als weder ergebnisneutrale noch ergebniswirksame Anpassungsbuchungen vorzunehmen waren.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

1. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses (Fortsetzung)

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen verringerten sich um T€ 112,2 gegenüber dem Vorjahr, was bei nahezu konstanten Mitgliedsbeiträgen, ganz überwiegend aus dem in 2009 für zwei Jahre ausgezahlten Zuschuss des Landes Hessen von T€ 251,7 resultiert, während in 2010 lediglich der laufende Jahreszuschuss von T€ 125,9 vereinnahmt wurde. Der Personalaufwand ist um T€ 63,3 gestiegen. Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 112,0 ist mit T€ 63,7 auf die gestiegenen Kosten für Druck und Gestaltung sowie Medienkosten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge konnten um T€ 15,1 auf T€ 56,3 gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dies resultiert insbesondere aus erhöhten Kostenweiterbelastungen, Tagungserlösen sowie gestiegenen Publikationsverkäufen. Insgesamt ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung um T€ 268,5.

2. Lage des Unternehmens

Die Entwicklung des Unternehmens ist geprägt von der Erfüllung des gemeinnützigen, nicht auf eine Gewinnerzielungsabsicht abstellenden Gesellschaftszwecks, der Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen.

Die Vermögenslage zum Bilanzstichtag war gekennzeichnet durch einen hohen Finanzmittelbestand von T€ 258,6 im Umlaufvermögen, der sich in einem vergleichbar hohen Eigenkapitalbestand von T€ 226,2 widerspiegelt. Das Stammkapital verringerte sich um T€ 0,3 durch den Gesellschafteraustritt der Stadt Bad Nauheim.

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Es ergab sich ein Cash Flow in Höhe von T€ -91,0 bei einem verringerten Finanzmittelbestand um T€ 49,7. Gelder werden kurzfristig zu bestmöglichen Marktkonditionen bei den örtlichen Sparkassen angelegt.

Die Ertragslage stellte sich negativ dar, da bei einer Ergebnisverschlechterung um T€ 268,5 ein Jahresfehlbetrag von T€ 108,1 ausgewiesen wurde. Dieser resultierte im Wesentlichen aus einem Gewinn des ideellen Bereiches von T€ 394,2, dem ein Verlust von T€ 522,9 aus dem Zweckbetrieb gegenüberstand.

Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH, Bad Homburg vor der Höhe

K. Lagebericht 2010 (Fortsetzung)

A. Wirtschaftsbericht (Fortsetzung)

3. Nachtragsbericht

Bis zum 26. Januar 2011 war Herr Rechtsanwalt Konrad Dörner als Geschäftsführer bestellt, dessen Fünfjahresvertrag auslief. Seit 27. Januar 2011 ist Frau Sabine von Bebenburg Geschäftsführerin der KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens

1. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die bestehenden sechs Projekte und zwei zusätzliche Publikationen dienen unmittelbar dem Gesellschaftszweck. Sie weiter zu etablieren bzw. auszubauen steht im Vordergrund. Darüber hinaus werden Kontakte mit weiteren neuen regionalen Initiativen geknüpft im Hinblick auf zukünftige Themenfelder und Kooperationen, insbesondere im Bereich Musik, bildende Kunst oder Architektur. Konkrete Projektarbeit bei der Erweiterung der Route der Industriekultur bietet den Anlass, potenzielle neue Gesellschafter für einen Beitritt in die KulturRegion anzusprechen. Ein ebenso wichtiges Themenfeld ist die Bestandspflege und der Austausch mit bestehenden Gesellschaftern, um auch in Zukunft breit und bundesländerübergreifend aufgestellt zu sein.

Insbesondere die Kooperation mit der gemeinnützigen Kulturfonds FrankfurtRheinMain GmbH wird nun konkret erprobt, zunächst fachlich-inhaltlich. Hier tun sich große Potenziale auf, wenn Kulturfonds und KulturRegion ihre spezifischen Kräfte bündeln.

2. Risikobericht

Trotz der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft in Verbindung mit fehlender Gewinnerzielungsabsicht und vollständiger Abkoppelung vom Marktgeschehen bleibt die Abhängigkeit von Zuschüssen und Mitgliedsbeiträgen der Gesellschafter.

3. Prognosebericht

Bei Erstellung von vorsichtig bemessenen Wirtschaftsplänen und der Einhaltung der projektbezogenen Budgets sollte, unter Einbezug und Kontrolle der jeweiligen Projektverantwortlichen, künftig ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden können. Die Vielzahl der Gesellschafter und die daraus resultierende breite Streuung der Mitgliedsbeträge bieten hierfür, zusammen mit den Zuschüssen des Landes Hessen und des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, eine verlässliche Berechnungsgrundlage.

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz

	2010	2009	Verän- derung	2008
	in €	in €	in €	in €
Aktiva				
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
- Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	9.264	17.384	-8.120	16.277
Sachanlagen				
- andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.510	22.558	-1.048	31.476
	30.774	39.942	-9.168	47.753
Umlaufvermögen				
Vorräte				
- Fertige Erzeugnisse, Waren	4.858	14.612	-9.754	16.698
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	643	7.276	-6.634	1.771
- Sonstige Vermögensgegenstände	523	8.462	-7.939	3.850
	6.024	30.350	-24.326	22.318
Flüssige Mittel				
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	258.569	308.250	-49.680	152.209
	264.593	338.599	-74.006	174.527
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	40
	295.367	378.541	-83.174	222.320

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

L. Bilanz (Fortsetzung)

	2010	2009	Verän- derung	2008
	in €	in €	in €	in €
Passiva				
Eigenkapital				
- Gezeichnetes Kapital	29.350	29.650	-300	29.500
- Kapitalrücklagen	154.979	154.979	0	154.979
- Ergebnisrücklagen	150.038	0	150.038	37.846
- Verlustvortrag	0	-10.349	10.349	0
- Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-108.122	160.387	-268.509	-48.195
	226.244	334.666	-108.422	174.130
Rückstellungen				
- Sonstige Rückstellungen	13.000	15.850	-2.850	9.600
	13.000	15.850	-2.850	9.600
Verbindlichkeiten				
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	49.747	26.226	23.520	37.508
- Sonstige Verbindlichkeiten	6.376	1.799	4.578	1.083
	56.123	28.025	28.098	38.590
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	295.367	378.541	-83.174	222.320

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

M. Gewinn- und Verlustrechnung

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Ideeller Bereich			
Nicht steuerbare Einnahmen			
- Mitgliedsbeiträge	314.241	313.657	342.744
- Zuschüsse	169.319	291.927	56.000
- Sonstige nicht steuerbare Einnahmen	2.900	0	0
	486.460	605.583	398.744
Nicht anzusetzende Ausgaben			
- Personalkosten	16.723	16.791	9.403
- Übrige Ausgaben	35.218	41.149	32.707
	92.280	60.623	101.040
Gewinn/Verlust Ideeller Bereich	394.180	544.960	297.704
Ertragsteuerneutrale Posten			
Ideeller Bereich (ertragssteuerneutral)			
1. Steuerneutrale Einnahmen			
Spenden	0	2.150	0
2. Nicht abziehbare Ausgaben			
Gezahlte/hingegebene Spenden	0	-600	-50
Sonstige Zweckbetriebe (ertragssteuerneutral)			
Nicht abziehbare Ausgaben	0	0	0
Gewinn/Verlust ertragsteuerneutrale Posten	0	1.550	-50
Vermögensverwaltung			
Einnahmen			
Ertragsteuerfreie Einnahmen			
Zins- und Kursenerträge	2.555	2.287	7.514
Ausgaben			
Abschreibungen	0	0	4.288
Sonstige Ausgaben	0	0	90
	0	0	4.378
Gewinn/Verlust Vermögensverwaltung	2.555	2.287	3.136

**Kulturregion Frankfurt RheinMain gGmbH,
Bad Homburg vor der Höhe**

M. Gewinn- und Verlustrechnung (Fortsetzung)

	2010	2009	2008
	in €	in €	in €
Sonstige Zweckbetriebe			
Sonstige Zweckbetriebe 1 (umsatzsteuerpflichtig)			
Umsatzerlöse	35.374	24.535	16.124
Bestandsveränderung	-9.754	-2.086	15.122
Sonstige betriebliche Erträge	12.000	0	0
	37.620	22.449	31.246
Materialaufwand			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	88.869	90.544	170.952
Personalaufwand	0	0	0
Löhne und Gehälter	87.490	66.322	0
Soziale Abgaben	18.580	14.100	0
Abschreibungen	445	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	365.123	256.536	216.148
	560.508	427.502	387.100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-522.888	-405.053	-355.854
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe 1	-522.888	-405.053	-355.854
Gewinn/Verlust Sonstige Zweckbetriebe	-522.888	-405.053	-355.854
Sonstige Geschäftsbetriebe			
Sonstige Geschäftsbetriebe 1			
Umsatzerlöse	18.029	16.643	7.289
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18.029	16.643	6.869
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe 1	18.029	16.643	6.869
Gewinn/Verlust Sonstige Geschäftsbetriebe	18.029	16.643	6.869
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-108.122	160.387	-48.195

Mitgliedschaften

Mitgliedschaften 2010

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter
Archäologische Gesellschaft Hessen
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Frankfurt
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frankfurt
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg
Deutsches Jugendherbergswerk
Deutsches Volksheimstättenwerk
Europa-Union
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
Fliedner-Verein Rockenberg
Förderverein des MRE-Netzwerkes Rhein-Main (Multiresistente Erreger)
Förderverein Fritz-Bauer-Institut
Freundschaftsverein Hessen-Wisconsin
Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST), Köln
Gesicht zeigen - Aktion weltoffenes Deutschland e.V.
Hess. Verwaltungsschulverband Frankfurt, Frankfurt
Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE)
Hessische Gesellschaft für Ostbeziehungen
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Hessischer Landkreistag
Hessischer Museumsverband (für Dreieich-M. + Landschaftsm. Seligenstadt)
Hessischer Volkshochschulverband
Kinderhilfestiftung e.V., Frankfurt
Kommunale Arbeitsgemeinschaft "Flughafenausbau Frankfurt/Main"
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Fremdenverkehr Stadt und Kreis Offenbach
Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben
Kulturregion Frankfurt Rhein-Main
Kultursommer Südhessen e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros
Landesfilmdienst e.V., Frankfurt
Landesverkehrswacht Hessen e.V.
Rat der Gemeinden Europas, Sektion Mühlheim
Rockenbergverein, Dreieich
Soziale Hilfe Darmstadt e.V., Straffälligenhilfe
Tourismus und Congress GmbH, Frankfurt
Unfallkasse Hessen
Verein "PPP in Hessen e.V."
Verein Behindertenhilfe für Stadt und Kreis Offenbach, Offenbach
Verein FrankfurtRheinMain e.V.
Verein Naturlandstiftung Hessen e.V., Bad Nauheim
Vereinigung der Freunde des Klingspormuseums, Offenbach
West-+ Süddt. Verband für Altertumforschung Reiss-Engelhorn Museum
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt/Rhein-Main e.V.

